



Sächsischer Landtag

81. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 10:00 Uhr

Dresden, 7. Juni 2007, Plenarsaal

Schluss: 20:14 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	6681	Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS	6717
	Bestätigung der Tagesordnung	6681	Winfried Petzold, NPD	6718
1	Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema: „Zur Mitte der Legislaturperiode“	6681	Dr. Jürgen Martens, FDP	6719
	Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident	6681	Elke Herrmann, GRÜNE	6720
	Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	6686	Peter Schowtka, CDU	6721
	Dr. Fritz Hähle, CDU	6692	Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	6722
	Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS	6696	Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,	
	Dr. Fritz Hähle, CDU	6696	Drucksache 4/8967	6724
	Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD	6697	Elke Herrmann, GRÜNE	6724
	Holger Apfel, NPD	6700	Andrea Dombois, CDU	6725
	Holger Zastrow, FDP	6703	Abstimmung und Ablehnung	6725
	Antje Hermenau, GRÜNE	6705		
	Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	6708	3 – Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Medizinstudium Drucksache 4/5951, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung – Hospizarbeit und Palliativversor- gung im Freistaat Sachsen Drucksache 4/6008, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregie- rung – Sterbebegleitung und palliativme- dizinische Versorgung in Sachsen Drucksache 4/8045, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellung- nahme der Staatsregierung	6725
2	Strafvollzug im Freistaat Sachsen Drucksache 4/7783, Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD, und die Antwort der Staatsregierung	6714	Kerstin Nicolaus, CDU	6725
	Andrea Dombois, CDU	6714	Johannes Gerlach, SPD	6727
	Enrico Bräunig, SPD	6716	Horst Wehner, Linksfraktion.PDS	6728
			Dr. Johannes Müller, NPD	6730

	Torsten Herbst, FDP	6731		Änderungsantrag der Fraktion	
	Elke Herrmann, GRÜNE	6731		der NPD, Drucksache 4/8965	6752
	Kerstin Nicolaus, CDU	6732		Dr. Johannes Müller, NPD	6752
	Helma Orosz, Staatsministerin			Abstimmung und Ablehnung	6752
	für Soziales	6734			
	Johannes Gerlach, SPD	6735		Abstimmung und Ablehnung	
	Horst Wehner, Linksfraktion.PDS	6736		Drucksache 4/8809	6752
	Änderungsantrag der Linksfrakti-				
	on.PDS, Drucksache 4/8982	6736			
	Abstimmung und Ablehnung	6736	5	Eintreten des Freistaates Sachsen	
				für den Erhalt einer unabhängigen	
				kommunalen Daseinsvorsorge,	
				insbesondere für den Verbleib der	
				Stadtwerke unter kommunaler	
				Kontrolle und für den Schutz	
				der für die Stadtwerke getätigten	
				kommunalen Investitionen	
				Drucksache 4/8843, Antrag	
				der Fraktion der NPD	6752
4	Aussetzung des Anbaus von gen-				
	technisch verändertem Mais der				
	Linie MON 810 bis zum Jahre 2010 –				
	gv-Mais-Moratorium				
	Drucksache 4/8809, Antrag				
	der Linksfraktion.PDS	6736		Alexander Delle, NPD	6752
				Margit Wehnert, SPD	6754
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6736		Michael Weichert, GRÜNE	6754
	Thomas Schmidt, CDU	6738		Holger Apfel, NPD	6756
	Dr. Liane Deicke, SPD	6740		Dr. Johannes Müller, NPD	6757
	Dr. Johannes Müller, NPD	6741		Abstimmung und Ablehnung	6757
	Tino Günther, FDP	6742			
	Michael Weichert, GRÜNE	6744	6	Sächsische Bundesfernstraßen-	
	Kathrin Kagelmann,			projekte vorfinanzieren	
	Linksfraktion.PDS	6745		Drucksache 4/8830, Antrag	
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für			der Fraktion der FDP	6757
	Umwelt und Landwirtschaft	6746			
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6746		Sven Morlok, FDP	6757
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für			Prof. Gunter Bolick, CDU	6759
	Umwelt und Landwirtschaft	6747		Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS	6760
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	6747		Dr. Simone Raatz, SPD	6761
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für			René Despong, NPD	6762
	Umwelt und Landwirtschaft	6747		Johannes Lichdi, GRÜNE	6763
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6748		Sven Morlok, FDP	6764
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für			Thomas Jurk, Staatsminister für	
	Umwelt und Landwirtschaft	6748		Wirtschaft und Arbeit	6765
	Kathrin Kagelmann,			Sven Morlok, FDP	6766
	Linksfraktion.PDS	6749		Dr. Simone Raatz, SPD	6766
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für			Sven Morlok, FDP	6766
	Umwelt und Landwirtschaft	6749		Dr. Simone Raatz, SPD	6766
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6750		Sven Morlok, FDP	6766
	Dr. Liane Deicke, SPD	6750		Johannes Lichdi, GRÜNE	6767
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6750		Sven Morlok, FDP	6767
	Änderungsantrag der Linksfrakti-			Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6767
	on.PDS, Drucksache 4/8947	6750		Sven Morlok, FDP	6767
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6751		Abstimmung und Ablehnung	6767
	Dr. Liane Deicke, SPD	6751		Bettina Simon, Linksfraktion.PDS	6768
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6751			
	Stanislaw Tillich, CDU	6751			
	Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6751			
	Abstimmung und Ablehnung	6752			

7	Sozialarbeiter im Berufs- vorbereitungsjahr	
	Drucksache 4/8828, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	6768
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6768
	Lars Rohwer, CDU	6770
	Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS	6770
	Lars Rohwer, CDU	6771
	Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS	6771
	Martin Dulig, SPD	6771
	Gitta Schüssler, NPD	6772
	Torsten Herbst, FDP	6773
	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	6774
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6774
	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	6774
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6775
	Abstimmung und Ablehnung	6775

Erklärung zu Protokoll	6775
Lars Rohwer, CDU	6775
Nächste Landtagssitzung	6776

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 81. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Herr Winkler, Herr Dr. Friedrich, Frau Schütz, Herr Dr. Schmalfuß, Frau Bonk und Herr Dr. Rößler.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat folgende Redezeiten für die Tagesordnungspunkte 2 bis 7 festgelegt: CDU 106 Minuten, Linksfraktion.PDS 82 Minuten, SPD 52 Minuten; NPD,

FDP und GRÜNE je 40 Minuten, Fraktionslose jeweils bis 6 Minuten und die Staatsregierung 82 Minuten. Meine Damen und Herren, die Redezeiten können wie immer von den Fraktionen auf die einzelnen Tagesordnungspunkte entsprechend dem Redebedarf verteilt werden.

Meine Damen und Herren, ich frage, ob es weitere Anträge zur Tagesordnung gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die vorliegende Tagesordnung von Ihnen als bestätigt und wir werden entsprechend danach verfahren.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 1

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema: „Zur Mitte der Legislaturperiode“

Meine Damen und Herren, ich übergebe das Wort an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Prof. Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die bundesweite Berichterstattung über den Freistaat Sachsen malt ein Bild, das uns allen nicht recht sein kann. Es ist in grellen Farben gehalten. Die öffentliche Erregung wird mit Gerüchten, Spekulationen und Unterstellungen über kriminelle Verwicklungen angeheizt. Die Staatsregierung hat unverzüglich begonnen, die Sachverhalte aufzuklären. Unser Innenminister und unser Justizminister werden auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um Straftaten zu verfolgen und disziplinarische Verfehlungen zu ahnden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU,
der SPD und der Staatsregierung)

Wir werden auch weiterhin die rechtschaffenen Bürger vor Kriminalität schützen und das Vertrauen in die Integrität der sächsischen Behörden sichern. Ich verlasse mich auf unseren Rechtsstaat und seine Institutionen. Sie werden prüfen, welche Behauptungen Tatsachen und welche Vorwürfe Straftatbestände sind. Dies ist eine harte Bewährungsprobe für Demokratie und Rechtsstaat.

Meine Damen und Herren, wir alle tragen Verantwortung dafür, dass wir diese Probe bestehen. Das gilt für die Mitglieder der Staatsregierung und des Landtages gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für parteipolitische Profilierung, insbesondere der Oppositionsparteien: Unser Ziel ist nicht die Bekämpfung des jeweiligen politischen Gegners, sondern die Bekämpfung der Kriminalität.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung –
Volker Bandmann, CDU: Sehr richtig!)

Wir werden alle daran gemessen, ob wir unsere Kraft dem Wohl des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm abwenden. So wie in der Vergangenheit, werde ich auch in der Zukunft getreu meinem Amtseid handeln. Diese Entschlossenheit, meine Damen und Herren, lasse ich mir von niemandem absprechen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD,
Beifall bei der Staatsregierung – Johannes Lichdi,
GRÜNE, steht am Mikrofon.)

Sicherlich – über den Weg und die getroffenen wie die zu treffenden Maßnahmen können wir streiten und diskutieren, dafür haben wir noch genügend Zeit; aber das Ziel, die Bekämpfung der Kriminalität, sollte uns alle einen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

– Nein, keine Zwischenfragen!

In der Zwischenzeit sollten wir uns aber wieder damit befassen, was den Freistaat Sachsen in Wahrheit ausmacht. Er ist seinen Bürgern eine gute Heimat und eine erfolgreiche Region im Herzen Europas. Sachsen war 2006 das Bundesland mit der größten wirtschaftlichen Dynamik. Die sächsische Wirtschaft wuchs insgesamt um 4 %, die Industrie sogar mehr als dreimal so stark. Für viele unserer Bürger sind das abstrakte Zahlen, aber sie sind doch fühlbar. In Sachsen schafft der Aufschwung Arbeit. Im vergangenen Jahr waren es 52 000 neue Stellen. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit elf Jahren und sinkt Monat für Monat. Meine Damen und Herren, das spüren die Menschen. Das ist auch ein Erfolg für die Bürger in unserem Land.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Sachsen bietet jungen Menschen gute Chancen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den vergangenen eineinhalb Jahren um mehr als 20 % zurückgegangen. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt entspannt sich und wird sich weiter entspannen. Der Freistaat Sachsen schafft die Voraussetzungen dafür, dass unsere Jugendlichen diese Chancen auch nutzen können.

Unsere Schüler gehören zu den besten in Deutschland. Wir haben unser Schulnetz optimiert, sodass es für die nächsten zehn bis 15 Jahre das stabile Fundament unseres Bildungswesens ist. Bildung fängt allerdings nicht erst in der Schule an. Gute Chancen für das spätere Leben bietet auch und gerade die frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Sachsen ist hier Vorreiter. Die familien- und bildungspolitische Debatte ist auf Bundesebene gerade erst dort angekommen, wo Sachsen vor einiger Zeit losmarschiert ist. Wir sind dank des Sächsischen Bildungsplanes schon ein gutes Stück weiter.

Sachsen bietet auch Chancen für Abgewanderte. Die Ansiedlung von BMW in Leipzig zum Beispiel war für viele abgewanderte sächsische Fachleute die große Chance, wieder in die Heimat zurückzukehren. Wir stellen immer wieder fest: Wenn neue Betriebe gegründet werden, interessieren sich Bürger, die aus Arbeitsmarktgründen in der Vergangenheit unser Land verlassen mussten, für diese neuen Stellen und kommen zurück. Deswegen ist Arbeit der Schlüssel für den Erfolg in unserem Land.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Außerdem wird jetzt in einigen Industriebranchen ein Fachkräftemangel spürbar. Er wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Das eröffnet vielen Sachsen die Möglichkeit, wieder in die Heimat zurückzukehren und hier für sich und ihre Familien ein Auskommen zu finden.

Sachsen ist Wissenschaftsland. Sächsische Wissenschaftler und Ingenieure spielen mit ihren Entdeckungen und Erfindungen international ganz vorn mit. Sächsische Forschungseinrichtungen ziehen Wissenschaftler aus aller Welt an. Die sächsischen Hochschulen haben sich national und international einen sehr guten Ruf erarbeitet. Ich bin immer wieder verwundert, wenn ich in die Institute, zum Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft oder der Leibniz-Gesellschaft, gehe, wie viele ausländische Forscher und Wissenschaftler zu uns gekommen sind, um mit uns zusammen zu forschen. Das ist ein gutes Beispiel für die Attraktivität unseres Landes, unserer Institute, unserer Universitäten.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Sachsen ist Kulturland. Für uns ist es ganz selbstverständlich: Kein anderes Flächenland gibt je Einwohner so viel für Kultur aus wie Sachsen. Und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Sachsen ist eine gute Heimat für helle Köpfe – darin sind sich der Volksmund und die Statistik einig, das soll auch so bleiben –, weil Familien mit Kindern hier ein gesundes, kinderfreundliches Umfeld finden und Eltern Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können – Frauen ebenso wie Männer –, weil Kinder und Jugendliche, die etwas lernen wollen, gute Schulen und Hochschulen besuchen können, weil Senioren in Städten und Dörfern ihren Lebensabend in einer guten Gemeinschaft genießen und sich mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen einbringen können.

Sachsen ist eine gute Heimat, weil Unternehmen, die hier etwas wagen wollen, einen Standort mit exzellenter Infrastruktur, schlagkräftiger Verwaltung und bestens ausgebildeten Arbeitskräften vorfinden, weil für Erfinder der Weg von der Idee zum Produkt kurz ist und die Verwaltung dabei jede erdenkliche Hilfe gibt, weil Sachsen der Ort ist, an dem exzellente Wissenschaftler mit ihren Forschungen helfen, die Welt besser zu gestalten, weil Künstler hier Tradition und Moderne verbinden können und weil Sachsen eine starke Gemeinschaft ist und denen unter die Arme greift, die Hilfe benötigen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Es geht um das Wohl der Menschen in unserem Land. Deshalb haben wir in der Koalition Kurs gehalten. Wir haben an die gemeinsamen Wurzeln in der friedlichen Revolution des Jahres 1989 angeknüpft. Auch unsere Sächsische Verfassung, deren 15-jähriges Bestehen wir vor Kurzem feiern konnten, wurzelt in festen Überzeugungen und historischen Erfahrungen.

Wir haben in der Koalition gemeinsam Erfolg gehabt, und das verbindet.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir waren und sind uns über das Ziel unserer Arbeit einig: 2019, wenn der Solidarpakt ausläuft, soll der Freistaat Sachsen aus eigener Kraft auf eigenen Füßen stehen und natürlich auch gehen können.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Es läuft alles in der Koalition!)

Deshalb werden wir auch künftig die Solidarpaktmittel zweckgerecht für den Aufbau unseres Landes verwenden. Das ist der beste Dank für die Hilfe, die wir von anderen bekommen haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Unsere zukunftsorientierte Arbeit hat dem Freistaat eine Vielzahl von Erfolgen gebracht. Leipzig entwickelt sich zur Logistikregion. Auf DHL sind weitere Unternehmen gefolgt, und damit geht es in der Region aufwärts.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Jeder in Leipzig, Herr Lichdi, weiß das auch, in Dresden möglicherweise nicht.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Für die sächsische Automobilindustrie ist volle Fahrt angesagt. Vor Kurzem war Richtfest bei Porsche in Leipzig. Dort rollt 2009 der „Panamera“ vom Band, ein weiterer Botschafter für das Automobilland Sachsen.

Im Übrigen, die Karosserie für den „Panamera“ wird in Hannover gebaut. Das heißt, wir leisten auch einen Beitrag zur weiteren Entwicklung in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das ist ganz interessant, weil man es normalerweise immer umgekehrt vermutet.

Der Maschinenbau läuft auf vollen Touren. Er profitiert von der weltweiten Nachfrage nach sächsischen Spitzentechnologien.

Die Staatsregierung hilft, neue Märkte zu erschließen. Thomas Jurk ist erst vor wenigen Tagen von einer erfolgreichen Unternehmerreise aus Russland zurückgekehrt. Ich selbst werde Ende des Monats nach China reisen, um dort Wirtschaftskontakte zu vertiefen. Es läuft also.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Alles toll!)

– Ja, fragen Sie doch einmal in der Wirtschaft, wie es in den letzten Monaten und Jahren vorangegangen ist, und fragen Sie vor allem die Arbeitslosen, die endlich wieder Arbeit gefunden haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Unruhe bei den Oppositionsfraktionen)

Versuchen Sie nicht ständig, die Erfolge dieses Landes, die sich auch beweisen lassen, mieszureden!

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Bei aller politischen Auseinandersetzung – das haben die Bürger dieses Landes nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Sachsen ist Energieland. Sachsen deckt einen erheblichen Teil seines Strombedarfes aus heimischen Quellen, mehr als 80 % aus Braunkohle und mehr als 10 % aus erneuerbaren Energien.

Zugleich ist Sachsen Stromexportland. Das sichert Arbeitsplätze und macht auf Jahrzehnte weniger von Energieimporten abhängig. Deshalb, meine Damen und Herren, fordern wir Bundestag und Bundesregierung auf, eine sachgerechte Lösung bei der Zuteilung der Zertifikate für CO₂-Emissionen zu finden. Investitionen, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden, dürfen nicht gefährdet werden.

Noch eines, meine Damen und Herren: Die Investitionen sind durch unsere höheren Strompreise von der Bevölke-

rung bezahlt worden und wir können diese Werte nicht einfach vernichten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir setzen dabei auf einen Energiemix, in dem die Braunkohle auch weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Sicherlich wird ihre relative Rolle zurückgehen. Wir wollen die Energieversorgung auf eine dauerhafte, auf eine breite, verlässliche Grundlage stellen. Unser Land braucht eine sichere Energieversorgung zu stabilen Preisen.

Zugleich wollen wir den Ausstoß von Treibhausgasen weiter reduzieren.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Wie denn?)

Deshalb unterstützen wir die Energieversorger in ihrem Bemühen, CO₂-freie Kraftwerke zu entwickeln.

(Unruhe bei den Fraktionen)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Ich darf um mehr Aufmerksamkeit bitten.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident: Deshalb brauchen wir auch die erneuerbaren Energien. Sächsische Wissenschaftler und Unternehmen sind auf vielen Gebieten ganz vorn dabei. Diese Forschung zu unterstützen ist vernünftig, denn wir wollen, dass die erneuerbaren Energien langfristig im Wettbewerb bestehen können.

Meine Damen und Herren! Der Schwung, mit dem unser Land in das Jahr 2007 gegangen ist, bezieht seine Kraft aus dem Anschub, den wir in den vergangenen Jahren gegeben haben. Wir haben die Infrastruktur unseres Landes weiter ausgebaut und verbessert. Wir haben uns erfolgreich für die Beibehaltung der GA-Förderung und der Investitionszulage eingesetzt und wir haben den Mittelstand beim Wachstum mit neuen Förderinstrumenten unterstützt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir haben in Sachsen eine starke Wissenschaftslandschaft aufgebaut, die stetig vergrößert wird. Wenn man einmal in die Institute geht, wird man feststellen, in welchem hohen Maße hier in den letzten Jahren Zuwachs zu verzeichnen ist.

Meine Damen und Herren! Es gibt kaum eine Region – vielleicht die um München herum ausgenommen –, die eine so hohe Konzentration von außeruniversitären Forschungsinstitutionen und Universitäten hat wie gerade Sachsen, besonders im Schwerpunkt Dresden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Forschung in Sachsen soll noch besser werden. Deshalb haben wir eine Initiative für Hochschulen gestartet, die innovative Konzepte mit 110 Millionen Euro unterstützt.

Ein weiteres Zukunftsprojekt, das gestern auf den Weg gebracht worden ist, ist die Verwaltungsreform. Damit

wird die sächsische Verwaltung noch schlagkräftiger, bürgernäher und kostengünstiger.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Kommunen, insbesondere die Kreise, werden stärker in die Lage versetzt, ihren Bürgern und Unternehmen trotz einer schrumpfenden Bevölkerung Dienstleistungen aus einer Hand zu bieten. Das ist ein wichtiges Anliegen. Wir haben deshalb in allen Kreisen für die Verwaltungsreform geworben und viele von der Richtigkeit unseres Weges überzeugt, denn diese Verwaltungsreform ist gut und notwendig für unser Land.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Wer die Verwaltungsreform und die Gebietsreform der Jahre 1993/94 und 1998/99 noch im Kopf hat und sieht, welche Schwierigkeiten andere Länder bei diesem Thema haben, der ist gleichermaßen überrascht und erfreut, wie hoch die Zustimmung bei den Betroffenen in Sachsen ist.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch das letzte Drittel des Weges gut hinter uns bringen und Sachsen auch an dieser Stelle für die Zukunft fit machen.

Meine Damen und Herren! Sachsen ist gut, weil wir kinder- und familienfreundlich sind. Der Freistaat Sachsen gibt jeden Tag eine Million Euro für Kinderbetreuung und Landeserziehungsgeld aus. Wir sind eines von nur vier Bundesländern, die überhaupt ein Landeserziehungsgeld zahlen. Wir haben im aktuellen Haushalt die Jugendpauschale um mehr als ein Viertel angehoben.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Sachsen ist eine gute Heimat, weil unser Land Sicherheit bietet. Wir wollen, dass die Menschen hier zufrieden leben können.

(Zuruf des Abg.
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS)

Deshalb haben Polizei und Justiz die nötigen Mittel, um Sachsen zu einem sicheren Land zu machen.

(Zuruf der Abg.
Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS)

Ich möchte an dieser Stelle unseren Polizisten sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der
Staatsregierung und vereinzelt bei der FDP)

Sie sorgen mit ihrem Dienst dafür, dass wir uns sicher fühlen. Die Zahl der Straftaten ist rückläufig, die Aufklärungsquote steigt.

Auch in Rostock und Heiligendamm versehen 600 sächsische Polizisten derzeit ihren Dienst. Sie haben für diesen Einsatz unter schwierigen und teilweise sogar lebensbe-

drohlichen Umständen unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der Staatsregierung
und vereinzelt bei der FDP –
Volker Bandmann, CDU: Da kann die
Linksfraktion.PDS natürlich nicht klatschen! –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Herr Bandmann, das hat mir früher immer
der Parteisekretär gesagt, wenn ich
nicht geklatscht habe!)

Meine Damen und Herren! Bei allen Erfolgen: Wir können uns nicht zurücklehnen, wir werden daran gemessen, wie wir die Weichen in Richtung Zukunft stellen.

Das gilt vor allem für zwei Bereiche: Wir müssen mehr Arbeit für Sachsen schaffen und wir müssen den demografischen Wandel gestalten.

Die Erfolge beim Beschäftigungsaufbau verstellen nicht den Blick darauf, dass die Arbeitslosigkeit noch immer bedrückend hoch ist. 325 000 Sachsen hatten Ende Mai dieses Jahres keine Arbeit. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass es mehr Beschäftigung in Sachsen gibt. Bei uns galt schon immer: Die beste Beschäftigungspolitik ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik,

(Beifall bei der CDU, der SPD, der
Staatsregierung und vereinzelt bei der FDP)

eine Wirtschaftspolitik, die regionale Unternehmensnetzwerke stärkt und unseren Unternehmen hilft, im weltweiten Wettbewerb mithalten. Das heißt, wir werden auch weiterhin günstige Bedingungen für Unternehmen in Sachsen schaffen; Bedingungen, die es insbesondere dem heimischen Mittelstand erlauben, weiter zu wachsen; Bedingungen, die zudem weitere Unternehmen dazu bewegen, hier in Sachsen zu investieren.

In den nächsten Jahren wird noch dazugehören, dass wir eine Vielzahl von Beihilfen für Investoren und wachsende Unternehmen haben. Wir müssen uns aber schon jetzt auf die Zeit vorbereiten, in der uns diese Mittel nicht mehr oder nicht mehr in dem Maße wie bisher zur Verfügung stehen. Angesichts der gegenwärtigen Dynamik unserer Industrie sollte es möglich sein, Investoren vom Wachstum sächsischer Unternehmen zu überzeugen.

Ferner müssen wir die sonstigen Bedingungen für Unternehmen verbessern. Wir werden die letzten Infrastrukturlücken schließen. Vor allem müssen wir die für unsere Wirtschaft und für den transeuropäischen Handel wichtigen Verkehrsadern zügig ausbauen. Dazu gehört, dass die Einbindung Sachsens in das transeuropäische Schienennetz deutlich verbessert wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Volker Bandmann, CDU: Sehr richtig!)

Die Staatsregierung hat dies gegenüber der Europäischen Union, aber auch gegenüber der eigenen Bundesregierung sehr deutlich gemacht.

Wir werden zudem die vorhandenen Netzwerke aus Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter fördern und ausbauen. Wir helfen mit, geschlossene Wertschöpfungsketten zu schmieden, um das vorhandene Innovationspotenzial auszuschöpfen.

Grundsätzlich gilt für unsere Wirtschaftspolitik: Wir werden auch künftig in die großen und in die kleinen Lokomotiven investieren, die das ganze Land voranziehen. Es gibt ja längst nicht nur Dresden, Leipzig, Chemnitz oder Zwickau, in denen die Wirtschaft wächst und Arbeitsplätze entstehen. Zu den Lokomotiven in unserem Land gehören viele kleinere, aber genauso wichtige Zentren.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Hier siedeln sich Unternehmen an, die über die jeweilige Stadt hinaus als Arbeitgeber von Bedeutung sind. Sie bilden kleine Zusammenballungen an Wirtschaftskraft, also das, was man neudeutsch Cluster nennt. Sie arbeiten mit regionalen Hochschulen zusammen, bündeln ihre Kräfte in Einkauf, Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Auftragsabwicklung. So entwickelt sich allmählich die kritische Masse, die es für eine selbsttragende Wirtschaft braucht.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Das sind die Bürger dieses Landes!)

So entsteht eine Dynamik, die Sachsen mehr Beschäftigung bringt, kurzum auch Heimat gibt. Wir verstärken diese wirtschaftliche Dynamik mit unserer Politik für den ländlichen Raum. Der ländliche Raum ist wichtig für den Erfolg Sachsens. Hier lebt mehr als die Hälfte aller Sachsen. Hier ist auch – das ist für viele vielleicht überraschend – ein Großteil der sächsischen Hightechindustrie ansässig.

Ich erlebe das immer wieder bei meinen vielen Unternehmensbesuchen im ganzen Land. Wir setzen deshalb Anreize für Investoren, sich außerhalb von Dresden und Leipzig anzusiedeln. Auch mit der konsequenten Kofinanzierung des europäischen ELER-Programmes bringen wir den ländlichen Raum voran.

In der letzten Zeit konnten wir eine Reihe von Ansiedlungserfolgen feiern. Mehrere Firmen haben sich entschieden, ihre Fertigung abseits der großen Zentren aufzubauen. Unsere Politik eröffnet auch dem ländlichen Raum gute Perspektiven.

Meine Damen und Herren! Das zeigt: Trotz ihrer oft unterschiedlichen Standpunkte ist die Koalition erfolgreich. Fast alle Verabredungen aus der Koalitionsvereinbarung sind erfolgreich umgesetzt oder auf den Weg gebracht worden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das ist gelungen, weil die Koalition in einem Geist gegenseitigen Respekts und fairer Partnerschaft arbeitet.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Jurk, und der SPD dafür, dass Sie

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
... alles mitmachen!)

die Zusammenarbeit mit der CDU erfolgreich gestaltet haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! In diesem Geist werden wir uns auch darum bemühen, das letzte große, noch streitige Thema zu klären: das Hochschulgesetz.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Der demografische Wandel ist für uns die zweite große Herausforderung. Er ist ein Thema, dem sich die Staatsregierung und der Landtag mit Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit widmen. Dafür stehen die Expertenkommission der Staatsregierung und die Enquete-Kommission des Sächsischen Landtages. Vor allem aber zeigt die rege Beteiligung an den Regionalforen der Staatsregierung, dass dieses Thema die Bürger bewegt. Die Sachsen werden weniger und im Durchschnitt älter. Das bringt für unser Land viele Veränderungen mit sich und birgt wie jede Veränderung Risiko und Chance zugleich.

Fakt ist: Die Städte und Dörfer unseres Landes verändern ihr Gesicht. Sie gewinnen Lebensqualität. Die Bebauung ist weniger dicht, die Grünflächen werden größer, Innenstädte und Dorfkerne werden belebt und verschönert.

(Jürgen Gansel, NPD: Und
die Wölfe kommen zurück!)

Fakt ist: Die Belegschaften vieler Unternehmen altern. Fachkräfte sind wieder gesucht. Das ist eine Chance für alle jungen Sachsen und die, die wiederkommen wollen. Es ist eine Chance für Frauen, wieder in den Beruf einzusteigen. Und es ist eine Chance für alle Älteren, ihre Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben. Wir müssen es nur wollen und richtig organisieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Unser Land verändert sich. Wir wollen diesen Wandel gestalten und uns nicht nur treiben lassen. Klar ist: Gleiche Lebensverhältnisse gibt es nicht und wird es nicht geben. Es ist schon jetzt und erst recht in der Zukunft nicht möglich, in jedem Ort ein medizinisches Versorgungszentrum mit allen Fachkräften zu haben. Möglich ist aber, dafür zu sorgen, dass jeder Sachse Zugang zu bestmöglicher medizinischer Versorgung hat, ob er in der Landeshauptstadt lebt oder in einem Dorf mit tausend Einwohnern.

Der Politik stellt sich die Aufgabe, diese Chancengerechtigkeit für den Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zu gewährleisten. Denn Bildung und Gesundheit sind der Kernbereich der staatlichen Zukunftsvorsorge.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei
der SPD und der Staatsregierung)

Wir entwickeln deshalb an vielen Stellen neue Strukturen, im Verwaltungsbereich zum Beispiel mit der Funktional- und Kreisgebietsreform oder im Gesundheitswesen mit dem Modellprojekt „Gemeindeschwester“. Der Erfolg dieser neuen Strukturen wird insbesondere davon abhängen, dass es im gesamten Land eine leistungsfähige Infrastruktur für moderne Telekommunikation gibt. Hier hat die Staatsregierung bereits die Initiative ergriffen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen mit Blick auf Beschäftigung und Demografie vor anspruchsvollen Aufgaben. Wir werden sie meistern, wenn wir uns Freiräume schaffen. Sachsen steht gut da, vor allem deshalb, weil unsere Finanzen in Ordnung sind. Es war für uns immer ein wichtiges Ziel: Ausgaben und Verschuldung sollen der langfristigen Entwicklung der Einnahmen entsprechen. Diese langfristige Entwicklung ist durch zwei Fakten gekennzeichnet: erstens, die Einwohnerzahl sinkt, zweitens, die Solidarität Westdeutschlands und die Beihilfen der EU sind zeitlich begrenzt. Daraus folgt: Die Einnahmen aus diesen Quellen werden absolut und pro Kopf zurückgehen.

In einer solchen Situation gehen Schulden zulasten unserer Kinder. Generationengerechtigkeit verlangt, dass die Kasse stimmt, und das heißt auch, dass wir die konjunkturbedingten Zusatzeinnahmen nutzen, um Schulden abzubauen – offene und vor allen Dingen versteckte.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und Beifall bei der Staatsregierung)

Das Ergebnis der Aufbauarbeit seit der Wende kann sich sehen lassen. Sachsen ist in vielerlei Hinsicht eine gute Heimat. Die Staatsregierung wird auch weiterhin alles dafür tun, dass es in Wirtschaft und Gesellschaft weiter vorangeht. Die Staatsregierung packt die vor uns liegenden Herausforderungen an und tut, was erforderlich ist,

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Wir werden sehen!)

um mehr Beschäftigung zu schaffen und den demografischen Wandel zu gestalten. Sie setzt dabei auf bewährte Strategien und entwickelt dort, wo es notwendig ist, neue Strategien. Die Staatsregierung tut dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Deshalb suchen wir in fairer Auseinandersetzung und Diskussion mit allen Betroffenen und Interessierten die beste Lösung. Mit Effekthascherei und vermeintlich einfachen Lösungen sowie Hauruckaktionen ist niemandem geholfen.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und Beifall bei der Staatsregierung)

Genau darum geht es: nämlich dauerhafte Lösungen zu finden, damit Sachsen auch weiterhin eine gute Heimat bleibt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ohne Schönfärberei!)

Unser Land hatte in seiner Geschichte viele schwierige Situationen zu bewältigen. Es fanden sich immer Men-

schen, die tatkräftig angepackt und die Probleme mit brillanten Ideen gelöst haben. Bis heute ist Sachsen ein Land der hellen Köpfe, ein Land zupackender Bürgerinnen und Bürger, die aus der sächsischen Identität ihrer Geschichte und Tradition Kraft für die Herausforderungen der Zukunft schöpfen.

Deshalb ist mir beim Blick auf die restlichen zweieinhalb Jahre dieser Legislaturperiode und darüber hinaus nicht bange. Sachsen wird weiterhin eine gute Heimat sein, wenn wir mit Herz, mit Verstand, mit Zuversicht und mit Mut anpacken.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Zuruf von der NPD)

Meine Damen und Herren! Vorige Woche bin ich am Kindertag von einer aufgeweckten Schülerin interviewt worden. Unsere Kinder haben viele Fragen an uns und wollen Antworten. Ihnen ist nicht gleichgültig, was in diesem Land passiert.

Meine Damen und Herren, wir alle – Sie wie wir – sind in der Pflicht, unseren Kindern die richtigen Antworten zu liefern, und zwar in Wort und Tat.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU,
der SPD und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. Wir kommen jetzt zur Aussprache.

Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat folgende Redezeiten für die Fraktionen festgelegt: CDU 50 Minuten, Linksfraktion.PDS 35 Minuten, SPD 15 Minuten, NPD 13 Minuten, FDP 13 Minuten sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13 Minuten. Es beginnt die Linksfraktion.PDS. Danach folgen CDU, SPD, NPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung.

Ich erteile Herrn Prof. Porsch für die Linksfraktion.PDS das Wort.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! „Spät kommt er, doch er kommt!“, möchte man aus Schillers „Piccolomini“ zitieren. Aber da war, anders als bei Schiller, kein weiter Weg, der Euer Säumen entschuldigen könnte. Sie sind einfach zu spät – aus eigener Schuld, und die Halbzeit ist schon lange herum. Sie kommen mir heute vor, als würde Günter Netzer mit seinem Kommentar zur ersten Halbzeit erst in der 55. Minute anfangen, obwohl das Spiel schon lange wieder läuft. Es läuft offensichtlich so schlecht und recht wie in der ersten Halbzeit, und auch deren Lob hilft wohl nicht mehr viel weiter.

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“, vermerkt uns wiederum Schiller in „Wallensteins Tod“. Sie, Herr Ministerpräsident, haben durch ihn, Schiller, uns dies heute eindrucksvoll bestätigt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Nehmen Sie eigentlich wahr, wie hart im Raume sich die Sachen stoßen? Ihre heutige Rede hat bewiesen, Sie nehmen es nicht wahr.

(Rita Henke, CDU: Will er Schauspieler werden?)

„Da stehen Sie, ein entlaubter Stamm“, wiederum frei nach Schillers „Wallenstein“.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Frei nach Schillers „Don Carlos“ könnte man der Koalition ins Stammbuch schreiben: „Zweieinhalb Jahre und nichts für die Unsterblichkeit getan!“

(Heiterkeit und Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Was aber war des Ministerpräsidenten langer Rede kurzer Sinn? Vergleiche zur Frage in Schillers „Piccolomini“. Es war der kurze Sinn beileibe nicht „Ich bin besser als mein Ruf!“, wie Schillers „Maria Stuart“ von sich meinte, sondern es hilft nichts: Sie sind noch schlechter als Ihr Ruf, meine Damen und Herren von der Koalition.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Im Koalitionsvertrag – also vor Tisch – las man's anders – frei nach Schillers „Piccolomini“: „Vor Tische las man's anders“, als es jetzt als magere Speise serviert wird. Auf das Verhältnis von Koalitionsvertrag und Wirklichkeit passt genau, was der Chor in Schillers „Braut von Messina“ rezitiert: „Hinter den großen Höhen folgt auch der tiefe, donnernde Fall.“

Ich kehre von Schiller zurück in die Bilderwelt des Sports und stelle fest: Sie, Herr Ministerpräsident, haben hier ein Steherrennen versucht, sind aber zu spät aufgewacht. Sie meinten, wer sich zuerst bewegt, verliert. Die Linksfraktion.PDS hat sich tatsächlich zuerst bewegt. Wir haben die wirkliche Halbzeitbilanz unter die Leute gebracht. Sie haben heute versucht, aus dem Windschatten heraus anzugreifen, und sind kläglich gescheitert. „Es treibt Sie das verworrene Streben blind und sinnlos durchs wüste Leben“, Schiller „Braut von Messina“.

Wir haben zur Halbzeitbilanz der Koalition unter dem Titel „Versprochen, gebrochen, vertagt“ zwölf Felder aufgezeigt, auf denen diese Koalition versagt hat, und zwar gravierend. Nichts davon, was Sie, Herr Ministerpräsident, heute gesagt haben, hat uns in diesem Urteil zweifeln lassen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Auch wenn die Arbeitslosenzahlen gesunken sind, haben Sie nur einen unzureichenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. – Ich komme darauf zurück.

Die Mauer zwischen Gymnasium und Mittelschule ist nicht niedriger geworden, sondern höher. In der Schulpolitik spricht Martin Dulig immer darüber, wie Schule gemacht werden müsste, und malt das in den schönsten Farben aus.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Wenn er dürfte!)

Wenn es jedoch an die konkrete Umsetzung seiner farbigen Visionen von Schule geht, dann muss man feststellen, dass nichts davon Wirklichkeit geworden ist. Selbst das hochgelobte Projekt der Gemeinschaftsschule, das als Einstieg in den Umbau der Schule angekündigt worden war, kommt nicht voran. Der Stellenabbau geht weiter, anders als in der Koalitionsvereinbarung versprochen.

Völlige Fehlanzeige bisher beim vollmundig angekündigten modernen neuen Hochschulgesetz. Die CDU schlägt in der Hochschulpolitik alles über einen Leisten, den Leisten des wirtschaftlichen Nutzens. In der Praxis bedeutet das, den Umbau der Universitäten und Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen vorzunehmen.

(Beifall der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Man will eine Entpolitisierung der Hochschule zugunsten einer technokratischen Institution. Damit – am Beispiel der Hochschulen – sind wir ganz offensichtlich beim entscheidenden Charakteristikum für die Politik der CDU unter Georg Milbradt insgesamt. Die moderne Gesellschaft gilt Ihnen, Herr Ministerpräsident, als ein technokratisches Projekt, bei dem allzu viel Mitsprache nur stört.

(Beifall der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Auf diese Weise wird die ganze Gesellschaft entpolitisiert und demokratischer Protest sogar tendenziell kriminalisiert – und das bei einem Koalitionspartner, der einmal einen Bundeskanzler stellte, dessen Politik unter dem Motto stand: „Mehr Demokratie wagen!“

Wohl nicht umsonst hat Angela Merkel in ihrer Antrittsrede vor dem Deutschen Bundestag zwar an Willy Brandt erinnert, ihre politische Maxime dann aber mit „Mehr Freiheit wagen!“ umschrieben. Die politische Freiheit des Citoyen, die wir auch wollen, ist dabei jedoch ganz offensichtlich nicht gemeint. Vielmehr geht es der Kanzlerin und der CDU einzig um die unternehmerische Freiheit. Dahinter haben dann Ansprüche auf Demokratie zurückzustehen. Herr Ministerpräsident, Sie gehören eigentlich auch hinter den Zaun von Heiligendamm –

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

nicht, weil auch Sie einer dieser angeblich Großen sind, sondern weil all jene, die der Liberalisierungs- und Globalisierungstyrannie anhängen, die Isolation in Heiligendamm als Strafe verdient haben.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Auf dem Altar einer merkwürdigen neuen Freiheit werden politische Freiheiten geopfert, so eben auch die Wissenschaftsfreiheit. Wissenschaft und akademische Ausbildung sind nicht mehr Partner der Wirtschaft – das sollten sie sein –, sondern sie werden zu deren Mägden degradiert. Freilich kann ich in diesem Zusammenhang – dies tue ich sehr gern – den Widerstandsgeist der SPD nur

loben. Herr Prof. Weiss, im Streit um die Personal- und Tarifhoheit im Hochschulbereich geht es sicher auch um die Arbeiterklasse. Die Sorge um diese ehrt Sie; eine solche ist unter Sozialdemokraten kaum noch üblich. Es geht aber noch mehr um die Qualität unserer Universitäten und Hochschulen, um die sich nicht zuletzt auch die Arbeiterklasse sorgen muss.

Gehen die Tarif- und Personalhoheit auf die Universitäten und Hochschulen über, so wird sich sehr schnell die Universitas Litterarum auflösen; sie ist aber immer noch die billigste Organisationsform von Interdisziplinarität. 50 % des Personalfonds wird man dann künftig für drei bis vier Spitzen ausgeben, mit denen man sich schmücken will; die zweite Hälfte des Geldes für den Restbetrieb, aus dem sehr bald ein scheinbar verzichtbares Fach nach dem anderen herausfallen wird. Lassen sich das die Betroffenen nicht gefallen – und sie werden es sich nicht gefallen lassen –, so werden sie danach streben, eine eigene Hochschule bzw. Universität mit der Dominanz ihrer Fächer zu gründen. Sie können diesen Prozess sehr schön dort beobachten, wo man die Personalhoheit bereits auf die Universitäten und Hochschulen übertragen hat, zum Beispiel in Österreich. Am Ende wird die Sache teuer statt billiger, und vor allem wird sie kleinkariert. Verraten ist das Recht auf Bildung, zu dem doch auch das Recht auf akademische Bildung gehört.

Aber so sehr, wie sie immer beteuern, sind den Koalitionen die kommenden Generationen ohnehin nicht ans Herz gewachsen, sonst wären wir nicht ostdeutsches Schlusslicht bei der Krippenbetreuung, und Sie hätten beim letzten Doppelhaushalt nicht den Rotstift bei der Jugend angesetzt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Dass die Jugendhilfe als Gegenfinanzierungsmasse für Vorhaben im Bildungsbereich erhalten musste, davon konnten kein Theaterblitz und kein Theaterdonner in der Haushaltsdebatte ablenken. Aber: „Wenn man für jeden Donner und jeden Blitz, den ihr losbrennt mit eurer Zungenspitze, die Glocken müsst läuten im Land umher – es wäre bald kein Mesner zu finden mehr.“ – So sagt der Kapuziner in Schillers „Wallenstein“, und dies gilt wohl auch für diese Koalition.

Ärztmangel breitet sich im Lande aus, Armut ebenso, und der dazugehörige Bericht wird uns vorenthalten. Beim Klimaschutz blockiert sich die Koalition. Der in der Koalitionsvereinbarung angekündigte regelmäßige Lagebericht über die sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in den Grenzregionen mit entsprechenden Schlussfolgerungen ist bisher nicht ein einziges Mal veröffentlicht worden. Zur Gleichberechtigung komme ich noch; aus der Koalition hört man dazu vorwiegend Unverbindliches. Im Kampf gegen die Kriminalität gibt es erhebliche Defizite. Der Runde Tisch gegen Gewalt führt, anders als versprochen, nach wie vor ein Schattendasein. Korruption wird nur unzulänglich bekämpft, und wie es scheint, ist Kriminalität auch in höchsten Kreisen von Politik, Justiz, Polizei und Verwal-

tung fest verankert. Ich möchte ganz deutlich sagen: Das ist kein Pauschalurteil und keine Generalverdächtigung. Im Gegenteil: Es gilt, die überwiegende Mehrheit der Anständigen endlich zu schützen. Das braucht sichere und schnelle Aufklärung der jetzt im Raum stehenden Vorwürfe, und das braucht nicht zuletzt die Aufdeckung der Strukturen und Verantwortlichen der Vertuschung.

Wenn die Menschen ihr Vertrauen in die staatlichen Institutionen mehr und mehr verlieren, so liegt dies auch daran, dass das Versprechen vermehrter Mitsprache der Bürger gebrochen wurde. Die anstehende Funktional- und Verwaltungsreform ist ein unrühmliches Beispiel dafür. Sie ist eine Reform „von oben“, weit vorbei an Bürgerwillen und Bürgerbedürfnissen, weit vorbei an der Mehrheit der Bevölkerung. Lassen wir gerade bei dieser Reform nicht zu, dass einst über unser Hohes Haus gesagt wird, was Fiesco in Schillers „Verschwörung des Fiesco zu Genua“ sagt: „Der Feigen waren mehr denn der Streitbaren, der Dummen mehr denn der Klugen. Mehrheit setzte durch.“

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Ich meine, mehr Streitbarkeit und Klugheit sollten endlich die Mehrheit auch in diesem Hause beseelen. Dies gilt für alle Entscheidungen, und es ist nur im demokratischen Diskurs erreichbar; auch darauf komme ich noch einmal zurück.

Nun, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Reihe „versprochen – gebrochen – vertagt“ ließe sich noch sehr lange fortsetzen. Ich will mich auf Schwerpunkte konzentrieren. Lassen Sie mich deshalb zur Problematik von Wirtschaft und Arbeit kommen. Zunächst das durchaus Erfreuliche – und niemand wird es leugnen –: Ja, wir alle freuen uns über eine Konjunktur, die nach Sachsen durchschlägt und in Sachsen deutliche Verbesserungen bei der Beschäftigung bringt: 52 000 Arbeitsplätze mehr als zuvor, viel mehr Arbeitsplätze als in vielen Jahren der Stagnation, und weiteren Zuwachs. Das soll niemand gering schätzen, obwohl man schon hier darauf aufmerksam machen muss, dass 325 000 Arbeitslose nach wie vor eine viel zu große Zahl ausmachen. Aber daran sind ja selbst Sie, Herr Ministerpräsident, heute nicht vorbeigekommen. Deshalb muss man schon fragen, ob die Staatsregierung alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um der Arbeitslosigkeit mit den ihr gegebenen Mitteln zu begegnen. Die Antwort ist leider ein deutliches Nein. Meine Kollegin Caren Lay hat dazu am 11.05.2007 hier im Plenum ausführlich gesprochen, Sie können es im Protokoll nachlesen.

Ich möchte nur noch einmal einige schwere Sünden in Erinnerung rufen – ausdrücklich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. In der Förderpolitik beobachten wir seit jeher eine Gewichtung zugunsten der Wirtschaftspolitik und zuungunsten der Arbeitspolitik, und, Herr Ministerpräsident, selbstverständlich, auch wenn die Förderung der Wirtschaft an erster Stelle für die Schaffung von Arbeitsplätzen steht; wir haben eine Struktur von Arbeitslosigkeit, mit der allein damit nicht zurechtzukommen ist.

Ich komme auch darauf später noch zu sprechen. Sachsen quittiert die Verschleuderung von 88 Millionen Euro ESF-Geldern in zwei Jahren, im Wesentlichen durch restriktiv-bürokratisches Vorgehen bei der Mittelbewilligung. Staatsminister Jurk hat eine halbe Legislatur ohne arbeits- und beschäftigungspolitisches Programm regiert. Erst im letzten Plenum wurde beschlossen, ein solches aufzulegen. Der 2003 erst einmal angekündigte, 2004 im Koalitionsvertrag wieder versprochene und im Doppelhaushalt 2005/2006 endlich mit 30 Millionen Euro veranschlagte mittelständische Wachstumsfonds ist bis 2005 überhaupt nicht zur Wirkung gekommen. 2006 – hört, hört! – wurden erstmalig ganze vier Unternehmen aus diesem Fonds gefördert.

(Demonstrativer Beifall bei und
Bravo-Rufe von der Linksfraktion.PDS –
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Spitzel!)

Ein Innovationsbeirat ist bis heute, zwei Jahre nach seiner Ankündigung, noch immer nicht berufen, und das Ziel einer regional ausgewogenen Technologieförderung wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: Die ab 2007 gültige Richtlinie für Technologietransfer birgt die Gefahr in sich, dass Technologiegründerzentren in strukturschwachen Gebieten Sachsens von der Förderung abgekoppelt werden. Wir verzeichnen Fantasie- und Kreativitätslosigkeit bei der Entwicklung von Arbeitsmarktinstrumenten. Berlin hingegen – Sie bringen ja immer das Beispiel –, wo die Linkspartei mitregiert, schuf 2 500 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor, und in Sachsen-Anhalt profiliert sich selbst die CDU mit dem Konzept „Bürgerarbeit“. In Sachsen: Fehlanzeige. Es gibt keine Initiative für Mindestlöhne, obwohl Sachsen eines der Niedriglohnländer und das Bundesland ist, in dem am häufigsten Hartz IV zusätzlich zu einer Vollzeitbeschäftigung beantragt werden muss. Herr Staatsminister Jurk, Sie haben den Aufruf der SPD zu Mindestlöhnen unterschrieben. Und was folgt daraus? – Offensichtlich nichts. De facto freilich – und jetzt muss ich Staatsminister Jurk wirklich in Schutz nehmen – ist der Minister als Arbeitsminister ohnehin entmachtet, weil die ESF-Gelder auf die Ministerien verteilt worden sind. Deshalb kann der Ministerpräsident auch erklären, dass die sächsische Wirtschaftspolitik nach wie vor CDU-Politik sei.

Für die Konjunktur, die die erfreulichen Zahlen bringt, kann die Staatsregierung schlicht nichts.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion.PDS)

Sie ist nicht in Sachsen entstanden, diese Konjunktur. Wie sie aber und für wen sie in Sachsen ankommt, dafür kann die Staatsregierung schon etwas. Da gönne ich Ihnen die positiven Aspekte durchaus. Aber das Schicksal der Langzeitarbeitslosen und das Schicksal der strukturschwachen Regionen zeigen uns, dass die Quantität der Arbeitslosigkeit zwar sinkt, ihre Struktur aber weitgehend gleichbleibt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Genau für die Struktur aber ist die Staatsregierung verantwortlich zu machen. Dieser Verantwortung wird sie nicht gerecht. Wir registrieren unzureichende Arbeitsförderungs politik, faktische Vernachlässigung der strukturschwachen Gebiete und eine Bildungspolitik, die vor allem männliche Langzeitarbeitslose und zu wenig Facharbeiter produziert.

Jetzt frage ich mich und frage für meine Fraktion: Für wen hat der Ministerpräsident eigentlich heute gesprochen und für wen macht die Koalition Politik?

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –
Zuruf des Staatsministers Stanislaw Tillich)

– Für Sie, Herr Tillich, das ist richtig. Sie gehören zu den Besserverdienenden. Das war in Ordnung. Aber die Rede war für mich eine Bestätigung dafür, dass der Ministerpräsident die Lebensentwürfe und Lebenslagen vieler Menschen in diesem Land offensichtlich nicht kennt oder nicht zur Kenntnis nehmen will. Nicht jeder ist Minister, Herr Tillich.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Hat er denn für jene 25 % gesprochen, die in Ostdeutschland dem sogenannten abgehängten Präkariat zuzuordnen sind? Was hat er über Armut gesagt? Was hat er über Existenzangst und Angst vor Erwerbslosigkeit gesagt, was über die Verwirklichung von Gerechtigkeit für alle?

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ist für die CDU kein Thema!)

War das eine Rede, die darauf Bezug nahm, was eine alleinerziehende Mutter mit oder ohne Arbeit in diesem Land bewegt? Über solche Mütter steht übrigens auch nichts im Koalitionsvertrag, obwohl ihr Anteil an den Müttern seit 1996 immerhin um 7 % gestiegen ist.

Es bleibt abzuwarten, was der bevorstehende Lebenslagenbericht zur Situation der Ein-Eltern-Familien aussagen wird, nachdem Frau Orosz in ihrer Regierungserklärung vom 5. April vergangenen Jahres darauf hinwies, dass diese öfter von Armut betroffen sind als Ehepaarfamilien. Es bleibt auch abzuwarten, ob der Bericht aufgreifen wird, dass die Zahl der Teenagerschwangerschaften in den letzten Jahren angestiegen ist, obwohl die Altersgruppe zahlenmäßig kleiner wurde. Es wäre dringend erforderlich, denn das sind Lebenslagen, die vor Jahren nicht in dem Maße aufgetreten sind. Zu beiden Zielgruppen hat die Staatsregierung in dieser Wahlperiode hinsichtlich konkreter Maßnahmen bisher beharrlich geschwiegen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Gab es ernsthafte Ursachenforschung, warum wir in vielen ländlichen Regionen inzwischen viel mehr junge Männer als Frauen haben, Männer mit eher schlechten als guten Qualifikationen? In den Veröffentlichungen der Demografiekommission der Staatsregierung jedenfalls steht dazu nichts.

Hat der Ministerpräsident schon gehört, dass viele Menschen in Sachsen diese Politik als realitätsfern und lebens-

fremd bezeichnen? Immer öfter hört man doch, geht man aufmerksam durchs Land: Die da oben sind abgehoben! – Der Satz ist schlimm, denn er bedeutet die Zuschreibung von hoffnungsloser Verlorenheit für beide Seiten. Für die da oben, weil ihnen die Fähigkeit zur Problemlösung aufgrund mangelnder Kenntnis der wahren Lebensverhältnisse abgesprochen wird – und Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, war wieder ein Baustein dafür. Und es ist schlimm für die da unten, weil sie die Realität kennen, aber nicht wissen, wie sie die gestörte Wahrnehmung der Mächtigen durchbrechen sollen.

Der Wert der heutigen Halbzeitbilanz, Herr Ministerpräsident, war äußerst gering. Es ist auch eine ernsthafte Abrechenbarkeit der Regierungsarbeit von Anfang an schwierig, weil die Koalitionspartner nicht ein einziges in Zahlen gefasstes Ziel in ihre Vereinbarung geschrieben haben. Es fehlt schlicht jede Angabe, mit deren Hilfe der Erfolg oder der Misserfolg ihrer Politik überhaupt festgestellt werden könnte. Es gehört dann natürlich ein gehöriges Maß an Lässigkeit dazu, als Erfolg zu verbuchen, wofür es nie eine Messlatte gab. Wie sagt Gordon in „Wallensteins Tod“? – „Leutselig mach das Missgeschick.“

(Heiterkeit bei der Linksfraktion.PDS)

Nun, der Ministerpräsident mag sich mit Franzens Worten aus Schillers „Räuber“ trösten: „Ich habe mich nie mit Kleinigkeiten abgegeben.“

(Heiterkeit bei der Linksfraktion.PDS)

Den von Politik Betroffenen machen aber gerade die Kleinigkeiten zu schaffen, Kleinigkeiten zum Beispiel, die man sich mit Hartz IV nicht mehr leisten kann, wie zum Beispiel ein ordentliches Schulbrot oder den Schulausflug für die Kinder, oder Kleinigkeiten, die man selbst Kindern wegnehmen will, wie zum Beispiel Geld, das sie zur Jugendweihe, Konfirmation oder Firmung bekommen haben.

Mein Gott, vom Ministerpräsidenten erhielten wir heute einen Geschäftigkeitsbericht, weiter nichts. Nirgends ist feststellbar, inwieweit Zahlen und Ergebnisse tatsächlich der Leistung der Staatsregierung geschuldet sind und nicht doch eher anderen Umständen, die diese Regierung nicht positiv für sich verbuchen kann. Denn, meine Damen und Herren, die Prozentzahl arbeitssuchender Frauen sinkt auch dann, wenn viele von ihnen schon weg sind. Das Bruttoinlandsprodukt steigt auch dann an, wenn mehr Menschen sterben als geboren werden.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

In einigen Fällen bin ich sogar sicher, dass die Koalition Erreichtes vorsätzlich oder fahrlässig wieder verspielt. Als es bis 1994 nur eine Gleichstellungsbeauftragte, aber keine Ministerin dafür in Sachsen gab, bewegte sich das Volumen für originäre Frauen- und Gleichstellungsarbeit zum Teil weit unter einer halben Million Euro. Zwischen 1994 und 2002 gab es ein Gleichstellungsministerium. Im Haushalt des Jahres 2000 registrieren wir mit über

1,3 Millionen Euro den bisherigen Spitzenwert für Gender- und Gleichstellungspolitik. Danach wurde das Ministerium abgeschafft und zur Leitstelle für Gleichstellung von Frau und Mann im Sozialministerium umgewandelt. Im Doppelhaushalt 2003/2004 stehen immerhin noch 1,2 Millionen Euro. Aber im Jahr 2002 kam Ministerpräsident Milbradt und seitdem nimmt der Abwärtskurs seinen ungezügelten Lauf. Bei Herausrechnung der Mittel für die Förderung von Frauen im ländlichen Raum zum Beispiel sowie für die Gewaltschutzarbeit stehen 2008 gerade einmal noch knapp 65 % des Budgets des Jahres 2000 zur Verfügung.

Ein Skandal für sich ist ohnehin die Förderung der Frauen im ländlichen Raum. Der Plan für 2008 enthält noch 900 000 Euro – das sind circa 70 % gegenüber 2003 und 2004 – und mit der Kreisgebietsreform wird die Staatsregierung weiter an der falschen Stelle sparen. Schon jetzt arbeiten viele hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den Landkreisen und Städten nicht in Vollzeit – dafür muss eine halbe Stelle reichen – und nach der Zusammenlegung der Kreise bleibt es nach Landkreisordnung bei einer Gleichstellungsbeauftragten bei ungleich größerem Einzugsgebiet. Einen Vorschlag zur Kompensation gibt es im Gesetzentwurf nicht.

Ich weiß nicht, womit die Staatsregierung diesen Niedergang begründen will. Die Berufung auf sinkende Einwohnerzahlen, insbesondere auf sinkende Anteile von Frauen, wäre an dieser Stelle geradezu zynisch. Zu Ende gedacht hieße es nämlich: Alle Frauen wegschicken, dann spart man alles.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Übrigens halte ich den Leitantrag, den die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister in Potsdam verabschiedet haben, für äußerst lobenswert. Genau genommen ist er aber – bei all den schönen Vorhaben, die dort drinstehen – zunächst nur ein Indiz dafür, wie die Dinge in Gleichstellungsfragen überall noch im Argen liegen. Da kann man sich noch viel vornehmen.

Mit den Geschlechterfragen stehen Sie auf Kriegsfuß, Herr Ministerpräsident, und das ist an vielen Stellen spürbar. Die staatlich bezahlten sogenannten Eliten sind in übergroßer Mehrheit männlich, angefangen von der Regierung über die obere Leitungsebene in der Verwaltung, von Justiz und Polizei ganz zu schweigen, bis hin zu den Professoren und Leitern von Forschungsinstituten.

(Peter Wilhelm Patt, CDU: Sogar die
Oppositionsführung! – Der Redner lacht.)

– Herr Patt! Unsere Fraktion ist immerhin quotiert – das kann man von Ihrer nun wahrlich nicht sagen –

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

und in unserer Fraktion sind sehr viele junge Frauen. Wenn Sie dann alt und tatterig sein werden, werden Sie sich hier wundern, was wir für Oppositionsführerinnen haben werden.

Aber erst dann, wenn Leute wie Sie, Herr Patt, merken, dass Frauen fehlen, wird die Sache natürlich zum Problem erhoben. Ganz gescheiten Bürgermeistern fällt dann ein, dass man sich doch Frauen eigentlich kaufen könnte. 2 000 Euro das Stück. Wo leben wir eigentlich?!

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: In Freital!)

„Mit Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“, – das weiß Talbot in Schillers „Jungfrau von Orleans“. Die Prioritätsachse Gender Mainstream ist in den Operationellen Programmen der Europäischen Strukturfonds nicht mehr vorhanden, im EFRE war sie nicht drin und im ESF gibt es sie nicht mehr. Wirtschaftsminister Jurk assistiert hier ganz offensichtlich und unrühmlich beim Abbau. Mag ja sein, dass die Regierung ein Gender-Mainstreaming-Konzept hat, aber der Umsetzungszeitplan ist wegen Zeitverzuges längst obsolet. Die Verantwortung dafür sehe ich allerdings beim Regierungschef.

Der Geschlechterfrage wird auch dann nicht nachgegangen, wenn es eigentlich unverzichtbar ist. Sachsen hat zwar den Ruf, Vorreiter in der Thematisierung des demografischen Wandels zu sein, ignoriert aber, dass die Frauen bei der Bevölkerungsentwicklung nun mal den Ausschlag geben. In den Empfehlungen der Expertenkommission der Staatsregierung zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat gibt es nicht eine einzige geschlechterdifferenzierte Analyse. Es fehlt also dort das entscheidende Kriterium. Was soll man dann damit anfangen?

Die Studien des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung sprechen eine deutlichere Sprache, insbesondere die neueste mit dem Titel „Not am Mann“. In vielen Regionen ist inzwischen aufgrund der selektiven Abwanderung junger Frauen ein spürbarer Männerüberschuss vorhanden. Das hat sich bis in Regierungskreise herumgesprochen. Die Hauptursache für die überproportionale Abwanderung von Frauen besteht nach Ansicht der Autoren der Studie in den enormen Bildungsunterschieden zwischen den Geschlechtern. Die sind auch in Sachsen groß. Beispielsweise sind bei einem sowieso schon hohen Anteil an Förderschülern 63 % männlich. Das Gegenstück sind die Studienberechtigten. Bei einer an sich schon zu niedrigen Quote sind Männer mit nunmehr 45 % deutlich unterrepräsentiert.

(Zuruf von der Linksfraktion.PDS: Hört, hört!)

Dümmer sind Jungen aber keineswegs, da gebe ich dem Kultusminister ausnahmsweise einmal recht.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Oh!)

Aber die Jungen haben oft noch alte Bilder im Kopf, zum Beispiel vom Helden des Kampfes und der körperlich schweren Arbeit oder davon, dass praktische Fähigkeiten wichtiger sind als soziale. Das ist nicht verwunderlich, denn sie bekommen es nach wie vor nicht besser vorgelebt und in den Massenmedien vorgegaukelt. Was Jungs brauchen, sind neue Rollenbilder. Das Festhalten an traditionellen männlichen Vorstellungen wirkt sich nega-

tiv auf das Bildungsniveau der Jungen und Männer aus. Soziale Kompetenz und Fürsorge sind eben keine weibliche Gefühlsduselei, sondern Eigenschaften aller Menschen, männlicher und weiblicher, und sie würden den Jungs künftig mehr denn je die Chance vergrößern, eine Arbeit in ländlichen und deindustrialisierten Regionen zu finden.

Ich sage ganz ausdrücklich, dass es wichtig ist, dass Jungen beim Umdenken unterstützt werden.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Das sächsische Bildungssystem ist dafür jedoch kaum geeignet. Freilich nicht, weil da zu viele Frauen arbeiten, wie der Kultusminister bemerkt hat. Wir brauchen vielmehr Ganztagschulen, aber Ganztagschulen, die an ein ganzheitliches Konzept gebunden sind, und keine zusammengewürfelten Ganztagsangebote oder vielleicht nur den ganzen Tag Schule.

(Starker Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wir brauchen Schulen, in denen sehr viel mehr soziale Kompetenzen erlernt und trainiert werden. Wir brauchen längeres gemeinsames Lernen. Mit der frühen Trennung nach der Grundschule haben die Mädchen erfahrungsgemäß viel weniger Probleme als die Jungen. Je eher diese Trennung verschwindet, Herr Kultusminister, desto weniger Folgekosten durch schlechte Bildung fallen für alle an,

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

desto besser wird sich dann Sachsen auch wieder selbst mit Fachkräften versorgen können.

Sachsen braucht ganze Schulen für ganze Kerle, ganze Kerle mit Kopf, Gefühl und auch mit Kraft!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Dies würde übrigens Schillers Vorstellungen vom Ziel ästhetischer Erziehung durchaus entsprechen.

Sicher ist es problematisch, dass Jungen vor allem in der Kindheit zu wenige richtige männliche Vorbilder haben. Aber ich sage an dieser Stelle, dass sich meine Fraktion vehement dagegen wenden wird, den Frauen den schwarzen Peter für die Bildungs- und Erziehungsmisere in diesem Land zuzuschieben. Nicht die Frauen sind schuld, dass sie in den Bildungseinrichtungen dominieren. Sie machen diese Arbeit unter hohem Druck und an vielen Stellen mit sehr wenig männlicher Unterstützung. Denn in dieser Gesellschaft haben Männer bisher selten „Hier!“ gerufen, wenn es um frühe Erziehung und Bildung von Kindern geht.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Allerdings haben Männer immer über die Rahmenbedingungen bestimmt und lassen sich das auch nicht aus der Hand nehmen. Das jetzt vom Kultusminister bedauerte Ergebnis ist also nichts als nur ein weiterer Beweis für eine Politik fern der realen Bedürfnisse und Erfordernisse.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Herr Prof. Weiss! Diese Koalition schiebt immer mehr Probleme vor sich her, ohne Lösungen zu finden. Die Konflikte werden mehr, die Gemeinsamkeiten weniger. Sie blockieren sich gegenseitig, anstatt sich zu ergänzen und zu sinnvollen Kompromissen zu finden. Dem Parlament und dem Volk aber täuschen Sie Handlungsfähigkeit vor und schließen beide weitgehend der Lösungsfindung aus. Das führt dann zu dem, was Schiller in seinen „Votivtafeln“ bzw. auch in den „Xenien“ den Gesetzgebern vorwirft: „Einer, das höret man wohl, spricht nach dem anderen. Wer nennt zwei Monologe Gespräch?“

(Heiterkeit und Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Ich wollte Ihnen deshalb einen Vorschlag zur Kenntnis geben. Seit der Vergewaltigung der Geschäftsordnung durch die Koalition bei der Sondersitzung vorgestern – einzig zum Zweck, Gemeinsamkeit im Parlament zu verhindern –, glaube ich aber nicht mehr daran, dass wir hier irgendwann noch vom Monologisieren wegkommen.

Ich wollte vorschlagen: Lassen Sie uns neue Wege gehen. Kommen Sie mit den Problemen, die Sie nicht lösen können, ins Parlament. Brechen Sie dort die Koalitionsdisziplin auf zugunsten einer freien Debatte der Demokraten, zugunsten wirklich dialogischer Mehrheitsfindung um die besten Wege.

Wir würden dem Parlamentarismus Sternstunden bereiten und dem Land nur Gutes tun.

(Rita Henke, CDU, lacht.)

– Da lachen Sie, Frau Henke. Sie haben vom Parlamentarismus keine Ahnung. Das Wort kommt aus dem Französischen und meint „miteinander sprechen“.

Die Menschen fänden wieder Vertrauen in die Politik und in die Sinnhaftigkeit von Wahlen, würden wir so handeln. Sie bestätigen mich jedoch, dass dieser Vorschlag sinnlos ist, weil Sie ihn nie annehmen werden. Wir könnten aber sofort bei der Hochschulgesetzgebung und beim gemeinsamen Überlegen zur Verwendung der zu erwartenden Mehreinnahmen im Staatshaushalt zugunsten der Kommunen oder der Bildung und Ausbildung damit beginnen. Wir werden heute einen Entschließungsantrag einbringen, der Ihnen die Gelegenheit bietet, damit zu beginnen.

Leider aber zeigt die Reaktion, dass Sie diese und alle anderen Gelegenheiten zum Diskurs ausschlagen werden.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Bis zum Fall!)

Deshalb lassen Sie mich jetzt mit einem Klassiker schließen, nicht mit Schiller,

(Zuruf von der NPD: Goethe!)

auch nicht mit Goethe. Was ich jetzt sage, hat kein Schiller geschrieben und hat kein Goethe gedichtet – da gibt es ein Wiener Lied. Lassen Sie mich mit einem Klassiker schließen, mit Karl Valentin, dessen Geburt sich gerade

zum 125. Mal jährte. Karl Valentin meinte: „Jedes Ding hat drei Seiten, eine positive, eine negative und eine komische.“

(Heiterkeit bei der Linksfraktion.PDS)

Meine Damen und Herren von der Koalition, das Positive schmilzt Ihnen unter der Hand weg, die Auseinandersetzung mit dem Negativen verweigern Sie und ich frage Sie deshalb zum Schluss meiner wahrscheinlich letzten Erwiderung auf eine Regierungserklärung:

(Angelika Pfeiffer, CDU: Gott sei Dank!)

Wollen Sie wirklich, dass Ihnen nur noch das Komische bleibt? Aber Ihr „Gott sei Dank“ hat mir bewiesen: Sie wollten nur das Komische für sich in Anspruch nehmen.

(Lang anhaltender Beifall bei
der Linksfraktion.PDS – Beifall
des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP –
Hochrufe von der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen unsere Debatte fort. Oder sind noch Hochrufe zu erwarten? – Dann erteile ich das Wort der CDU-Fraktion. Herr Dr. Hähle, bitte.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, mit dem ich es bei jeder Regierungserklärung seit Jahren immer wieder zu tun habe, hat wiederum – außer mit einigen komödiantischen und lyrischen Einlagen – nichts dazu beigetragen,

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Es war Schiller!)

was unserem Land irgendwie dienen könnte. Er baute seine Rede auf nach dem Motto: „Der Geßler sprach zum Tell, du weißt, ich mache nicht viel Worte, nimm einmal die Tüte schnell, sind Äpfel drin von bester Sorte.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das ist die Zusammenfassung. Schiller hätte sich möglicherweise im Grabe herumgedreht, weil er erschrocken wäre, dass seine Räuber noch heute ihr Unwesen treiben,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und
der Staatsregierung – Zuruf des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

nämlich die Räuber der Zukunftszuversicht unseres Volkes.

(Frank Kupfer, CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wer sich hier hinstellt und vorgibt, den Stein der Weisen zu besitzen und den Gang der Weltgeschichte im Voraus zu kennen, der zeigt, dass er im alten marxistischen Denken verharrt.

(Beifall bei der CDU – Gelächter und
Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS)

Wir sehen die Welt realistischer, und seit sie auch realistischer hier in diesem Teil unseres deutschen Vaterlandes gesehen werden kann, geht es uns eindeutig besser. Wir sind Teil dieser Welt,

(Beifall bei der CDU – Klaus Tischendorf,
Linksfraktion.PDS: Kommt schon viel zu spät!)

so wie sie ist. Wir sind abhängig von Bedingungen, die wir hier vorfinden und die auch noch aus der Zeit nachwirken, in der Sie hier etwas zu sagen hatten. Das soll ja nicht heißen, dass es nicht auch Zeiten geben kann und gegeben hat, die ein Land wie das unsere auf einen Leuchter heben und in einem Augenblick der Geschichte aufstrahlen lassen, sodass die Welt davon berührt oder gar verändert wird. So war es 1989 und 1990, als die friedliche Revolution von Sachsen ausging, weltweite Beachtung fand und im Ergebnis die Welt in eine neue Epoche geführt hat

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Nur stereotyp! – Zuruf der
Abg. Caren Lay, Linksfraktion.PDS)

und die Porschs und Bartls in ganz Europa ihrer direkten Einflussmöglichkeiten enthoben wurden.

(Beifall bei der CDU und des
Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Freilich waren es nicht nur wir Sachsen, freilich mussten zuvor die weltgeschichtlichen Bedingungen reifen, die das alles möglich gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS)

Wäre das nicht geschehen, säßen wir nicht hier im Sächsischen Landtag und müssten möglicherweise weiter leiden unter der Diktatur eines selbsternannten Proletariats,

(Protest bei der Linksfraktion.PDS)

das sich offenbar bis heute noch nicht an gute Sitten gewöhnt hat, sondern ununterbrochen zwischenruft, sich auf die Schenkel klopft

(Beifall bei der CDU – Unruhe
bei der Linksfraktion.PDS)

und zu keiner ernsthaften Debatte fähig ist. Der Streit, den wir in der Mitte der 4. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages führen,

Präsident Erich Iltgen: Ich darf um mehr Aufmerksamkeit bitten!

Dr. Fritz Hähle, CDU: die Debatte um die landespolitische Bilanz – ob wir eine gute Bilanz vorweisen können oder nicht oder ob diese, wie die Opposition sagt, mager ist – müssten nicht geführt werden. Prof. Porsch, das Einzige, was hier mager war, war Ihre Rede.

(Beifall bei der CDU)

Was wir seit dem 3. Oktober 1990 erreichen konnten, ist ein Ergebnis der politischen Veränderung, deren Samen zuvor gelegt worden waren.

(Zurufe der Abg. Dr. André Hahn und
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Genau genommen ist der Grundstein bereits mit der Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gelegt worden. – Das gehört alles zur Regierungserklärung.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Halbzeitbilanz! – Zuruf des
Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Was ich sage, gehört zur Erwiderung auf die Rede meines Vorredners – –

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren, ich darf doch wohl um mehr Aufmerksamkeit bitten!

Dr. Fritz Hähle, CDU: Ich will nicht weiter darauf eingehen, wenn Sie das so reizt, sondern zurückkehren in die Niederungen, die wir die Mühen der Ebenen nennen, die Sie nicht bereit sind mitzutragen. Hier gilt fleißige und beharrliche Arbeit, gepaart mit Weitsicht; denn nach wie vor gilt: Was der Mensch sät, das wird er ernten. Dass der Ministerpräsident in eindrucksvoller Weise auf die Erfolge hinweisen konnte, hängt damit zusammen, dass jetzt die Früchte reifen, deren Samen vor Jahren in die Erde gelegt wurden.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ernten, um zu säen!)

Ich als einer, der von Anfang an mit dabei war und die meisten Debatten hier im Landtag miterlebt hat, weiß, wie uns immer wieder eingeredet werden sollte – auch immer von der linken Seite –, einen Teil des Saatgutes doch sofort zu verspeisen. Wir haben diesen Verlockungen weitgehend widerstanden.

(Zurufe von der Linksfraktion.PDS
und des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

– Nicht allen, aber wir waren keine Schönwettersegler, Herr Martens, wir haben uns auch in heftigen Stürmen bewährt. Wenn wir jetzt über schönes Wetter reden können, dann ist das ein Ergebnis der Arbeit, die wir damals unter schwierigen Bedingungen geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Es hat sich ausgezahlt. Die Staatsfinanzen sind der unwiderlegbare Beweis dafür. Auch wenn man hier noch so tobt und sich noch so sehr ärgert, wenn es in Sachsen vorwärtsgeht: Die Menschen im Lande sehen die Dinge weitgehend realistisch.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Das werden wir bei den Wahlen sehen! –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir sind jedes Mal besser geworden!)

– Das sagen Sie jedes Mal. Wir sind heute in der Lage, manches zu finanzieren, wozu andere Länder wegen hoher Zinslasten nicht in der Lage sind. Wir haben damit begonnen, Vorsorge zu treffen, damit wir auch für die

Zukunft gerüstet sind. Das ist der Samen, der wiederum in etlichen Jahren aufgehen und Früchte tragen wird.

Das Prinzip, meine Damen und Herren, ist nicht neu. Schon im Alten Testament ist die Geschichte von Joseph zu lesen, der als Sklave nach Ägypten verkauft wurde, dort aber zu hohen Ehren als Verwalter kam und in sieben fetten Jahren einen Teil des Getreides in staatliche Speicher bringen ließ.

(Zuruf der Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS, und Karl Nolle, SPD)

So hatte das Land in den mageren Jahren, Herr Nolle, genügend zu essen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es konnte sogar noch Getreide an die Völker ringsum verkauft werden. – Ja, ich war etwas herausgefordert durch Ihren Zwischenruf, hatte ihn aber nicht verstanden. Ich bitte um Verzeihung.

(Karl Nolle, SPD: Ich hatte gesagt, Narren soll man nicht auf Eier setzen!)

– Dann merken Sie sich das nur; ich weiß nicht, worauf Sie sitzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen, es kommt immer darauf an, an die Zukunft zu denken und an die Chancen künftiger Generationen, nicht nur an jetzt und heute und an sich selbst. Wenn wir schon einmal bei der Bibel sind – ich weiß, es ärgert manchen etwas –, dann erlaube ich mir an eine Geschichte aus dem Neuen Testament zu erinnern. Da gab es auch einen reichen Kornbauern, der sich Scheunen bauen ließ und Getreide im Überfluss speicherte. Sein Motiv war jedoch ein anderes. Er sagte sich, jetzt hat meine Seele Ruhe auf viele Jahre und ich kann es mir wohlgehen lassen.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Wegen einer einmaligen guten Ernte wollte er seine Aktivitäten einstellen. Heute würden wir sagen: wegen kurzzeitig sprudelnder Steuerquellen. In dem biblischen Gleichnis sagte Gott zu dem reichen Kornbauern: Du Narr – jetzt haben wir es wieder – und kündigte an, dass sein Leben bald zu Ende gehen würde. – So weit will ich mich jetzt nicht versteigen.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Das soll heißen, es kommt nicht nur auf materielle Werte an.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:
Er soll was für die Armen tun!)

Ich will die religiöse Ebene nicht überstrapazieren,

Präsident Erich Iltgen: Herr Lichdi, bitte nehmen Sie sich etwas zurück!

Dr. Fritz Hähle, CDU: um den Widerspruch der Atheisten nicht allzu sehr herauszufordern. Es ist laut genug, was mich allerdings auch nicht beirren sollte, zu meinen Wurzeln und zu meiner Überzeugung zu stehen – und wenn Sie noch so schreien.

(Beifall bei der CDU)

Wer damit nichts anfangen kann oder will, dem empfehle ich das Buch von Michael Opoczynski, dem Moderator und Chefredakteur der ZDF-Sendung „WISO – Wirtschaft und Soziales“, mit dem Titel „Wunderland ist abgebrannt – Wie wir noch zu retten sind“. Das Buch beginnt mit einer bemerkenswerten Schilderung der Spaltung unserer Gesellschaft, deren Ursache in einem höchst unterschiedlichen Bildungsniveau der Bevölkerung zu suchen ist, gesamtdeutsch gesehen. Ich höre schon den Aufschrei – jetzt schreien Sie gerade nicht auf, aber Sie sollten es. Ich habe es vermutet.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe der Abg. Andrea Roth und Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Sie müssten jetzt eigentlich sagen: Das haben wir schon immer gesagt. Ich hätte geantwortet: Ja, wir aber auch. Festzuhalten ist auf jeden Fall: Unser zweigliedriges Schulsystem hat es immerhin geschafft, dass in Sachsen der Bildungserfolg weit weniger von der sozialen Herkunft abhängig ist als in anderen deutschen Ländern.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Was nicht heißt, dass nicht noch viel zu tun wäre.

Dass wir den Schwerpunkt auf frühkindliche Bildung und verstärkte Anstrengungen in der Grundschule gelegt haben, ist auf jeden Fall richtig. Auch das wird sich auszahlen, wiederum nicht gleich heute, aber sehr wohl in einigen Jahren. Die Gegenwart bestimmt die Zukunft.

Da in der Gegenwart viel zu wenige Kinder geboren werden, wird die Zukunft zunehmend auch von den Älteren mitbestimmt werden. Es ist deshalb richtig, sich darauf einzustellen, ohne freilich die Bemühungen aufzugeben, jungen Familien Mut zu Kindern zu machen und die Bedingungen dafür weiter zu verbessern. Bis hier eine Trendwende eintritt und die Auswirkungen zu spüren sein werden – diese Zuversicht haben wir –, vergehen wiederum etliche Jahre, in denen wir das gestiegene Leistungsvermögen und den Leistungswillen der Älteren nutzen müssen und auch nutzen können.

Trotzdem wird sich die Arbeitswelt wie die Unternehmenswelt weiter verändern. Der technologische Fortschritt lässt sich ebenso wenig aufhalten wie die immer perfekter werdende internationale Arbeitsteilung. Hohe Löhne im Inland bei gleichzeitigem Anspruch auf billige Waren aus dem Ausland ist eine Gleichung, die nicht aufgeht. Immer mehr Menschen leben deshalb von staatlichen Transferleistungen, die im Wesentlichen von dem Drittel der Bevölkerung aufgebracht werden muss, das einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgeht.

Immer deutlicher wird, dass der Staat nicht alles leisten kann, weil er ja nur das verteilen kann, was er über Steuern und Abgaben einnimmt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Er verzichtet auf zu viele Einnahmen!)

Der größte Posten im Bundeshaushalt waren im Jahr 2006 mit 135 Milliarden Euro die Sozialausgaben. Das ist mehr als die Hälfte des Bundeshaushaltes von 260 Milliarden Euro. Das, meine Damen und Herren, gehört auch zum Einkommen der Bevölkerung. Das wird leider viel zu wenig wahrgenommen.

Der zweitgrößte Ausgabenblock sind die Zinsen mit 38 Milliarden Euro. Das ist ein knappes Drittel des Bundeshaushaltes. Das sind die Auswirkungen dessen, was in der Vergangenheit auf Kosten künftiger Generationen bereits verfrühstückt worden ist.

Die Verschuldung des deutschen Staates wächst trotz derzeit höherer Steuereinnahmen weiter.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Und warum senken wir die Körperschaftsteuer?)

1960 hatte die Bundesrepublik 27 Milliarden Euro Schulden, Ende 2005 waren es 1 468 Milliarden Euro. Übrigens fallen 61 % der Staatsschulden auf den Bund, 32,5 % auf die Länder und 6 % auf die Gemeinden. Die am stärksten verschuldeten Länder sind Berlin, Bremen und das Saarland.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wer hat denn in Berlin die Sparkasse verkauft?)

– Sie haben immer etwas zu eiern und zu meckern, Herr Porsch.

(Beifall bei der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die CDU hat ja die Schulden angehäuft!)

– Ja, ja.

Bremen ist auch stark verschuldet, das war nicht die CDU. Das Saarland ist auch stark verschuldet, dort war Herr Lafontaine lange Zeit am Ruder. Ein ausgeglichener Haushalt ist in diesen drei deutschen Ländern nicht in Sichtweite. Als vorbildlich gelten die Länder Bayern und Sachsen. In Bayern war es die CSU, in Sachsen die CDU, neuerdings zusammen mit der SPD.

Eine Rangliste der Bundesländer, meine Damen und Herren, nach ihrer Zukunftsfähigkeit sieht indessen doch etwas anders aus. Da ist nicht das einzige Kriterium die geringe Verschuldung, da liegen Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen vorn. Die neuen Länder liegen insgesamt hinten, wobei Sachsen die 14. Stelle einnimmt vor Berlin und Sachsen-Anhalt. Es zeigt sich hier, dass wir eben doch noch erheblichen Nachholbedarf haben und dafür weiterhin Hilfe brauchen, so wie es der Solidarpakt II vorsieht.

(Beifall bei der CDU und des
Staatsministers Thomas Jurk)

Wir sind auch dankbar dafür. Ich warne an dieser Stelle davor, diesen Solidarpakt immer wieder infrage zu stellen, nur deshalb, weil wir unsere Hausaufgaben ganz gut gemacht haben und finanziell ganz gut dastehen. Aber solange junge Menschen ihr Heil in den westlichen Bundesländern suchen und nicht überwiegend hier bleiben, ist noch etwas in Schieflage, und wir müssen weiterhin etwas tun.

(Beifall bei der CDU, der SPD und
des Staatsministers Thomas Jurk)

Entscheidend für die Zukunftsaussichten einer Region sind eine im Altersaufbau gut gemischte Bevölkerung und eine gut funktionierende Wirtschaft, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und neue schafft, und eine Infrastruktur, mit der es sich gut leben lässt. Außer beim Altersaufbau sind wir bei diesen Zukunftsvoraussetzungen in den vergangenen Jahren gut vorangekommen. Der Ministerpräsident hat dazu im Einzelnen gesprochen. Soll das so weitergehen, bedarf es höchster Anstrengungen und des Mutes zu neuen, unkonventionellen Wegen.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht verkennen, dass die Musik mehr und mehr in den großen Ballungszentren spielt. In Deutschland sind das die Räume Stuttgart, München und Hamburg. Die Knotenpunkte der Weltwirtschaft liegen indess nicht unbedingt in Deutschland. Während hier eine Stadt mit 200 000 Einwohnern schon als Großstadt bezeichnet wird, wäre eine solche in China eine Provinzstadt. Im Jahr 2006 war Tokio mit 35,5 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Welt. Die erste europäische Stadt unter den größten Städten der Welt des Jahres 2006 war Moskau auf Platz 19 mit knapp elf Millionen Einwohnern. Das gesamte Ruhrgebiet kommt mit 6,5 Millionen Einwohnern auf Platz 34. Das sind die Bedingungen, die wir in der Welt von heute vorfinden und die sich auswirken, ob wir wollen oder nicht, auf Wohl und Wehe unseres vergleichsweise kleinen Bundeslandes. Es ist keinesfalls resignativ gemeint, sondern soll auf die Herausforderungen verweisen, vor denen wir stehen, die wir aber meistern können.

Natürlich verfügen wir wie auch andere Regionen über hoch talentierte Menschen. Unsere Chancen liegen darin, einen großen Teil der gut ausgebildeten jungen Leute im Land zu halten und auch etliche wieder zurückzuholen. Wenn es in der Welt Ballungszentren mit großen Wachstumschancen gibt, vergrößert das unsere Exportchancen. Es ist deshalb richtig und sehr zu begrüßen, wenn sich Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung immer wieder zusammen mit sächsischen Wirtschaftsvertretern aufmachen, um dort für Sachsen zu werben, wo die Musik spielt. Dazu gilt es, die gebotenen Hilfen aus dem Solidarpakt höchst effektiv zu nutzen und darüber hinaus nichts zu verschenken, was wir mit Reformen und neuen Organisationsmodellen leisten können.

Hinzu kommt, dass die Investitionen, die in unserem Land bereits geflossen sind, nicht leichtfertig weggeworfen werden dürfen, denn wir können nicht davon ausgehen, dass uns irgendjemand auf dieser Welt diese jemals

großzügig wieder ersetzt. Ich denke hier unter anderem an die Investitionen in die sächsische Energiewirtschaft. Davon hat der Ministerpräsident schon gesprochen. Der Vorstand der CDU-Fraktion war Ende Mai in Boxberg und hat sich über den Fortgang der Bauarbeiten am zweiten Block des dortigen Kraftwerkes informiert. Meine Damen und Herren, es ist beeindruckend zu sehen, was dort entsteht.

(Beifall bei der CDU)

Nach Fertigstellung wird es das modernste Braunkohlenkraftwerk der Welt sein mit einem Wirkungsgrad von nahezu 50 %. Herr Lichdi, Sie werden mir dann noch einmal erklären, wie falsch das alles ist. Trotzdem halte ich es auch für falsch, was Sie sagen werden. Ich halte es für unverantwortlich, dass die GRÜNEN einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung fordern, wie wir es schon mehrfach gelesen haben.

(Beifall bei der CDU –

Johannes Lichdi, GRÜNE, steht am Mikrofon.)

– Herr Lichdi, Sie können dann reden. Ich weiß, was Sie sagen werden, und Sie wissen, was ich antworten werde. Also sparen wir uns das doch. Ich will Ihnen nur sagen, dass in der Oberlausitz niemand für Ihre Haltung Verständnis hat, denn wir können und dürfen trotz einleuchtender Klimaschutzgründe nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Entvölkerte Landschaften, für deren letzte Mohikaner eine fahrbare Bibliothek zur Verfügung gestellt wird, können nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion teilt die Klimaschutzziele, zu denen sich die CDU Deutschlands in ihrem neuen Grundsatzzprogramm bekennt. Der Freistaat Sachsen hat dazu mit der Modernisierung seines Kraftwerksparks bereits einen erheblichen Beitrag erbracht, nämlich 40 % der Verringerung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland seit 1991/92. Mit Sorge sehen wir deshalb auf die drohenden Wettbewerbsnachteile, die die Braunkohle durch die Gesetzgebung des Bundes erfahren soll, indem sie die Steinkohle und Braunkohle auf einen einheitlichen Grenzwert von 750 Gramm CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde festlegen will. Da dieser Wert im Gegensatz zur Steinkohle für Braunkohlenkraftwerke technisch nicht erreichbar ist, müssten dafür zusätzliche Zertifikate gekauft werden. Das wäre gleichzusetzen mit einer Sondersteuer für die Braunkohlenverstromung, die den ohnehin hohen Strompreis hierzulande weiter verteuern würde. Wenn unsere Wirtschaftskraft – wie wir es doch alle wünschen – weiter wachsen soll, dann spielen neben anderen Bedingungen eben auch die Energiepreise eine große Rolle.

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen und noch einmal das wiederholen, was der Ministerpräsident gesagt hat: dass die von mir erwähnte Erneuerung des Kraftwerksparks über die hohen investitionsbedingten Strompreise von der sächsischen Bevölkerung bereits bezahlt worden ist und immer noch bezahlt werden muss – wie übrigens, das darf man nicht unerwähnt lassen, die Einspeisung des

recht teuren Stromes aus erneuerbaren Energiequellen. Wir könnten ihn nicht einspeisen, gäbe es nicht eine stabile Stromversorgung aus grundlastfähigen fossilen Brennstoffkraftwerken.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben sich deshalb an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewandt mit der Bitte, das vorgesehene Bundesgesetz noch einmal zu verändern und die Benachteiligung der Braunkohle aufzuheben.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und der Staatsregierung)

Hier haben wir dankenswerterweise ein positives Signal erhalten; es wäre hilfreich, wenn sich auch die SPD-Fraktionen der drei genannten Länder im genannten Sinne einsetzen würden. Da sich unser Koalitionspartner erklärtermaßen auch zur Braunkohle bekennt, gehe ich davon aus, dass wir hier Unterstützung bekommen – vielleicht auch schon bekommen haben.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Fritz Hähle, CDU: Ja, bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS: Herr Hähle, ist Ihnen eigentlich bekannt – da Sie dauernd von einer Benachteiligung der Braunkohlenverstromung sprechen –, dass im Gesetz zum Nationalen Allokationsplan II eine doppelte Privilegierung der Braunkohlenverstromung vorhanden ist? Nämlich einmal eine zehnprozentige Aufstockung gegenüber der Steinkohlenverstromung und zweitens soll die Kraft-Wärme-Kopplung, von der es in Sachsen einen hohen Anteil gibt, mit besonderen Zertifikaten ausgestattet werden, sodass man von einer doppelten Privilegierung sprechen muss.

Präsident Erich Iltgen: Bitte die Frage!

Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS: Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Fritz Hähle, CDU: Frau Kollegin, ich spreche gerade von jenem Allokationsplan II.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:

Sie haben von Benachteiligung gesprochen!)

Danach bekommen Steinkohle und Braunkohle den gleichen Wert von 750 Gramm CO₂ pro erzeugte Kilowattstunde,

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Das ist nicht das Ganze!)

wobei Braunkohle allenfalls 924 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde erreichen kann. Alles, was über 750 Gramm liegt, wird mit einer Sondersteuer belegt; das heißt, man muss zusätzliche Zertifikate kaufen. Das können Sie nicht wegreden mit dem Hinweis auf irgendwelche anderen

Energieerzeugungsformen, die nur im einstelligen Prozentbereich bisher eine Rolle spielen. Wir wollen einmal über die Dinge sprechen, die wirklich entscheidend sind.

Ich meine, dass eine Verhinderung der Braunkohlenson-dersteuer es erleichtern kann, die technische Entwicklung von Kohlekraftwerken mit CO₂-Abtrennung und -speicherung zu befördern. Das wäre wirklich ein Export-artikel, der in aller Welt zu Fortschritten auch beim Klimaschutz führen könnte.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Vattenfall ist dabei, eine Pilotanlage zu errichten, die in Schwarze Pumpe bereits im Mai 2008 mit einer Leistung von 300 Megawatt in Betrieb gehen soll.

Meine Damen und Herren! Mein Plädoyer für die einhei-mische Braunkohle ist also keine Abkehr vom notwendi-gen Klimaschutz. Allein auf erneuerbare Energien zu setzen halte ich jedoch für die nächste Zukunft für blanke Illusion.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und der Staatsregierung)

Denn diese Energieerzeugungsformen sind im Wesentli-chen nicht grundlastfähig; deshalb muss es noch eine längere Zeit Energieversorgung aus fossilen Rohstoffen geben – zumal man für die Herstellung von Energieerzeu-gern wie Solarzellen eine Menge Strom braucht. Rechnet man das alles drauf, käme man bei Solarstrom auf etwa 90 Cent pro Kilowattstunde. Atomstrom belastet den Kunden bisher mit 1,5 Cent pro Kilowattstunde – um einmal den Vergleich zu bringen. Ich will damit nicht sagen, dass es nicht gut wäre, solche Solarkraftwerke zu bauen und Solarzellen herzustellen und zu exportieren.

Aber eines muss auch klar sein: Sollte es tatsächlich, wie vorgesehen, zur schrittweisen Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke kommen, die derzeit immerhin 30 % der Stromerzeugung erbringen, dann wird das unvermeidlich zum Bau weiterer Kraftwerke auf der Grundlage fossiler Rohstoffe führen – es sei denn, wir riskieren die vollständige Deindustrialisierung Deutschlands.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Das ist doch albern, Herr Hähle!)

Dann würden wir natürlich zwei Prozent dazu beitragen, dass Klimaschutzziele verbessert werden. Zwei Prozent würde die vollkommene Abschaltung aller Industrien in Deutschland ausmachen – Werte, die wir nicht kleinreden wollen, aber die trotz allem einmal in die richtige Relation gesetzt werden müssen. Freilich gibt es neben Kohle auch Öl und Gas – auch davon leben wir –; doch wollen wir uns wirklich auf Dauer von Staaten abhängig machen, die uns möglicherweise eines Tages den Hahn zudrehen könnten? Das frage ich mich ernsthaft.

Es gibt deshalb beim derzeitigen Entwicklungsstand keine vernünftige Alternative zur Nutzung einheimischer

fossiler Rohstoffe innerhalb eines vernünftigen Energie-mixes.

Ungeachtet dessen müssen die Anstrengungen zur Ent-wicklung neuer umwelt- und klimafreundlicher Energie-erzeugungsmöglichkeiten weitergehen – dazu hat sich auch der Ministerpräsident bekannt. Das alles liegt im originären Interesse Sachsens. Deshalb halte ich es für erwähnenswert im Rahmen einer Debatte zur Regierungs-erklärung des Ministerpräsidenten zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Lassen Sie mich zum Schluss auf einen weiteren höchst wichtigen Aspekt eingehen, der mit dem eben Genannten in unmittelbarem Zusammenhang steht: Wenn wir nicht mit allen Kräften und großem Mut zu Veränderungen für einen neuen Schub in Forschung, Entwicklung und Hochschulbildung sorgen, werden wir das Ziel verfehlen, im Konzert der führenden Länder mitzuspielen und für den von allen gewünschten Wohlstand für unser Land etwas daraus zu gewinnen. Es wäre unverantwortlich, wegen kleinlicher ideologischer Vorbehalte die Entwick-lung aufzuhalten und die Augen vor dem zu verschließen, was sich hierzu in anderen Ländern tut.

Wenn es nicht gelingt, die Bedingungen für Arbeitsplätze und gute Verdienstmöglichkeiten weiter entscheidend zu verbessern, dann ist die Arbeiterklasse – wie es mein Kollege Weiss jüngst ausgedrückt hat – tatsächlich nicht zu retten. Aber wir wollen sie zusammen mit Ihnen durchaus retten. Sachsen hat eine gute Entwicklung genommen. Wir verfügen über kulturelle Kleinode von Weltrang und haben ein reiches kulturelles Leben – Hochkultur wie Volkskunst, gepflegte und wunderschöne Landschaften. Wir sind ein gastfreundliches und weltof-fenes Land, wir haben eine hervorragende Ausgangssitua-tion, um weiterhin erfolgreich sein zu können.

Lassen Sie uns weiterhin auf den Leistungswillen, den Fleiß und das Können der sächsischen Bevölkerung bauen. Vertrauen wir darauf, dass die Dezentralisierung von Verantwortung und Gestaltungsfreiheit zum Beispiel an unseren Hochschulen oder auf der kommunalen Ebene neue Kräfte freisetzen wird, auf die wir dringend ange-wiesen sind.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der CDU und der
Staatsregierung und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort; Herr Prof. Weiss, bitte.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Herr Präsident! Liebe Kollegen Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Sie alle waren mit Sicherheit schon mehr als einmal im Gebäude Archivstraße 1 auf der anderen Elbseite. Viel-leicht ist Ihnen dabei aufgefallen, dass in diesem Haus, in dem die Staatskanzlei ihren Amtsgeschäften nachgeht, an einer Wand die Porträts aller sächsischen Ministerpräsi-denten hängen, die demokratisch legitimierte Regierungen

geleitet haben. Ich finde, diese Bilder sind eine schöne Tradition.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich weiß nicht genau, ob Sie die Reihe Ihrer Amtsvorgänger schon einmal ganz bewusst durchgegangen sind. Doch wenn Sie sich die Namen und vor allem die Parteizugehörigkeit dieser Persönlichkeiten genauer ansehen, werden Sie zu einem auf den ersten Blick überraschenden Ergebnis kommen: Von allen Ihren Vorgängern im Amt, Herr Ministerpräsident, waren sechs im Besitz eines sozialdemokratischen Parteibuches, nur ein einziger der Porträtierten war Mitglied einer konservativen Partei.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sozialdemokraten hatten große Zeiten!)

Wie ich gehört habe, ist die Tatsache dieser sozialdemokratischen Übermacht in der Sächsischen Staatskanzlei – ich nehme allerdings an, es ist die einzige – für Ihre Mitarbeiter immer wieder Ansporn, ihr Bestes zu geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Jedenfalls sind von einem Ihrer Mitarbeiter, der eine Besuchergruppe durch das Gebäude führte und mit dieser die Porträts im Empfangszimmer diskutierte, sinngemäß folgende Worte überliefert: Von den Ministerpräsidenten, die Sie hier sehen, sind über die Hälfte Sozialdemokraten. Wir in der Staatskanzlei tun aber alles dafür, dass in naher und mittlerer Zukunft das Verhältnis zugunsten der Konservativen ausgeglichen wird.

Bei diesen Bemühungen wünsche ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihren Mitarbeitern viel Erfolg. Seien Sie aber versichert, dass wir diese sportliche Herausforderung annehmen und auch daran arbeiten, dass für die Sozialdemokraten das ohnehin günstige Verhältnis weiter verbessert wird.

Unter Ihren Vorgängern, Herr Ministerpräsident, befanden sich Persönlichkeiten wie Erich Zeigner oder Richard Lipinski, die auch heute noch hohes Ansehen genießen. Während ihrer Regierungszeit sind eine Reihe von progressiven Gesetzen, vor allem im Schulbereich, verabschiedet worden: kostenfreier Unterricht, mehr Unterrichtsstunden, Herabsetzung der Klassenstärken, Universitätsausbildung für Volksschullehrer. Das sind Dinge, die heute selbstverständlich erscheinen, aber hart erkämpft wurden.

Nun möchte ich heute keine lange Vorlesung über die große Tradition der Sozialdemokratie in Sachsen halten; mir, meinen Fraktionskollegen im Hohen Haus und allen Sozialdemokraten im Land ist sie jedoch bewusst, und sie motiviert uns in unserem täglichen politischen Handeln. Für eine Tatsache sind diese sechs sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ein ebenso unwiderlegbarer Beweis wie unsere erfolgreiche Arbeit in den letzten zweieinhalb Jahren, nämlich: Sozialdemokraten können regieren. Ich bin sogar der festen Überzeugung, mit den Sozialdemokraten wird unser Sachsen gut regiert.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist klar, dass wir nicht allein regieren, sondern in einer Koalition mit der CDU.

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist
eine scharfsinnige Feststellung!)

Beide Partner mussten zunächst einen mühsamen Lernprozess absolvieren. Die CDU musste lernen, Macht zu teilen – und ich kann mir vorstellen, wie schwer Ihnen das nach langen Jahren der absoluten Mehrheit gefallen ist –; die SPD wiederum musste lernen, bei allem das Machbare in den Blick zu nehmen. Nicht alle Forderungen aus der Zeit der Opposition sind in der praktischen Regierungsarbeit sofort durchsetzbar.

Es gab auch Dinge, die wir gemeinsam lernen mussten, meine Damen und Herren, vor allem von der CDU-Fraktion. Wir mussten lernen, Kompromisse zu schließen. Ein Kompromiss ist per definitionem der Ausgleich zwischen möglicherweise diametral entgegengesetzten Interessen. Ein Kompromiss kennt keine Sieger und Verlierer. Beim Ringen um eine für beide Seiten akzeptable Lösung muss man stets beachten, dass es für jede Partei Grundsätze gibt, aus denen sie ihr eigenes Selbstverständnis ableitet. Diese Grundsätze respektieren wir natürlich gegenseitig.

Zu den conditiones sine quibus non einer guten Kooperationsarbeit gehört ferner ein gegenseitiges Grundvertrauen, die Überzeugung, dass das Verbindende zumindest über den begrenzten Zeitraum einer Wahlperiode stärker ist als das Trennende.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

Hier können wir – Herr Ministerpräsident, Sie sagten es –, an die gemeinsamen Wurzeln und Ideale aus der Zeit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 anknüpfen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gehört dazu ein Mindestmaß an Berechenbarkeit. Es ist nicht hilfreich, wenn ein Partner quasi über Nacht seine Meinung zu einem politischen Problem ändert und diese 180-Grad-Kehrtwende dem verblüfften Koalitionspartner 20 Minuten vor der Plenarsitzung offenbart.

(Karl Nolle, SPD: Das kann doch nicht passieren!)

Es ist ebenso wenig hilfreich, den zahlenmäßig kleineren Koalitionspartner immer wieder daran erinnern zu wollen, wie unglaublich klein er sei. Die Lösung von Streitfragen in der Koalition kann nur auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Ich denke, wir haben dies gemeinsam gelernt, und wenn man auch manches besser machen und manches effektiver gestalten könnte – diese Koalition funktioniert trotz des von Anfang an begleitenden Lamentos der Oppositionsparteien, trotz des Dauergezeters einiger Ihrer Repräsentanten, Herr Kollege Porsch.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Das ist unsere Aufgabe,
dazu sind wir gewählt worden!)

Diese Koalition funktioniert ein wenig so wie eine sächsische Expedition auf den Mount Everest: Im Basiscamp am Fuß des Berges wird zu Beginn das Team zusammengestellt, das aus alten Haudegen und jungen Kräften besteht, dann klettert man die ersten Etappen, muss Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die des Partners entwickeln.

(Jürgen Gansel, NPD: Dann kommt die Lawine!)

Zwischendurch zerzt mancher Sturmwind an den Sicherungsleinen, der Proviant auf den Etappen wird möglicherweise knapp, den einen oder anderen Teilnehmer verlassen vielleicht kurzfristig die Kräfte, die Zusammenarbeit aber klappt immer besser, auch wenn unterwegs oft über die beste Route zum Gipfel diskutiert wird und diskutiert werden muss.

Wie sagten Sie soeben, Herr Ministerpräsident? Wir suchen im fairen Streit die beste Lösung. Genau das tun wir, und wenn es dabei einmal Scherereien gibt, wissen wir doch, dass es uns gemeinsam um die beste Lösung geht.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Aber das Parlament stört ein bisschen!)

– Ich komme noch darauf zurück.

Beide Gruppen profitieren dabei übrigens voneinander. Die erfahrenen Bergsteiger verraten ihre Tricks und die Jungen schlagen Wege vor, die die anderen überhaupt noch nicht ins Auge gefasst hatten und nicht kennen. Die sächsische Expedition hat jetzt das Camp auf halber Höhe, also bei 4 000 Metern, erreicht und die Luft wird zugegebenermaßen dünner. Mancher ist bereits auf Sauerstoff angewiesen,

(Heiterkeit bei der CDU
und der Linksfraktion.PDS)

damit er die Expedition nicht abbricht. Aber wenn die Teilnehmer in die Tiefe blicken, meine sehr verehrten Damen und Herren, können sie stolz auf den weiten Weg sehen, den sie gemeinsam bereits geschafft haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Dr. Johannes Müller, NPD: Das Gleichnis
ist so wirklichkeitsfremd wie Ihre Politik!)

Natürlich gilt für den Rest der Expedition, dass bei zunehmender Höhe die Moral stimmen muss, damit aus kleinen Unstimmigkeiten keine großen Konflikte werden. Es gilt, den berühmten Höhenkoller zu vermeiden, denn die Expedition braucht alle Kraft gemeinsam, weil sie nicht genau weiß, welche Gletscherspalten noch auf dem weiteren Weg, also in der Zukunft, liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Beginn meiner Rede habe ich mich davon überzeugt gezeigt, dass Sachsen mit den Sozialdemokraten gut regiert wird. Genauso klar ist aber auch, dass Sachsen mit uns sozialer regiert wird.

(Beifall bei der SPD und des
Staatsministers Thomas Jurk)

Wir sind das soziale Korrektiv in dieser Koalition, das darauf achtet, sozialen Belangen stärker Geltung zu verschaffen.

(Alexander Delle, NPD: Zum Beispiel Hartz IV!)

Man kann natürlich nur dann ordentlich regieren, wenn man weiß, wo die Reise hingehen soll. Nur dann, wenn politische Überzeugungen, die auf Grundwerten beruhen, in konkretes Regierungshandeln münden, ist man glaubwürdig. Allein mit dem Anspruch, regieren zu wollen, kann man keine erfolgreiche Politik für die Menschen machen. Das sage ich ausdrücklich in Ihre Richtung, Herr Kollege Zastrow. Richtschnur unserer Politik, das Korsett, das unsere politischen Forderungen stützt, ist soziale Gerechtigkeit. Daran muss sich die SPD seit ihrer Gründung messen lassen. Das erwarten auch die Menschen in Sachsen von uns. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier deutlich zu machen, was soziale Gerechtigkeit für die Sozialdemokraten bedeutet.

Erstens. Wir wollen für alle Menschen vergleichbare Bedingungen für ihre Beteiligung am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Diese Beteiligung muss unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen oder familiärem Hintergrund sein. Schlüssel zu dieser Chancengleichheit ist Bildung.

Zweitens. Wir sind der Überzeugung, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch davon abhängt, dass der Abstand zwischen Reich und Arm nicht immer größer wird. Jeder muss abhängig von seiner Leistungsfähigkeit dazu beitragen, unser Gemeinwesen zu stärken. Es muss aber auch jeder, unabhängig davon, wo er arbeitet, so viel verdienen, dass er seine Familie mit Anstand ernähren kann.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir denken darüber nach, welche Bedingungen zukünftige Generationen für ihr Leben vorfinden. Soziale Gerechtigkeit kann nicht nur für die Gegenwart gefordert werden, sondern muss auch in Zukunft durchsetzbar sein.

Aktuelle Politik muss so gestaltet werden, dass spätere Generationen weniger belastet sind. Das betrifft die Schonung der Ressourcen, möglichst geringe Belastung der Umwelt und natürlich eine Finanzpolitik, die den Namen nachhaltig zu Recht trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dafür, dass es mit uns in dieser Koalition sozial gerechter zugeht, kann ich Ihnen eine Fülle von Beispielen liefern. Ganz kurz nur zur Arbeitsmarktpolitik: Angesichts der immer noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit liegt natürlich ein ganz wichtiger Schwerpunkt der Regierungsarbeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik. Hier sind eine Reihe neuartiger Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht worden. Dazu zu berichten bleibt aber dem zuständigen Minister für Wirtschaft und Arbeit Thomas Jurk vorbehalten.

Unsere Politik muss sich in Zukunft auch verstärkt auf die Gruppe von Menschen richten, die trotz aller Anstrengungen, trotz guter Konjunkturlage und trotz der durchgeführten Reformen zurzeit auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Platz findet. Für diese Menschen müssen wir Perspektiven schaffen, bei denen subventioniertes Nichtstun durch bezahlte und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ersetzt wird. Meine Fraktion hat dafür ein Konzept vorgelegt. Wir werden für seine Umsetzung kämpfen.

Bildungspolitik: Natürlich ist unser Ziel längeres gemeinsames Lernen und eine andere Schul- und Lernkultur. Mit den ersten sächsischen Gemeinschaftsschulen haben wir für einen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik gesorgt, und die vom klassischen Schulsystem vorgenommene frühe Entscheidung für eine bestimmte Schulform und die damit einhergehende soziale Selektion wird zurückgedrängt. Auch Ganztagschulen tragen zu einer neuen Bildungskultur bei. Dafür stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung. Mein Kollege Martin Dulig hat dazu in der gestrigen Aktuellen Stunde ja schon das Wesentliche gesagt.

Ich meine aber – das tue ich mit Freude – beobachten und registrieren zu können, dass auch die Kollegen von der CDU dahintergekommen sind, dass diesen beiden Vorschlägen der SPD für eine neue Schule die Zukunft gehört.

Zur Bildung gehört auch die vorschulische Bildung. Sie legt die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungskarriere. Mit der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ist hier eine deutliche Verbesserung erreicht, der Bildungsauftrag durch die gesetzliche Verankerung des Bildungsplanes gestärkt worden. Auch die Einführung eines Schulvorbereitungsjahres verbessert die Möglichkeiten, Kinder schon früh an die Bildung heranzuführen.

Zur Haushaltspolitik: Man sagt, die SPD könne mit Geld nicht umgehen, das sei die Domäne der CDU. Selbst Sie, Herr Hähle, unterliegen diesem Aberglauben, wie Sie soeben gezeigt haben. Ich denke, die Doppelhaushalte 2005/2006 und 2007/2008 haben gezeigt: Wir gehen sparsam mit den Mitteln um, die zur Verfügung stehen. Wir stehen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, ohne dabei unsere Ziele aus dem Auge zu verlieren. Natürlich darf Konsolidierung nie zum Selbstzweck werden. Wenn wir jetzt die Schulden abbauen, die wir für Investitionen in Beton aufgenommen haben, ist in der Zukunft der Spielraum größer für Investitionen in Köpfe.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte gern noch einiges zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gesagt. Das erlaubt mir die Zeit nicht.

(Zurufe von der NPD: Oh!)

Zum Ende meiner Rede möchte ich kurz zur sächsischen Mount-Everest-Expedition zurückkehren. Auf den letzten 4 000 Metern liegt noch ein schwieriges Terrain vor uns, vielleicht auch Gefahren, aber die sind unter dem Schnee verborgen, deshalb jetzt noch nicht zu erkennen. Ich bin

aber absolut sicher, dass wir, die Koalitionspartner, gemeinsam die richtige Route wählen und Ihnen allen 2009 vom Gipfel noch fröhlich zuwinken werden.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall
bei der SPD und der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Danke schön. – Als Nächstes spricht der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion, Herr Apfel.

Holger Apfel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einen gewissen Respekt kann man Ihrer Entscheidung nicht versagen, heute diese Halbzeiterklärung abzugeben, denn rein objektiv gibt es wohl wenig, wofür man sich auf die Schulter klopfen könnte, wenn man heute als Ministerpräsident für diese Politik im Freistaat Verantwortung trägt.

Ehrlich gesagt, würde ich mich an Ihrer Stelle heute nicht hier hinstellen und Rechenschaft über die Regierungsarbeit der letzten zweieinhalb Jahre ablegen,

(Zurufe von der SPD)

es sei denn – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt –, Sie erklären uns heute noch, dass Sie die Konsequenzen aus Ihrer Misswirtschaft ziehen, Ihre Regierung entlassen und zurücktreten. Das hätte Stil. Das hieße auch Mut zu zeigen.

Herr Ministerpräsident, schon nach Ihrer ersten Regierungserklärung brauchte man kein Prophet zu sein, um zu einer ernüchternden Prognose Ihrer Regierungsarbeit zu kommen. Heute können wir mit Fug und Recht sagen: Ihre Politik ist ein Scherbenhaufen, ein Potpourri gebrochener Versprechen, vor allem aber eine schlimme, ja eine verheerende Zukunftshypothek für die Menschen im Freistaat Sachsen. Nein, Herr Ministerpräsident, in keinem der entscheidenden Politikfelder haben Sie die Sorge für das Wohl und die Zukunft unserer Mitbürger erkennen lassen, nichts hat sich verbessert, vieles ist schlimmer geworden.

Sachsen ist leider nicht mehr allorts Heimat für seine Bürger. Sie haben es nicht geschafft, den permanenten Abwanderungsstrom junger Menschen und Familien aus Sachsen zu stoppen. Diese jungen arbeitssuchenden Menschen wandern nicht etwa aus, weil es ihnen hier nicht gefällt, sondern weil sie dank Ihrer Regierungspolitik keine Zukunft in Sachsen sehen. Sachsen ist inzwischen eine Auswanderergesellschaft geworden, weil Ihre Politik eben keine blühenden Landschaften geschaffen hat, sondern soziale und ökonomische Abbruchhalden, die nicht zum Bleiben, sondern vielmehr zur alsbaldigen Flucht animieren – ein Armutszeugnis, für das man sich nur schämen kann.

(Beifall bei der NPD)

Nein, Herr Ministerpräsident, Sachsen steht heute leider nicht mehr für flächendeckend gleichwertige Lebensver-

hältnisse, wie es der Verfassungsauftrag wäre. Sachsen steht heute nicht für Zukunftsfähigkeit, Familienglück, Prosperität und wirtschaftlichen Aufschwung. Sachsen steht nicht für soziale Gerechtigkeit und nationale Solidarität. Meine Damen und Herren, Sachsen steht heute nicht einmal mehr für Sicherheit, Recht und Ordnung. Sachsen steht vielmehr für einen geradezu beschämenden Abbau von rechtsstaatlichen Verhältnissen und der öffentlichen Sicherheit. Man muss das so deutlich sagen, weil Sie Ihre Regierungserklärung den Bürgern ausgerechnet zu einem Zeitpunkt zumuten, da Sachsen im Begriff steht, zu einem Synonym für Korruption und Mafiaverhältnisse zu werden.

Selbst in Ihrer Erklärung haben Sie die Beschwichtigungsstrategie in der Mafiaaffäre fortgesetzt, indem Sie über die bereits begonnene Aufklärung der Staatsregierung fabulierten. Sie wissen wie wir alle, dass das nicht mehr als ein frommes Märchen ist. 17 Jahre haben die Regierenden in diesem Land zugeschaut, wie Gerichtsprozesse offensichtlich fremdgesteuert und Ermittlungen blockiert wurden, während sich gleichzeitig Karrierenetze bildeten, in denen nicht etwa Leistung und Integrität, sondern politischer Opportunismus und Käuflichkeit die entscheidenden Kriterien für das eigene Fortkommen waren.

Räumen Sie endlich in Ihrem eigenen Haus auf, Herr Ministerpräsident, bevor Sie den Menschen Märchengeschichten auftischen, die mit der Lebenswelt vieler Sachsen rein gar nichts zu tun haben! Sorgen Sie dafür, dass Sachsen wieder aus den Schlagzeilen herauskommt!

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Apfel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Holger Apfel, NPD: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

Sorgen Sie dafür, dass bei präventiver Arbeit und Verbrechensbekämpfung der Polizei nicht länger gespart wird, dass endlich Opferschutz in Sachsen mehr gilt als Täterschutz. Sorgen Sie dafür, dass perverse Schädlinge wie Uwe Kolpe und Mario Mederake wirklich ein- für allemal hinter Gittern verschwinden, damit wir nicht aller paar Wochen Skandale wie mit dem kleinen Mitja miterleben müssen.

(Zurufe von der SPD)

Kümmern Sie sich darum, meine Damen und Herren, dass Sachsen endlich wieder ein sauberes Land wird, ein Land, in dem man keine Angst mehr haben muss, dass höchste Regierungs- und Justizbeamte bis zum Hals in die Rotlichtszene verstrickt sind. Darüber hätten Sie reden sollen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Leider haben Filz und Korruption in der Landespolitik eine besonders unappetitliche Tradition.

Wir wollen nicht vergessen, dass dem Ministerpräsidenten gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein handfester

Landesbankskandal um die Ohren geflogen ist. Auch hier sehen wir im Kleinen nur die Strukturen in Sachsen, die anscheinend im Großen herrschen, nämlich Klüngel und der Aufstieg einer Negativeelite. Ein wichtiges Tochterunternehmen der Landesbank wurde vor die Wand gefahren. Warum haben Sie dazu in Ihrer Rede kein einziges Wort verloren?

Und nun Korruption und Organisierte Kriminalität. Verstehen Sie das unter der viel beschworenen Kontinuität Ihrer Regierungsarbeit? Ist das Ihr Demokratieverständnis? Haben Sie und Ihre Regierung nach der Wiedervereinigung nichts aus der Geschichte gelernt? Haben Sie wirklich schon vergessen, wie so etwas endet? Oder ist das sogenannte Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen nicht nur zuständig für die Beobachtung der Organisierten Kriminalität, sondern vielleicht schon selbst Teil der Organisierten Kriminalität?

Auch hier in Sachsen lautet der Auftrag der gewählten Volksvertreter, den Nutzen der Gemeinschaft zu mehren und Schaden vom Volk abzuwenden. Leider ist in vielen Bereichen der Landespolitik das Gegenteil der Fall, wenn auch nicht überall so eklatant wie beim Rotlichtskandal, bei dem es inzwischen schwierig ist, Regierungspolitik und Organisierte Kriminalität auseinanderzuhalten.

Aber es steht außer Zweifel, dass es genügend Gelegenheiten gegeben hätte, dem Land in den letzten zweieinhalb Jahren zu nutzen. Wir haben immer wieder Wege aufzuzeigen versucht, Arbeitsplätze dort zu retten, wo sie durch die EU-Bürokratie oder einfach durch das Versagen der Staatsregierung bedroht waren. Erinnert sei an den Rettungsversuch beim Textilhersteller Erba Lautex, der an der Untätigkeit bzw. dem Unwillen der Staatsregierung scheiterte, selbst initiativ zu werden. Das gleiche Spiel gab es ein paar Monate später beim Fahrradhersteller Biria Bike.

Um die Versagerchronik abzurunden, sei auch an das unwürdige Gezerre um das erzgebirgische Kunsthandwerk erinnert, wo sich vor Ort ein Markenpirat niederlassen durfte, der die erfolgreichen Holzschnittmodelle im Erzgebirge kopierte, um sie dann in China zu Billiglöhnen zu fertigen.

Auch da gefielen Sie sich, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, lieber in der Rolle eines Global Players und nicht als Wahrer von Bürgerinteressen und einheimischen Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der NPD und des Abg.
Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

Auch hier haben Sie sich lieber vor den Karren Brüssels und der ausländischen Billigkonkurrenz spannen lassen.

Oder erinnern wir uns an das große Wort Ihrer Wirtschaftspolitik: die Leuchtturmpolitik. Schaut man genauer hin, verliert das große Wort rasch an Strahlkraft. Wie sieht es denn aus mit der Eigenkapitalstruktur der kleinen und mittelständischen Betriebe? Da spürt man doch wenig von Ihrer Leuchtturmpolitik. Gerade die sozial unterprivilegierten Menschen scheinen Sie, Herr Ministerpräsident,

aus Ihrer Leuchtturmperspektive überhaupt nicht mehr wahrzunehmen. Der Freistaat hätte mit der Errichtung einer Sächsischen Sozialbank als Tochterunternehmen der Landesbank ein wegweisendes Beispiel für ein soziales Sachsen geben können.

Die NPD schlug im vorletzten Jahr die Einrichtung von Mikrokonten für verschuldete Mitbürger ohne eigenes Konto vor und forderte das Angebot von Geldanlagen im Marktsegment ökologisch nachhaltiger Investments.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Ihre Regierung griff nichts von alledem auf.

Weil wir gerade von den sogenannten kleinen Leuten reden: Die NPD hat in dieser Legislaturperiode zahlreiche sozialpolitische Anträge vor allem zum Thema Hartz IV eingebracht. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir die Hartz-Gesetze grundsätzlich für falsch und für unsozial halten. Wir haben uns immer wieder mit der Generalrevision von Hartz IV auseinandergesetzt und gleichzeitig versucht, wenigstens die ärgsten Härten der Gesetze durch punktuelle Änderungen im SGB wegzubekommen. Die Reaktion auf der Regierungsbank war leider wieder gleich null.

Am schlimmsten aber – und daraus mache ich gar kein Hehl – ist für die NPD nach wie vor Ihr Scheitern an der demografischen Herausforderung. Sie haben heute wieder einmal beschönigend vom demografischen Wandel gesprochen, der in Wahrheit nichts anderes als eine demografische Katastrophe ist. Das ist bezeichnend für eine Regierung, die sich lieber mit der Frage beschäftigt, wie man Entleerungsräume kostengünstig infrastrukturell herunterfährt, als darüber nachzudenken, wie man endlich wieder für höhere Geburtenzahlen sorgen kann.

Dieses Versagen trat schon zu Beginn der Legislaturperiode offen zutage. Es wäre längst Sache einer verantwortungsvollen Politik gewesen, sich nicht einfach mit angeblich unumkehrbaren demografischen Trends abzufinden. Denn dass auch die Bevölkerungsentwicklung nichts Statisches ist, das zeigt sich seit Jahren in Frankreich, wo es inzwischen wieder ein Bevölkerungswachstum gibt, das übrigens von allen Parteien gewollt und gefördert wird.

Doch im Gegensatz zu unseren französischen Nachbarn scheinen Sie nicht einmal gewillt zu sein, überhaupt irgendetwas zu tun, und dies, obwohl Sachsen durch den existenzbedrohenden Bevölkerungsschwund mit am stärksten betroffen ist.

(Zuruf des Abg.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Zwei Expertenkommissionen gibt es inzwischen in Sachsen, die sich seit Jahren mit dem Problem des demografischen Wandels auseinandersetzen, wie es beschönigend im Sprachduktus heißt. Aber, meine Damen und Herren, wo sind die Vorschläge, wie der Bevölkerungsschwund endlich aufzuhalten ist, wie aus einer schwindenden wieder eine wachsende Bevölkerung gemacht

werden kann? Es ist doch längst offensichtlich, dass Sie am demografischen Desaster nichts, aber auch gar nichts mehr ändern wollen. Sie ergehen sich lieber in konzeptionslosen Anpassungsmaßnahmen, und diese sogenannten Experten machen sich Gedanken darüber, dass man in den aussterbenden Kommunen zum Beispiel in der Lausitz kleinere Abwasserrohre verlegt, weil die geringere Abwassermenge zur Korrosion nicht mehr gebrauchter Leitungen führt. Doch diese Auseinandersetzung mit Symptomen anstelle von Ursachen ist ein Anflug von Kapitulation. Wir dürfen den Bevölkerungsschwund nicht akzeptieren. Er muss umgekehrt werden.

(Beifall bei der NPD und des Abg.

Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

Genau deshalb hat die NPD auch auf diesem Politikfeld viele Vorschläge gemacht: Ehekredit, Müttergehalt, beitragsfreier Kindergartenbesuch, Begrüßungsgeld für Neugeborene oder unser Familiendarlehensgesetz; alles wurde natürlich von Ihnen abgelehnt.

Doch noch etwas stößt uns sauer auf, wenn wir Halbbilanz ziehen, nämlich: Die Unbeweglichkeit, die Sie regelmäßig bei den Haushaltsberatungen an den Tag legen, kommt einem absolutistischen Unfehlbarkeitsanspruch gleich. Wegen Ihrer Unbeweglichkeit können zweistellige Millionenbeträge nicht für die Berufsausbildung und die Förderung benachteiligter Regionen umgeschichtet werden, weil sie außerhalb der Sichtweite Ihrer Leuchttürme liegen.

Es war das fiskalische Streichkonzert der Koalition, das den Schulen in freier Trägerschaft mittelfristig den Tod versetzt und so alle Ihre wohlklingenden Appelle zur Ausbildungsproblematik und zum Fachkräftemangel im Freistaat konterkariert.

Mehr als einmal hat die NPD-Fraktion sinnvolle Alternativen angeboten. Aber auch davon wollte Ihre Staatsregierung nichts wissen. Sie stellen dann lieber im Haushalt 45 Millionen Euro jährlich für Asylanten ein, obwohl allseits bekannt ist, dass 99 % nicht anerkannt werden und längst abgeschoben gehören. Über einen besonders widerwärtigen Fall, den Fall der angolischen Asylbeträgerin Anna de Assis, hatten wir uns ja erst unlängst hier auseinanderzusetzen.

Am Ende stellt sich die NPD die Frage: Worauf können Sie überhaupt verweisen, Herr Ministerpräsident?

Ich will es Ihnen sagen: auf die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten vor allem auf dem flachen Land, auf den Verfall von ESF-Mitteln in Höhe von mehr als 80 Millionen Euro; auf die Preisgabe und den bevorstehenden Rückbau ganzer Regionen; auf den Abbau von immer mehr Polizeidienststellen; nicht zuletzt auf koalitionsinterne Streitigkeiten ohne Ende, die bis zum energiepolitischen Stillstand geführt haben.

Lassen Sie mich abschließend noch auf Ihre neoliberale Realitätsferne eingehen. Mit der kürzlich von der Koalition durchgesetzten Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wurde ein ordnungspolitischer Gestaltungsrahmen aufge-

weicht. Zumindest fahrlässig nehmen Sie damit wieder einmal arbeitnehmer- und familienfeindliche Folgeerscheinungen in Kauf. Ihr Laden aber, Herr Ministerpräsident, wird durch eine solche Politik dafür umso schneller dichtgemacht werden. Darauf können wir getrost warten, auch wenn das natürlich ein Armutszeugnis ist und leider eines, das die Bürger unseres Landes wieder einmal teuer zu stehen kommen wird. Die NPD-Fraktion jedenfalls wird auch in den nächsten Jahren Garant dafür sein, dass unsere Heimat Sachsen nicht vor die Hunde gehen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD und des Abg.
Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Zastrow; bitte schön.

(Karl Nolle, SPD: Was soll die NPD sein? –
Jürgen Gansel, NPD: Noch
nichts zu essen bekommen heute?)

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Debatte zu einer Regierungserklärung ohne Regierung – wenn ich mich umschaue – ist auch einmal etwas Neues.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Ein Unding!
– Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie ist in der Halbzeitpause!)

– Sie ist in der Halbzeitpause. Die zweite Halbzeit ist ja kürzer, Herr Porsch, wie Sie uns vorhin beigebracht haben. Möge sie sehr kurz werden.

Herr Milbradt hat vorhin davon gesprochen, dass die Koalition in einem Geist gegenseitigen Respekts und einer fairen Partnerschaft arbeitet. Inzwischen mache ich mir ernsthaft Sorgen um den Realitätssinn unseres Ministerpräsidenten. Denn wer die Augen aufsperrt und die Ohren spitzt, wie eben beim Beitrag meines Kollegen Prof. Weiss, der nimmt etwas ganz anderes wahr.

Der nimmt wahr, dass sich beide Koalitionspartner gegenseitig vorführen, dass gestritten wird, dass gestichelt wird, dass man – wenn ich zumindest die eine oder andere Presseerklärung lese – auch vor ziemlich derben Beleidigungen nicht zurückschreckt und sich gegenseitig über die Medien Koalitionsunfähigkeit vorwirft; was im Übrigen für beide Seiten stimmt.

(Beifall bei der FDP und des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Ich sehe hier keine Spur von irgendeinem Respekt. Ich sehe keine Spur von einem An-einem-Strang-Ziehen. Die CDU/SPD-Koalition, meine Damen und Herren, ist fertig, bevor sie so richtig angefangen hat. Das ist vielleicht nicht besonders verwunderlich, wenn man den beiden größten Wahlverlierern unter der sächsischen Sonne das Steuer in die Hand gibt.

Seit letztem Herbst erleben wir nun, dass nahezu im Vierwochenrhythmus eine Koalitionskrise die nächste

jagt. Erst war es der Ladenschluss, dann krachte es in der Wirtschaftspolitik bei der Verteilung der europäischen Fördermittel, dann kamen Differenzen bei der Energiepolitik hinzu und seit Monaten rappelt es nun auch in der Hochschulpolitik. Die kleinen Hakeleien will ich gar nicht erst erwähnen.

Im letzten Plenum überraschte uns Thomas Jurk mit der aus unserer Sicht völlig rechtswidrigen Ankündigung, dass er die Auszahlung der Fördermittel für den Bau der Waldschlösschenbrücke entgegen der Meinung der Union, soweit ich weiß, einfach zurückhalten will, ohne dass unser Ministerpräsident diesen politischen Amoklauf des Wirtschaftsministers sofort und führungsstark unterbunden hätte.

(Beifall bei der FDP)

Gestern gipfelte der Streit der Koalitionspartner über die Arbeit des sächsischen Verfassungsschutzes in dem heute in verschiedenen Zeitungen erschienenen, aus meiner Sicht wenig freundlichen Satz unseres Ministerpräsidenten – ich zitiere –: “Wenn die SPD Teilen des PDS-Antrages zustimmt, erhalten ihre beiden Minister heute die Entlassungsurkunden.“ Das nennen Sie, Herr Milbradt, im Geiste gegenseitigen Respekts und einer fairen Partnerschaft? Um Himmels willen!

(Lachen bei der FDP)

Wenn das gegenseitiger Respekt und eine faire Partnerschaft sind, dann möchte ich gern wissen, wie bei Ihnen eine Freundschaft aussieht.

(Heiterkeit bei der FDP – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Noch schlimmer!)

Da bekommt man ja Angst.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese Koalition ist ein Fall für die Supernanny und ein Fall für die „stille Treppe“, aber nicht für diese Regierung.

(Beifall bei der FDP und des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Wegweisend war für mich übrigens der Bericht in der „Sächsischen Zeitung“ vom 15. Februar. Es ging um die Pressekonferenz nach den überschaubaren Differenzen zum sächsischen Energieprogramm. Dort habe ich gelesen, was ich so noch nie gelesen habe: wie nämlich beide Koalitionspartner in Zukunft mit ihren Streitigkeiten und Unstimmigkeiten umzugehen gedenken. Darin stand, man wolle ein gemeinsames Programm entwickeln. Da habe ich mir gedacht: Klasse, ein Programm. Warum entwickelt man Programme? In Programme schreibt man normalerweise – so kenne ich es zumindest von anderen Programmen –, was man sich vornimmt, welche Ziele man sich setzt, was man als Nächstes anpacken bzw. wofür man sich einsetzen will.

In Sachsen ist das leider ganz anders. In Sachsen schreibt man Programme, in denen formuliert wird, was man in dieser Legislaturperiode definitiv nicht mehr anpacken

will, welche Probleme und Themen man nicht mehr angehen will, um eventuell neuen Koalitionsstreitigkeiten aus dem Weg zu gehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wer Problemen ausweicht, anstatt zu handeln und sie zu lösen, hat an der Spitze dieses Landes nichts zu suchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

CDU und SPD liefern aus Sicht der Liberalen in Sachsen eine erschreckend unreife Leistung ab. Die meisten Damen und Herren sitzen schon sehr lange in diesem Parlament, auch die SPD hätte sich durchaus ein paar Jahre auf den Tag X vorbereiten können. Man spürt, dass sie schon im Wahlkampf sind und Parteiinteressen eindeutig über die Interessen des Landes stellen. Eine solche Regierung, meine Damen und Herren, hat Sachsen nicht verdient. Neuwahlen – möglichst bald – wären die bessere Lösung.

(Beifall bei der FDP und der NPD – Zuruf von der NPD: Jawohl! – Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Unser Ministerpräsident sagte – Herr Nolle wird mir sicherlich recht geben –, er hat es vorhin schon gesagt, die Entwicklung Sachsens ist gut. Sie ist sogar sehr gut, die Wirtschaft brummt, die Beschäftigungszahlen in vielen Bereichen steigen, unser Wirtschaftswachstum ist stärker als das osteuropäischer Länder und in vielen Bereichen können wir sogar mit ostasiatischen Tigerstaaten mithalten. Allerdings frage ich mich zunehmend, was dieser Aufschwung mit Ihnen, mit dieser Regierung zu tun hat!

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Nichts!)

Meine Damen und Herren! Dieser Aufschwung ist der Aufschwung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen und nicht der Aufschwung von Schwarz-Rot.

(Beifall bei der FDP)

Herr Milbradt, leider haben Sie das Tempo, das Ihnen Ihr Amtsvorgänger vorgegeben hat, nicht halten können. Leider tragen Sie die Kreativität und auch den Mut Ihres Vorgängers nicht in sich. Leider gelingt es Ihnen auch nicht, die Stimme Sachsens im Chor der deutschen Bundesländer vernehmbar zu machen. Stattdessen rütteln Sie mit Ihrem roten Partner am Selbstverständnis und an den Erfolgsgrundlagen unseres Landes und haben diese Erfolgsgrundlagen und dieses Selbstverständnis in vielen Bereichen inzwischen eingerissen.

Ich will es noch einmal klar sagen: Mut, Risikobereitschaft, das klare Bekenntnis zu Wettbewerb, zu Marktwirtschaft und zur Freiheit waren die Fundamente unseres Landes. Das ist genau das, was wir aus der Wende und aus den Montagsdemonstrationen mit als Auftrag in dieses Parlament genommen haben.

Spätestens seit dem Jahre 2004 regieren in unserem Land jedoch zunehmend planwirtschaftliche Träumereien und ein tiefes Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Von dem Motto, das Frau Merkel als Wegweiser für ihre Legislaturperiode herausgegeben hat – „Mehr Freiheit wagen!“ –, habe ich in Sachsen lange nichts mehr gespürt. Den Vorsprung, den wir in den ersten Jahren nach der Wende gegenüber vielen anderen Ländern, vor allem unseren Nachbarländern, herausgearbeitet haben, setzen die Herren Milbradt und Jurk zunehmend aufs Spiel. Unser Land wird nur noch verwaltet und immer weniger gestaltet. Es fehlt an neuen Ideen.

(Beifall bei der FDP und der
Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Das können und werden wir, wenn wir die Zukunft unseres Landes im Blick haben, nicht akzeptieren. Meine Damen und Herren! Diese Koalition verwirkt zunehmend das Recht, dieses großartige Land zu führen.

Lassen Sie mich auf zwei Punkte eingehen, die mir in der letzten Zeit besonders aufgestoßen sind und die auch in Ihrer Rede, Herr Milbradt, eine Rolle gespielt haben. Sie haben vorhin gesagt, die familien- und bildungspolitische Debatte sei auf Bundesebene gerade erst dort angekommen, wo Sachsen vor einiger Zeit losmarschiert ist. Aber wieso lassen Sie ausgerechnet einen Sachsen, einen Mann aus diesem Hause, sich als größten Gegner der aus unserer Sicht sehr unterstützenswerten Reformbemühungen der Bundesministerin Frau von der Leyen profilieren, anstatt, so wie Sie es hier behauptet haben, mit stolzschnellter Brust nach Berlin zu gehen und zu sagen: „Von Sachsen lernen heißt siegen lernen!“ Schaut, was wir im Bereich der Kinderbetreuung machen, schaut, welches Modell wir in Sachsen haben, liebe westdeutsche Bundesländer, schaut euch das ab! Macht es so, wie wir es im erfolgreichen Sachsen gemacht haben!

Herr Milbradt, warum lassen Sie zu, dass Kultusminister Flath ein sächsisches Familienbild präsentiert, das es vielleicht in seiner tiefschwarzen, erzkonservativen Fantasie, aber Gott sei Dank nicht in der Wirklichkeit dieses Landes gibt?

(Beifall bei der FDP und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Meine Damen und Herren! Das ist die Realität der Familien- und Kinderpolitik dieser Staatsregierung. Das ist für jemanden, der im Osten, in Sachsen geboren ist, nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Besonders finster wird es aber – leider ist der Innenminister nicht da –, wenn ich mir den Bereich der Sicherheitspolitik anschau. Was ich von führenden Regierungsgliedern mit CDU-Parteibuch zum Thema Innenpolitik höre, ist nichts weiter als ziemlich billiger, blöder – lassen Sie es mich so sagen –, ziemlich unwürdiger Rechtspopulismus.

(Beifall bei der FDP und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Das Ansehen, das die Bürgerinnen und Bürger Sachsens und die sächsische Wirtschaft in den letzten Jahren aufgebaut haben, das gute Ansehen, das Sachsen überall in Deutschland inzwischen genießt, reißen Sie mit Ihren innenpolitischen Verwirrungen wieder ein. Das können und dürfen wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Was das alles war, wissen wir zur Genüge. Das Letzte haben wir gestern erlebt. Ich bin, als Herr Buttolo gesprochen hat, schon ein wenig erschrocken. Unser Innenminister warnte – aus meiner Sicht sehr überraschend, ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist – im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre vor einem zu erwartenden „Gegenschlag“ des organisierten Verbrechens in Sachsen.

(Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU: Das war vorgestern!)

Es stellen sich für mich zwei Fragen: Entweder wir sind hier in Palermo oder es ist unverantwortliche Panikmache.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Er will die Italiener beleidigen!)

Wenn wir hier in Palermo sind, dann frage ich Sie, wie das sein kann. Wie können in Sachsen Zustände wie in Sizilien, wie sie Herr Buttolo angekündigt hat, überhaupt entstehen? Wenn diese Zustände in Sachsen entstanden sein sollten, dann hätte unsere Staatsregierung im Innenbereich gründlich versagt, und es bleibt nichts anderes übrig, als dass unser Innenminister schleunigst den Hut nimmt.

(Beifall bei der FDP, der NPD und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Vielleicht gestatten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Mehrheitsfraktionen, mir als Chef einer im Moment noch überschaubar großen Partei – da geht es mir so wie der SPD; aber auch wir sind ja dann eine Volkspartei –, einen kleinen Tipp zu geben:

(Zurufe der Abg. Stefan Brangs, SPD, und
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Wenn Sie hier in Sachsen einen auf Beckstein machen wollen, dann sollten Sie

(Stefan Brangs, SPD: Jetzt kommt wieder die
Anbiederungsnummer! Alles wird besser!)

Ihren Laden auch genauso im Griff haben wie Herr Beckstein.

(Stefan Brangs, SPD: Ja! Die Sonne geht auf!)

Wenn Sie das nicht haben, funktionieren Ihre Strategien, die Sie sich offensichtlich zurechtgelegt haben,

(Stefan Brangs, SPD: Die Neoliberalen!)

nicht mehr so richtig; denn alle Mini-Becksteins in diesem Hause, von Herrn Bandmann bis zu Herrn Buttolo – –

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ich meinte mit „Mini“ das politische Profil.

– sollten immer eines ganz genau wissen: Mederake stand in Sachsen auf dem Dach und nicht in Bayern, und das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Peter Klose,
NPD, und Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, kommen Sie bitte zum Ende.

Holger Zastrow, FDP: Ich komme zum Schluss.

Wir haben kein Problem mit fehlenden oder zu laschen Gesetzen, sondern wir haben in Sachsen ein Vollzugsproblem, und wenn der Innenminister und der Justizminister ihre Hausaufgaben machen würden, die Polizei besser ausstatten, die Gefängnisse sicher machen und vorhandene Gesetze rigoros durchsetzen würden, bräuchten wir nicht über all diese Fälle zu sprechen.

(Volker Bandmann, CDU: Mir fällt da
immer sofort der arme Möllemann ein!)

Dass Schritt für Schritt die Freiheitsrechte der Bürger – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, kommen Sie bitte zum Schluss.

Holger Zastrow, FDP: Ich bin sofort fertig; das ist der letzte Satz.

– populistisch auf dem Altar einer vermeintlichen Sicherheit geopfert werden, werden wir als FDP nicht mitmachen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und des Abg.
Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos.)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Hermenau, Sie sprechen für die Fraktion der GRÜNEN.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Milbradt, Herr Jurk redet wahrscheinlich noch, Herr Hähle, Herr Weiss, vielleicht liegt es ja an Ihrem Altersdurchschnitt oder an Ihren Redenschreibern, die offensichtlich überbezahlt sind, aber Sie wecken einfach keine Lust auf Zukunft. Wissen Sie das?

(Staatsminister Thomas Jurk: Sie haben
mich doch noch gar nicht gehört!)

Wer nicht beim Zuhören einschläft, wird mit trotzigem Stolz, mit launigen Zitaten oder gewagten Einblicken in das seelische Innenleben Ihrer Koalition konfrontiert. Mein Gott, Herr Weiss, dagegen gibt es doch Tabletten!

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Meine Herren, es sind neue Zeiten angebrochen. Die Bevölkerung hat das begriffen und handelt. Die Bundesregierung tut so, als ob sie es bemerkt. Die Sächsische Staatsregierung hat es noch nicht einmal bemerkt. Während Sie, Herr Milbradt und Herr Jurk, sich immer noch gegenseitig wie Plisch und Plum dafür auf die Schultern klopfen, dass die Investitionsquote sehr gut ist, ohne genau zu überlegen, was man eigentlich in die Zukunft investieren müsste, läuft uns die Zukunft auf den frisch gebauten Straßen, auf die Sie so stolz sind, auf Pumps und mit Laptop davon.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Während Sie, Herr Milbradt, einen katastrophisch anmutenden Durchhaltekongress nach dem anderen zur demografischen Entwicklung durchführen und resigniert Ihre Verwunderung darüber ausleben, warum kluge Frauen Ihr Vorzeigeland einfach nicht haben wollen, sondern eher mehr oder weniger betuchte Rentner aus der gesamten Republik inzwischen hier ankern, ändert sich der Alltag der Menschen täglich mehr, und zwar nicht nur aus demografischen Gründen. Während Sie offensichtlich den Klimawandel verharmlosend immer noch für eine Fußnote beim Wetterbericht halten, müssen die sächsischen Forstwirte über ihre Baumbestände und die Bauern über ihre Fruchtfolgen nachdenken. Die Flussanrainer müssen sich auf die Hochwassersituation einstellen und die Stadtplaner überlegen, wie sie an den vielen heißen Tagen noch schattige Plätze in den Asphaltbacköfen finden werden.

Ich will Ihnen deutlich sagen: Während Ihre Kanzlerin, Herr Milbradt, in Heiligendamm über das Zwei-Grad-Ziel verhandelt, machen Sie hier, um einmal im Bild zu bleiben, den Bush. – Ich komme noch einmal auf Ihre Energiepolitik zu sprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Während Sie – Herr Flath ist gerade nicht anwesend – überlegen, wie Sie vielleicht ein paar Sachsen in die Heimat zurücklocken und diese „sensiblen Jungs“ etwas besser ausbilden können, um dem Fachkräftemangel damit energisch zu begegnen, rauft sich so manches exportorientierte Unternehmen die Haare, weil die Sächsische Staatsregierung stattdessen die Zuwanderung nicht als Aufgabe erkannt hat und das heiße Eisen nicht beherzt anpackt. Wir brauchen viele helle Köpfe in diesem Land, und die müssen keineswegs alle blond sein, sondern vor allem etwas in der Birne haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Während Sie hier über Bildung philosophieren, flattert heute Morgen die Meldung herein, dass die Gemeinschaftsschule in Dresden-Pieschen vom Kultusminister

abgelehnt wurde. Der CDU-Kultusminister verhindert mit Leidenschaft, was der SPD furchtbares Leiden schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle Ihre Erfolge sind erschreckend eindimensional. Sie glauben, Sie tun das Richtige, und Sie versuchen das auch in recht zentralistischer Manier durchzusetzen. Aber Sie verfehlen die wirklichen Herausforderungen um Meilen, und wir verlieren wertvolle Jahre.

Zwei Themen halten Sie für die wichtigsten Herausforderungen an die Politik in Sachsen, Herr Milbradt: die Schaffung von Arbeitsplätzen und die demografische Entwicklung. – Das war es; mehr kommt da nicht mehr. Das waren die Herausforderungen. Entschuldigung, aber das ist doch nur ein tapferes „Weiter so!“ der Neunzigerjahre; übrigens ohne jegliche sozialdemokratische Handschrift – um den kleinen Koalitionspartner heute noch einmal erwähnt zu haben –, ohne Mut, ohne Esprit und ohne Leidenschaft. Sie wirken wie zwangsverheiratet, wenn ich Sie beide da sitzen sehe. Sie haben keine politische Geschichte zu erzählen. Man will Ihnen nicht zuhören. Sie wecken keine Lust auf Zukunft, und Sie üben keine gesellschaftliche Führung in diesem Land aus.

(Zuruf der Abg. Rita Henke, CDU)

Sie sind furchtbar unmodern und aus Unsicherheit oft halsstarrig. Kein Wunder, dass die jungen Leute das Weite suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der
Linksfraktion.PDS und der FDP)

Ich habe auch Lob. Es ist unbestreitbar Ihre Lebensleistung – ich habe das hier oft genug gesagt –, nicht den politischen Versuchungen erlegen zu sein und dieses Land mit guten Eckdaten der öffentlichen Finanzen zu versehen. Ich teile Ihr politisches Ziel, 2019 als Bundesland finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, ausdrücklich; und die Grünen werden eine solide Finanzpolitik auch nie kritisieren. Aber inzwischen kommen Sie mir wie Dagobert Duck vor, Herr Milbradt, der das ganze Geld nur dazu angehäuft hat, um jeden Morgen darin ein Bad zu nehmen. Wo ist Ihre politische Vision über diese Zukunft, für die sich all diese Mühen und Verzicht gelohnt hätten?

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Ihr kleinster gemeinsamer Nenner in der Koalition ist eine Angelegenheit für das Mikroskop. Die zentrale Frage in Sachen Klimaschutz ist für Sachsen der Ausstieg aus der Braunkohle – und hier irrt Herr Hähle jede Woche regelmäßig erneut –: natürlich nicht sofort, sondern nach Abschreibung bestehender Anlagen, aber selbstverständlich auch nicht, indem man neue baut und damit die Branche künstlich beatmet. Das ist natürlich verkehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Buh-Rufe des Abg. Volker Bandmann, CDU)

In Ihrem Energieprogramm steht immer noch, dass Sie das Gesetz für erneuerbare Energien ablehnen. Das ist

wirklich anachronistisch, und dabei haben Sie auch keinen Schritt nach vorn gemacht. Stehen Sie sich mit Frau Merkel so schlecht, dass Sie sich nicht einmal ansatzweise über einen sächsischen Beitrag zum Klimaschutz unterhalten können? Sie haben einen Standardsatz zu den erneuerbaren Energien gebracht – das gehört heutzutage dazu, das muss man weltläufig in seiner Rede drin haben. Aber ist das denn schon energiepolitische Pflichterfüllung? Es ist die gemeinsame Lebenslüge dieser beiden Koalitionsparteien – Plisch und Plum –, dass der Verbleib in der alten Braunkohlenpolitik ohne schwerwiegende Folgen möglich sei. Das ist eine Lebenslüge, sie ist verantwortungslos. Es gibt auch keinen Energiemix in Sachsen, mindestens 80 % des Stromes kommen aus der Braunkohle.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Andrea Roth, Linksfraktion.PDS)

Eine moderne Wirtschaftspolitik begreift, dass die Leitmärkte der Zukunft grün sind, und Sachsens wirtschaftliche Chancen – dabei sprechen wir auch über Arbeitsplätze von Dauer – liegen in einer Marktführerschaft bei energie- und materialsparenden Produkten und Produktionsverfahren und bei Technologien zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Das ist es, darum geht es. Wenn Sie über 80 % der Energie aus Sachsen nur aus Braunkohle machen, dann machen Sie es falsch. Wir wollen in Sachsen einen Energiecluster haben, und Sie sollten sich eigentlich bewegen und dies vorantreiben. Ihre veraltete Förderpolitik musste Ihnen die Europäische Kommission vor wenigen Wochen quasi mit Gewalt austreiben, und Sie haben dann etwas mehr in die Investitionen in Forschung und Entwicklung stecken müssen – auf Antreiben der Europäischen Kommission.

Das hätten Sie alles einfacher haben können. Bereits im letzten Jahr haben wir dies hier vorgeschlagen. Das wäre ganz mühelos möglich gewesen. Aber nein, stur ist stur, und unter diesem Gesichtspunkt ist in der Koalition ja offensichtlich auch zusammengewachsen, was zusammengehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Milbradt, Sie thematisieren immer wieder die demografische Entwicklung, um Ihren eigenen Truppenteilen – so nehme ich es wahr – auf die harte Tour beizubringen, dass die fetten, sorglosen Jahre vorbei sind und die Alleinherrschaft ihrem Ende nah ist. Das ist für die CDU in Sachsen auch dringend geboten und sicherlich löblich. Aber dann hört es auf. Unter demografischen Gesichtspunkten ist vor allem eines festzustellen: Ein konservatives Frauen- und Familienbild führt nicht zu mehr Geburten – sondern im Gegenteil. Fahren Sie doch nach Spanien und Italien, das sind in der Mehrheit keine gottlosen Gesellen, und was haben sie da? Die niedrigsten Geburtenraten. Was würde auch die schönste Geburtenförderpolitik nützen, wenn die potenziellen Mütter überhaupt nicht in Sachsen bleiben wollen, weil es ihnen hier nicht gefällt? Wenn junge Frauen abwandern, weil sie besser qualifiziert und flexibler als die Männer sind, dann

erledigt sich Ihr konservatives Frauenbild in der Realität quasi von selbst.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Sie können natürlich noch eine weiße Gardine davorhängen, wenn Sie das machen wollen, aber Sie verpassen unsere Zukunft. Die altmodische Hoffnung auf den Klapperstorch – die Biologie ist da weiter als Ihr Bild – wird die Lage nicht entspannen. Vielmehr ist eine moderne Politik gefordert. Vielleicht muss es ja unser aller Schicksal sein, Herr Milbradt, dass die sächsische Union nicht die modernste Union in Deutschland ist.

(Zuruf von der CDU: Aber erfolgreich!)

Aber können Sie nicht wenigstens versuchen, mit Ihren Parteifreunden gleichzuziehen?

(Beifall der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Friedbert Pflüger aus Berlin ist gegen die Wiederbelebungsversuche bei der Atomkraft, Ole von Beust hat für einen normalisierten Umgang mit Homosexualität in Hamburg gesorgt, Klaus Töpfer hat die Relevanz der Klimafrage erkannt,

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Armin Laschert in NRW versteht etwas von Migrationspolitik, Ursula von der Leyen gibt Frauen endlich eine Chance, Beruf und Familie zu vereinen, Annette Schavan setzt in der Forschungspolitik zum Teil interessante Schwerpunkte. Und wo sind die sächsischen Größen der Union?

(Heinz Lehmann, CDU: Die gehören alle zu uns!)

In Sachsen träumt die Union von Atomkraftwerken an der Neiße,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU –
Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

sie will die Homosexualität quasi als Besessenheit austreiben, sie ignoriert kollektiv die Umwelt- und die Klimafrage, sie versagt eklatant bei dem Thema Zuwanderung, sie hält zwar viele Kitas vor, vernachlässigt aber das erste Jahr aus ideologischen Gründen,

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

obwohl ein Drittel der Unternehmer und Selbstständigen in diesem Land Frauen sind, die ihre Firmen nicht ein Jahr im Stich lassen könnten, und sie konzentriert ihre Energieforschung auf – wir hatten es schon – die Braunkohle.

Für ein modernes und zukunftsorientiertes Sachsen brauchen wir einen neuen Politikstil und neue Prioritäten. Sachsen braucht qualifizierte Jobs für qualifizierte Frauen. Das ist ein freies Land. Frauen können wählen, wo sie leben und wo sie arbeiten. Sie können frei entscheiden, wann sie Mutter werden und mit wem sie die Kinder großziehen. Ihre Ignoranz ändert daran nichts, aber Sie verlieren dieses Potenzial für dieses Land.

Wir haben hier vor einem Jahr über unseren Antrag debattiert, mehr Frauen an die Unis zu bekommen. Ich wurde auf die Haushaltsberatungen vertröstet; passiert ist nichts Nennenswertes. Geben Sie endlich Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze für Frauen vor! Das konservative Familienbild der sächsischen Union kann Frauen nur abschrecken, hier Kinder zu bekommen.

(Marko Schiemann, CDU: Nein!)

Solange die Hauptlast immer noch bei den Frauen liegt und nur diese die beruflichen Nachteile in Kauf nehmen müssen, wird sich bei der Besetzung von Führungspositionen wenig ändern. Betriebs-Kitas müssen unterstützt werden. Sachsen braucht offene Türen für offene Geister. Zuwanderung kann natürlich nicht nur eine Eliteauffrischung werden, das ist klar. Aber bei einer aktiven Zuwanderungspolitik kann man schon eigene Schwerpunkte setzen, das ist statthaft. Sie können ja erst mal klein anfangen und zur binnendeutschen Migration nach Sachsen einladen. Im Moment ist es eher so, dass binationale Paare in den Westen ziehen, weil sie sich hier einfach nicht wohlfühlen. Welche Verschwendung an Menschen mit Träumen, Mut und Potenzialen!

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Sie müssen die Diskriminierung aktiv bekämpfen, nicht abwiegeln und so tun, als gäbe es sie nicht. Sachsen braucht – und da bin ich wieder bei Ihnen, meine Herren – ermutigende Vorbilder in der Politik. Ich wünsche mir von einer modernen sächsischen Regierung einen Sozialminister und eine Wirtschaftsministerin, ich wünsche mir engagierte Männerbeauftragte in Problemregionen und ich wünsche mir Regierungsmitglieder, deren Vorfahren nicht aus Deutschland stammen und denen man das auch ansehen darf,

(Jürgen Gansel, NPD: Dann
gehen Sie doch nach Kreuzberg!)

und ich wünsche mir eine CO₂-sparende Dienstwagenflotte und einen MP auf dem Fahrrad, wenigstens wenn das Wetter gut ist.

(Volker Bandmann, CDU: Dann müssen Sie mal
Ihre Brille putzen, die Bilder gab es schon!)

Und Sachsen braucht eine andere politische Kultur.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die aktuelle Affäre in Sachsen angesprochen, die wir vorgestern hier behandelt haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir unterstützen Sie natürlich dabei, wenn es darum geht, dass wir aufklären wollen. Aber wollen das auch Ihre Minister? Die Bedrohungsszenarien des Herrn Buttolo hat Herr Zastrow hier zur Genüge angesprochen. Sie haben vorgestern die Chance verpasst, aufzuklären. Der Antrag der Koalition, der beschlossen worden ist, wird dem Ehrgeiz, den Sie hier verbal formuliert haben, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS
und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. André Hahn,
Linksfraktion.PDS)

Deswegen wird unsere Fraktion wahrscheinlich dem Untersuchungsausschuss zustimmen. Anders bekommen wir die Sache hier nicht demokratisch geregelt. Geben Sie doch endlich Ihren Dresdner Zentralismus – den demokratischen haben wir nun Gott sei Dank hinter uns gelassen – auf und schaffen Sie, mal zur Kreisreform gesagt, bitte keine neuen Landkreisleitenden!

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Ermöglichen Sie doch Vielfalt in politischen Lösungen, fordern Sie sogar ausdrücklich dazu auf. Lassen Sie zuversichtliche Menschen ihre Potenziale ausleben, anstatt diese Menschen zu vergraulen.

Herr Landtagspräsident Iltgen hat in der Rede zur Verfassung davon gesprochen, das Quorum für Volksentscheide zu senken. Wir nennen Ihnen eine konkrete Zahl: 5 %. Das wäre ein angemessenes Quorum an Wahlberechtigten, um einen Volksentscheid einzuleiten. Das sollte auch für kommunale Bürgerentscheide gelten. Ein entsprechender Gesetzentwurf der GRÜNE-Fraktion liegt dazu vor. Machen Sie doch endlich mal Nägel mit Köpfen, anstatt sich immer nur gegenseitig zu genügen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke. – Meine Damen und Herren! Als Nächster spricht der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Thomas Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jede Regierung wird daran gemessen, ob sie den Aufgaben ihrer Zeit gewachsen ist,

(Johannes Lichdi, GRÜNE: In der Tat!)

jede Regierung wird daran gemessen, ob sie die gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen der Zeit versteht, und jede Regierung wird daran gemessen, ob sie die positiven Ansätze verstärkt und negativen Entwicklungen entgegentritt, kurz gesagt, ob sie die Probleme des Landes erkennt und löst.

Sehr verehrter Kollege Porsch, ich habe Ihnen intensiv zugehört, es wäre sehr schön, wenn Sie vielleicht diesen demokratischen Brauch auch einhalten könnten.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Ich höre!)

Diese Koalition, mein sehr verehrter Kollege, meine sehr verehrten Damen und Herren, regiert nicht ins Blaue hinein. Sie hat sich mit der Koalitionsvereinbarung zu Beginn der Legislaturperiode ein klares Regierungsprogramm gegeben. Darin verfolgen wir nachvollziehbare und eben auch abrechenbare Ziele. Innerhalb der Staatsregierung wird darüber auch ziemlich akribisch Buch

geführt. Im Ergebnis sind bis jetzt rund 60 % aller Vorhaben realisiert oder das vereinbarte Ziel ist erreicht. Bei den verbleibenden 40 % der Vorhaben läuft derzeit die Umsetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn viele von Ihnen heute hier sitzen und sich andere Konstellationen für eine Regierung in Sachsen vorstellen könnten – Der Kollege Porsch, gerade beeinflusst von seiner Landesvorsitzenden Ernst, würde herzlich gern eine Minderheitsregierung von Georg Milbradt tolerieren – kein Beifall bei der CDU? –,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

andere – und jetzt komme ich zur CDU – hätten vielleicht lieber eine Alleinregierung,

(Beifall bei der CDU)

– ja, Freunde, manchmal müssen wir euch auf die Sprünge helfen – und die FDP spielt ja auch immer gern mit Farben, sehr geehrter Kollege Zastrow.

Nach der Hälfte der Legislaturperiode sage ich Ihnen heute mit voller Überzeugung: Diese Koalition aus CDU und SPD ist gut für unser Land, den Freistaat Sachsen.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die Botschaft hör ich wohl,
allein, mir fehlt der Glaube!)

Das zeigen doch die Ergebnisse der konkreten Regierungsarbeit. Die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten sprechen dabei die klarste Sprache. Wir erzielen das höchste Wachstum aller deutschen Bundesländer. Zwischen März 2006 und März 2007 sind mehr als 50 000 neue Arbeitsplätze, und zwar 50 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, entstanden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich stelle fest: Gemeinsam haben wir dies erreicht, gemeinsam haben wir in dieser Koalition die wichtigen und richtigen Entscheidungen getroffen, übrigens auch die schwierigen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Deshalb danke ich dem Ministerpräsidenten Georg Milbradt und der Fraktion der CDU für die konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Die Koalition ist auch deswegen gut für Sachsen, weil sie eben nicht das süße Gift der Harmonie in die Politik träufelt.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Genau!)

Differenzen werden klar benannt und Kompromisse werden gesucht. Kompromisse zu finden ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Zeichen von Kraft.

(Beifall bei der SPD und der
Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wer nur Ruhe und Harmonie sucht, der lässt Ärger, Stress und strittige Themen einfach weg. Sachsens Koalition ist einen anderen Weg gegangen. Finanzen, Verwaltungsreform, Demografie, die Weiterentwicklung des Schulsystems oder die Modernisierung unserer Hochschulen, wobei wir auf einem guten Weg sind – die Koalition in Sachsen hat sich der schwierigen Themen angenommen und löst sie, nicht immer auf Knopfdruck, manchmal auch mit dem Schieberegler. Wir fahren das Land weiter hoch und stellen die Probleme ab. Darauf können Sie sich verlassen!

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage, wie der Freistaat Sachsen effektiv zu organisieren ist, trieb die Koalitionäre bereits im Jahr 2004 um.

Im Koalitionsvertrag einigten sich CDU und SPD auf die Entwicklung und Umsetzung einer Funktional- und Verwaltungsreform. Nunmehr steht dieses Werk kurz vor der Vollendung. Rund 4 000 bisherige Mitarbeiter des Freistaates werden im Jahre 2008 in die Zuständigkeit der Kommunen wechseln und damit ihren Aufgaben folgen. Die Landkreise werden größer, die Zahl der kreisfreien Städte wird reduziert. Das Ziel, das wir damit erreichen wollen, ist mehr Bürgernähe; denn die Aufgabenerledigung rückt näher an die Aufgaben heran, die der Bürger stellt. Wir haben erreicht, dass durch lange Übergangsfristen die Beschäftigten in diesem Prozess nicht unter die Räder kommen. Wir werden auch dafür sorgen, dass mit unserem in Deutschland einmaligen Kulturraumgesetz, welches wir gerade bis 2011 verlängert haben, im Zuge der Neugliederung der Landkreise die solidarische Finanzierung kommunaler Kultureinrichtungen zwischen Freistaat, Landkreisen und Kommunen weiterentwickelt wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU und
der Abg. Elke Herrmann, GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition ist ihrem Gestaltungsauftrag auch in ihren strategischen Ansätzen nachgekommen. Ein wichtiges Beispiel ist der Umgang mit den Europäischen Strukturfonds in der in diesem Jahre beginnenden und bis zum Jahre 2013 laufenden Förderperiode. Hier, sehr verehrte Kollegin Hermenau, muss ich Sie ein wenig von Ihrem Kollegen Gerstenberg losreißen, weil Sie das Thema angesprochen haben, aber Sie hören leider nicht zu.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ich habe zwei Ohren!)

Die Koalition hat hier die Schwerpunkte verlagert: von Investitionen in die klassische Infrastruktur hin zu mehr Förderung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Jetzt kommt es, Frau Kollegin: Sachsen ist die europäische Modellregion, die als erste in den neuen Ländern die Unterschrift der Kommission bekommen hat und damit als erste mit der Umsetzung der knapp 5,1 Milliarden Euro – –

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Lasst ihn mal aussprechen!)

– nun klatscht mal nicht zu lange, damit ich den Satz fertig bekomme! –

– aus EU-Mitteln und der Kofinanzierung für die kommenden sieben Jahre beginnen kann. Das ist eine hervorragende Grundlage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Was mir dabei besonders wichtig ist – es ist angesprochen worden –: Der Europäische Sozialfonds kommt genau den Menschen zugute, die es besonders schwer haben, in unserer Wirtschaft Fuß zu fassen. Wir haben deshalb ein Programm für abschlussgefährdete Schüler entwickelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS! Es ist keineswegs so, dass ich dabei irgendwo als Wirtschafts- und Arbeitsminister beschnitten wurde. Die Anwendungsbreite des Europäischen Sozialfonds ist viel größer, als Sie meinen. Bei meinem Besuch in Brüssel hat Kommissar Spidla ausdrücklich begrüßt, dass wir uns nicht nur auf beschäftigungspolitische Maßnahmen konzentrieren, sondern die Bandbreite des ESF sehr konsequent für uns ausnutzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Fraktionsvorsitzender Weiss hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir neue Initiativen gestartet haben. Es hat mir in der Seele wehgetan, dass wir nicht alle Mittel umsetzen konnten, auch, weil am Ende nicht genügend Anträge da waren. Das gilt unabhängig von den Problemen, die wir hatten.

Ein solches Programm wie die Qualifizierung von Arbeitslosen ohne Berufsabschluss hin zu anerkannten Berufsabschlüssen ist für die Fachkräfteentwicklung unglaublich wichtig und wird in hervorragender Weise nachgefragt. Bei mir hat sich regelmäßig ein junger Mann aus Leipzig erkundigt, der einfach wissen wollte, wie weit die Umsetzung des Projektes ist. Ich glaube, dass die Motivation unserer Leute vorhanden ist. Mit diesem Programm verfolgen wir etwas, das sie wünschen: Sie wollen ein Zeichen von der Gesellschaft, dass sie gebraucht werden. Mit unserem neuen ESF-Programm setzen wir genau diese Zeichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Auch die ganz langfristigen Herausforderungen geht die Regierungskoalition im Sinne der Nutzung der Chancen zur aktiven Gestaltung an. So haben wir in der Frage der demografischen Entwicklung Sachsens eine differenzierte Sicht gewonnen, die Ansatzpunkte nicht nur für Abbau, sondern auch für Aus- und Umbau liefert. Das gilt besonders für den Umgang mit der wachsenden Zahl älterer Menschen. Auf ihre ganz besonderen Bedürfnisse, die sich von denen unserer Eltern und Großeltern unterscheiden werden, müssen wir uns als Politiker verantwortungsbewusst einstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne Jugend geht es nicht. Manchmal habe ich den Eindruck, die Debatten, die hier geführt werden, hätte man viel stärker vor zehn Jahren führen sollen. Bei der Frage der Abwanderung wurden sie auch geführt. Die Tendenz ist mittlerweile erfreulicherweise eine andere. Dennoch müssen wir feststellen, dass uns immer noch junge Leute verlassen. Dass diese Zahl geringer geworden ist, darf nicht dazu führen, dass wir dieses Problem aus den Augen verlieren.

Dabei ist es sicherlich auch so, dass wir uns der Bildungspolitik widmen müssen. Sächsische Bildungspolitik war nie einfach kürzen. Bildungspolitik war und ist die Oberstufenreform, war und ist die Fortentwicklung des dualen Ausbildungssystems. Wir haben auch die PISA-Kritik, dass in Deutschland der schulische Erfolg zu stark von der sozialen Herkunft unserer Kinder abhängt, nicht verdrängt, sondern ernst genommen, selbst wenn wir in Sachsen etwas besser dastehen. Das gilt besonders für den Ausbau der Ganztagsangebote an unseren Schulen. Wir haben auch den Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen erleichtert und somit die Durchlässigkeit zwischen den Schulen erhöht. Die Gemeinschaftsschule, meine sehr verehrten Damen und Herren, entwächst immer mehr den Kinderschulen.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Das sehe ich aber nicht so!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade in der Haushaltspolitik hat die Koalition den Mut gehabt, nicht den leichten, den süßen Weg zu gehen. Es wäre in der Tat einfach gewesen, mit den Steuermehreinnahmen, die der Konjunkturaufschwung in die staatlichen Kassen spült, eine ganz große Party zu feiern. Vielleicht hat es ja den einen oder anderen verwundert, dass die SPD den Weg der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus mitgegangen ist. Diese Verwunderung ist ein Zeichen für Vorurteile. Frau Hermenau hat sie gerade bestätigt.

In Zeiten einer brummenden Konjunktur Geld in die Rückführung von Schulden und Haushaltsrisiken zu stecken, ist nichts anderes als klassische Keynesianische Politik. Hinzu kommen Investitionen für eine gute Zukunft.

Wir müssen in der jetzigen Situation auch aufpassen, dass wir nicht den Eindruck vermitteln, wir würden nur um des Sparens willen sparen oder der Staatsapparat wolle sich nur selbst sanieren. Wir müssen durch die Art, wie wir mit dem Geld des Bürgers umgehen, deutlich machen, dass alle mitgenommen werden, auch die, die im Moment von der Konjunktur vielleicht wenig haben. Es kann nicht darum gehen, was hinten herauskommt, sondern was unten ankommt. Mit „unten“ meine ich zum Beispiel jene 52 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen, die leider zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, obwohl sie erwerbstätig sind. Deshalb ist es gut, dass für Gebäudereiniger der Tarifvertrag für allgemeingültig erklärt worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bildung der CDU-/SPD-Koalition in Sachsen vor zweieinhalb Jahren erfolgte nicht zu einem x-beliebigen Zeitpunkt, sondern fiel mit einer weiteren Entwicklungsstufe unseres Landes zusammen. Ging es in den ersten Jahren um das Einleben, um das Ankommen und Auskommen in den neuen Verhältnissen und danach um Konsolidierung, dann um Stabilisierung und den Wunsch aufzuholen, so sind wir nun in einer Phase der positiven Entwicklung auf der Basis unserer sächsischen Eigenheiten.

In der Wirtschaft wird dies übrigens am besten deutlich. Unsere Unternehmen, und zwar gerade die kleinen und mittelständischen, sind immer weniger jene verlängerten Werkbänke, sondern sie machen heute deutlich, welche Kraft, welche Initiative, welche Zukunftschancen in unserer sächsischen Wirtschaft liegen. Unsere Firmen warten mittlerweile mit eigens entwickelten Produkten und Produktpaletten auf und gehen mit ihnen gezielt in die Expansion. Es ist mir eine Freude, wenn die Unternehmen von Unternehmensreisen zurückkommen und nicht nur sagen, dass sie etwas über jene Länder und ihre wirtschaftspolitischen Mechanismen gelernt haben, sondern dass sie mit konkreten Geschäftsanbahnungen oder sogar -abschlüssen nach Hause kommen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht deutlich: Wir machen auch bei der Außenwirtschaftsförderung das, was das Gebot der Stunde ist. Deutschland ist als Exportweltmeister groß geworden. Der Freistaat Sachsen knüpft immer mehr auch aus eigener Kraft daran an.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir haben es geschafft, regional verdichtete Wachstumskerne herauszubilden, die in ganz bestimmten Sektoren, wie dem Automobilbau, der Mikroelektronik oder dem Maschinenbau, Magnetwirkung ausüben. Diesen Ansatz hat die Koalition mit Hilfe des Programms „Regionales Wachstum“ auch auf kleinere regionale Cluster, etwa die technischen Textilien oder die mir so wichtige Bahntechnik, ausgeweitet.

Während in den ersten Jahren Subventionen und niedrige Löhne die einschlägigen Argumente für Ansiedlungen waren, so werden es jetzt immer stärker die Qualifikation unserer Fachkräfte und unsere vorzüglichen Einrichtungen für Forschung und Entwicklung.

In der Wirtschaftspolitik heißt es, frühzeitig zu erkennen, wohin sich die weltweiten Zukunftsthemen und Herausforderungen entwickeln, um industriepolitisch Vorreiter zu sein. Sachsen hat dies im Bereich der Energie und Umwelt geschafft. Wir verstehen Energiepolitik zunehmend in ihrer industriepolitischen Dimension. Das reicht über das klassische, eher infrastrukturelle Verständnis hinaus, welches auf die Sicherstellung der Energieversorgung gerichtet ist, so wichtig das auch sein mag. Heute geht es darum, mit Energie- und Effizienzthemen verbundene wirtschaftspolitische Zukunftschancen zielgerichtet zu verstehen und zu nutzen. Unsere regionale Mitwirkung für den Umwelt- und Klimaschutz ist eben nicht nur ein

moralisches Gebot, es ist auch eine gute Wirtschaftspolitik.

Zu den GRÜNEN, meine sehr geehrten Damen und Herren: Erklären Sie mir doch bitte, wenn Sie auf die Braunkohle verzichten wollen, woraus denn dann der Grundlaststrom gewonnen werden soll. Wollen Sie ihn importieren? Wollen Sie ihn wirklich aus Atomkraftwerken, vielleicht aus Russland, bekommen? Diese Frage müssen wir beantworten. Deshalb brauchen wir die Braunkohle als unseren heimischen Energieträger, und wir sollten alles tun, damit unsere Technologien die besten auf der Welt sind.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung – Zuruf
der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wir werden nicht verhindern, dass in Schwellen- und Entwicklungsländern die einheimischen Rohstoffe, unter anderem auch die Braunkohle, genutzt werden. Wenn wir es schaffen, die besten Technologien zu verkaufen – auch hinsichtlich der Frage CO₂-frei –, dann, meine Damen und Herren, haben wir nicht nur unserer Wirtschaft einen guten Dienst erwiesen, sondern sind auch unserer weltpolitischen Verantwortung gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung – Zuruf
der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Ich habe Sie jetzt nicht verstanden, Frau Hermenau. Sie könnten vielleicht ans Mikrofon treten; Sie kennen ja die Spielregeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in der Sozial- und Familienpolitik hat diese Koalition eine neue Phase der Entwicklung Sachsens begonnen. Anfang der Neunzigerjahre sahen wir uns zum Beispiel im Bereich der sozialen Infrastruktur einer Situation gegenüber, dass es entweder zu viel oder zu wenig gab. Fast alles war in einem unhaltbaren Zustand. Auch diese Bilder sollte man sich in Erinnerung rufen, wenn man heute über die Leistungen, die in Sachsen in 17 Jahren erbracht wurden, diskutiert. Schauen wir uns einmal die Bilder von Altenheimen und Krankenhäusern an, wie sie 1989/1990 aussahen, und was dort inzwischen geleistet wurde!

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Ja, das ist so. Es gab in unseren Krankenhäusern Tausende Betten zu viel, in den Alten- und Pflegeheimen jedoch Tausende Plätze zu wenig. Nahezu alle Gebäude mussten aufwendig saniert werden. Nach einer ersten Phase, in der die Standards angehoben und die dringendsten Investitionen geleistet wurden, begann Mitte der Neunzigerjahre die zweite Phase, in der die soziale Infrastruktur auf quasi Normalstandard gebracht wurde. So hatten wir im Krankenhaus- als auch im Pflegebereich ein Investitionsprogramm, welches dafür gesorgt hat, dass die sächsischen Krankenhäuser und Pflegeheime mittlerweile den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern – weiß Gott!

– nicht mehr scheuen müssen. Wir treten nun in eine dritte Phase ein, in der wir in Sachsen nicht westdeutschen Vor- oder Leitbildern folgen müssen, sondern die Entwicklung mit allen Chancen und Risiken selbst bestimmen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bereich der Kindertagesbetreuung und der frühkindlichen Förderung sind wir bereits Vorreiter in Deutschland. Ich gestatte mir den Hinweis; ich bin in der DDR groß geworden: Dabei sollte die gute Tradition der Kinderbetreuung von vor 1990 nicht unerwähnt bleiben. Wir sollten uns das durchaus ohne Scheuklappen anschauen. Ich bin sehr froh darüber, dass die Bundesfamilienministerin dies alles gut beobachtet hat. Über Parteigrenzen hinweg – gerade bei den westdeutschen Politikern – gibt es gewisse Aha-Effekte, die durch die Einlassung von katholischen Priestern unterstützt werden und die einfach deutlich machen, worin die Gratwanderung besteht und welche Chancen wir in Deutschland mit einer guten Familienbetreuung haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Sächsischen Bildungsplan, der Erhöhung der Landesmittel für die Kindertagesbetreuung, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung, der verbesserten Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen oder dem Schulvorbereitungsjahr sind Bedingungen geschaffen worden, die es in Deutschland sonst kaum irgendwo gibt. Damit sind wir wirklich Vorbild für andere. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, meine Damen und Herren.

Die wichtigste Aufgabe von Politik ist es, den Menschen zu zeigen, dass sie handlungsfähig ist und dass sie die Dinge nicht treiben lässt, sondern die Probleme erkennt und löst. Nur dann können die Menschen Vertrauen zur Politik wiedergewinnen oder sich im Vertrauen gestärkt fühlen. Unsere Koalition besitzt – das zeigen sächsische Umfragen – dieses Vertrauen. Aber Politik braucht auch die Hilfe engagierter Menschen.

Eine Demokratie von oben ist ein Widerspruch in sich. Deshalb hat die Koalition ausdrücklich die Arbeit unzähliger Initiativen, die für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in unserer Gesellschaft eintreten, gestärkt und damit deutlich gemacht: In Sachsen ist kein Platz für Rechtsextremismus. Wir haben aus der deutschen Geschichte gelernt. Wir wollen ein Sachsen, das ein Land ist, welches Menschen gern aufsuchen, wo sie Lohn und Brot finden können und wo sie gemeinsam mit uns an der Entwicklung unseres Freistaates wirken können!

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der Linksfraktion.PDS, der FDP,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Was wir als Regierung tun können, haben wir getan und werden dies auch weiterhin tun. Das allerdings ist nichts, wenn wir nicht die Bürger hätten, die Sächsischen und Sachsen, die sich ganz individuell unserem Gemeinwesen verschrieben haben. Menschen, die vor Ort für Demokratie und Toleranz eintreten, Menschen, die sich im Verein

ehrenamtlich für andere einsetzen, und Menschen, die zuerst nicht an sich, sondern an die Allgemeinheit denken – für diese Menschen arbeiten wir, ohne diese Menschen könnten wir all unsere politischen Projekte nicht Realität werden lassen. Für die Menschen in Sachsen werden wir in dieser Koalition die nächsten zweieinhalb Jahre weiterhin engagiert und kraftvoll zum Wohle des Freistaates Sachsen arbeiten.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war der zweite Redebeitrag der Staatsregierung. Jetzt können die Fraktionen darauf reagieren, aber nicht mehr alle haben Redezeit. Die Linksfraktion.PDS hat eine Minute, die CDU hat 22 Minuten.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS – Zurufe von der NPD)

Die anderen Fraktionen haben ihre Redezeit verbraucht. Möchten Sie von dem Angebot Gebrauch machen? – Die Linksfraktion.PDS nicht, die CDU auch nicht.

Meine Damen und Herren! Zu einer Regierungserklärung gibt es keine Abstimmung. Es gibt einen Entschließungsantrag der Linksfraktion.PDS, Drucksache 4/8966. Möchte die Linksfraktion.PDS diesen Antrag begründen? – Anschließend haben die Fraktionen die Möglichkeit, innerhalb von 5 Minuten Redezeit darauf zu reagieren. Bitte schön, Frau Mattern.

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Als ich Ihre Rede heute hörte, tauchte ganz spontan vor meinem geistigen Auge das Bild von dem kleinen Jungen auf, der in der Schule etwas ausgefressen hatte und dann am Abend den heimkehrenden Eltern das natürlich nicht erzählte, sondern darauf verwies, er habe die Fenster geputzt, die Blumen gegossen, die leeren Flaschen weggebracht, den Keller aufgeräumt usw. usf. Aus allem, was er sagte, sprach einzig und allein sein schlechtes Gewissen und, wie die Eltern dann im Nachhinein feststellten, auch ein erheblicher Mangel an Ehrlichkeit.

Wir haben uns die Mühe gemacht, aus Ihrer Koalitionsvereinbarung diejenigen Vorhaben auszuzählen, die als neue – als gemeinsame – Vorhaben gelten können. Es sind insgesamt 119 neue Vorhaben. Davon haben Sie bis zum heutigen Tag lediglich 46 erfüllt. Ihre Bilanz liegt also bei 39 % abgearbeiteter gemeinsamer Vorhaben. Es ist also nicht so, wie Herr Milbradt heute sagte, dass das meiste erreicht sei. Nein, diese Bilanz ist mager. Auch das möchte ich Herrn Hähle ins Stammbuch schreiben: Das Einzige, was ich heute hier feststellen konnte, war diese magere Bilanz.

Dafür möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen. Auf Seite 41 der Koalitionsvereinbarung liest man: „Wesentliche Entscheidungen des Freistaates sollen deshalb hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Kinder und Jugendliche überprüft

werden.“ Ich kann dabei nur feststellen: Fehlanzeige – wie bei vielen anderen Plänen, die in Ihrer Koalitionsvereinbarung stehen. Deshalb sagen wir angesichts dieser Bilanz: Die Staatsregierung hat in den zweieinhalb Jahren dieser Wahlperiode eine falsche Strategie verfolgt. Außer der Fortsetzung der rigiden Sparpolitik gab es keine neuen Ansätze auf zukunftsgerichtete Akzente in ihrer Haushaltspolitik.

Versäumt haben Sie, Herr Jurk, in der Tat die Chancen der neuen EU-Strukturfondsperiode. Sie haben versäumt, dafür zu sorgen, dass konkrete Maßnahmen ergriffen werden, zum Beispiel, mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor die von Ihnen allen beklagte hohe Arbeitslosigkeit massiv zu bekämpfen. Auch das muss man feststellen: Unter Ihrer Regierung hat sich die persönliche Lebenssituation von arbeitslosen Jugendlichen, arbeitslosen Frauen und arbeitslosen Menschen jenseits der 55 Jahre und natürlich der vielen Langzeitarbeitslosen nicht verbessert. Sie sind auf dem Abstellgleis Hartz IV gelandet und dort nahezu festgekettet.

Sie als Koalitionsfraktionen werden uns mitnichten ausreden können, dass wir immer wieder skandalisieren, was in diesem Land skandalös ist. Hartz IV, meine Damen und Herren, ist der größte soziale Skandal in diesem Land, dem die Sächsische Staatsregierung dieser Wahlperiode nichts, aber auch gar nichts entgegengesetzt hat.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wie man der heutigen Regierungserklärung entnehmen konnte, gibt es überhaupt keine Botschaft an diese von Hartz IV betroffenen Menschen. Ich halte es für einen Teil dieses Skandals, dass in einer solchen Regierungserklärung das Wort Hartz IV nicht einmal erwähnt und die Lebenssituation dieser Menschen aus der Politik dieser Staatsregierung ausgeblendet wird.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und vereinzelt bei der NPD)

Bevor Herr Prof. Weiss dies wieder als Gezeter und Lamento der Opposition abtut, möchte ich einmal aus einer Erwiderung auf eine Regierungserklärung Ihres persönlichen Vorgängers, nämlich Herrn Jurk, zitieren, was er am 16. Mai 2002 Prof. Milbradt entgegnet hat. Er sagte damals: „Normalisierung in der Politik heißt für mich, dass wir wegkommen von monarchistischer Überheblichkeit der Exekutive, hin zu den respektvollen Umgangsformen einer Republik der Freien und Gleichen.“

(Beifall des Staatsministers Thomas Jurk)

Es heißt, Opposition nicht als lästige demokratische Pflichtaufgabe nur zuzulassen, sondern das Prinzip von Rede und Gegenrede zu schätzen, weil sie die notwendige Voraussetzung für die Suche nach dem besten Weg ist.“

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Dieser von Ihnen damals eingeforderte konstruktive lösungsorientierte Meinungsstreit ist eben etwas anderes als die Kritik, die Sie heute an der Harmoniesucht geübt

haben und mit der Sie aus meiner Sicht lediglich diesen Dauerkonflikt in der Koalition zukleistern wollten.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Mattern, auch Sie hatten 5 Minuten, die jetzt verstrichen sind.

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Sie sind noch nicht verstrichen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sie sind im Minusbereich, Frau Mattern.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Zeit geht automatisch in den Minusbereich über. Sie haben jetzt 26 Sekunden überzogen.

Ingrid Mattern, Linksfraktion.PDS: Dann muss ich das in meine Bilanz einbeziehen und Ihnen als letzten Satz sagen: Wir haben Ihnen mit unserem Entschließungsantrag einen Vorschlag für die Suche nach dem besten Weg unterbreitet. Ich bin gespannt auf Ihre Gegenrede.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke. – Ich frage die Fraktionen, ob noch Redebedarf besteht. – Ja, Herr Dr. Hähle für die Koalition, bitte.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Entschließungsantrag der Linksfraktion.PDS beginnt mit der Feststellung, die Staatsregierung verfolgte in der 4. Wahlperiode des Sächsischen Landtages die falsche Strategie. Ich kenne ähnliche Erklärungen, die 3. Legislaturperiode betreffend, die 2. und die 1. Es war jedes Mal aus Sicht der Opposition die falsche Strategie. Es ist Ihr gutes Recht, das so zu sehen, aber Sie können nicht erwarten, dass die Koalitionsfraktionen diesem Blödsinn zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion möchte ich um punktweise Abstimmung bitten, und zwar erst einmal die römischen Punkte und beim Punkt I bitte auch die arabischen getrennt. – Danke.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Weiterer Aussprachebedarf? – Das kann ich nicht feststellen. Dann verfahren wir so, wie eben gewünscht wurde.

Meine Damen und Herren! Ich stelle den Entschließungsantrag der Linksfraktion.PDS in der Drucksache 4/8966 mit dem Titel „Zur Mitte der Legislaturperiode“ zur Abstimmung. Es ist punktweise Abstimmung gewünscht worden. Wir beginnen mit römisch, demzufolge gleich mit I.1. Wer diesem Punkt im Entschließungsantrag folgen möchte, der melde sich. – Wer stimmt dagegen? –

Wer enthält sich? – Bei einer Anzahl von Jastimmen und einigen Enthaltungen doch mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Müller, können wir jetzt insgesamt weitermachen? – Gut.

Es geht jetzt weiter mit I.2. Wer diesem Punkt folgen möchte, der melde sich. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen und Jastimmen ist dennoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Herr Dr. Müller, immer noch weiter einzeln? –

Dr. Johannes Müller, NPD: Über die Punkte I.3. und I.4. kann zusammen abgestimmt werden.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Dann stimmen wir jetzt über die Punkte I.3 und I.4 zusammen ab. Wer den Punkten I.3 und I.4 folgen möchte, der melde sich. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – In etwa gleiches Abstimmungsverhalten wie soeben und damit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt I.5. Wer folgt dem Punkt I.5? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Es hat eine Veränderung des Abstimmungsverhaltens stattgefunden, dennoch mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt I.6. Wer folgt dem Punkt I.6? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Wiederum ähnliches Abstimmungsverhalten, mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt I.7. Wer folgt dem Punkt I.7? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt II. Wer folgt dem Punkt II des Entschließungsantrages? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ähnliches Abstimmungsverhalten, mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt III. Wer folgt dem Punkt III des Entschließungsantrages? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ähnliches Abstimmungsverhalten, mehrheitlich abgelehnt.

Da kein Einzelpunkt angenommen wurde, erübrigt sich eine Abschlussabstimmung. Das Ganze ist abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist jetzt 13:06 Uhr. Wir treten bitte pünktlich in einer Stunde, also 14:05 Uhr, in die nächste Runde ein. Ich werde pünktlich eröffnen.

(Unterbrechung von 13:07 Uhr bis 14:05 Uhr)

Meine Damen und Herren! Wir fahren pünktlich 14:05 Uhr in unserer Tagesordnung fort mit

Tagesordnungspunkt 2

Strafvollzug im Freistaat Sachsen

Drucksache 4/7783, Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD, und die Antwort der Staatsregierung

Die Einbringerinnen haben zuerst das Wort. Es beginnt Frau Kollegin Dombois von der CDU-Fraktion; bitte.

Andrea Dombois, CDU: Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Legislatur setzen wir uns bisher mehr als sonst mit dem Strafvollzug auseinander. Dies ist sicher der uns übertragenen Aufgabe einer neuen Strafgesetzgebung geschuldet, aber auch der damit verbundenen Chance zu hinterfragen, ob unsere Strafvollzugseinrichtungen den jetzigen Anforderungen entsprechen oder nicht.

Die in der Vergangenheit aufgetretenen Vorkommnisse wie Entweichungen, verbunden mit neuen Straftaten, oder Gewalt in der Haftanstalt haben auch aus der Bevölkerung heraus die Forderung nach mehr Kontrolle und Sicherheit laut werden lassen.

Wenn man sich einmal intensiv mit dem Strafvollzug beschäftigt, wird man schnell feststellen, dass innerhalb der Einrichtung ein gewisses Eigenleben stattfindet. Die aus den unterschiedlichsten Gründen inhaftierten Straftagefangenen müssen sich neuen Regeln und Verhaltensanforderungen stellen. Betreuer, Psychologen und Sozialarbeiter bemühen sich um die Einbindung in das Alltagsleben hinter verschlossenen Türen. Verschiedene Charaktere prallen aufeinander und es ist oftmals schon vorprogram-

miert, dass es innerhalb des Strafvollzuges zu körperlichen Auseinandersetzungen kommt.

Auch das ständige Bemühen, Betäubungsmittel zu erlangen, gehört zum Alltag vieler Gefängnisinsassen. Eine Statistik, die 11,1 % Drogenabhängige in unseren Anstalten ausweist – wie es in der Antwort der Staatsregierung zu lesen war –, kann keinesfalls zufriedenstellen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Sie selbst, Herr Minister, haben im Zusammenhang mit einem Besuch in der JVA Chemnitz mit Bundestagsabgeordneten festgestellt, dass diese Entwicklung der Drogenabhängigkeit eine erschreckende Bilanz aufweist.

Es ist schon nachdenkenswert, wenn zum Beispiel in Dresden nur eine drogenfreie Station ausgewiesen wird, obwohl es doch eigentlich umgekehrt sein sollte. Ich meine, dass man dann vielleicht eine Station hat, auf der Drogenabhängige sind; aber das sind diejenigen, die gerade erst hineingebracht worden sind. Andersherum sollte es eigentlich nicht sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD, des
Abg. Klaus-Jürgen Menzel, fraktionslos,
sowie des Staatsministers Geert Mackenroth)

Dies ist eine große Herausforderung für alle Beschäftigten im Vollzug, denen wir von dieser Stelle aus unsere Anerkennung für ihre Arbeit aussprechen wollen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Diese Arbeit, meine Damen und Herren, bedingt Teamgeist, ständige Abstimmung untereinander und die personellen Möglichkeiten in der Umsetzung der unterschiedlichen Aufgaben. Es erfordert Angebote entsprechend der Persönlichkeit des Strafgefangenen auf Bildung, Arbeit, Therapie und sinnvolle Freizeitgestaltung.

In der Antwort der Staatsregierung ist erkennbar, dass es ein breites Angebot an all diesen Maßnahmen gibt. Insbesondere das Konzept der neuen Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen weist alle Betreuungs-, Entwicklungs- und Resozialisierungsmaßnahmen auf, die man von einer modernen Einrichtung erwarten kann.

Gerade in den letzten Jahren wurde wesentlich in unsere Vollzugseinrichtungen investiert, um die Haftbedingungen zu verbessern. Sorgen bereitet uns aber die personelle Besetzung insbesondere im psychologischen und sozialen Dienst. Wenn man die Antwort der Staatsregierung genau gelesen hat, wird man feststellen, dass in fast jeder benannten Maßnahme Sozialbetreuer und Therapeuten sowie Psychologen einbezogen sind.

Zunehmend ist die Anzahl persönlichkeitsgestörter Straftäter oder Drogen- und Alkoholabhängiger. Die für diese Straftäter erforderlichen Therapien sind nicht nur für den Strafgefangenen wichtig, sondern auch für die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt. Und es geht uns auch um die Gesundheit und Sicherheit des Justizpersonals.

(Beifall bei der CDU, der SPD und
des Staatsministers Geert Mackenroth)

Es ist daher unseres Erachtens notwendig, den Bereich der sozialen und psychologischen Betreuung auf die Umsetzbarkeit der erforderlichen Aufgaben hin zu prüfen.

Positiv sehen wir die vonseiten der Staatsregierung gemachten Anstrengungen, die freien Träger, die ehrenamtlichen Helfer sowie die Bewährungshelfer während der Haftzeit und Entlassungsvorbereitung in die Arbeit des Strafvollzuges einzubeziehen. Diese enge Zusammenarbeit erleichtert dem Strafgefangenen bei seiner Entlassung eine möglichst schnelle Eingliederung in die Gesellschaft und kann damit Rückfälligkeit verhindern.

Dennoch muss es eine klare Trennung der jeweiligen Aufgabenbereiche geben. Ehrenamtliche Helfer oder Betreuungsträger können nicht die Aufgaben des Strafvollzuges übernehmen. Es wäre daher sicher sinnvoll, Herr Minister, klare Regelungen für die Zusammenarbeit zu erzielen und dafür die technischen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Entlassungsvorbereitung ist für einen Strafgefangenen eine der wichtigsten Eingliederungshilfen. Wohnung, Arbeit und die weitere Betreuung für die notwendigen Alltagsaufgaben sind weitere wesentliche Kriterien,

Rückfälligkeit vorzubeugen. Im Wesentlichen ist diese Vorbereitung gewährleistet. Auch hier wird sich die engere Zusammenarbeit zwischen Strafanstalt und freien Trägern auszahlen. Die Zusammenarbeit insbesondere mit der Bewährungshilfe sollte intensiver gestaltet und weiter ausgebaut werden.

Allerdings gibt es leider noch Fälle, in denen entlassungsvorbereitende Maßnahmen unterbleiben, wenn der Zeitraum zwischen der gerichtlichen Entscheidung über die Entlassung und dem Entlassungszeitpunkt eine Entlassungsvorbereitung nicht mehr zulässt. Eine bessere Verständigung im Vorfeld sehen wir hier als notwendig an.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich abschließend noch auf die Regelung im Umgang mit Abschiebehäftlingen eingehen. Es ist leider so, dass es keine spezielle gesetzliche Regelung über den Vollzug der Abschiebehaft gibt. Sinn und Zweck der Haft aber sind unterschiedlich: Die Untersuchungshaft dient der Sicherung des Strafverfahrens, die Strafhaft der Prävention und der Repression – Repression natürlich im rechtlichen Kontext als Aufgabe der Strafverfolgung – und die Resozialisierung und die Abschiebungshaft der Sicherung der Aufenthaltsbeendigung.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass bei der Unterbringung der Abschiebehäftlinge eine Vermischung mit Straftätern und Untersuchungshäftlingen, also Personen, die der Begehung erheblicher Straftaten verdächtig sind, nicht stattfinden sollte.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
der Linksfraktion.PDS und
des Abg. Mirko Schmidt, fraktionslos)

Bereits in mehreren Anträgen erfolgte über die Jahre immer wieder die Anfrage, inwieweit da eine Veränderung möglich ist. Auch die Staatsregierung hat sich bereits seit 1996 intensiv mit dieser Problematik auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Leider ist uns bis heute keine Umsetzung gelungen. Diese Trennung von Strafgefangenen und Abschiebehäftlingen ist schon deshalb notwendig, weil es klare Unterschiede im Vollzug der Abschiebehaft im Vergleich mit Straf- und Untersuchungshaft, wie zum Beispiel die Möglichkeiten der Telefonate, Briefkontakte, Besuchs- und Bewegungsmöglichkeiten, geben muss.

Auch die Betreuung durch Seelsorger, Rechtsanwälte und Beratungsstellen ist unterschiedlich. Es gibt religiöse Besonderheiten und sprachliche Barrieren.

Aus diesen vorgenannten Gründen bitten wir die Staatsregierung, die bereits 1996 angelaufenen Überlegungen auf getrennte Unterbringung wieder aufzunehmen und voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und
ganz vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Die Taschengeldregelung für Abschiebehäftlinge ist in den letzten Monaten auch Gegenstand der Diskussion

insbesondere in den Anstaltsbeiräten gewesen. Es ist eigentlich unverständlich, Herr Minister, dass der Staatsregierung keine Fälle bekannt sind, in denen es zur Verzögerung von Auszahlungen gekommen ist. Es ist die Regel, dass die Antragstellungs- und Auszahlungsmodalitäten sehr unterschiedlich gehandhabt werden und daher Wartezeiten von über drei Monaten auftreten. Das birgt natürlich die Gefahr der Abhängigkeit von anderen Strafgefangenen in sich.

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Entwicklung des Strafvollzugs wird auch in Zukunft der Koalition ein weiteres wichtiges Anliegen sein. Ich denke, dass deshalb die Mitarbeit vieler Abgeordneter aus dem Parlament in den Beiräten der Justizvollzugsanstalten weiterhin sehr informativ und hilfreich sein kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
der Abg. Elke Herrmann, GRÜNE, und
des Staatsministers Geert Mackenroth)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Als Nächstes spricht für die zweite einreichende Fraktion Herr Bräunig von der SPD.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Eine der wenigen positiven Folgen der Föderalismusreform im Bereich des Strafvollzugs ist, dass der Strafvollzug aktuell wieder häufiger im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht. Gerade weil alle Bundesländer bis zum Ende des Jahres 2007 den Jugendstrafvollzug gesetzlich regeln müssen, hat ein breiter fachlicher Dialog mit Strafvollzugsexperten, Praktikern und Verbänden eingesetzt, der uns hilft, unseren Strafvollzug spürbar zu verbessern.

Die Koalitionsfraktionen haben das Thema schon Ende letzten Jahres im Landtag erstmals aufgegriffen und hierzu einen Antrag vorgelegt, der Eckpunkte für einen künftigen Jugendstrafvollzug enthält und erfreulicherweise eine breite Mehrheit gefunden hat. Seither hatten wir im Landtag zum Strafvollzug auch noch eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und mittlerweile liegt ein Referentenentwurf der Staatsregierung für ein Sächsisches Jugendstrafvollzugsgesetz vor. Der Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss hat beschlossen, am 31. August alle bis dahin vorliegenden Gesetzentwürfe für ein künftiges Jugendstrafvollzugsgesetz in einer öffentlichen Anhörung gemeinsam von Sachverständigen bewerten zu lassen.

Als Grundlage der parlamentarischen Befassung soll auch die heutige Große Anfrage dienen, die die Fraktionen von CDU und SPD auf den Weg gebracht haben, um solide Daten für die kommenden Gesetzesaktivitäten zu sammeln. Zusammen mit der Großen Anfrage der GRÜNEN haben wir damit umfangreiches Material, um uns den Anhörungen im Herbst gut vorbereitet zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen ist sicherlich bekannt, dass es innerhalb der Koalition durch-

aus unterschiedliche Auffassungen gab, ob Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug in einem Gesetz geregelt werden sollen, mithin also auch gesetzgeberischer Handlungsbedarf im allgemeinen Strafvollzug besteht. Ich freue mich, dass wir unseren Koalitionspartner davon überzeugen konnten, in dieser Legislaturperiode nur den Jugendstrafvollzug zu regeln, da derzeit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Erwachsenenstrafvollzug besteht. Auch die Ergebnisse der vorliegenden Großen Anfrage machen deutlich, dass Jugendstrafvollzug und Erwachsenenstrafvollzug zwei Paar Schuhe sind, die nicht zusammengehören. Nicht nur das Bundesverfassungsgericht, sondern auch Rechtsexperten, Praktiker und Verbände sind der Auffassung, dass Jugendstrafvollzug und Erwachsenenstrafvollzug strukturell und inhaltlich grundverschieden sind. Daher haben wir in unserer Großen Anfrage strikt getrennt nach Ergebnissen des Jugendstrafvollzugs und des Erwachsenenstrafvollzugs gefragt.

Nun wird es eine 1. Lesung des Gesetzentwurfes der Staatsregierung zum künftigen Jugendstrafvollzug aus Zeitgründen nicht geben. Deshalb sei hier kurz erwähnt, dass der Regierungsentwurf nicht nur die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts, beispielsweise zum Wohngruppenvollzug oder zu Ausbildungsangeboten, aufgreift, sondern auch zeitgemäße Ansätze eines modernen Fördervollzugs enthält. Die sinnvolle Heranführung junger Strafgefangener an neue Medien und ein hohes Sportangebot mit mindestens vier Stunden wöchentlich tragen deutlich unsere Handschrift.

Welche Erkenntnisse bietet nun die Antwort auf die vorliegende Große Anfrage? Zunächst lässt sich sagen, dass Sachsen, wenn wir das neue Jugendstrafvollzugsgesetz haben, vollzugstechnisch gut aufgestellt ist. Der Vollzugsalltag im Freistaat kann sich in vielen Details mit anderen Bundesländern messen, gleichwohl gibt es Punkte, die bedenklich stimmen. Hier denke ich an den Umstand, dass eine langfristige Therapie für drogenabhängige Gefangene derzeit im Vollzug selbst nicht angeboten wird. Angesichts doch erheblicher Probleme mit dem Drogenkonsum – da schließe ich an das an, was Frau Dombois gesagt hat – sollten Veränderungen erfolgen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Auch die fehlende Erhebung des Krankenstandes bei Gefangenen sollte unserer Ansicht nach künftig zur Evaluation des Strafvollzugs gehören. Wenig befriedigend ist auch, dass zurzeit nur 9,5 % aller Strafgefangenen im offenen Vollzug untergebracht werden, obwohl andere Länder, wie beispielsweise Berlin, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, Quoten zwischen 20 und fast 30 % erreichen.

Der grundsätzliche gesetzliche Vorrang des offenen Vollzugs findet sich anders als in anderen Bundesländern im Freistaat Sachsen in dieser Deutlichkeit nicht wieder. In den Debatten zum Strafvollzug werden häufig vermeintlich hohe Rückfallquoten ins Feld geführt. Auch der Staatsminister der Justiz ist mit der Aussage zitiert worden, dass die Rückfallquote junger vorbestrafter Straftäter

zwei von drei beträgt. Die Antwort der Staatsregierung auf die Große Anfrage sagt uns erneut, dass Statistiken über einschlägige oder allgemeine Rückfallquoten nicht erhoben werden. Da tut sich ein kleiner Widerspruch auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalition ist um einen modernen Strafvollzug bemüht. Uns geht es darum sicherzustellen, dass der verfassungsrechtliche Auftrag der Resozialisierung der Gefangenen bestmöglich erfüllt wird, denn ein in der Resozialisierung erfolgreicher Strafvollzug bietet die beste Gewähr dafür, dass die Allgemeinheit vor neuerlichen Straftaten geschützt wird.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU und Beifall des Staatsministers Geert Mackenroth)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Für die Linksfraktion.PDS spricht Herr Abg. Bartl.

Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist verdienstvoll, wenn man sich mit einer Großen Anfrage bemüht, die Basiskennziffern für die große Aufgabe zusammenzutragen, vor der der Freistaat Sachsen wie die anderen Bundesländer auch nach der Föderalismusreform stehen, nämlich einen eigenständigen Gesetzeskatalog für den Jugendvollzug und für den Erwachsenenvollzug zu schaffen, der nach Möglichkeit nicht nur den Standard auf Bundesebene bewahrt – hier bin ich mit dem Justizminister in einem Boot; wir sind an die Parameter der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts gebunden –, sondern dies zum Anlass zu nehmen, sich mit den Problemlagen im Einzelnen zu befassen und zu überlegen, wie wir bei einem durchaus irdischen Ansatz, eingeschlossen finanzielle Möglichkeiten, Personalausstattung etc., mit noch größeren Modernitätsmöglichkeiten herangehen können.

Dazu sind die Große Anfrage und die Antwort der Staatsregierung mit den entsprechenden Angaben durchaus hilfreich. Wir haben – das hat Herr Bräunig vergessen – nicht nur den Referentenentwurf zum Jugendstrafvollzugsgesetz der Staatsregierung oder den der SPD-Fraktion; wir haben schon einen weiteren in Umlauf, und zwar den der Linksfraktion.PDS. Er nennt sich ganz bewusst Jugendstrafvollzugsfördergesetz.

(Widerspruch des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Die GRÜNEN auch, selbstverständlich, der ist aber genannt worden, Herr Kollege. Herr Bräunig war nur etwas einseitig beim Blick etwas mehr nach links – was ihm aber nachgesehen sei.

Ich sage das nur deshalb, weil wir mit dem zweiten Begriff – Jugendstrafvollzugs- und Fördergesetz – ganz bewusst einen Aspekt in die Debatte einbringen wollen, da die Resozialisierung nicht am Tag der Entlassung enden kann. Nicht wenige Probleme, die wir mit der Überbelegung und bei der Rückfallquote haben, hängen damit zusammen, dass wir meinen, wenn wir halbwegs bis zum Tag der Entlassung über die Runden gekommen

sind, das Thema für die Gesellschaft beenden zu können. Wie das aussieht, will ich an einem Beispiel zeigen. Es gibt einen ganz konkreten Fall, der zurzeit in einem laufenden Verfahren erörtert wird.

Der Betreffende war, den Maßregelvollzug eingerechnet, knapp zehn Jahre in Haft. Dann ist er entlassen worden, hatte Überbrückungsgeld angespart, welches sich auf einem Verwahrkonto befand. Er ging mit 38,60 Euro bar raus. Zum Glück hatte er eine Wohnung, die ihm der Anstaltspfarrer vorher mit besorgt hatte. Er hat 14 Tage gebraucht, bis das auf seinem Verwahrkonto liegende Überbrückungsgeld für ihn verfügbar war. Wie er in der Zeit mit Essen, Trinken etc. über die Runden kam, darum hat sich niemand mehr geschert. Er ist einer der bedauerndswerten Menschen, die wenig soziale Kontakte haben. Wenn derjenige nicht wirklich motiviert ist zu sagen, er will es hinter sich bringen und nicht noch einmal in die Schleife geraten, dann sind diese 14 Tage schon 13 Tage zu viel, um nicht wieder rückfällig zu werden, wenn er losmarschiert, irgendwo klaut oder andere Dinge mehr.

Solche Dinge dürfen nicht passieren. Es muss einen nahtlosen Übergang des Betreffenden geben, in den wir ja auch viel Geld hineinstecken durch Sozialarbeiter, externe Berater, Suchtberater. Es darf nicht damit enden, dass wir uns damit begnügen, ihn bis zum Terminende zu bringen, und nun soll er sehen, wie er klarkommt. Wir brauchen einen vernünftigen Anschluss in den Bereich Wiedereingliederung. Da können wir logischerweise nichts überdehnen und keine Wunder vollbringen oder administrativ anordnen wie früher in der DDR die Abteilung Inneres, die gesagt hat: Ihr nehmt ihn auf! Das ist völlig klar. Aber dieser zweite Schritt muss getan werden.

Zweiter Aspekt: Es ist von meinen Kollegen übereinstimmend gesagt worden; ich habe da weder zu Frau Dombois noch zu Kollegen Bräunig irgendeinen Dissens: Wir brauchen im Strafvollzug eine vernünftige Ausstattung, auch Personalausstattung, die die Sicherheit des Personals gewährleistet und die es natürlich auch erlaubt, die Erfüllung der Aufgaben des Strafvollzugs entsprechend zu gewährleisten.

Ich bleibe dabei, dass wir das mit dem, was wir im Haushaltsansatz betreffs des Stellenabbaus, vor allem des im unmittelbaren Vollzugsbereich vorgesehenen Planstellenabbaus vorgesehen haben – das sind etwa 316 oder 360 –, nicht leisten können. Wir werden die Aufgaben des Strafvollzugs, wenn wir so Personal abbauen, nicht leisten können. Wir haben im Verfassungs- und Rechtsausschuss zur Haushaltsdebatte – das liegt ein gutes halbes Jahr zurück – Zahlen erörtert: Torgau 3 060 Überstunden, Ende November 2006 2 799 Überstunden unter dem Vollzugspersonal, Waldheim 6 718 Überstunden. Ich habe mich schlaue gemacht. Eine einzige Abteilung in einer unserer Vollzugsanstalten in Sachsen, die mit 15 Menschen besetzt ist, hat zum Ende Mai 2007 eine Überstundenzahl von 1 650. Sie ist mit Personal so besetzt, dass, wenn einer krank wird oder jemand abgeordnet werden muss, bereits innerhalb von vier bis fünf

Monaten in einem Maße Überstunden anfallen, dass keine Luft mehr für eine vernünftige Resozialisierungsarbeit bleibt. Es bleibt letzten Ende keine Luft mehr, in jedem Fall deeskalierend zu reagieren. Es bleibt erst recht keine Zeit und keine Luft, eine vernünftige Kontrolle von Betäubungsmittelmissbrauch vorzunehmen.

Wenn wir uns in diesem Hohen Haus die Wahrheit eingestehen – viele Strafverteidiger werden das jederzeit bestätigen –, ist es so, dass es nicht wenige Strafgefangene gibt, die erst in Strafvollzugseinrichtungen den Umgang mit Betäubungsmitteln gelernt haben. Das ist ein Dilemma. Sie hatten vorher nie etwas mit Betäubungsmitteln zu tun. Man kann aber in sächsischen Vollzugsanstalten nahezu jedes Betäubungsmittel erwerben. Man muss es mit Arbeitsleistungen abgelten, mit Zigarettentausch, oder man kann es mit Kaffee machen. Die Stichpunktkontrollen, zu denen unser Personal in der Lage ist, reichen niemals aus, um genügend präventive Vorkehrungen zu treffen. Das ist die Realität, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Man bekommt einen modernen Vollzug, einen Resozialisierungsvollzug und einen Vollzug, der gegen die Rückfälligkeit wirkt, nicht umsonst. Das kostet uns eben etwas Geld. Ich bin nur bedingt bereit zu befeuern, dass Sachsen in der Haftkostenquote am günstigsten in der Bundesrepublik dasteht. Es ist Ende November 2006 jedenfalls die Situation gewesen, dass wir 69,18 Euro pro Tag pro Gefangenen im Freistaat Sachsen ausgegeben haben. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 82,98 Euro. Das mag zum Teil durchaus einer relativ guten Einnahmensituation bei der Arbeitsverwaltung geschuldet sein, aber zum anderen ist es auch einer permanenten Abschmelzungs- oder Einsparungspolitik in der Haftkostenausstattung einschließlich Personal geschuldet.

Wer durch die Anstalten geht, muss erkennen – alle, die bisher gesprochen haben, sind in Anstaltsbeiräten –, dass es eben nicht sein kann, dass letztlich die Bibliotheken für Gefangene mit Karteikarten geführt werden, wobei der Bibliothekar je nach der Haftzeit wechselt, sodass inzwischen so viele Durchstreichungen und Handschriften vorhanden sind, dass man kaum noch die Karteikarte erkennt. Aber anderswo werden zu irgendeinem Zeitpunkt als Frühjahrsputz Computer auf die Straße gestellt und abtransportiert. Wir sind nicht in der Lage, eine rechnergestützte Bibliothek zu führen und müssen mit Karteikarten im DIN-A5- oder DIN-A4-Format arbeiten, und das kann nicht sein. Wir sparen momentan, aber über Jahre hinweg kommt uns das bei erfolgreicher Resozialisierung insgesamt keineswegs billiger.

Letzter Gedanke: Es ist eine komplizierte Aufgabe in der Vollzugspolitik – damit werden wir uns bei der Gesetzgebung befassen müssen –, eine vernünftige Struktur der Vollzugsanstalten hinzubekommen. Ich will nicht darum herumreden. Wir haben jetzt offenkundig ein Vorhaben, dass der Frauenvollzug konzentriert in Chemnitz vollzogen wird, dass also in Chemnitz sowohl für Sachsen, als auch für Thüringen und Sachsen-Anhalt, ein erheblicher

Bereich von Frauenvollzugsplätzen vorgehalten wird, was viele günstige Konsequenzen bei Synergieeffekten, Qualifizierung des Personals, medizinischer Betreuung hat. Es hat aber natürlich auch Nachteile. Das bedeutet für die anhaltischen und Thüringer Angehörigen weite Fahrwege. Das soll vor allem die Sachsen-Anhalter und Thüringer bewegen. Aber wir belegen ja jetzt die Masse der Männer aus dem westsächsischen Bereich in Chemnitz und partiell Zwickau. Die gehen künftig nach Zeithain. Man fährt schon von Chemnitz aus nach Zeithain fast zwei Stunden; wenn jemand aus dem Erzgebirge Angehörige dort besuchen will, muss er für eine halbe Tagesreise oder mit einem Urlaubstag planen. Dass das nicht förderlich für den Besuchskontakt ist, sprich: für die funktionierenden sozialen Beziehungen, steht wieder am Rande der Vereinbarkeit mit dem Resozialisierungsprinzip, wonach nach jüngster Verfassungsgerichtsrechtsprechung der Gefangene einen Anspruch auf heimatnahe, sprich auch familiennahe Unterbringung hat. Das ist die andere Seite. Wir werden noch mit etlichen „Baustellen“ bei der gesamten Problematik umgehen müssen.

Dass uns heute mit diesem Antrag zur Großen Anfrage ermöglicht wurde, darüber zu reden, dafür haben wir zu danken. Ich meine, wir sollten auch weiter konstruktiv mit dieser Frage umgehen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Petzold, Sie sprechen für die NPD-Fraktion; bitte.

Winfried Petzold, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund der eingeschränkten Redezeit spreche ich nur die wesentlichsten Auffälligkeiten dieser Großen Anfrage an.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Bevölkerungsverlustes in Sachsen seit der sogenannten Wende, der immerhin mehr als eine halbe Million Menschen betrifft, verwundert es, dass zwischen 2002 und 2006 die Zahl der erwachsenen Strafgefangenen insgesamt um 10 % zugenommen hat. Obwohl der Anteil weiblicher Gefangener in absoluten Zahlen nur einen Bruchteil der straffälligen Männer beträgt, stellt sich mir trotzdem die Frage, was die Ursache dafür ist, dass in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der erwachsenen weiblichen Gefangenen in den sächsischen Justizvollzugsanstalten um 57 % gestiegen ist.

Erfreulich ist, dass die Zahl der Jugendstrafgefangenen im gleichen Zeitraum um 14 % gesunken ist. Doch muss befürchtet werden, dass dieses Faktum durch die Abwanderung der perspektivlos gewordenen sächsischen Jugend erkaufte wurde.

Auffällig ist bei den Jugendstrafgefangenen, dass der Anteil der jugendlichen weiblichen Gefangenen im Vergleichszeitraum um 40 % anstieg, also ein paralleles Phänomen, wie ich es eben schon bei den erwachsenen weiblichen Gefangenen erwähnt habe.

Beim Jugendarrest sind die Zahlen der Arrestanten zwischen 2004 und 2006 ebenfalls drastisch gestiegen: bei den Heranwachsenden um 21 %, bei jugendlichen Arrestanten um 32 %, und das alles vor dem Hintergrund unserer interpretierenden Demografie in Sachsen. Vielleicht ist Minister Mackenroth nachher gewillt, zu diesem Phänomen eine einleuchtende Erklärung abzugeben.

Aus der Bundesstatistik zu den Suiziden in Haftanstalten des Jahres 2005 ergibt sich, dass Sachsen nach dem Saarland die zweithöchste Suizidrate je 1 000 Gefangene aufweist. Die Selbstmordrate in sächsischen Haftanstalten ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Was, bitte, sind die Gründe hierfür, Herr Justizminister Mackenroth?

Bei einer Reihe von Fragen springen dem Leser die abfertigen Antworten ins Auge. Da heißt es dann kurz und bündig, dass eine Beantwortung der Frage nur mit einer unverletzlichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten bzw. Staatsanwaltschaften zu leisten sei. Als Beispiele möchte ich hier nennen: die Frage nach der Anzahl der Gefangenen, die eine zugewiesene Arbeit abgelehnt haben, die Frage nach der Rückfallquote im Anschluss an die Verbüßung eines Jugendarrests und vor allem die Frage nach dem Krankheitsstand der Gefangenen.

Es kann und darf doch nicht wahr sein, dass ein Justizminister nicht in der Lage ist, Auskunft darüber zu geben, wie es um die gesundheitliche Verfassung der ihm in Obhut gegebenen Gefangenen bestellt ist. So etwas kann im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung doch nur eine Frage der rationellen Arbeitsorganisation sein und nicht – wie in der Antwort zu dieser Großen Anfrage zu lesen ist – eine Frage des umständlichen Aktenblätterns.

Unverständlich ist uns Nationaldemokraten auch, warum der so wichtige Fragenkomplex 7 des Abschnitts Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug derart unbefriedigend beantwortet wurde. Dazu zwei Beispiele. Zuerst die Einzelfrage 4: „Wie viele vorzeitig entlassene Gefangene sind – unterschieden nach solchen Gefangenen, die in Vollzugslockerungen erprobt worden sind und jenen ohne weitere Entlassungsvorbereitung, sowie unterschieden nach den jeweiligen Straftaten (insbesondere Gewalt- und Sexualdelikte) – nach der Entlassung erneut und in welcher Weise straffällig geworden?“ Antwort des Herrn Justizministers: „Dieser Zusammenhang wird statistisch nicht erfasst.“

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist schlecht!)

Nun zur Einzelfrage 14: „In welchen bzw. wie vielen Fällen, in denen ein Sexual- und Gewaltstraftäter auf der Grundlage einer positiven Prognoseentscheidung eine vorzeitige Haftentlassung erreicht hat, kam es in den Jahren 2005 und 2006 zu einem Rückfall, der die vorausgegangene positive Prognose widerlegt hat?“ Antwort des Herrn Justizministers: „Dies wird statistisch nicht erfasst.“

Herr Minister Mackenroth, wer vor dem Hintergrund der schrecklichen Sozialverbrechen der jüngsten Vergangenheit auch in Sachsen seine Entscheidungen auf derart mangelhafte Datengrundlagen stützt, könnte den Bürgern eventuell wie ein Kapitän ohne Karte und Kompass erscheinen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die FDP-Fraktion. Wie kann es anders sein: Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Ja, es kann auch anders sein.

(Lachen des Abg. Torsten Herbst, FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das ist wahr.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Ich habe das Thema nicht fraktionsintern monopolisiert.

(Beifall bei der FDP)

Zur Großen Anfrage der Koalition: Die Anfrage ist in der Tat wichtig, sie ist geeignet, Eckpunkte für eine Orientierung zu geben, wie in Zukunft die Schwerpunkte im Strafvollzug in Sachsen zu setzen sind, gerade auch vor dem Hintergrund, dass Sachsen seit dem 1. September 2006 für den Strafvollzug zuständig ist.

Lassen Sie mich da einen kleinen Schlenker machen. Insofern bedauern wir es, dass wir, obwohl Sachsen zuständig ist und obwohl uns speziell das Bundesverfassungsgericht beim Jugendstrafvollzug eine Frist bis 31.12.2007 gesetzt hat, ein Jugendstrafvollzugsgesetz zu erlassen, erst jetzt, besser gesagt: in dieser Plenarwoche, einen Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz zugeleitet bekommen haben. Wir kommen hier in Zeitnot. Wenn man gerade den Jugendstrafvollzug sorgfältig gestalten will, dann sollte man sich Zeit nehmen.

Diese Anfrage ist auch ergänzungsbedürftig. Der Landtag hatte bereits im letzten Jahr beschlossen, dass wir umfassend unterrichtet werden sollen auch über Vergleichsstudien mit dem Strafvollzug anderer Bundesländer sowie mit Forschungsergebnissen der Kriminologischen Forschungsstelle und des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg. Diese Ergebnisse liegen bisher ebenfalls noch nicht vor. Sie sind aber notwendig, um eine zielgerichtete Diskussion führen zu können.

Die Probleme im sächsischen Strafvollzug sind bereits angesprochen worden. Sie sind relativ schnell entdeckt und einfach benannt. Es sind keine spezifisch sächsischen Probleme, um das eindeutig zu sagen. Es sind die ganz normalen Probleme des ganz normalen Strafvollzugs, die leider, muss man sagen, überall auftreten. Aber es sind in der Tat Probleme. Diesen Problemen muss man sich zuwenden. Denn der Strafvollzug ist sonst nicht in der Lage, die ihm zugedachten, zugesprochenen und von ihm

erwarteten Ergebnisse einer Resozialisierung und der Verhinderung künftiger Straftaten zu erfüllen.

Ein solcher Strafvollzug bringt nichts, außer dass er Straftäter wegsperrt. Man mag das als Erfolg sehen. In dieser Zeit können sie keine Straftaten mehr, jedenfalls nicht in Freiheit, begehen; innerhalb der Justizvollzugsanstalten sieht das dann anders aus. Aber das wäre für uns zu wenig.

Es sind angesprochen worden die fehlende Trennung von Straf- und Abschiebehäftlingen in Anstalten, die mangelnde Entlassungsvorbereitung und die fehlende Verzahnung zwischen Entlassungsvorbereitung und anschließender Bewährungshilfe, die viele Strafgefangene vor große Probleme stellen und in der Tat auch überfordern. Gerade viele Strafgefangene sind mit mangelhafter Sozialkompetenz ausgestattet. Das muss man so sagen. Die Entlassungssituation ist schwer zu bewältigen. Umso wichtiger wäre es, hier für einen koordinierten, verzahnten und nahtlosen Anschluss zu sorgen.

Was fehlt? Der Strafvollzug ist zum Beispiel durch Drogen im Strafvollzug gekennzeichnet. Wir haben auch gefragt: Wie viele Delikte gab es dort? Im Jahr 2006 gab es insgesamt 210 Straftaten, im Jahre 2005 waren es 165 Straftaten. Der Großteil sind aber in der Tat Drogendelikte.

Man könnte jetzt spöttisch sagen: Frage in einer Justizvollzugsanstalt: Haben die ein Drogenproblem? Nein, es gibt dort alles.

(Beifall bei der FDP)

Nur, in dem Fall muss man sich vor Augen halten: Hier sind gezielte Suchtbehandlungen und Suchthilfen notwendig, jedenfalls mehr als jetzt.

Es fehlen berufliche und schulische Aus- und Weiterbildungsangebote bzw. überhaupt erst einmal schulische Angebote, um Schulabschlüsse zu erreichen, ja sogar Alphabetisierungskurse, um das Minimalrüstzeug bei Strafgefangenen zu schaffen, damit sie später draußen in Freiheit erfolgreich und ohne Straftaten leben können.

Das sind wichtige Punkte. Aus der Antwort auf die Große Anfrage sei zum Beispiel einer genannt: 149 Gefangene bereiten sich auf Schulabschlüsse vor, 114 haben einen Schulabschluss gemacht. Das ist so schlecht nicht. Wenn man natürlich die Zahl der Plätze erhöhen würde, bei denen das möglich ist, wäre vielen dort geholfen.

Die Zahl der Arbeitsplätze bzw. die Möglichkeit, Arbeit anzubieten, ist zu gering. 54 % der Strafgefangenen sind in Beschäftigungsverhältnissen oder haben Arbeit. Das ist eindeutig zu wenig, wenn wir von der Resozialisierung erwarten, dass die Strafgefangenen in die Lage versetzt werden, später ihren Lebensunterhalt in Freiheit auch wieder selbst zu verdienen, und zwar ohne kriminelle Aktivitäten. Hier muss dringend etwas getan werden.

Auch der Verdienstsatz von 9,70 Euro ist völlig unzureichend. 9,70 Euro ist nicht der Stundensatz, sondern das ist der Tagesverdienst eines Strafgefangenen. Ich frage mich

wirklich, wie man jemandem den Wert von Arbeit im Rahmen der Strafhaft nahebringen und ihn in die Lage versetzen will, später selber etwas in seinem Leben aufzubauen und zu gestalten, wenn man ihm nicht einmal zehn Euro am Tag für seine Arbeit gibt.

Ich weiß, das ist ein Finanzproblem. Aber es ist in der Tat darüber hinaus auch ein strukturelles Problem. Aber da spreche ich besser nicht den Staatsminister der Justiz an, sondern das ist der jetzt leider nicht anwesende Finanzminister, mit dem hier gesprochen werden muss, genau wie bei anderen Punkten, zum Beispiel der psychologischen Betreuung im Strafvollzug. Hier kommt ein Psychologe auf 100 Strafgefangene. Das erscheint zu wenig.

Die Behandlungsdichte oder auch die Möglichkeit, sich Gefangenen zu widmen, ist unter solchen Zahlenrelationen sehr schlecht. Eine eingehende Betreuung von Strafgefangenen ist kaum möglich. Hier muss in der Tat etwas getan werden; wie auch gegen die Überlastung des Betreuungspersonals insgesamt.

Das alles kostet Geld. Aber dieses Geld sollte uns der Strafvollzug wert sein. Denn das Geld, das wir hier „anlegen“, ist möglicherweise gut angelegtes Geld. Es ist geeignet, die Gesellschaft und die Bürger später vor Straftaten zu schützen und weitere Haftaufenthalte zu verhindern. Ich glaube, dass die Staatsregierung hier in nächster Zeit noch Initiativen vorlegen wird.

So viel zunächst von unserer Seite zu dieser Anfrage.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die erste Runde der Aussprache beschließt Frau Herrmann für die Fraktion GRÜNE.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigten uns in den letzten Monaten und auch in diesem Plenum zum wiederholten Male mit dem Thema Strafvollzug. Ich habe gestern den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jugendstrafvollzug vorgestellt und denke, dass es gut dazu passt, dass wir heute noch einmal die Gelegenheit haben, über den Strafvollzug für Jugendliche und Erwachsene in Sachsen zu sprechen, denn auch hier ist der Handlungsbedarf enorm.

Dieses Mal gibt eine Große Anfrage seitens der Koalition Gelegenheit, uns dem Thema in diesem Hohen Haus zu widmen. Ich bin der Meinung, dass regelmäßige Berichte an den Landtag unseren Wunsch nach Information über die Situation des Strafvollzuges in Sachsen nützen könnten. Bei unserer Großen Anfrage zum Jugendstrafvollzug und zur Jugendkriminalität Mitte März konnte die Koalition unserem Entschließungsantrag nicht zustimmen, „da sie“ – ich zitiere aus dem Redebeitrag von Herrn Bräunig – „den Zeitpunkt für verfrüht gehalten haben“ und zunächst die Antwort der Staatsregierung auf ihre Große Anfrage zum Strafvollzug abwarten wollte. Ich hoffe, dass Sie heute die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Im Folgenden möchte ich auf drei Punkte eingehen. Meine Vorredner und Vorrednerinnen der demokratischen Fraktionen haben eine Vielzahl von Problemen angesprochen. Wie ich gestern schon erläutert habe, bedarf es bestimmter Bedingungen zur Resozialisierung von verurteilten Straftätern. Nachdem ich diese Große Anfrage gelesen habe, stelle ich fest, dass auch beim Strafvollzug der Erwachsenen vieles im Argen liegt.

Erstens. Eine erste Bedingung für mehr Chancen auf ein straffreies Leben sind Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Hier sind die Zahlen im Erwachsenenstrafvollzug erschreckend. Vorhaltung und Auslastung der Bildungsmaßnahmen werden in der Antwort aufgelistet, aber an manchen Stellen macht es doch sehr viel Mühe, aus dieser Auflistung auf die Situation zu schließen. Nur für 23 % der Gefangenen werden Bildungsmaßnahmen vorgehalten. Ob diese alle genutzt werden und welchen Stundenumfang die einzelnen Maßnahmen haben, ist nicht ersichtlich. Nur 54 % der Gefangenen konnte eine Arbeit zugewiesen werden. Es stellt sich die Frage, Herr Staatsminister Mackenroth: Was machen die anderen?

Eine zweite Bedingung für eine gelungene Resozialisierung ist: psychische Probleme angehen: Sucht und Suizide. Laut Staatsregierung sind circa 11 % der Gefangenen drogenabhängig. Nach dem, was wir dazu aus der Praxis gehört haben, erscheint uns diese Zahl unglaublich. Nach Auskunft der Praktiker werden circa zwei Drittel der Gefangenen von externen Trägern wegen ihrer Sucht betreut bzw. beraten. Das spricht doch für einen großen Bedarf an Suchtberatung, an Suchtprophylaxe und Suchttherapie. Immer wieder gibt es Probleme mit den Kostenträgern der Suchttherapie, sodass es oft nicht gelingt, die Therapie schon im offenen Vollzug zu beginnen und in Freiheit nahtlos fortzusetzen bzw. sofort nach der Entlassung, wenn die Motivation noch hoch ist, mit der Therapie zu beginnen.

Zu den Suiziden. Die Suizidrate in den sächsischen Gefängnissen ist doppelt so hoch wie im Bundesvergleich und circa acht- bis neunmal so hoch wie in Sachsen insgesamt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine gravierende Zahl.

Wir hören, dass eine Psychologin für hundert Gefangene zuständig ist. Ist das angesichts dieser hohen Suizidrate nicht fahrlässig? Herr Staatsminister Mackenroth, der günstigste Vollzug im gesamten Bundesgebiet wirkt sich an dieser Stelle aus – und das auf dem Rücken der Gefangenen.

Eine dritte Bedingung für einen Strafvollzug, der die Resozialisierung zum Ziel hat, sind unserer Meinung nach die Evaluation, die Begleitforschung und die Kontrolle. Hierzu möchte ich einige Punkte aufzählen, zu denen die Staatsregierung nicht aussagefähig ist: zum Krankenstand der Gefangenen, zur erneuten Straffälligkeit nach vorzeitiger Entlassung, zu Zeit und Umfang sozialpädagogischer Maßnahmen, zur Qualifikation der sächsischen Richterinnen und Richter, Gutachten zu Sexualstraftätern bewerten zu können, und zu Verstößen gegen Weisungen

im Rahmen der Führungsaufsicht gemäß § 68b StGB. Weitere Punkte hat die Staatsregierung äußerst ungenau beantwortet.

Unsere Schlussfolgerungen aus beiden Großen Anfragen lauten daher: Erstens. Wir benötigen eine gesetzliche Normierung, die das Ziel der Resozialisierung verwirklicht sowie finanziell und personell umgesetzt. Das wird – das haben die Vorredner bereits gesagt – auch langfristig günstiger sein.

Zweitens. Wir brauchen eine Untersuchung des sächsischen Strafvollzugs, das heißt eine Erhebung von Daten darüber, welche Maßnahmen wie wirken. Wir brauchen eine unabhängige Evaluation in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, die sich vor Ort und in den Justizvollzugsanstalten engagieren.

Drittens – wir haben es in unserem gestrigen Antrag zum Jugendstrafvollzug bereits vorgestellt – brauchen wir eine unabhängige Instanz, an die sich die Gefangenen wenden können und die den Landtag informiert. Wir haben die Einrichtung eines Landesbeauftragten vorgeschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da uns bisher kein Entschließungsantrag der Koalition vorliegt, haben wir einen Entschließungsantrag zu dieser Großen Anfrage vorbereitet, der Ihnen bereits vorliegt und den ich noch einbringen werde.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gibt es seitens der Fraktionen allgemeinen Aussprachebedarf? – Herr Abg. Schowtka, bitte.

Peter Schowtka, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sächsischen Strafvollzugsanstalten sind keine Erholungsheime für Gesetzesbrecher.

(Zuruf von der FDP)

Sie sind aber auch keine bloßen Wegsperrrichtungen, in denen die einmal Gestrauchelten von erfahreneren Schwerenötern für eine künftige kriminelle Karriere weiterqualifiziert werden. Repressiver Strafvollzug und Resozialisierung sind für uns zwei Seiten der Medaille und gleichzeitig Prävention und Opferschutz für die Zukunft.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Fachleute sind sich schon lange darüber einig, dass ein reiner Verwahrsvollzug zu steigenden Wiederholungstaten führt und damit auf lange Zeit eine Vergeudung menschlicher und materieller Ressourcen darstellt; ganz zu schweigen davon, dass die bloße repressive Wegsperrung einem christlichen Menschenbild widerspricht, das für meine Fraktion Richtschnur und Maßstab ist. Wenn zu viele Menschen zu lange dicht gedrängt in überbelegten Zellen eingesperrt

sind, entstehen Perspektivlosigkeit, Frust und Hass als Saatgut für neue Straftaten und damit neue Opfer.

Meine Damen und Herren! Um nicht missverstanden zu werden: Der Vollzug der Freiheitsstrafe als massiver Eingriff in die Grundrechte soll dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten dienen. Gleichzeitig soll die Dauer der Freiheitsstrafe dazu genutzt werden, den Gefangenen zu befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Es gibt keine Alternative zur Resozialisierung.

Resozialisierungsvollzug bedeutet aber die Vorbereitung auf das Leben nach der Haftentlassung. Totale Bevormundung und Fremdbestimmung sind nicht das geeignete Umfeld für soziales Lernen. Resozialisierung bedeutet menschenwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse, fachkundige Betreuung und Begleitung, nicht zuletzt auch bei der Auseinandersetzung mit der begangenen Straftat. Wer nach einer langen Freiheitsstrafe am Tag seiner Entlassung vor der Anstaltstür erstmals wieder das Leben außerhalb der Mauern bewältigen muss, hat kaum eine Chance auf einen Neuanfang, wenn er nicht darauf vorbereitet ist. Dennoch machen wir uns keine Illusionen. Es wird immer eine Anzahl von Strafgefangenen geben, die sich jeglicher Hilfestellung für ein straffreies Leben widersetzt, weil sie weitere Straftaten begehen will.

Einen Verzicht auf Behandlungsangebote für diese Hartgesottenen hat das Bundesverfassungsgericht jedoch untersagt. Es gibt folglich keine Alternative zu den Bemühungen um Resozialisierung auch von Wiederholungstätern, denen durch zugegebenermaßen personal- und kostenaufwendige Betreuungsmaßnahmen geholfen werden muss, ihre Lebensführung zu ändern.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Enrico Bräunig, SPD)

Meine Damen und Herren! Ein alles in allem überzeugendes Beispiel für einen modernen, humanen und auf erfolgreiche Wiedereingliederung gerichteten Jugendstrafvollzug erscheint mir die in Errichtung befindliche Jugendstrafanstalt Regis-Breitingen, die die Rechtspolitiker meiner Fraktion im März dieses Jahres besuchen konnten. Für den Bau dieser großzügigen Einrichtung wendet der Freistaat fast 60 Millionen Euro auf, eine Investition, die sich in Zukunft auszahlen wird, wenn dadurch Ausgaben an anderer Stelle eingespart werden können. Nach Inbetriebnahme im Herbst dieses Jahres werden in Regis-Breitingen 326 jugendliche Straftäter im geschlossenen, 30 im offenen Vollzug und 30 im Jugendarrest von circa 190 Mitarbeitern betreut.

Die Jugendstrafvollzugsanstalt stellt sich das Ziel, den häufig aus zerrütteten Familienverhältnissen kommenden jugendlichen Straftätern neben der Vermittlung von grundlegenden sozialen Kompetenzen zu einem Haupt- bzw. Realschulabschluss zu verhelfen, um sie danach zu einer Berufsausbildung führen zu können.

Drogenabhängige und Sexualstraftäter werden gesondert untergebracht und durch Fachleute therapiert. Einzelun-

terkünfte im Rahmen von Wohngruppen sowie Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen sollen den Jugendlichen helfen, nach Arbeit und Ausbildung einer sinnvollen Betätigung in der Freizeit nachzugehen, anstatt auf dumme Gedanken zu kommen und zur Fortsetzung einer kriminellen Karriere verführt zu werden. Dabei werden sie von hoch motivierten Sozialpädagogen betreut und angeleitet.

Meine Damen und Herren! Sowohl mit der neuen Jugendstrafvollzugsanstalt in Regis-Breitingen als auch mit dem als Referentenentwurf vorliegenden neuen Jugendstrafvollzugsgesetz setzt der Freistaat Sachsen Maßstäbe, die sich europaweit sehen lassen können. Damit unterstreichen wir unseren Anspruch und Willen, einen modernen, menschenwürdigen und auf Resozialisierung gerichteten Jugendstrafvollzug in Sachsen zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU, des Abg. Enrico Bräunig,
SPD, und des Staatsministers Geert Mackenroth)

Lassen Sie mich an dieser Stelle nochmals den herzlichen Dank der Koalitionsfraktionen an die Jugendgerichtshilfe und die gewissenhaften Mitarbeiter im Strafvollzug zum Ausdruck bringen. Herzlichen Dank für diese Arbeit!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Gibt es weiteren Aussprachebedarf seitens der Fraktionen? – Das sehe ich nicht. Herr Staatsminister der Justiz Mackenroth.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sächsische Staatsregierung hat die Antwort auf eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zum Strafvollzug im Freistaat vorgelegt. Diese Anfrage gab uns Gelegenheit, die Entwicklung der letzten Jahre und den aktuellen Stand von Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug, Jugendarrest, Untersuchungs- und Abschiebehaft sowie der Baumaßnahmen in den Vollzugsanstalten umfassend darzustellen. Für diese Gelegenheit danke ich.

Lassen Sie mich einige wesentliche Punkte – auch aus der Debatte – hervorheben. Die Gesamtzahl der Strafgefangenen und Jugendstrafgefangenen ist in den letzten fünf Jahren – nach dem Höchststand im Dezember 2002 – zurückgegangen, besonders auch die Anzahl der Jugendstrafgefangenen. Dieser Rückgang lässt sich unter anderem, aber eben nicht ausschließlich, mit der demografischen Entwicklung erklären. Da die Bevölkerungszahl im Freistaat voraussichtlich weiter abnehmen wird, können wir wohl für die Zukunft damit rechnen, dass auch die Gefangenenzahlen weiter sinken werden, obwohl diese Prognose durchaus nicht völlig sicher ist.

Wie sind die Gefangenen derzeit untergebracht? Wie wird ihre Unterbringung in Zukunft aussehen? Die sächsische JVA-Landschaft des Jahres 2007 ist durch bedeutende Veränderungen gekennzeichnet. Ende August wird die

alte Justizvollzugsanstalt in Plauen schließen, und Anfang September werden wir die neue Jugendstrafanstalt in Regis-Breitungen eröffnen, die eine Unterbringung der Jugendstrafgefangenen – der Abg. Schowtka sagte es gerade – auf hohem Niveau ermöglicht. Damit setzen wir konsequent unsere Bemühungen um bauliche Verbesserungen im Interesse einer angemessenen und gleichzeitig sicheren Unterbringung der Gefangenen fort.

Wenn Geld in unserer Gesellschaft der Maßstab für die Wertschätzung ist: Seit der Wende haben wir über 400 Millionen Euro und allein in den Jahren 2002 bis 2006 knapp 145 Millionen Euro für Baumaßnahmen aufgewandt – eine gewaltige Summe. Für diesen Zeitraum sind vor allem die Sanierung des Hauses 1 in Waldheim und der Hausflügel A und B in Görlitz, der Neubau des Freigängerhauses in Leipzig, der Wäscherei in Chemnitz sowie der Sporthallen in Bautzen, Leipzig und Zeithain hervorzuheben.

Auch in den nächsten Jahren stehen weitere umfangreiche Baumaßnahmen bevor. So wird die JVA in Torgau komplett saniert und erweitert. Der Bereich Reichenhainer Straße der JVA Chemnitz wird umfassend saniert und zur zentralen Frauenanstalt umgebaut. Außerdem werden in Leipzig das Krankenhaus und in Waldheim ein Hafthaus neu gebaut. Dabei befolgen wir insgesamt konsequent die Vorgabe des Strafvollzugsgesetzes und erweitern die Möglichkeiten der Einzelunterbringung. So werden bei Sanierungen große, derzeit noch mehrfach belegte Haft Räume zu Einzelhaft Räumen umgewandelt und bei Neubauten fast ausschließlich Einzelhaft Räume eingerichtet.

Die Bauten unserer Vollzugsanstalten geben aber wirklich nur den äußeren Rahmen. So wichtig es ist, dass dieser Rahmen stimmt und den heutigen Anforderungen entspricht, so kommt es doch letztlich entscheidend darauf an, dass der Vollzug strikt auf die Resozialisierung der Gefangenen ausgerichtet ist. Besonders wichtig für die Resozialisierung sind schulische und berufliche Bildung. Zum Ende des Schuljahres 2005/2006 konnten – Herr Dr. Martens sagte es – 114 Gefangene einen Schulabschluss erwerben. In sehr hoher Zahl haben Gefangene in den einzelnen Anstalten darüber hinaus berufliche Abschlüsse erlangt. Einzelheiten zählt die Große Anfrage auf.

In der Antwort sind auch die großzügigen Besuchsmöglichkeiten in den einzelnen Anstalten dargestellt, die teilweise schon jetzt erheblich über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Gerade Besuchsmöglichkeiten sind wichtig. Sie sollen es den Gefangenen ermöglichen, die Kontakte zur Außenwelt und zur Familie aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls neue Verbindungen einzugehen.

Wir haben, meine Damen und Herren, auch dargestellt, welche sozialpädagogischen Maßnahmen im sächsischen Justizvollzug angeboten werden, um an den unterschiedlichen Defiziten der Gefangenen zu arbeiten. Ich möchte nur beispielhaft soziales Kompetenztraining, Gruppenarbeit und Suchtberatung nennen. In der Großen Anfrage

nicht ausdrücklich angesprochen, aber besonders erwähnenswert ist die Sozialtherapie, in deren Rahmen gefährliche und mithin besonders behandlungsbedürftige Täter eine wissenschaftlich fundierte, personalintensivste Betreuung und Behandlung erhalten, die speziell auf die Defizite dieser Tätergruppe eingeht. Die sogenannte Sota in der Justizvollzugsanstalt Waldheim wird durch eine Forschungsstudie des Max-Planck-Instituts für Strafrecht in Freiburg in Zusammenarbeit mit der TU Dresden evaluiert. Über einen Zeitraum von zehn Jahren werden die Rückfallquoten nach einer sozialtherapeutischen Behandlung untersucht. Wir hoffen auf eine Bestätigung des eingeschlagenen Weges, aber natürlich auch auf Hinweise für Verbesserungsmöglichkeiten.

Während diese Evaluation der Sota nur mithilfe von Wissenschaftlern durchgeführt werden kann, lässt sich die Wirksamkeit anderer Maßnahmen leichter bewerten. Dass der sächsische Justizvollzug hohen Sicherheitsstandards verpflichtet ist und bleibt, kann man ebenso erfreulich wie leicht daran feststellen, dass es in den Jahren 2005 und 2006 keine Ausbrüche bzw. Ausbruchsversuche aus dem geschlossenen Vollzug gab. Lockerungen, Urlaub und die Unterbringung im offenen Vollzug wurden nur in geringem Maße missbraucht.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, auch wenn ich nach den Ergebnissen der Großen Anfrage insgesamt dem sächsischen Strafvollzug ein ordentliches Zeugnis ausstellen kann, hier nicht in Schönfärberei verfallen. Strafvollzug ist und bleibt eine Daueraufgabe, ständig zu optimieren, auch aus der Verantwortung für die Gefangenen heraus. Es bleibt wirklich genug zu tun. Natürlich wünsche auch ich mir drogenfreie Anstalten und nicht nur einzelne drogenfreie Abteilungen. Drogen in den Anstalten sind und bleiben das Problem Nummer eins. Wir sollten den Kampf gegen Drogen entschlossen aufnehmen und versuchen, sämtliche angemessenen und geeigneten Mittel dafür einzusetzen. Das lohnt den Schweiß der Edlen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Beschäftigungsquote, mit 54 % angesprochen, ist auch mir nach wie vor zu gering. Wenn es einen Königsweg gibt, bin ich bereit, ihn sofort zu beschreiten, meine Damen und Herren; aber jeder einzelne Arbeits- und Beschäftigungsplatz in den Anstalten ist Kärnerarbeit und muss mühsam durchgesetzt werden. Es muss bei der Wirtschaft und beim Handwerk geworben werden, dass dies nicht als Konkurrenzunternehmen angesehen werden darf, sondern dass kooperiert werden kann. Es gibt Vorzeigeobjekte, aber es ist und bleibt ein hartes Stück Arbeit.

Die Rückfallquote ist zu hoch. Es gibt eine einzelne Statistik aus dem Jahr 1994 über den Zeitraum von einem Jahr. Ansonsten gibt es keine belastbaren Rückfallstatistiken, weil Sie nicht einfach Äpfel mit Zitronen vergleichen können. Die Quote, zwei von drei Jugendlichen, die eingewiesen haben, werden rückfällig, ist eine Schätzung, die nicht weiter belastbar ist, aber von der wir einmal als

Worst-case-Szenario für unsere Überlegungen ausgehen. Dass sie zu hoch ist, Herr Abg. Bräunig, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die sozialpädagogische und psychologische Betreuung der Inhaftierten vor und nach der Entlassung scheint mir organisatorisch – Stichwort: durchgehende Betreuung – wie inhaltlich noch verbesserungsfähig, und den Personaleinsatz in diesem Bereich werden wir ebenfalls noch einmal hinterfragen müssen.

Meine Damen und Herren, wir arbeiten an dieser Daueraufgabe und ich danke für die Unterstützung, die mein Haus und die Anstalten dabei auch aus diesem Hohen Hause erhalten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Bei der Forderung, die ich heute auch wieder gehört habe, nach einer zentralen Abschiebehaftanstalt oder jedenfalls einer zentralen Abschiebestation für den Freistaat Sachsen, meinte ich mich daran zu erinnern, dass wir uns mit der Beschlusslage des Hohen Hauses im Einklang befinden. Wir haben von anderen Bundesländern gelernt, dass die Zentralisierung dieser Abschiebehäftlinge zu außerordentlich starken sozialen Konflikten führt – es gibt in Berlin und in anderen Orten geradezu Dauerbrennpunkte hinter Gittern –, wenn dieser Weg eingeschlagen wird. Nichts ist monolithisch. Wenn wir es einmal versuchen wollen, bin ich dafür offen. Wir sollten darüber nachdenken, aber nicht von vornherein sagen, das sei der Königsweg.

Zu dem, wie ich finde, durchaus berechtigten Wunsch, ausgesonderte PCs für die Kategorisierung der Bibliotheksbestände in Vollzugsanstalten einzusetzen, bin ich sehr zu haben und danke für diese Anregung. Wir werden versuchen, das möglichst umgehend umzusetzen, wobei, meine Damen und Herren, auch schon darauf hingewiesen worden ist: Es wäre mir lieb, wenn alle Gefangenen in unseren Anstalten Bibliotheken in Anspruch nehmen könnten, wenn sie lesen können.

Meine Damen und Herren! Trotz dieser Punkte ist der Strafvollzug im Freistaat schon jetzt konsequent auf die Resozialisierung ausgerichtet, modern, innovativ, sicher. Es gibt differenzierte Behandlungsangebote. Diese Ziele und Maßstäbe prägen auch den Entwurf des Sächsischen Jugendstrafvollzugsgesetzes der Staatsregierung, der Ihnen in Kürze zur Beratung vorliegen wird. Kollege Bräunig hat darauf hingewiesen: Ich hätte mir mehr gewünscht, nämlich eine Regelung für alle, die wir hinter Gitter stecken. Ich glaube nach wie vor, dass wir eine große Chance vertan haben, auch den Strafvollzug für Erwachsene insgesamt auf professionellere, auf innovative, auch auf menschenwürdigere Füße zu stellen. Wir werden das auf der Agenda behalten.

(Beifall bei der CDU und
der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Jedenfalls im Entwurf für unser Jugendstrafgesetz werden aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt

und geeignete Unterbringungsformen, wie der Wohngruppenvollzug und der Vollzug in freien Formen, festgeschrieben sowie Erfolg versprechende neue Behandlungsmöglichkeiten eröffnet. Stärkung der Selbstverantwortung der Gefangenen nach dem Grundsatz „Fördern und fordern“ steht ebenso im Gesetzentwurf.

Die Bediensteten werden im Gegenzug verpflichtet, die Gefangenen an der Vollzugsplanung zu beteiligen, ihnen Vollzugsmaßnahmen zu erläutern, sie zur Mitwirkung zu motivieren – Schlagwort „Kommunikationsgebot“; auch das ist ein neuer sächsischer Ansatz. Besuchszeiten werden wir erhöhen und die berechtigten Opferinteressen stärker berücksichtigen.

Ich will an dieser Stelle der Diskussion im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens nicht zu sehr vorgreifen. Ich freue mich auch auf die Anhörung, bin aber sicher, dass der Entwurf hohen Ansprüchen gerecht wird und den Rahmen für einen modernen Jugendstrafvollzug im Freistaat bietet. Daher freue ich mich auf die Diskussion der nächsten Monate und werde selbst darauf achten, dass wir über der Diskussion über den neuen Jugendstrafvollzug unsere erwachsenen Strafgefangenen nicht völlig vergessen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage die Fraktionen, ob es darauf noch Erklärungsbedarf gibt. – Das kann ich nicht erkennen. Dann gibt es einen Entschließungsantrag der Fraktion der GRÜNEN. Bringt Frau Herrmann diesen ein? – Ja. Bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Hohen Haus sind wir uns durch die Bank einig gewesen, dass im Erwachsenen- sowie im Jugendstrafvollzug Verbesserungen notwendig sind. Unser Entschließungsantrag greift die Probleme noch einmal auf, die auch die Große Anfrage der Koalition deutlich gemacht hat.

Insbesondere schließe ich mich der Meinung von Herrn Schowtka an, was die Bedeutung von Resozialisierung und den Anspruch an sie angeht. Weil dieser Anspruch besteht, haben wir im zweiten Teil unseres Entschließungsantrages Forderungen an die Staatsregierung aufgeschrieben, die dieser Resozialisierung dienen sollen. Ich bitte Sie deshalb – die Kritik bzw. die Wahrnehmung der Probleme war eindeutig –, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen, auch mit dem Gedanken im Hinterkopf, dass unser Entschließungsantrag das letzte Mal mit dem Hinweis auf Ihre noch ausstehende Große Anfrage abgelehnt worden ist.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dazu gibt es sicherlich Stellungnahmen aus den Fraktionen. – Für die CDU-Fraktion, bitte, Frau Dombois.

Andrea Dombois, CDU: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass wir – das konnte man heute aus den Debatten der Fraktionen auch erkennen – mit unseren Meinungen sehr eng beieinander sind, auch mit den Problemstellungen. Aber wir sind in der Koalition der Meinung, dass das Thema viel komplexer ist, als es der Entschließungsantrag hergibt, und dass man jetzt nicht einzelne Teile aus diesem Komplex herausziehen sollte. Vielmehr wollen wir gern mit allen Fraktionen im Ausschuss weiter an dem Thema Strafvollzug arbeiten. Wir werden also den Antrag ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Wer möchte sich noch an der Debatte beteiligen? – Ich kann im Moment niemanden erkennen. Das heißt, wir könnten zur Abstimmung kommen.

Ich stelle den Entschließungsantrag der Fraktion der GRÜNEN zur Abstimmung. Er trägt die Drucksachennummer 4/8967. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mehrheitlich abgelehnt worden. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, beenden wir den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

– Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Medizinstudium

**Drucksache 4/5951, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD,
mit Stellungnahme der Staatsregierung**

– Hospizarbeit und Palliativversorgung im Freistaat Sachsen

**Drucksache 4/6008, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD,
mit Stellungnahme der Staatsregierung**

– Sterbebegleitung und palliativmedizinische Versorgung in Sachsen

Drucksache 4/8045, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Meine Damen und Herren, wenn wir uns etwas beruhigt haben, würde ich gern die Debattenrunde für die Fraktionen freigeben. Wir beginnen mit der CDU-Fraktion als einer der einreichenden Fraktionen. Frau Abg. Nicolaus, bitte, Sie haben das Wort.

Kerstin Nicolaus, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegen drei Anträge zu einem sehr wichtigen, aber nicht gerade populären Thema vor, der Hospizarbeit und der palliativmedizinischen Versorgung im Freistaat Sachsen. Ich sage deswegen „nicht populär“, weil der Gegenstand der Hospizarbeit wie auch der palliativmedizinischen Versorgung ein Thema berührt, welches bei jedem von uns Ängste, Trauer und eine Vielzahl von weiteren Gefühlen auslöst.

Das Thema Tod – und darin inbegriffen das Sterben – ist, wie von mir eben ausgeführt, nicht gerade populär. Es ist sicherlich dann populär, wenn es um Sensationen geht, wenn es um Schlagzeilen geht, auf der ersten Seite der „Bild“-Zeitung oder den jeweiligen anderen Printmedien. Hinzu kommt, dass das Thema Tod in der heutigen Gesellschaft immer mehr als ein Tabuthema dargestellt wird. Eine Studie aus Thüringen, welche sich mit dem Thema auseinandergesetzt hat, hat beispielsweise festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Befragten keinerlei Erfahrungswerte im Umgang mit dem Sterben haben. Des Weiteren ist knapp die Hälfte der Menschen der Meinung, dass Kinder vor einem solchen Thema geschützt werden sollten. Dieses Ergebnis halte ich für sehr bedauerlich;

denn Sterben ist ein Stück vom Leben. Das müssen wir aus meiner Sicht zur Kenntnis nehmen und uns immer wieder ins Bewusstsein rücken. Dazu dienen auch unsere gemeinsamen Anträge.

Früher, meine sehr verehrten Damen und Herren, war es gang und gäbe, dass die Menschen zu Hause verstorben sind, zu Hause oder in ihren Räumlichkeiten aufgebahrt wurden und somit der Umgang mit dem Tod, wenn auch nicht normal, aber vertrauter war. Auch die Kinder waren bei den jeweiligen Sterbenden mit am Krankenbett oder bei Hausaufbahrungen zugegen. Es war kein Tabuthema.

Es freut mich, dass wir uns jetzt in diesem Hohen Hause mit den drei Anträgen diesem Thema widmen und zugleich ein Stück zur –

(Torsten Herbst, FDP: Enttabuisierung!)

– Danke, Herr Herbst! Wenn ich Sie nicht hätte!

– Enttabuisierung beitragen.

Gestatten Sie mir, an dieser Stelle auf die Anträge einzugehen. Zwei davon möchte ich in dem ersten Teil meiner Rede vorstellen. Anfangen werde ich mit der Hospizarbeit und der palliativmedizinischen Versorgung im Freistaat Sachsen. Im zweiten Teil möchte ich auf die Palliativmedizin als Lehrfach im Medizinstudium zu sprechen kommen.

Die moderne Hospizarbeit ist Mitte der Siebzigerjahre entstanden und hat sich in einer Art Bewegung entwickelt, die deutschland- und weltweit zu verzeichnen ist.

Hospizarbeit bedeutet, einen menschenwürdigen Umgang mit dem Sterbenden zu gewährleisten und ihm eine Hülle im häuslichen Umfeld zu bieten, damit er zu Hause in einer menschenwürdigen Umgebung sterben kann.

Hospizarbeit ist Sterbebegleitung durch befähigte ehrenamtliche Hospizhelferinnen und -helfer. Sie stehen gemeinsam mit Medizinern, Pflegekräften, Sozialarbeitern und Theologen dem sterbenden Menschen, aber auch den Angehörigen zur Seite. Man darf nicht vergessen, dass das häusliche Umfeld hier in vielerlei Hinsicht eingebettet ist. Das betrifft die Kinder, aber auch die Onkel, die Tanten und die Bekannten, die diesen Prozess begleiten.

Die Palliativmedizin entwickelte sich als medizinische Richtung im Zuge der Hospizbewegung. Der Begriff stammt aus dem Lateinischen. Er wurde abgeleitet von pallium, dem Mantel. Das bedeutet, dass in der Palliativmedizin dem Kranken ein Mantel gegeben wird, der eine schützende Hülle um den Kranken legt.

Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation und der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin ist die Palliativmedizin die aktive gesundheitliche Behandlung von Patienten mit einer fortschreitenden, weit fortgeschrittenen Erkrankung und einer begrenzten Lebenserwartung zu einer Zeit, in der die Erkrankung nicht mehr mit einer kurativen Behandlung angesprochen werden kann und der Beherrschung von Schmerzen und der Krankheitsbeschwerden mit ihren psychologischen, sozialen und spirituellen Problemen höchste Priorität beigemessen wird. Nicht die Verlängerung der örtlichen Überlebenszeit um jeden Preis, sondern die Lebensqualität, also die Wünsche, Ziele und das Befinden des Patienten, stehen im Vordergrund der Behandlung. Daneben werden aber auch die Angehörigen über die Sterbephase hinaus begleitet.

In Sachsen ist seit der Wende eine vielfältige Hospizlandschaft entstanden. Die Hospizarbeit ist heute sowohl in den großen Städten als auch in den meisten Regionen von Sachsen etabliert. So gibt es derzeit in Sachsen neben den 34 ambulant arbeitenden Hospizdiensten – dabei möchte ich mein besonderes Augenmerk auf die Kinderhospizdienste lenken, die in Leipzig und Dresden entstanden sind – noch weitere vier stationäre Hospize mit 36 Plätzen. Die Basis der Hospizarbeit stellen dabei die ambulanten Hospizdienste dar. Sie richten sich an die Schwerkranken und ihre Angehörigen und bieten ihre Hilfe kostenfrei an. Ihr Angebot besteht im Idealfall in einer intensiven psychologischen Begleitung der betroffenen Familien einschließlich einer 24-Stunden-Rufbereitschaft unter sorgfältiger Beachtung des körperlichen Befindens und Einbeziehung fachkundiger Hilfe für die palliativmedizinische Betreuung.

Durch die ambulanten Dienste wird seelsorgerische und psychologische Begleitung angeboten. Die pflegenden Angehörigen werden entlastet. Außerdem leisten diese

Dienste eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich. Ich hatte eingangs ausgeführt, dass die Öffentlichkeit diese Problematik eigentlich nicht zur Kenntnis nehmen möchte, obwohl sie zum täglichen Leben gehört.

Die stationären Hospizeinrichtungen ergänzen mit ihren Leistungen die bestehenden ambulanten ehrenamtlichen Hospizangebote und verstehen sich als ein Teil einer vernetzten Versorgungsstruktur. Sie bestehen meist aus kleinen Betteneinheiten, die ohne Anbindung an eine größere Institution arbeiten und von einer speziell in Palliative Care ausgebildeten Pflegekraft geleitet werden. In enger Kooperation mit den freiwilligen Helferinnen und Helfern und einem fachkundigen Hausarzt pflegen und behandeln sie Menschen, denen nur noch Tage oder Wochen verbleiben und die unter schwerwiegenden körperlichen, sozialen, seelischen und spirituellen Beschwerden leiden, die sich weder zu Hause noch in einem Pflegeheim lindern lassen.

Diese Probleme treten zunehmend auf. Durch die hohe Spezifizierung in den medizintechnischen Bereichen ist eine lebensverlängernde Maßnahme in jedem Fall möglich, aber derjenige, der die Diagnose gestellt bekommt und natürlich darunter leidet, und seine Angehörigen können oft nur schwer damit umgehen.

Zu den stationären Hospizeinrichtungen gehören auch die Palliativstationen, welche zum Beispiel in Görlitz oder Dresden etabliert sind. Dies sind Hospizstationen, die fest in eine Klinik eingebunden sind und nach demselben Organisationsmodell wie jede andere Station in dem Krankenhaus geführt werden. Auf den Stationen sind neben den Pflegekräften festangestellte Ärzte tätig.

Mit der Palliativmedizin kommen lebensbedrohlich erkrankte Menschen meist zu einem früheren Zeitpunkt mit dem Sterben in Berührung. Auch wenn noch Behandlungsmaßnahmen zur Heilung oder wenigstens zur Lebensverlängerung geplant sind und auch erwartet werden, ist es natürlich in erster Linie das Ziel, die körperlichen Beschwerden zu lindern.

Eine Besonderheit, auf die ich noch eingehen möchte, sind die Kinderhospize. Ich hatte bereits erwähnt, dass es zwei ambulante Kinderhospizdienste gibt, die meine höchste Anerkennung finden; denn das ist sicher keine ganz einfache Arbeit.

Das Anliegen der Kinderhospizarbeit ist es, Familien mit unheilbar erkrankten Kindern und Jugendlichen ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Das beginnt mit der Diagnoseerstellung und geht über den Tod des Kindes hinaus. Ziel ist, den Familien zu ermöglichen, dass die Kinder solange wie möglich im familiären Umfeld verbleiben. Das ist aus meiner Sicht die beste Möglichkeit, sowohl mit der Erkrankung als auch mit dem Tod des Kindes fertig zu werden und diese Situation zu verarbeiten.

Ich weiß, dass es Initiativen gibt, deutschlandweit die Anzahl der stationären Kinderhospize zu erhöhen. Aber

man sollte überlegen, ob es für die Würde des Kindes und der Familie nicht besser ist, dass die Kinder das Recht haben, zu Hause im familiären Umfeld zu sterben.

(Beifall der Abg. Angelika Pfeiffer, CDU)

Es ist natürlich zuvorderst unsere Aufgabe, hierbei unterstützend zu wirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für besonders wichtig, dass wir in diesem Bereich besonders verschärft unseren Blick auf die Dinge richten können und dies tun müssen. Bei all diesen Varianten der palliativmedizinischen Versorgung hier im Freistaat Sachsen ist es mir ein Herzensbedürfnis, in diesem Hohen Hause all denjenigen zu danken, die sich der ehrenamtlichen Hospizarbeit widmen: all den Helferinnen und Helfern im ehrenamtlichen Bereich, die sich dieser Aufgabe zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Linksfraktion.PDS)

Ich hatte es ausgeführt und ich denke, das haben alle nachvollziehen können: Es ist keine einfache Aufgabe, sich solchen Dingen zu öffnen. Meistens geschieht es vor dem Hintergrund einer persönlichen Betroffenheit. Es gibt auch viele andere Menschen, die sich dieser Aufgabe stellen, weil sie der Meinung sind, den sterbenden Menschen oder dem familiären Umfeld eine entsprechende Begleitung angedeihen lassen zu sollen.

In diesem Sinne möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Ich bin jetzt ganz Ohr, was die anderen Fraktionäre zu diesem Thema zu sagen haben, und möchte in einem zweiten Beitrag zum Bereich des Studiums weitere Ausführungen machen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort. Herr Abg. Gerlach, bitte.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meiner Kollegin, dass sie die Würdigung des Ehrenamtes schon vorgenommen hat, und kann mich dem nur anschließen.

Wir sprechen heute über die sicherste und zuverlässigste Sache des Lebens, die gleichzeitig meistverdrängte und gleichzeitig meistmissbrauchte Sache: über den Tod und das Sterben. Wir erleben ihn täglich in den Medien als bevorzugt verkaufsfördernde Schlagzeile mit möglichst spektakulärer Aufmachung.

Die Realität ist: 50 % unserer Menschen sterben in Krankenhäusern, reichlich 30 % zu Hause und 17 % in Pflegeheimen.

Schwerpunkt meines Redebeitrages soll die unmittelbar mit der Palliativversorgung und der Hospizarbeit zusammenhängende Patientenverfügung sein. Ich komme noch einmal auf die Bedeutung des Wortes „palliativ“ im Sinne

von Lindern zurück. Hauptziel ist, die Lebensqualität – die Bedeutung liegt auf „Qualität“ – der Patienten zu verbessern. Dabei taucht das erste Problem auf: Leidensminderung kann unbeabsichtigt zur Lebensverkürzung führen. Ich denke, es ist politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass eine ausdrückliche Straffreiheit dieser Leidensminderung durch die heute diskutierten Formen der Patientenverfügung abgedeckt wird. Es sind ja keine Modelle von Parteien, es sind alles Gruppenanträge, die im Bundestag diskutiert werden, weil die Meinungen richtig querebeet gehen. Dabei ist dieses Thema ausdrücklich nicht abgedeckt.

Das zweite Problem. Wer definiert Lebensqualität der Patienten? Ich denke, es ist auch eine politische Aufgabe, die Verantwortungsabwägung zwischen dem Patientenwillen und dem ärztlichen Gewissen zu schaffen. „Ein Arzt kann nicht zu einer seinem Gewissen widersprechenden Behandlung oder bestimmten Maßnahmen gezwungen werden“, sagt Prof. Hoppe im letzten „Bundeshospizanzeiger“. Sterben ist nicht normierbar und passt deshalb schlecht in Parteiprogramme; indirekt natürlich über die Würde des Menschen, auch in Sterbe- oder Leidensphasen.

Deshalb nenne ich Ihnen meine Position dazu. Erstens. Ich denke, dass eine Begrenzung der Reichweite der Patientenverfügungen auf unwiderrufliche tödliche Krankheitsverläufe, wie sie teilweise im Moment diskutiert wird, falsch ist.

Zweitens. Ich halte eine Begrenzung der Gültigkeit der Patientenverfügungen für sicher sinnvoll, da sich die Ansichten der Menschen mit der Zeit über das, was sie über ihre eigene Pflege- und Sterbephase heute denken, durchaus ändern. Ich denke, dass zehn Jahre dafür sicher eine sinnvolle Zeitspanne sind.

Weiterhin teile ich nicht die Meinung des Freiburger Appells – das sind die Professoren Klie und Student –, nach der eine Patientenverfügung eine moralische Wirkung auf unsere Gesellschaft dahin gehend hätte, dass es „dann möglicherweise nicht mehr tunlich erscheine, ein Leben mit schwerer Krankheit und Behinderung leben zu wollen“ und sie „außerdem den Druck auf die Menschen erhöhen würde, der Gesellschaft durch Pflege oder Ähnliches nicht mehr zur Last fallen zu wollen“. Frei übersetzt: möglichst schnell und freiwillig aus dem Leben zu verschwinden.

Das hat mit Palliativmedizin und dem Hospizgedanken überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Solche Denkweisen entstehen vielmehr, wenn – ich sage das jetzt sehr deutlich – ungebildete Ärzte verängstigten Schwangeren immer mehr pränatale Untersuchungen – also Untersuchungen vor der Geburt – aufschwätzen, damit möglichst keine behinderten Kinder auf die Welt kommen. Ich könnte hier Beispiele aus der eigenen Familie zitieren. Dort, genau an dieser Stelle, und an anderen Stellen beginnt aus meiner Sicht die Unmoral

unserer Gesellschaft – und nicht bei den Patientenverfügungen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Dabei bin ich beim Stichwort „ungebildete Ärzte“; es ist ja ein sehr derbes Wort. Fakt ist, dass viele junge Ärzte ihre ärztliche Tätigkeit ohne jedes palliative Wissen beginnen. Sie lernen Gesundheit als Abwesenheit von Krankheiten, die es schnellstmöglich wiederherzustellen gilt, und – damit wiederhole ich, was ich vor längerer Zeit schon einmal in einer Gesundheitsdebatte hier gesagt habe – nicht als Fähigkeit, mit Störungen des gesundheitlichen Idealzustandes umzugehen. Das ist ein Grundübel für verschiedene andere Dinge, die wir mit der Gesundheitsdebatte haben.

Schlussfolgerung: Wir sollten die Bundesratsinitiative von Niedersachsen noch einmal diskutieren, das heißt die in unserem Antrag geforderte Aufnahme der Palliativmedizin als Pflicht-, Lehr- und Prüfungsfach im Medizinstudium. Deshalb wollen wir heute über ihn abgestimmt haben. Wir wollen das im Rahmen einer kritischen Würdigung des Gesamtprüfungstoffes. Wir wissen, dass die Prüfungsanforderungen an junge Ärzte enorm hoch sind, aber dann ist es einfach notwendig, den Gesamtprüfungstoff dahin gehend noch einmal zu überprüfen, ob nicht andere Dinge, die teilweise sehr hoch spezialisiert sind, etwas zurücktreten können und die Palliativstrecke eine Rolle spielen kann.

Damit komme ich zu Ihrem Änderungsantrag, der uns leider erst zehn Minuten vor der Debatte zugegangen ist. Ich möchte dann, wenn Sie den Änderungsantrag aufgerufen haben, dazu noch einmal sprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS; Herr Wehner, bitte.

Horst Wehner, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jawohl, Frau Nicolaus, „Pallium“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Mantel. Ein schützender Mantel wird um einen unheilbar kranken Patienten gelegt. Seine Beschwerden werden gelindert, wenn eine Heilung nicht mehr möglich ist. Ein selbstbestimmtes, beschwerdefreies und bewusstes Leben bis zum Tod wird angestrebt. Palliativmedizin und Hospizarbeit stehen für medizinische und menschliche Begleitung und Unterstützung in der letzten Lebensphase, für Lebensqualität bis zum Tod und erteilen damit der aktiven Sterbehilfe eine deutliche Absage.

Herr Gerlach, über Patientenverfügungen finden wir vielleicht noch einmal Gelegenheit, gesondert zu sprechen, weil das ein sehr, sehr wichtiges Thema ist. Ich beziehe mich heute nur auf die in Rede stehenden Anträge.

Meine Damen und Herren von der Koalition! Nachdem Sie im November 2006 und im Januar 2007 die Anträge zur Hospizarbeit und Palliativversorgung in Sachsen von der Tagesordnung des Plenums genommen haben, werden wir uns heute endlich mit diesem Thema beschäftigen. Es liegt auch auf der Hand: Die Konzeption ist da, die Richtlinien sind veröffentlicht, und nun können wir alle stolz darüber berichten.

Auch wir in der Linksfraktion.PDS sehen, dass sich auf dem Gebiet der Sterbebegleitung und palliativmedizinischer Versorgung in Sachsen einiges zum Positiven geändert hat. Doch man darf nicht übersehen, dass das Netz der ambulanten Hospiz- und Palliativdienste sowie der stationären Hospiz- und Palliativplätze immer noch nicht ausreicht.

Die Konzeption zur Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen – ich erwähnte es bereits – liegt vor, ebenso die Richtlinie zur Förderung von Hospizeinrichtungen. Insoweit sind meines Erachtens wesentliche Teile der heute vorliegenden Anträge erledigt. Hinzu kommt, dass der Bundesgesetzgeber mit dem neuen § 37b im V. Sozialgesetzbuch die Leistungsform der spezialisierten ambulanten Behandlung, die Palliativversorgung, eingeführt hat. Danach haben Versicherte mit einer nicht heilbaren fortgeschrittenen Erkrankung bei einer zugleich begrenzten Lebenserwartung, die eine besonders aufwendige Versorgung benötigt, Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Diese wird vom Vertragsarzt oder Krankenhausarzt verordnet und beinhaltet ärztliche pflegerische Leistungen und, was besonders wichtig ist, deren Koordination. Dies ist ein neuer Leistungsanspruch, dessen Rahmenbedingungen vom gemeinsamen Bundesausschuss bis zum 30. September 2007 festgelegt werden sollen. Ein Modellprojekt existiert bereits im Krankenhaus St. Joseph-Stift in Dresden. Derzeit beschäftigen sich viele Hospizeinrichtungen und -dienste mit dieser neuen Versorgungsform.

Im März 2007 führte der Hospizverein Leipzig eine Podiumsdiskussion zu dieser Problematik durch, die von Vertretern des Staatsministeriums für Soziales, der Krankenkassen und der Leistungserbringer bestritten wurde. Die Ergebnisse aus dieser Beratung finden sich meines Erachtens adäquat in der Landeshospizkonzeption wieder.

Meine Damen und Herren! Nicht unproblematisch war bisher die uneinheitliche Bearbeitung der Anträge zur Hospizarbeit bezüglich des kommunalen Anteils an der Förderung im Freistaat Sachsen. Ob mit der vorliegenden Richtlinie hier Abhilfe geschaffen wurde, bleibt abzuwarten und gesondert zu evaluieren. Ebenso, meine Damen und Herren, erscheint mir mit Blick auf die Kreisstrukturreform, wie ich es jetzt einmal so abgekürzt nennen möchte, die weitere Gestaltung der Hospizarbeit im Freistaat Sachsen erschwert, wenn in Großkreisen ein Landratsamt für mehrere Hospizeinrichtungen zuständig sein soll. Hier sind meines Erachtens die Konzeption und die Förderrichtlinie entsprechend anzupassen.

Meine Damen und Herren! Das Betreuungskonzept sollte von Patienten mit Krebs, Aids, von Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen des Nervensystems oder chronischen Nieren-, Herz-, Verdauungstrakt- oder Lungenbeschwerden in Anspruch genommen werden können, denn das Hauptziel der Begleitung ist die Lebensqualität des Patienten.

Wir haben es also hier mit einem Wandel von der heilenden zur lindernden Behandlung zu tun – Herr Gerlach hat es angesprochen –, die verstandes- und gefühlsmäßig äußerst schwer nachzuvollziehen ist. Die Reaktionen von Patienten und ihren Angehörigen reichen vom konsequenten Verdrängen der begrenzten Lebenserwartung über die Suche nach alternativen Behandlungsmethoden in der ganzen Welt bis zur Depression. Aber auch für Ärzte und Pflegekräfte ist es nur schwer zu akzeptieren, dass das Fortschreiten der Erkrankung nicht mehr aufzuhalten ist. Doch es hilft nicht, den Kranken über seine Situation im Unklaren zu lassen, es sei denn, er signalisiert ausdrücklich den Wunsch, nicht über seinen Zustand aufgeklärt zu werden. Wenn es Patienten mit ihren Familienangehörigen gelingt, dem nahen Lebensende ins Auge zu blicken, dann haben sie auch die Chance, die verbleibende Zeit bewusst gemeinsam zu nutzen und sich verabschieden zu können.

Der Umgang mit Schwerstkranken und Sterbenden ist ein Gradmesser dafür, wie human eine Gesellschaft ist. Frau Pfeiffer, ich denke, die Erfahrung machen wir auch in unserer Arbeit im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend. Es muss ärztliche und pflegerische Aufgabe sein, die Lebensqualität unheilbar kranker Menschen bis zuletzt zu erhalten.

Palliativmedizin und Hospizarbeit bieten Möglichkeiten für ein Lebensende in Würde und ohne Schmerzen. Eine angemessene Schmerztherapie und die menschliche Zuwendung für die von Leiden, Krankheit und Behinderung Betroffenen müssen daher vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe sein. Dies erfordert, eine flächendeckende palliativmedizinische Versorgungsstruktur durch den Auf- und Ausbau von Palliativstationen, stationären Hospizen und ambulanten Hospiz- und Palliativdiensten zu schaffen, eine bedarfsgerechte spezialisierte Palliativversorgung des Patienten durch eine gesetzliche Regelung abzusichern und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen – das ist auf den Weg gebracht – sowie die Informations- und Beratungsangebote über palliativmedizinische Möglichkeiten zu erweitern, um das Bewusstsein und die Akzeptanz für die Sterbebegleitung zu fördern und entsprechende Wünsche in einer Vorsorgeverfügung äußern zu können. Die Palliativmedizin in die Aus- und Fortbildung aller betroffenen Berufsgruppen regelhaft einzubeziehen ist gleichfalls ein Erfordernis.

Damit entsteht zugleich ein quantitativ und qualitativ neuer Anspruch an den ambulanten Hospiz- und Palliativdienst, zum einen der Anspruch, die ambulante Versorgungsstruktur unter regionalen Gesichtspunkten auszu-

bauen, und zum anderen zeitgleich das dafür speziell ausgebildete und geschulte Personal bereitzuhalten.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 4/5951 lehnt sich an eine parlamentarische Initiative des Niedersächsischen Landtages an. Nur, meine Damen und Herren von der CDU und der SPD, warum springen Sie so kurz? Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin hat in den letzten Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen nur in dem Maße möglich sein wird, wie das Thema auch bei der ärztlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung angemessen berücksichtigt werden kann.

Meine Damen und Herren! Die Forderung besteht schon seit Jahren, die Palliativmedizin als Pflicht-, Lehr- und Prüfungsfach in das Medizinstudium aufzunehmen. Auch die Bundesenquetekommission Ethik und Recht der Medizin hat dies bereits im Sommer 2005 in ihren Forderungskatalog aufgenommen, denn dort heißt es: „Die Enquetekommission Ethik und Recht der modernen Medizin empfiehlt, die ärztliche Approbationsordnung so zu ändern, dass die Palliativmedizin zu einem Pflicht-, Lehr- und Prüfungsfach für alle Medizinstudenten wird.“ Dafür sollte in einer Neufassung der Approbationsordnung die Anlage 3 zu § 2 Abs. 8 – das betrifft die Fachfachregelung – und zu § 27 – hier geht es um den Einzelleistungsnachweis und den Querschnittsbereich – um die Palliativmedizin erweitert werden.

Sachsen wäre überdies wirklich innovativ, wenn wir noch einen Schritt weitergingen, indem auch die Voraussetzungen für die Lehrenden genannt werden, die dieses Fach an den Universitäten unterrichten sollen: dass sie gemäß den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin dafür qualifiziert sein müssen. Vorgeschlagen wird hier, einen Basiskurs über einen Zeitraum von 40 Stunden sowie die Teilnahme an Fallseminaren, etwa 120 Stunden, und schließlich einen Train-the-Teacher-Kurs, also Trainertraining, sowie Erfahrungen von mindestens einem Jahr auf einer Palliativstation oder einem ambulanten Palliativdienst nachzuweisen.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur auf die Ausbildung der Ärzte sollten wir uns konzentrieren; der Fachweiterbildung in Palliativ- und Hospizpflege für Pflegenden – damit sind die Kranken- und Altenpfleger gemeint – ist die gleiche Bedeutung beizumessen. Das haben wir von der Linksfraktion mit unserem Antrag mit der Drucksachennummer 4/8045 und jetzt auch mit dem Änderungsantrag so gewollt.

Potenzial ist in Sachsen vorhanden – Frau Orosz, Sie werden das von Ihrem Fachgebiet bestätigen können. Palliativpflege ist die große Zukunftsaufgabe. Diese Zukunft hat bereits heute begonnen. Angesichts des demografischen Umbruchs und des massiven Fachkräftemangels, der bereits heute in Sachsen beklagt wird, bedarf es dringend der Qualifizierung des Kranken- und Altenpflegepersonals. Im Sozialministerium liegt bereits seit August 2005 der Lehrplan für diese Fachweiterbil-

dung in Palliativ- und Hospizpflege für Pflegende vor; allerdings fehlt bis dato die Weiterbildungsordnung für Pflegende in Sachsen insgesamt, sodass diese Fachweiterbildung noch nicht in den Lehrkanon aufgenommen werden konnte.

Es bedarf, Frau Nicolaus, dringend einer Weiterbildungsordnung für Pflegende und der Umsetzung der Fachweiterbildung. Hospizarbeit ist nicht nur eine Versorgungslandschaft, sondern auch ein Markt geworden, in den Gelder – wenn auch nicht ausreichend, so doch in durchaus beachtlichem Umfang – investiert werden. Es ist geboten, dass hauptamtliche und Führungskräfte in der Palliativversorgung und Hospizarbeit angemessen qualifiziert sind.

In Dresden wurde der Studiengang als ein Masterstudiengang Hospizpädagogik für pflegende und psychosoziale Berufsgruppen entwickelt, der ab Wintersemester 2007/2008 an der Evangelischen Hochschule angeboten wird. Frau Staatsministerin, ich empfehle, diesen Studiengang in seiner Etablierung zu unterstützen, damit dadurch ein weiterer Beitrag zur Qualifizierung von Fachkräften im Freistaat Sachsen geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Müller, bitte, für die NPD-Fraktion.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin! Auf den Inhalt des Wortes Palliativmedizin sind meine Vorredner bereits ausführlich eingegangen, sodass ich darauf verzichten möchte.

Zur Sache selbst. Der Palliativmedizin wird wohl in Zukunft weiter wachsende Bedeutung beigemessen werden müssen. Zum einen wird die Bevölkerung immer älter, verbunden mit der Zunahme schwerer, nicht mehr kurativ behandelbarer Krankheiten; zum anderen sind die familiären Strukturen in Deutschland inzwischen soweit erodiert, dass viele Todkranke nicht mehr zu Hause von eigenen Angehörigen betreut werden können. Stattdessen werden die Bemühungen, diesen unheilbar Kranken eine schmerzfreie Restzeit des Lebens in angemessener Würde zu gewährleisten, in die Hände von Institutionen, von Ärzten, Pflegern, Physiotherapeuten, Sozialarbeitern und Geistlichen gelegt werden müssen. Diese müssen auf ihre Aufgaben entsprechend vorbereitet werden.

Ich verstehe die Bedenken der Staatsregierung, dass eine erneute Änderung der Approbationsordnung für Ärzte in so kurzer Zeit für die Universitäten, die ohnehin in einem nicht immer positiven Prozess der beschleunigten Umstrukturierung sind, eine erhebliche Belastung sein kann. Ich weiß zudem aus eigener Erfahrung, wie überfrachtet die Prüfungsstoffe für angehende Mediziner jetzt schon sind; und mir ist auch bewusst, dass Bereiche der Palliativmedizin in diversen Ausbildungsbereichen gestreift

werden. Dennoch vertrete ich die Ansicht, dass die Palliativmedizin prüfungsrelevant verankert werden sollte, damit sie von den Studierenden nicht als Randthema wahrgenommen wird, das man in Hospitationen, in Praktika oder durch freiwillige Weiterbildungsangebote ausreichend abhandeln kann.

Wohl wissend um die besondere emotionale Belastung bezüglich der Kinderhospizarbeit und bei all ihren Unterschieden zur Geriatrie – übrigens auch ein Fachgebiet der Medizin, das noch nicht flächendeckend durch Lehrstühle in Deutschland vertreten ist –, sollte man die Palliativmedizin, die zumindest zahlreiche Schnittmengen mit der geriatrischen Praxis aufweist, meiner Ansicht nach in diesem Fachbereich angliedern und diesen verbindlich mit den Spezifika der Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach verankern. Mit einer solchen Änderung würde die Palliativmedizin meines Erachtens in angemessener Breite im Rahmen einer bereits relativ etablierten medizinischen Fachrichtung überprüfbar verwurzelt. Die Besonderheiten der Palliativmedizin in der Pädiatrie sollten meines Erachtens in der kinderheilkundlichen Ausbildung gelehrt werden.

Aber nicht nur die Ärzte, meine Damen und Herren, denen wohl auch in Zukunft trotz aller wirklicher oder auch nur suggerierter sozialer Kompetenzzuwächse der Gesellschaft die Leitung der palliativen Therapie obliegen dürfte, sondern auch die professionellen und ehrenamtlichen Helfer bedürfen einer permanenten Einarbeitung, Fortbildung und umfassenden Unterstützung. Deshalb werden wir auch den Änderungsantrag der PDS-Fraktion mittragen.

In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass der Antrag Drucksache 4/8045 noch einmal von der Staatsregierung forderte, über den aktuellen Stand der palliativmedizinischen Betreuung und Sterbebegleitung sowie der Hospizarbeit informiert zu werden. Der Sachstandsbericht der Staatsregierung vom 28. März dieses Jahres zeigt, dass man in Sachsen diesbezüglich noch nicht das erstrebenswerte Niveau der Sterbebegleitung und der häuslichen, ambulanten, hospizgestützten oder stationären Palliativbetreuung erreicht hat. Er zeigt aber auch, dass man sich dessen bewusst und bestrebt ist, die Qualität der Sterbebegleitung in Sachsen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen wie dem Landespflegeausschuss, den Hospizdiensten sowie den Krankenhäusern zu verbessern. Über die hierbei zu erwartenden Fortschritte sollte der Landtag bitte weiter fortlaufend unterrichtet werden.

In diesem Zusammenhang danke ich Ihnen, Frau Staatsministerin Orosz, für die Übergabe des sächsischen Hospizberichtes zur letzten Ausschusssitzung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion; Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Palliativmedizin und Hospizwesen sind sicher keine einfachen Themen. Die wenigsten von uns reden gern über Sterben oder über unheilbare Krankheiten; die wenigsten von uns mögen sich vorstellen, dass sie persönlich in eine Situation kommen, in der sie auf ebendiese Angebote angewiesen sind.

Und doch gehört der Tod zur Lebenswirklichkeit dazu und es ist wichtig, dass wir diese Tatsache nicht verdrängen, sondern uns damit auseinandersetzen. Für uns bemisst sich die Humanität einer Gesellschaft auch daran, wie sie mit der Würde Sterbender umgeht.

Ich ziehe ausdrücklich meinen Hut vor den Ärzten, vor medizinischem und pflegerischem Personal sowie vor den vielen Freiwilligen, die sich aufopferungsvoll um unheilbar Kranke und Sterbende kümmern. Ich glaube, ihnen gebührt ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der FDP, der CDU, des
Abg. Horst Wehner, Linksfraktion.PDS,
und der Staatsregierung)

Palliativmedizin ist häufig noch ein Tabuthema – in weiten Teilen der Öffentlichkeit, aber auch bei den Ärzten. Es geht bei der Ausbildung junger Mediziner darum, dass sich die Ausbildung eben nicht nur auf den Aspekt der Heilung konzentriert, sondern dass unsere angehenden Mediziner auch lernen, Sterbende zu begleiten. Es gibt an den Universitäten in Dresden und Leipzig durchaus gute Angebote, und dennoch sehen auch wir ein Potenzial für Verbesserungen.

Sie wissen es vielleicht: An Universitäten anderer Bundesländer gibt es beispielsweise spezielle Lehrstühle für Palliativmedizin. Eine bessere Verankerung der Inhalte im Studium auch in Sachsen würde uns aber auch schon ein ganzes Stück voranbringen. Deshalb werden wir den Antrag von CDU und SPD trotz der von der Staatsregierung aufgeführten Bedenken unterstützen.

Eine humane Gesellschaft ermöglicht einen würdevollen Abschied vom Leben. Deshalb halten wir es für wichtig, dass die Angebote im Bereich der Palliativmedizin, der Palliativbetreuung und des Hospizwesens weiter ausgebaut werden. Wir begrüßen, dass der Freistaat mit Fördermitteln den Ausbau insbesondere von ambulanten Hospizdiensten vorantreibt.

Inzwischen liegt uns die Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen vor; auch die Förderrichtlinie ist – wenn auch reichlich verspätet – endlich erschienen. Es ist eine positive Entwicklung, dass es neben vier stationären Hospizen weitere 34 ambulant arbeitende Hospizdienste gibt. Das ist mehr als ursprünglich geplant; wir wissen aber auch, dass der tatsächliche Bedarf weitaus höher liegt.

Die Finanzierung des laufenden Betriebes der Hospize – und das ist ein Problem – ist noch längst nicht gesichert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über Sterbende reden, handelt es sich nicht nur um ältere

Menschen, denn es gibt auch Kinder, deren Lebenserwartung durch unheilbare Krankheiten stark reduziert ist. Diese Kinder und ihre Eltern brauchen ebenfalls sterbebegleitende Angebote, ganz gleich, ob es um die Bewältigung des Alltags oder auch um die gezielte Entlastung der Eltern geht. Auch für das Thema Patientenverfügung – einige Vorredner haben darauf hingewiesen – muss in diesem Zusammenhang eine Lösung gefunden werden. Wir diskutieren auf Bundesebene schon viele Jahre über eine gesetzliche Lösung. Wir sind leider noch weit davon entfernt. Ich glaube, dieses Problem muss angegangen werden.

Das Thema Palliativmedizin eignet sich nicht für parteipolitischen Streit. Insofern empfand ich die Debatte als sehr wohltuend, sehr würdevoll für dieses Haus. Hier geht es um Humanität, um Menschenwürde und um ethische Standards. Die FDP-Fraktion wird alle Maßnahmen unterstützen, die den Betroffenen einen würdevollen Lebensabschied ermöglichen. Wir werden allen gestellten Anträgen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der
Staatsministerin Helma Orosz)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion der GRÜNEN spricht Frau Herrmann.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erwähnt worden, im Vorfeld zur heutigen Debatte ist uns die Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit zugegangen. Damit sind einige der Fragen, die in zwei der vorliegenden Anträge aufgeworfen werden, beantwortet.

Sterben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Teil eines jeden Lebens. Sind Lebensorte auch Sterbeorte? Wo haben Sterbende in unserer Gesellschaft ihren Platz? Sterbeorte in Deutschland sind zu 20 % Pflegeheime und zu 50 % Krankenhäuser. Das sind Zahlen von 2005. Die meisten Menschen wünschen sich aber, zu Hause zu sterben, und dazu brauchen sie und ihre Familien unterstützende Angebote. Sie brauchen verschiedene Angebote, die sich an der Situation der Menschen orientieren. Sagen wir es so: Wir brauchen in Sachsen ein stabiles und tragfähiges Netz von Angeboten zur Sterbebegleitung.

Ein starkes Seil in diesem Netz, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die ambulante Hospizarbeit. Laut Hospizkonzeption ist für Sachsen kein deutlicher Trend in Richtung ambulanter Versorgung Sterbender festzustellen. Das können Sie auf Seite 29 lesen. Bundesweit liegt Sachsen beim Versorgungsgrad im ambulanten Bereich an vorletzter Stelle. Auch deshalb legt die neue Förderrichtlinie zu Recht einen Schwerpunkt auf den ambulanten Bereich. Es wird zu prüfen sein, ob die gewünschten Wirkungen mit dieser Förderrichtlinie eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Angebote zur Sterbebegleitung weiterentwickeln wollen, dann müssen wir den aktuellen Stand der Angebote kennen. Da genügt

es nicht festzustellen, Frau Orosz, wie Sie in der Stellungnahme zum Antrag der Linksfraktion.PDS schreiben, dass derzeit keine statistischen Daten über die Gesamtheit der ambulanten Hospizdienste und palliativmedizinischen Einrichtungen in Sachsen vorliegen. Auch die Zahlen allein würden nicht reichen. Wir müssen wissen, nach welchen Konzepten dort gearbeitet wird. Es macht einen Unterschied, ob ein Dienst Hospizarbeit leistet oder palliativ arbeitet. Es ist wichtig, ob das Angebot über den Tod des Betroffenen hinausreicht und sich auch an die Angehörigen richtet. Wie sind die Dienste vernetzt? Wie viele Menschen werden erreicht, und welche Erfahrungen machen Betroffene und Angehörige mit den verschiedenen Angeboten?

Die Statistik über den stationären Bereich liegt vor, und da können wir erkennen, dass der Versorgungsgrad schon fast im Bundesdurchschnitt liegt. Auch deshalb müssen wir den Schwerpunkt auf den ambulanten Bereich legen. Es ist die Frage zu stellen, wie unser Netz der Angebote engmaschig und tragend werden soll. Wie wollen wir die Vernetzung erreichen? Das passiert eben nicht automatisch. Wenn Vernetzung funktionieren soll, dann brauchen wir Personen, die für Kooperation, Koordination und Abstimmung zuständig sind. Dafür brauchen wir auch Geld, denn die Leistungen, die die Hospize und Palliativdienste abrechnen können, sind an die von ihnen betreuten Personen gekoppelt. Vernetzung muss deshalb über die Förderrichtlinie Hospiz finanziert werden. Es gibt Modelle aus anderen Bereichen, die gut funktionieren. Denken wir zum Beispiel an die psychosozialen Arbeitsgemeinschaften, die die Akteure auf Landesebene koordinieren.

Es kann sein, dass wir im Bereich von Hospiz- und Palliativmedizin größere Einheiten brauchen, als die Landkreise es sind. Darüber muss man nachdenken.

Jetzt hat der Bund neue Rahmenbedingungen gesetzt, in denen wir uns auch in Sachsen bewegen können. Wir sind gefordert, diese Rahmenbedingungen auszufüllen und die Förderrichtlinien in Sachsen so zu gestalten, dass die fehlenden Seile im Netz ergänzt werden. Das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung stellt mit dem neuen § 37b im SGB V allein für dieses Jahr 80 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Summe wird in den nächsten Jahren steigen.

Jetzt haben schwerkranke Sterbende einen Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Dies gilt auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Altenpflegeheimen, denn dort gab es in den letzten Jahren Schwierigkeiten. Sie können sich vorstellen, dass es für einen Menschen im Pflegeheim, bei dem eine schwierige gesundheitliche Situation eintritt, nicht angemessen ist, wenn er ins Krankenhaus gebracht und so lange dort behalten wird, bis sich die Situation verbessert hat, obwohl es vielleicht eine Episode im Sterbeprozess ist. Auch die Alten- und Pflegeheime müssen mit den Veränderungen, die sich im Laufe des Sterbeprozesses ergeben,

so umgehen können, dass die Menschen an ihrem Wohnort, und das sind die Pflegeheime, bleiben können.

Die vom Bund gesetzten Rahmenbedingungen führen leider dazu, dass die ambulante Palliativleistung auf ärztlich-pflegerische Maßnahmen begrenzt bleibt. Die von den Fachverbänden geforderte Kostenübernahme für psychosoziale und andere therapeutische Leistungen erfolgt nicht. Das sollten wir im Hinterkopf haben, wenn wir über diesen Bereich sprechen. Der Zugang ist auf Patienten begrenzt, die eine besonders aufwendige Pflege benötigen, und steht unter Genehmigungsvorbehalt der Kassen.

Es gibt noch ein paar weitere Hürden, die durch die Rahmenbedingungen des Bundes gesetzt werden, die ich nicht alle nennen will, aber eine vielleicht schon. Die finanzielle Absicherung der Arbeit der Palliativstationen in den Krankenhäusern ist nicht gewährleistet, denn die DRG bilden diese nicht ausreichend ab. Wir müssen überlegen, wie vor diesem Hintergrund die konsiliarische palliativmedizinische und pflegerische Arbeit in den Krankenhäusern gestärkt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen ein solches Netz knüpfen, das Sterbende und ihre Angehörigen hält, damit Sterbende zu Hause bleiben können und so versorgt sind, dass sie in Würde sterben können. Darum geht es uns. Das bedeutet auch, dass Allgemeinmediziner vor Ort einbezogen werden müssen. Eine angemessene palliativmedizinische Versorgung ist nur mit entsprechender Fachkenntnis und Erfahrung möglich. Darauf zielt auch der Antrag der Koalition, dem wir zustimmen werden. Es ist schon angeklungen, dass es wichtig ist, dass die ambulanten Pflegedienste und die Mitarbeiter der Pflegeheime Weiterbildung dazu brauchen. Nur dann erreichen wir etwas in der Fläche und nicht nur an ganz bestimmten Standorten.

Ich möchte ganz konkret die Angebote für Kinder mit lebenslimitierten Erkrankungen als positiv in dem Bereich hervorheben. Das Brückenprojekt der Dresdner Uniklinik ist schon erwähnt worden. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie ambulante Hospiz- und Palliativarbeit ausgebaut werden müsste.

Sachsen ist das Bundesland mit der ältesten Bevölkerung. Uns steht es zu, auf diesem Gebiet neue Wege zu gehen und beispielgebend zu sein.

Wir werden den vorliegenden Anträgen zustimmen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer wünscht noch in der Diskussion das Wort zu nehmen? – Frau Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in meinem ersten Redebeitrag bereits angekündigt, dass ich auch zu unse-

rem zweiten Antrag noch sprechen möchte. Er betrifft die Studienausrichtung.

Zuvörderst möchte ich mir gestatten, auf die zukünftige Weiterentwicklung der Hospizlandschaft zu reflektieren, was auch die Palliativmedizin als Pflicht- und Prüfungsfach im Medizinstudium betrifft. Ich habe eingangs schon erwähnt, dass seit der Wende eine vielfältige Hospizlandschaft in Sachsen entstanden ist. Hier gilt es anzusetzen und das bisher Erreichte auszubauen. So müssen wir es schaffen, das Netz ambulanter Hospizdienste noch dichter zu knüpfen, sei es durch die Schaffung neuer Hospizdienste oder die Errichtung von jeweiligen Zweigstellen. Ziel muss es sein, dass in naher Zukunft auch unter regionalen Gesichtspunkten ein ambulanter Hospizdienst in erreichbarer Entfernung zur Verfügung steht.

Ähnliches gilt natürlich für den Bereich der stationären Hospizdienste. So wird derzeit in Herrnhut ein fünftes stationäres Hospiz errichtet. In der Zukunft sollten wir jedoch auch Krankenhäuser und Altenpflegeheime verstärkt in die Erfüllung dieser Aufgaben mit aufnehmen, sodass diese nach entsprechender Qualifizierung ihrer Mitarbeiter die Hospizarbeit sowie palliativmedizinische Aufgaben wahrnehmen und übernehmen können. Das wird sicherlich eine Herausforderung für die Zukunft. Aber das wird auch unser aller Anliegen hier sein.

Ein dritter wichtiger Gesichtspunkt ist natürlich die Qualifizierung der Angehörigen, aber auch der Ärzte und des Pflegepersonals. So werden in Sachsen momentan ungefähr 70 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt. Die Aufgabe ist umso schwerer, je länger die Erkrankung andauert und der zu Pflegenden zu Hause immer schwächer wird und die Lebenskräfte entweichen. Hier muss verstärkt angesetzt werden. Angebote sowohl für die Pflegenden als auch für die Pflegekräfte in Pflegeheimen und zum Teil für Ärzte gibt es bereits im Freistaat Sachsen. Hier möchte ich auf die Akademie für Hospiz- und Palliativmedizin in Dresden hinweisen. Frau Dr. Grom leitet das Ganze. Das ist aus meiner Sicht eine wirklich gute Geschichte. Sie hat sich auf den Weg gemacht und hat unterschiedliche Angebote in den jeweils von mir beschriebenen Bereichen sowohl für diejenigen, die zu Hause gepflegt werden, als auch diejenigen, die auf Altenpflegepersonal reflektieren. Auch ein gewisses Potenzial an Ärzten hat sich dieser Aufgabe gegenüber offen gezeigt und nimmt die Angebote der Akademie wahr. Das ist auch nicht selbstverständlich. Ich bin aber erst einmal froh, dass wir hier einen Anfang geschaffen haben, um die jeweiligen Qualifizierungen vorhalten zu können.

Weiterhin sollten wir in dem Bereich des medizinischen und pflegerischen Personals unsere Kräfte bündeln und vielleicht verstärkt Angebote vor Ort bereitstellen. Das ist eine Aufgabe für die Zukunft.

Entscheidend muss für uns sein, die fachliche Qualifikation der Ärzte und des Personals weiterhin zu erhöhen, wie eben beschrieben. Wir sind auf dem Weg, aber wir haben unser Ziel noch nicht erreicht.

Die Qualifizierung hängt natürlich auch schon von der originären Ausbildung ab, nicht nur von der weiteren Qualifizierung. Das bedeutet, dass das Studium vom Grundsatz her für die Ärzte zu schärfen ist.

In unserem Antrag, zu dem ich um Zustimmung bitte, haben wir niedergeschrieben, dass es eine Pflicht für ein Lehr- und Prüfungsfach im originären Studium der Ärzte werden soll. Das ist eine Forderung, die durchaus begründbar ist. Ich bin den Vorrednern sehr dankbar, dass sie aus einer fachgerechten Diskussion heraus dies einmütig auch so feststellen konnten.

An den sächsischen Universitäten wird die Palliativmedizin in der Ausbildung in den verschiedenen Fachgebieten behandelt und auch als Lehrfach sichergestellt. So stehen den Medizinstudenten der Medizinischen Fakultät Dresden verschiedene Grundkurse zur Verfügung, die palliativmedizinische Schwerpunkte enthalten. Weiterhin wird auch das Fach Palliativmedizin als Wahlfach im zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung angeboten. Ähnliches gilt für die medizinische universitäre Ausbildung in Dresden. So wird dort in allen klinischen Fächern sowie in Vorlesungen und Seminaren im Unterrichtsfach am Krankenbett auf die entsprechenden Lehrinhalte eingegangen. Ferner ist es in den mündlichen Prüfungen zu berücksichtigen. Ebenso wird in Dresden die Palliativmedizin als Wahlfach angeboten, ein Fach, das von den Studenten zunehmend angenommen wird.

Neben der universitären Ausbildung bietet eine Vielzahl der Hospizdienste Praktika an. Auf Facharztabschnitte und ähnliche Fortbildungen ist zu reflektieren. Sie sind weiterhin auszubauen und zu fundamentieren und dementsprechend palliativ zu untersetzen. Das ist ein Gerüst, auf das wir in der Zukunft sehr gut aufbauen können.

Wir müssen erreichen, dass die Ausbildung in der Palliativmedizin im Freistaat Sachsen einen gleichen Stellenwert wie in den anderen angrenzenden europäischen Ländern erhält. Da haben wir noch einiges zu tun. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist die stete Fort- und Weiterbildung aller Beteiligten. Durch den Erwerb der entsprechenden Zusatzqualifikationen wird es immer mehr Aufgabe der Ärzte und Pflegekräfte sein, den Betroffenen die Hilfe stärker zugute kommen zu lassen, um in der letzten Lebensphase begleitend zu wirken und natürlich auch angemessen dementsprechend am Patienten agieren zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit möchte ich zum Schluss kommen. Sie sehen, in Sachsen ist schon viel erreicht worden. Auf der anderen Seite liegen noch sehr große Aufgaben vor uns, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Wir werden mit dem vorliegenden Antrag einen weiteren Schritt nach vorn gehen. Ich bitte nochmals um Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt Frau Staatsministerin Orosz.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das sächsische Sozialministerium, Vertreter der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrt, die Hospizträger Einrichtungen und die Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz Sachsen haben gemeinsam die Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen erarbeitet, die uns jetzt als Broschüre vorliegt. Die Konzeption enthält unter anderem die wesentlichen Schwerpunkte für die Weiterentwicklung der Hospizarbeit und die Palliativversorgung in Sachsen. Es ist ja schon viel von meinen Vorrednern dazu gesagt worden. Lassen Sie mich aber noch kurz auf einige Schwerpunkte eingehen.

Zunächst zu den bereits vorhandenen Einrichtungen: In Sachsen gibt es derzeit 34 ambulante Hospizdienste, ein nahezu flächendeckendes Netz ambulanter Hospizangebote. Dieses Netz wird sich in den Jahren weiter verdichten, denn die meisten Menschen – das ist ja unisono heute vorgetragen worden – wünschen sich natürlich, zu Hause und in Ruhe und in Geborgenheit sterben zu können. Deshalb streben auch wir an, überall in Sachsen möglichst wohnortnahe ambulante Angebote zu schaffen. Wir setzen auch hier, in der Hospizarbeit, auf unseren Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Daneben brauchen wir natürlich auch stationäre Angebote. Derzeit arbeiten in Sachsen bekanntermaßen vier Hospize mit 56 Plätzen. Das neu entstehende in Herrnhut hat meine Kollegin Nicolaus schon erwähnt. Ein bedarfsgerechter Ausbau der stationären Hospizstruktur in weiteren Einzugsbereichen ist vorgesehen. Deshalb wurde auch die Richtlinie zur Förderung von Hospizeinrichtungen bearbeitet, neu gefasst und bereits verabschiedet.

Allerdings – auch das lassen Sie mich noch einmal erwähnen – sterben die meisten Menschen, wie gesagt, nach wie vor weder zu Hause noch im Hospiz, sondern in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Auch hierauf müssen wir reagieren.

Daraus folgt, dass wir uns – und damit komme ich zum zweiten Punkt – auch in der Palliativmedizin und in der Palliativbetreuung weiter starkmachen müssen. Auf diesem Gebiet sind wir in der Tat in den vergangenen Jahren einen großen Schritt vorangekommen. Palliativbetreuung gehört zunächst einmal zu den regulären Aufgaben eines jeden Krankenhauses. Darüber hinaus sind zur Sicherung einer spezialisierten Versorgung in ausgewählten sächsischen Krankenhäusern Palliativstationen entstanden.

Frau Herrmann, ich darf noch einmal auf Ihre Befürchtung eingehen, dass in der Tat für die Leistungen auf diesen Stationen die DRGs im Moment nicht die realistische Finanzierung abbilden. Es gibt einige besorgniserregende Kritiken. Wir sind, wie Sie wissen, in der Konvergenzphase der DRGs, die 2009 ausläuft. Ich hoffe, dass

die berechtigten Kritiken zu diesem Thema nach Auslaufen der Konvergenzphase aufgenommen werden und dass wir dort auch eine bessere Situation bei der Finanzierung erhalten.

Aber die Infrastruktur ist ja nur das eine. Sterben kann nicht geheilt werden. Die Palliativmedizin setzt auf Linderung, nicht auf Heilung. Das, meine Damen und Herren, erfordert aus meiner Sicht auch einen Perspektivwechsel beim Arzt und bei den Pflegenden, der nicht unbedingt selbstverständlich gelingen wird. Deshalb brauchen wir eine darauf abgestimmte differenzierte und verbesserte Qualifikation aller beteiligten Fachkräfte.

Es ist schon ausgeführt worden: Auch da sind wir auf einem guten Weg. Dresden und Leipzig bieten in der studentischen Ausbildung schon einiges. In der Tat wurde gerade die Bundesratsinitiative vertagt, nach der Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach in der Approbationsordnung für Ärzte verankert werden sollte. Der Grund für diese Vertagung liegt vor allem in der erst kürzlich geänderten Ärzteapprobationsordnung. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir uns nach wie vor dieses Themas annehmen und dafür Sorge tragen, dass es nicht mehr auf die längere Bank geschoben wird und wir hier ein Stück weiterkommen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und
des Staatsministers Geert Mackenroth)

Herr Wehner, ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, dass die entsprechende Weiterbildungsverordnung, die Sie vorhin in Ihrem Redebeitrag angesprochen haben und die in der Tat schon etwas älter ist, vor ungefähr 14 Tagen von mir unterzeichnet worden ist und bei der nächsten Gelegenheit zur Veröffentlichung gelangt.

(Beifall der Abg.
Horst Wehner, Linksfraktion.PDS,
und Margit Wehnert, SPD)

Also auch hier wurde wieder eine Hausaufgabe erfüllt, die hilfreich für die Arbeit ist.

Mein dritter Punkt betrifft den ambulanten palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Bereich. Derzeit gibt es in Sachsen neun ambulante Hospizdienste, die eine Palliativberatung für betreuende Angehörige und zur Unterstützung des ambulanten Pflegedienstes sowie der Haus- und Fachärzte anbieten. Außerdem sind in diesem Bereich die Modelle zur sogenannten Brückenbetreuung zu nennen. Bei dieser Brückenbetreuung erleichtert eine entsprechende medizinische und pflegerische psychosoziale Begleitung individuell den Übergang von der stationären in die häusliche Betreuung. In Dresden läuft dieses hervorragende Brückenmodell mit Erfolg zum einen für Kinder, ausgehend vom Universitätsklinikum, zum anderen für Erwachsene, ausgehend vom Krankenhaus Sankt Joseph-Stift.

Ich hoffe, dass sich diese Modelle, die sich bereits jetzt bewährt haben, auch flächendeckend ausdehnen. Die Finanzierung der Kassen ist schon sichergestellt.

Ein Brücken-Schwesternmodell gibt es im stationären Hospiz Villa Auguste in Leipzig und am Klinikum Erlabrunn. Auch hier sind weitere Modelle geplant. Ich glaube, an der Stelle sagen zu können: Das Verständnis für diese neu ausgerichtete Palliativmedizin und pflegerische Leistung ist bei den Verantwortungsträgern angekommen. Ich bin sehr dankbar, dass man diese Dinge innovativ begleitet.

Neben diesen Projekten gibt es noch andere Organisations- und Umsetzungsformen, die speziell auf palliativmedizinische Angebote ausgerichtet sind. Ich nenne zum Beispiel die ambulanten Hospiz- und Palliativberatungsdienste, die ambulanten Hospiz- und Palliativpflegedienste, die ambulanten Palliativdienste, sogenannte Palliativ-Care-Teams und palliativmedizinische Konsiliardienste, also ein buntes Feld von tatsächlich adäquaten Leistungen für besonders sensible Fälle.

Eine flächendeckende Versorgung ist in diesem Bereich jedoch tatsächlich noch nicht erreicht, wird aber auch aus Sicht der Staatsregierung für dringend erforderlich gehalten.

Seit dem 1. April 2007 wird die spezialisierte ambulante Palliativversorgung als Kassenleistung anerkannt. Das wird sich auch auf den weiteren Ausbau solcher Angebote positiv auswirken.

Der vierte und letzte Punkt betrifft die Vernetzung. Ich bin überzeugt, dass wir nur dann einen wirklichen Qualitätsfortschritt machen können, wenn es uns gelingt, das Versorgungssystem insgesamt zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Unsere Anstrengungen zielen auf ein Versorgungssystem, in dem die unterschiedlichen ambulanten und stationären Leistungsbereiche der hospizlichen und palliativmedizinischen Betreuung sowie alle Bereiche der Pflege und die niedergelassenen Ärzte zusammenarbeiten. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die ambulante Kinderhospizarbeit und die pädiatrische Palliativversorgung, um Kindern und Eltern den unendlich schweren letzten Weg zumindest durch die äußeren Umstände zu erleichtern.

Abschließend noch zur Frage nach einem Hospiz- und Palliativbeauftragten in Sachsen. Das SMS ist gerade dabei, einen thematischen Facharbeitskreis zur Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen ins Leben zu rufen. In diesem Arbeitskreis sollen neben meinem Haus die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz Sachsen und andere thematisch zugehörige Einrichtungen und Institutionen zusammenwirken.

Ziel dieser Plattform ist eine kontinuierliche Fachzusammenarbeit am Thema. Ziel ist auch, die eben angesprochene Vernetzung voranzutreiben. Das Gremium wird darüber hinaus die Aufgabe haben, das Thema Sterbearbeit positiv zu kommunizieren. Aus unserer Sicht ist deshalb die zusätzliche Berufung eines Hospiz- und Palliativbeauftragten für den Freistaat Sachsen nicht erforderlich.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe nun das Schlusswort auf. Das erste Schlusswort hat die Koalition, danach folgt die Linksfraktion.PDS.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die Debatte hat gezeigt, dass dieses – auch wenn es noch kein Mehrheitsthema in dieser Gesellschaft ist – ein sehr wichtiges und von uns zu bearbeitendes Thema ist.

Ich beginne mit dem Antrag der Linksfraktion.PDS. Ich denke, dass die dort geforderten Punkte a) die Konzeption, zu der gesagt wurde, dass sie inzwischen vorliegt und b) was den Bericht betrifft, sowohl mit dem schriftlichen Bericht als auch mit dem, was die Ministerin heute hier gesagt hat bzw. was an Diskussionen war, erledigt sind.

Wir haben weiterhin die beiden anderen Anträge von uns, in denen es schwerpunktmäßig um die Problematik „Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Medizinstudium“ geht. Ich denke, hier hat die Debatte gezeigt, dass man das natürlich nicht übers Knie brechen kann, dass man das – ich hatte es angedeutet – im Kontext dessen, was Medizinstudenten heute alles zu lernen haben, sehen muss. Es ist aber durchaus an der Zeit, sich dieser Thematik wieder anzunehmen, auch wenn im Bundesrat an dieser Stelle erst einmal eine Verschiebung beantragt wurde und der niedersächsische Antrag entsprechend ruht. Aber wir haben ja unsere eigenen Vorstellungen. Wir sind bereit, für unsere eigenen Vorstellungen einzutreten.

Wichtig ist es, auf die gesamte Vernetzung hinzuweisen. Die Ministerin hatte das, glaube ich, als letzten Punkt angesprochen.

Wir müssen uns aber über eines im Klaren sein: Wenn wir heute diese wunderschönen hehren Ziele formulieren, dann kann es nicht sein, dass wir uns in der übernächsten Landtagssitzung darüber beklagen, dass das alles Geld kostet. Das eine ist, dass wir die Menschenwürde in entsprechender Weise begleiten wollen. Wir haben das in der Debatte über die Altenpflege sehr deutlich gesagt, ich möchte es auch heute wiederholen: Wir stehen zu diesem Anspruch als Koalition, wir stehen aber auch dazu, dass das nicht nebenbei mit irgendeinem kleinen Förderprogramm zu machen ist. So einfach ist das nicht.

Einen Satz zu Ihrem Änderungsantrag. In der Koalition gibt es unterschiedliche Meinungen dazu, ob man es auf diese Art und Weise machen kann. Die Koalition wird deshalb diesem Änderungsantrag nicht folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Linksfraktion.PDS Herr Wehner, bitte.

Horst Wehner, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Gerlach, ich stimme Ihnen zu: Unser Antrag hat sich durch die Stellungnahme der Staatsregierung, durch die Vorlage der Konzeption, durch die Veröffentlichung der Richtlinie und durch den heute abgegebenen Bericht der Staatsministerin erledigt.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, mich für die sehr sachliche und würdevolle Debatte herzlich zu bedanken, und den Dankesäußerungen anschließen, die von Frau Nicolaus, Herrn Gerlach und vielen anderen gekommen sind.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Ich möchte all jenen danken, die auf dem schwierigen Weg der Sterbebegleitung beteiligt sind und dort eine sehr aufopferungsvolle Arbeit leisten. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, ich habe persönliche Erfahrungen und weiß, was dahintersteckt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS,
der CDU und der FDP)

Ihre Haltung zu unserem Änderungsantrag kann ich nicht verstehen. Ich finde es sehr schade, dass Sie immer auf die Parteiebene abstellen. Hier geht es doch um das Thema, das wir zu bewältigen haben. Die Pflege wird in allererster Linie von den Pflegekräften geleistet und diesen Personenkreis gilt es zu qualifizieren – natürlich auch die Ärzte. Dass Sie das mit unserem Änderungsantrag insoweit nicht gesehen haben, ist schade. Sie sollten die Gelegenheit nutzen, in sich zu gehen und Ihre Haltung noch einmal zu überdenken. Wenn die Ministerin heute hier erklärt, dass entsprechende Weiterbildungsordnungen auf den Weg gebracht worden sind, wenn Sie, Frau Nicolaus, aufmerksam zugehört haben, dann bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als diesem, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und vereinzelt bei der FDP sowie
Beifall der Abg. Elke Herrmann, GRÜNE)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS in Drucksache 4/8982. Herr Abg. Wehner, wollen Sie dazu noch einmal sprechen? – Er ist jetzt so

einggebracht. In Ordnung. Wünscht noch jemand aus den Fraktionen zum Änderungsantrag zu sprechen? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS, Drucksache 4/8982. Wer dieser Drucksache die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Stimmenthaltung und Stimmen dafür ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in Drucksache 4/5951. Wer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe Einstimmigkeit. Damit ist der Antrag beschlossen.

Ich lasse abstimmen über die Drucksache 4/6008, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Zurufe von der CDU)

– Ist etwas schiefgelaufen? – Ich habe zwei Anträge vorliegen. Das können wir aber noch korrigieren. Herr Lehmann, bitte schön.

Heinz Lehmann, CDU: Frau Präsidentin! Ich gehe davon aus, dass die Redner der Koalition deutlich gemacht haben, dass der Antrag in Drucksache 4/6008 nach § 37 Abs. 3 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten ist.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut, dann habe ich es sicherlich so nicht verstanden und ich bitte um Entschuldigung. Dann brauchen wir über den Antrag in Drucksache 4/6008 nicht abzustimmen. Über die Drucksache 4/8045 wurde ebenfalls keine Abstimmung gewünscht. Ist jetzt alles korrekt?

(Kerstin Nicolaus, CDU: Alles in Ordnung!)

– Ich sehe, es ist Ruhe im Raum.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt beenden.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Aussetzung des Anbaus von gentechnisch verändertem Mais der Linie MON 810 bis zum Jahre 2010 – gv-Mais-Moratorium

Drucksache 4/8809, Antrag der Linksfraktion.PDS

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde lautet: Linksfraktion.PDS, CDU, SPD, NPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile nun der einreichenden Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Abg. Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am vergangenen Sonntag waren in und um Rostock Tausende Menschen, darunter

viele Landwirte, zum Agraraktionstag im Rahmen der G8-Proteste auf der Straße.

(Heinz Lehmann, CDU: Da war der schwarze Block unterwegs!)

– Waren Sie dabei? – Ich war dabei. Wenn Sie dabei gewesen wären, würden Sie nicht solche dummen Fragen stellen.

(Rita Henke, CDU: Er hat keine Frage gestellt!)

– Hören Sie mir einfach weiter zu!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS – Zurufe von der CDU)

– Wenn er dabei gewesen wäre, hätte er das nicht sagen müssen. – Diese Menschen kamen aus Europa, aus Lateinamerika, aus Asien und aus Afrika. Jetzt hören Sie genau zu: Mit Musik und Straßentheater, mit Traktoren und Fahrrädern demonstrierten sie dort für Ernährungssouveränität und eine stabile Entwicklung ländlicher Räume in allen Teilen der Welt statt monopolisierter Produktion und Freihandel mit Lebensmitteln.

Durch alle Redebeiträge und Diskussionen zog sich wie ein roter Faden die Frage: Kann die Anwendung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen einen Beitrag zur Erreichung dieser Forderung leisten? Die Antwort war eindeutig Nein, keinen einzigen, im Gegenteil. Statt einen Beitrag zur Eindämmung oder gar zur Beseitigung des Welthungers zu leisten, wird die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft Millionen Bauern weltweit in die Abhängigkeit einer Handvoll Saatgutkonzerne treiben. Nicht nur die Bauern in Lateinamerika, in Asien oder in Afrika, sondern auch größere, weitgehend stabile landwirtschaftliche Unternehmen in Sachsen sind davor nicht sicher, wenn sie sich auf diese vermeintliche Zukunftstechnologie einlassen.

(Beifall der Abg. Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS)

Mit den Landwirten kann somit die Bevölkerung ganzer Länder ihre Ernährungssouveränität verlieren, wenn wir den schlimmsten Fall annehmen. Zusätzlich zu diesen Risiken ist bisher völlig unzureichend geklärt, welche Auswirkung gentechnisch veränderte Organismen, wie zum Beispiel Mais der Linie MON 810, auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt oder auf andere Lebewesen als den zu bekämpfenden Maiszünsler oder auf den Boden haben.

Ebenso ist nicht geklärt, ob das Toxin, welches der MON-810-Mais bildet, in die Nahrungskette geraten kann. Zumindest diese Erkenntnis zu den Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt scheint inzwischen bei einigen Landratsämtern, Verwaltungsgerichten, Landesregierungen, verschiedenen Bundesinstitutionen bis hin zu Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer gereift zu sein. Diese Risiken werden nicht mehr nur von Umweltverbänden und anderen Kritikern der grünen Gen-

technik, wie der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, gesehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen dafür einige Beispiele nennen. Auf Weisung des brandenburgischen Landwirtschaftsministers forderte der Landkreis Märkisch-Oderland einen Bauern auf, seinen in einem Naturschutzgebiet wachsenden Genmais unterzupflügen.

Zu der speziellen Thematik Genmais in Naturschutz- und FFH-Gebieten usw. wird meine Kollegin Kathrin Kagelmann in einem weiteren Redebeitrag sprechen.

Das Verwaltungsgericht Augsburg gab der Klage eines Bio-Imkers statt. Dieser stellte bereits 2005 in den Pollen, die seine Bienen gesammelt hatten, Erbgut von genmanipuliertem Mais fest. Das Verwaltungsgericht verpflichtet nun die bayerische Landwirtschaftsverwaltung, für 2007 eine solche Verunreinigung zu verhindern. In der Urteilsbegründung hebt es darauf ab, dass Honig, der Pollen von Maispflanzen der Linie MON 810 enthalte, ein genetisch verändertes Lebensmittel im Sinne der einschlägigen EU-Verordnung ist. Damit ist er weder verkehrs- noch verbrauchsfähig.

Nicht zuletzt hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Firma Monsanto Europe mit Bescheid vom 27.04.2007 angewiesen, ein umfassendes Beobachtungsprogramm für alle beantragten MON-810-Flächen vorzulegen. Das Bundesamt begründet die Entscheidung mit neuen oder zusätzlichen Informationen auf der Grundlage neuer oder zusätzlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse, die Auswirkungen auf die Risikobewertung haben und berechtigten Grund zu der Annahme geben, dass der Anbau von MON 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer eingehenderen Überwachung, als es bisher der Fall ist. Monsanto lässt nämlich Landwirte, die diesen Mais anbauen, bisher lediglich Fragebögen ausfüllen, in denen allgemeine Anbaudaten sowie verschiedene andere Parameter abgefragt werden. Diese Fragebögen seien zwar nützliche Instrumente für eine rein visuelle Erfassung agrochemisch relevanter Aspekte; sie seien jedoch nicht geeignet, statistisch auswertbare Daten zur Umweltwirkung auf Agrarflächen und deren Umgebung, zum Beispiel auf Nichtzielorganismen, zu liefern. Fragebögen stellten somit ein ergänzendes Element dar, könnten aber ein Monitoring nach der entsprechenden EU-Richtlinie nicht ersetzen.

Meine Damen und Herren! Selbst nach Angaben der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu den Auswirkungen auf Flora und Fauna, auf den Boden sowie für die Festlegung der Sicherheitsabstände zwischen den Feldern, auf denen Bt-Mais und konventioneller Mais angebaut wird, keine ausreichende Datenbasis vor. Diese Einschätzung hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veranlasst, ein für die Jahre 2006 bis 2010 angelegtes Forschungsprogramm in Auftrag zu geben, um genau diese Datenbasis zu schaffen.

Als Ergebnis der von mir eben geschilderten Entwicklung erleben wir auch hier in Sachsen eine sonderbare Situation: Auf der einen Seite haben wir die Naturschutzverbände. Sie bestehen auf einem Unterpflügen der bereits heranwachsenden Maiskulturen dieses Jahres. Aus der Sicht der Naturschutzverbände als außerparlamentarische Interessenvertretung ist diese Forderung völlig legitim, und wir unterstützen die Forderung der Umweltverbände, weisen diese doch seit Jahren auf die ungeklärten Anbau Risiken hin. Auf der anderen Seite haben wir die Landwirte, die Mais der Linie MON 810 anbauen – manche seit Jahren. Sie vertrauten auf die Entscheidung der zuständigen Bundesbehörde; schließlich war der kommerzielle Anbau dieser Maissorte seit 1998 EU-weit genehmigt.

Im Juni 1999 beschloss dann der EU-Ministerrat, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen durch Beobachtungsprogramme zu begleiten ist. Gleichzeitig waren bestehende Genehmigungen ohne Monitoring bis zum 17. Oktober des vergangenen Jahres begrenzt, und das, meine Damen und Herren, wusste Monsanto, und das wusste auch das BVL sehr genau. Warum auch immer, beide spielten auf Zeit – wie sich heute zeigt, zulasten der Agrarbetriebe und des Naturschutzes gleichermaßen. Die Linksfraktion findet beides äußerst unverantwortlich.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Für die konkrete Situation stellt sich nun allerdings die Frage: Wie kann dieses Knäuel für uns in Sachsen sinnvoll entwirrt werden? Die Antwort, meine Damen und Herren, finden Sie im vorliegenden Antrag der Linksfraktion. Unserer Auffassung nach kann aus dem Landtag heraus eben nicht die Forderung nach Unterpflügen der bisherigen Maiskulturen gestellt werden. Sollte dies allerdings aus Sicherheitserwägungen doch notwendig sein, ist dazu ein rechtsstaatliches Verfahren notwendig, in dem dieses Unterpflügen von den zuständigen Behörden über Bundes-, Landes- und Landkreisebene angeordnet wird.

Darum fordert unser vorliegender Ursprungsantrag nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass die Staatsregierung

erstens – sich gemeinsam mit den anderen interessierten Bundesländern über den Bundesrat sowie unmittelbar bei der Bundesregierung für die Aussetzung des Anbaues von Mais der Linie MON 810 einsetzt, bis die Ergebnisse des von mir vorhin genannten Forschungsprogramms vorliegen,

zweitens – sich im Genehmigungsverfahren als zuständige Landesbehörde gegenüber dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gegen die weitere Freisetzung und das In-Verkehr-Bringen von MON-810-Mais ausspricht und

drittens – bei den Landwirten, die weiterhin daran interessiert sind, diesen Mais anzubauen, darauf hinwirkt, dass sie zumindest so lange auf den Anbau verzichten, bis die Ergebnisse des Forschungsprogramms vorliegen. Dabei sollen die Landwirte insbesondere auf die unerforschten

Risiken und Gefahren des Anbaues sowie auf mögliche Haftungsrisiken hingewiesen werden.

Meine Damen und Herren! Aus unserer Sicht gibt es zu dieser Herangehensweise keine vernünftige Alternative; denn auch wenn Monsanto ein Beobachtungsprogramm vorlegt, bestehen doch die Probleme weiter. Es fehlen wissenschaftliche Grundlagen über das Was und Wie der Beobachtung. Diese sollen erst mit dem besagten Forschungsprogramm geschaffen werden.

Also, meine Damen und Herren, stimmen Sie unserem Antrag zu! Damit geben Sie der Staatsregierung und ganz speziell Staatsminister Tillich die Möglichkeit, ihre Verantwortung wahrzunehmen, die sich aus der geänderten Risiko- und Sicherheitsbewertung für den Anbau und das In-Verkehr-Bringen von MON-810-Mais ergibt. Herr Tillich – Herr Tillich?

(Staatsminister Stanislaw Tillich
telefoniert gerade.)

– Er ist bestimmt multitaskingfähig und kann trotzdem hören, was ich sage.

Herr Tillich, wir sagen Ihnen ganz deutlich: In der entstandenen Situation haben Sie als Staatsminister natürlich eine Verantwortung sowohl gegenüber den Verbrauchern als auch gegenüber den Landwirten sowie gegenüber Natur und Umwelt.

Meine Damen und Herren! Zu unserem eigenen Änderungsantrag werde ich später sprechen. Ich bedanke mich erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, bitte; Herr Abg. Schmidt.

Thomas Schmidt, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion hat unter der Drucksachennummer 4/8809 einen im Grunde in sich unschlüssigen Antrag vorgelegt.

(Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Noch mal lesen!)

Warum, das werde ich Ihnen gleich begründen. Allerdings, dass wir das Thema Pflanzenbiotechnologie in diesem Hohen Hause wieder einmal diskutieren, halte ich für gut. Ich finde aber, wir sollten es unter Betrachtung von Risiken und Chancen diskutieren und nicht als Einbahnstraße einer Pauschalablehnung.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Tino Günther, FDP)

Zu den einzelnen Punkten des Antrages: Unter 1. fordern Sie, den Anbau von gentechnisch verändertem Mais so lange auszusetzen, bis das von Frau Altmann angesprochene Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, kurz: BMELV, Ergebnisse über mögliche Gefahren gebracht

hat. Nochmals zum Verständnis: Der Anbau soll so lange ausgesetzt werden, bis Erkenntnisse vorliegen, die aber nur durch den Anbau gewonnen werden können. Also, das ist in sich wirklich unschlüssig.

(Heiterkeit der Abg. Rita Henke, CDU)

Damit haben Sie schon meine Begründung der Einleitung.

Unter 2. fordern Sie den Landtag auf, sich für ein generelles Verbot des Freisetzens und In-Verkehr-Bringens von gentechnisch verändertem Mais einzusetzen. Noch einmal zur Erinnerung: Unter 1. sollte der Anbau ausgesetzt werden, bis Ergebnisse vorliegen. Das heißt doch, wenn Sie den zweiten Punkt Ihres Antrages ernst meinen, hätten Sie sich den ersten Punkt gänzlich sparen können. Wenn Sie, wie unter 1., nur ein zeitlich begrenztes Aussetzen des Anbaues anstreben, macht allerdings Punkt 2 wiederum keinen Sinn mehr.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie sind aber kritisch!)

– Ja, so bin ich halt!

Unter Punkt 3 bringen Sie zum Ausdruck, wie Sie im Grunde die Arbeit der sächsischen Landwirtschaftsbetriebe einschätzen. Glauben Sie bei der augenblicklichen Medienlage und Diskussion wirklich im Ernst, dass es auch nur einen Landwirtschaftsbetrieb in Sachsen geben könnte, der sich vor seiner Anbauentcheidung zu GVO nicht ausreichend und umfassend über dieses Thema informiert? Glauben Sie wirklich, dass erst das Landwirtschaftsministerium sagen muss, worum es dabei geht? Also, ich habe dazu eine andere Meinung.

(Beifall bei der CDU)

Unter Punkt 4 des Änderungsantrages sprechen Sie an, dass die Landesbehörde handeln soll. Aber auch dafür braucht man gesicherte Datengrundlagen, wozu Sie selbst sagen, dass diese wohl nicht vorhanden wären. Nur mit konjunktiven Begründungen kann auch eine Landesbehörde diesen Anbau nicht verbieten.

Nicht zuletzt ist die bisher zeitlich begrenzte Zulassung des Anbaus des Mais MON 810 auch ohne den angesprochenen Erlass oder Bescheid im April dieses Jahres ausgelaufen. Sie haben es selbst schon gesagt: Für eine weitere Zulassung ist ein Monitoring der Firma Monsanto notwendig und wenn es dort zu negativen Ergebnissen kommen sollte, wird es auch keine Wiederzulassung geben.

Meine Damen und Herren! Im Grunde geht es der Linksfraktion.PDS mit ihrem Antrag doch darum – da sind wir uns, denke ich, einig –, die generelle Problematik des Anbaus genveränderter Organismen und speziell von Bt-Mais zu thematisieren, was ich durchaus für legitim und notwendig halte. Es gibt zweifellos in der Bevölkerung eine große Verunsicherung, wenn es um das Thema Pflanzenbiotechnologie geht. Wenn man jedoch die Horrorszenarien kennt, die von GVO-Gegnern ohne jegliche Bereitschaft auf eine sachliche Auseinanderset-

zung entwickelt werden, ist diese Reaktion nur logisch und nachzuvollziehen.

Wenn gesagt wird, dass eine Mehrheit der Landwirte den Anbau von GVO ablehnt, dann liegt das doch in erster Linie daran, dass sie Angst haben vor Angriffen der GVO-Gegner auf ihre Betriebe oder ihre Mitarbeiter. Zumindest von diesem Vandalismus sollten sich alle Fraktionen im Landtag distanzieren. Sie haben heute alle die Gelegenheit dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was ist aber der im Antrag so verteilte Bt-Mais und das von ihm produzierte Bt-Toxin? Der angesprochene Mais ist in der Lage, ein Toxin zu produzieren, welches in der freien Natur durch das Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* ebenfalls produziert wird. Dieses Bakterium kommt überall im Boden vor und dieses produzierte Bt-Toxin ist für Säugetiere und Menschen harmlos. Es ist in Bt-Präparaten enthalten, welche seit 1964 in Deutschland als Pflanzenschutzmittel zugelassen sind, und zwar sogar im ökologischen Landbau.

(Frank Kupfer, CDU: Hört, hört!)

Auch der Anwendungsschwerpunkt dieser Bt-Präparate liegt im ökologischen Landbau. Genau dieses Bt-Toxin produziert auch dieser im Antrag kritisierte Mais, um sich gegen den Maiszünsler zu schützen, welcher in Deutschland pro Jahr Schäden in Höhe zwischen 10 und 12 Millionen Euro – mit steigender Tendenz – verursacht. Dieser Schutz vor dem wohl bedeutendsten Schädling für den Maisanbau wird ohne weitere Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erreicht, wobei man dazusagen muss, dass es in Deutschland gar kein zugelassenes Pflanzenschutzmittel für die Bekämpfung des Maiszünslers gibt, sondern nur Ausnahmegenehmigungen für Mittel, die im Grunde in Deutschland verboten sind.

Dabei geht es nicht nur um eine Vermeidung von Ertragsdepressionen, die bis zu 30 % betragen können. Es wird durch Komplementäreffekte auch die Ansiedlung von Fusariosen ausgelöst, die dann Mykotoxine erzeugen, die wirklich hochgiftig sind für Mensch und Tier. Wenn hier Grenzwerte überschritten werden, sind die damit produzierten Nahrungs- oder Futtermittel zu verwerfen. Sie sind auf Deutsch gesagt Sondermüll. Ob dies für die Gesundheit oder für die Umwelt der bessere Weg ist, wage ich zumindest zu bezweifeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bin voll und ganz der Meinung, dass man bei der Einführung neuer Technologien in allen Bereichen der Gesellschaft mit der höchstmöglichen Sorgfalt zum Schutz von Mensch und Umwelt vorzugehen hat, und wenn es um die Ernährung geht, ganz besonders. Die Standards, die wir dabei in Deutschland haben, gehören bereits zu den höchsten in der Welt. Man sollte aber auch eine realistische Abwägung von Chancen und Risiken zulassen. Der Verbraucher sollte selbst entscheiden

zwischen konventionell, ökologisch oder gentechnisch hergestellten Produkten, was in der Europäischen Union durch Kennzeichnungspflichten geregelt ist.

Verbraucher sind aber nicht nur Nahrungsmittelkonsumenten, Verbraucher sind in zunehmendem Maße die Industrie, die Rohstoffe aus der Landwirtschaft bezieht, und die Biomasseproduktion zur Energiegewinnung, was wir immer wieder fordern. In der Welt werden bereits 100 Millionen Hektar an gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut. In der Summe der Jahre ist die Ein-Milliarden-Hektar-Grenze nicht mehr weit. Ich bin überzeugt, wenn es dabei zu erheblichen Problemen für die Umwelt, zum Beispiel durch das Anreichern des Bt-Toxins, gekommen wäre, welche auf gentechnisch veränderte Pflanzen und nicht auf andere Anbaueffekte zurückzuführen sind, hätten uns dies Umweltverbände längst sehr medienwirksam mitgeteilt.

(Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:
Tun sie doch! Das hört bloß keiner!)

Der bisherige Anbau von GVO-Pflanzen bezieht sich vor allem auf die erste Generation dieser Organismen, also mit Schädlings-, Krankheits- und Herbizidtoleranz. Wir stehen aber erst am Anfang der Entwicklung. Zukünftig geht es um die Herausbildung bestimmter Qualitätseigenschaften sowie um Trockenheits-, Feuchtigkeits- oder auch Salztoleranz, was in vielen Gebieten der Erde eine große Rolle spielt.

Wir haben in der Welt zurzeit eine weiter wachsende Bevölkerung mit sich vor allem in Schwellenländern ändernden Ernährungsgewohnheiten, was einen überproportional starken Nahrungsmittelbedarf nach sich zieht, wir haben einen schier explodierenden Bedarf an Biomasse für die Energiegewinnung, wir haben aber auch eine zunehmende Tendenz zu Missernten durch Wetterextreme und gleichzeitig eine stetig abnehmende Anbaufläche, wenn man einmal von den in Brasilien stattfindenden Urwaldrodungen absieht. Hinzu kommt, dass wir bereits heute – was allgemein vielleicht gar nicht bekannt ist – Getreidelagerbestände in der Welt haben, die auf einem bedenklichen Tiefstand sind.

Ja, es ist richtig, wir müssen verantwortungsvoll mit der Biotechnologie umgehen. Aber es ist unter den genannten Rahmenbedingungen speziell in Bezug auf den fortschreitenden Klimawandel genauso verantwortungslos, eine Technologie, die entscheidend dazu beitragen kann, die Versorgung mit pflanzlichen Produkten zu stabilisieren, ohne Kompromiss abzulehnen.

Meine Damen und Herren, ich bin der Linksfraktion.PDS für die heute zu diskutierende Thematik durchaus dankbar.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags hat sich auch in der Vergangenheit stets dafür eingesetzt, in der grünen Gentechnik die Chancen zu sehen, ohne die

Risiken zu vergessen. Panik und Ängste, wie von Teilen der Opposition in diesem Haus gegenüber der Bevölkerung geschürt, helfen nicht weiter. Wir werden den Antrag der Linksfraktion.PDS selbstverständlich ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD; Frau Dr. Deicke, bitte.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gentechnisch veränderter Mais der Linie MON 810 ist seit Langem umstritten. Durch ein eingebautes Gen ist dieser sogenannte Bt-Mais in der Lage, ein Insektengift zu produzieren, welches die Pflanzen vor dem Maiszünsler schützt. Bt-Mais-Gegner sagen, dass die Folgen nicht abschätzbar seien und neben den Zielinsekten auch noch andere Insekten vergiftet werden können. Außerdem sehen sie in der Ausbreitung der Maispollen eine Gefahr.

Die Vorteile, die Befürworter ins Feld führen, sind: höhere Erträge, Verzicht auf Insektenvernichtungsmittel und damit verbunden eine Umweltentlastung sowie ein wirtschaftliches Plus. Dabei muss man wissen – das hat mein Kollege Schmidt auch schon gesagt –, dass es im Moment kein zugelassenes Insektizid gegen den Maiszünsler gibt und die konventionelle Schädlingsbekämpfung sehr aufwendig wäre.

Derzeit ist Mais der Linie MON 810 die einzige gentechnisch veränderte Pflanze, die in Deutschland zu kommerziellen Zwecken angebaut werden darf. Vor einem praktischen Anbau sind saatguttechnische sowie lebensmittel- und futtermittelrechtliche Anforderungen durch den In-Verkehr-Bringer zu erfüllen. Über die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen wird auf europäischer Ebene rechtskräftig entschieden.

Die Prüfung im Bundessortenamt kann erst beginnen, wenn keine Gefahr für Umwelt und Gesundheit von Menschen und Tieren zu erwarten ist, also eine Genehmigung nach dem Gentechnikgesetz vorliegt. Anfang 2006 hat Bundesminister Seehofer als eine seiner ersten Amtshandlungen den Bt-Mais der Linie MON 810 sortenrechtlich zugelassen. Am 27.04.2007 wurde jedoch vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ein Inverkehrbringungsverbot verfügt. Praktisch aber hat dieses Verbot keine über das Gesetz hinausgehenden Konsequenzen.

Die EU-Freisetzungsrichtlinie, auf deren Grundlage im Jahre 1998 die EU-rechtliche Zulassung von Bt-Mais erfolgte, ist inzwischen durch eine neue EU-Richtlinie abgelöst worden. Die neue Richtlinie schreibt einen Plan zur Beobachtung der Umweltauswirkungen vor. Hier hat der amerikanische Saatguthersteller Monsanto seine Hausaufgaben noch nicht erledigt. Das BVL sieht aufgrund von neuen Informationen und zusätzlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie es in dem BVL-Bescheid im April heißt, berechtigten Grund zu der Annahme, dass

der Anbau von MON 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Dabei beruft sich das BVL auf Untersuchungen, die in zwei Bereichen Gefahren durch den Anbau von Genmais sehen, und zwar die Wirkungen auf Nichtzielorganismen und die Einlagerung des Bt-Wirkstoffes in den Boden.

Die Naturverträglichkeit des Bt-Maisanbaus ist in mehreren Studien aber nachgewiesen worden. Zum Beispiel belegt eine bayerische Studie zum Monitoring von Bt-Mais aus dem Jahre 2005, dass Bt-Mais naturverträglicher ist als die Bekämpfung des Maiszünslers mit chemischen Insektenvertilgungsmitteln. Außerdem enthält er weniger krebserzeugende Pilzgifte als herkömmlich gezüchteter Mais. Insgesamt hat der BVL-Bescheid mehr zur Verwirrung als zur Klarstellung beigetragen. So müssen sich das Bundesministerium bzw. das BVL fragen lassen, warum man sich auf neue Informationen und Erkenntnisse stützt, die bei näherem Hinsehen bereits vor der sortenrechtlichen Zulassung, die im Jahr 2006 erfolgte, bekannt waren.

Unter dem Strich ist die neue Gefahr schwer auszumachen. Aber es liegt schon die Vermutung nahe, dass der Bescheid ganz bewusst verzögert wurde, um vollendete Tatsachen zu schaffen und eine Aussaat zu ermöglichen; denn der BVL-Bescheid berührt den aktuellen Anbau nicht. Dieser Sache geht aber jetzt die Staatsanwaltschaft nach, da der BUND geklagt hat.

Auf jeden Fall haben die Anbauer von Genmais nach geltendem Recht gehandelt. Nach Einschätzung des BVL sind die festgestellten Risiken nicht so groß, dass sie ein Anbauverbot begründen könnten. So darf die Firma Monsanto zu Forschungszwecken gentechnisch veränderten Mais in sechs Bundesländern, unter anderem auch in Sachsen, anbauen.

Im Rahmen der Novellierung des Gentechnikgesetzes unterstützt die SPD Verfahrenserleichterungen, um die Forschung weiter voranzubringen. Im Koalitionsvertrag heißt es zum Gentechnikgesetz – ich zitiere –: „Die Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie Forschung und Anwendung in Deutschland befördern. Dazu ist es unverzichtbar, gesetzliche Definitionen (insbesondere Freisetzung, In-Verkehr-Bringen) zu präzisieren.“ Dieses Gesetz sollte zügig verabschiedet werden, um den jetzigen Zickzackkurs auf Bundesebene zu beenden und mehr Rechtssicherheit auf dem Gebiet der grünen Gentechnik herzustellen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die NPD-Fraktion Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Schmidt von der CDU, ich muss schon sagen: Dass gerade die CDU, die sich auf christliche Werte und Bewahrung der Schöpfung beruft, es für richtig findet, dass man aus kommerziellen Grün-

den am Erbgut von Lebewesen manipuliert, zeigt die moralische Werthaltigkeit der Partei als Ganzes. Darüber muss ich mich schon wundern.

Es ist schon etwas skurril und bestenfalls mit den Eigenesetzlichkeiten der parlamentarischen Tretmühle zu erklären, wenn sich meine Fraktion in Sachen Genmais MON 810 nunmehr veranlasst sieht, unseren ursprünglichen Antrag jetzt noch einmal als Änderungsantrag einzubringen, und zwar an dieser Stelle der Tagesordnung. Leider war es im Vorfeld der aktuellen Plenarwoche aufgrund der Verweigerungshaltung der Linksfraktion.PDS nicht möglich – was sachdienlich gewesen wäre –, den Antrag der Linksfraktion.PDS und unseren eigenen, zu einem einzigen Tagesordnungspunkt zusammenzufassen. Andererseits hat die NPD-Fraktion auch kein gesteigertes Interesse daran, die Freitags-Tagesordnung durch einen Antrag zum gleichen Thema unnötig aufzublähen. Deshalb stellen wir jetzt unseren Änderungsantrag mit dem gleichen Inhalt des Antrages, der morgen auf der Tagesordnung stehen würde.

Unser Antrag verfolgt im Gegensatz zu dem der Linksfraktion.PDS eine andere Zielrichtung. Sie fordern ein Moratorium für den Anbau von MON 810 bis zum Abschluss des Forschungsprogramms des Bundesministeriums, also bis 2010. An dieser Stelle zeigt sich schon, dass Ihr Antrag sein Ziel nur halbherzig verfolgt.

Das Forschungsprogramm des Bundes befasst sich, wie Sie richtig ausgeführt haben, mit den Gefahren der Auskreuzung und dem Pollenflug. Sie verkennen dabei völlig, dass das Kernproblem bei MON 810 aber nicht allein der Pollenflug oder die Auskreuzung sind, sondern vielmehr die Gefahren, die vom Bt-Toxin für die Umwelt und den Menschen ausgehen. Was soll also der Bezug zu dem genannten Forschungsprogramm des Bundes?

Für uns ist auch nicht nachvollziehbar, was ein Moratorium bis 2010 überhaupt bewirken soll. 2010, also in nicht einmal drei Jahren, stehen wir dann wieder vor demselben Problem, da uns Monsanto oder irgendein anderer weltweit agierender Agrokonzern abermals mit einer neuen Genpflanze auf unseren Äckern beglücken wird.

In unserem Antrag positionieren wir uns im Gegensatz zu Ihnen ganz klar gegen die grüne Gentechnik in Sachsen. Wir wollen kein zeitlich begrenztes Moratorium wie Sie. Nein, wir wollen dauerhaft keine Gentechnik auf unseren Äckern. Wir fordern ein generelles Verbot von gentechnisch verändertem Mais wie MON 810.

Andere Länder in Europa haben diese Verbote längst erlassen, auch gegen den Druck der EU, der WTO, der Agrokonzerne oder des amerikanischen Außenministeriums. Österreich, Ungarn, Griechenland und selbst Polen haben bereits die entsprechenden nationalen Sanktionen für MON 810 erlassen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Selbst Polen? – Gitta Schüßler, NPD: Selbst Polen!)

Deutschland und gerade auch der Freistaat Sachsen sind aber immer noch ein riesengroßes Freiluftlaboratorium für Genmais.

Der von uns eingebrachte Antrag richtet sich aber nicht allein gegen den Anbau von Genmais, sondern auch gegen die ungeheuerlichen Entscheidungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Bezug auf das Verbot des Inverkehrbringens. Der Bescheid des BVL an Monsanto erging zu einem Zeitpunkt, als der Mais bereits im Boden war, obwohl die Hinweise auf Gefahren längst bekannt waren.

Wir fordern von der Staatsregierung und insbesondere von Minister Tillich, dass er sich beim Bundesministerium um die Aufklärung dieses Vorgangs bemüht und dem Landtag die Hintergründe darstellt. Dies gilt auch für die Frage, warum der Öffentlichkeit das Verbot des Inverkehrbringens erst nach mehreren Tagen Verzögerung bekannt gegeben wurde.

Unsere wichtigste Forderung aber ist, dass der bereits ausgesäte Mais unverzüglich wieder von den sächsischen Feldern verschwindet. Ein Produkt wie MON 810, dessen Genehmigung vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu Recht entzogen wurde, darf aus Sicht der NPD nicht länger auf sächsischen Feldern wachsen.

In der Begründung des Bescheids des BVL an die Firma Monsanto heißt es – Zitat –: „Erst mit jüngeren Untersuchungen wurde deutlich, dass und in welchem Ausmaß das Bt-Toxin über die Pflanze in höhere Nahrungskettenglieder gelangt.“ Im Bescheid heißt es weiter, es bestehe erneut – Zitat – „ein berechtigter Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt“.

Wir Nationaldemokraten fordern, dass dieser Mais, der eine Gefahr für Mensch und Umwelt auf über 550 Hektar in Sachsen darstellt, sofort untergepflügt oder anderweitig unschädlich beseitigt wird. Für uns erschließt es sich nicht, warum von der diesjährigen Saat keine Gefahr ausgehen soll.

Die Staatsregierung ist verpflichtet, die sachsenweite Vernichtung unverzüglich anzuordnen, denn sie trägt die Verantwortung dafür, Gefahren für Mensch und Umwelt abzuwenden. Das Argument, die Zuständigkeit für eine solche Anordnung läge beim Bund und die Sächsische Staatsregierung sei dafür nicht zuständig, lassen wir an dieser Stelle nicht gelten. Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft ist die zuständige Behörde für die Ausführung des Gentechnikgesetzes und hat zudem eine eigene Verantwortung gegenüber der sächsischen Bevölkerung. Wenn die zuständigen Bundesbehörden eine solche Anordnung zur Gefahrenabwehr nicht treffen, dann muss dies zwangsläufig die Landesbehörde übernehmen.

Die von der Vernichtung ihrer Kulturen betroffenen Landwirte müssen natürlich vor wirtschaftlichen Ausfällen bewahrt werden. Deshalb fordern wir in unserem

Antrag, dass vorerst finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden, damit die Einbußen der Landwirte sofort angemessen entschädigt werden können. Dabei müssen die direkten Kosten für die Beseitigung der bereits ausgebrachten Kulturen, die entstehenden Ertragsausfälle und sonstige aus der Störung der betrieblichen Abläufe resultierenden Mehrkosten berücksichtigt werden. Die ausgereichten Mittel sollen dann entweder vom Bund oder von Monsanto zurückgeführt werden. Notfalls muss der Freistaat gerichtlich klären lassen, wer letztlich die Verantwortung zu tragen hat.

Zum Abschluss möchte ich nochmals betonen, dass wir von der NPD zur grünen Gentechnik eine ganz klare Position beziehen. Aus unserer Sicht ist es nicht akzeptabel, an den Genen, den elementaren Bausteinen des Lebens, herumzubasteln, ohne überhaupt die potenziellen Langzeitfolgen und Wechselwirkungen zu kennen. Die grüne Gentechnik dient letztendlich nur einem einzigen Zweck: der Gewinnmaximierung weltweit agierender Agrokonzerne wie Monsanto. Wir Nationaldemokraten lehnen die grüne Gentechnik grundsätzlich ab.

Um die unmittelbaren Gefahren, die vom gentechnisch veränderten Mais MON 810 ausgehen, abwehren zu können, bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther von der FDP-Fraktion, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist schon klar, warum die NPD-Fraktion Angst vor Genmais hat: Genmais wird nicht so schnell braun.

(Beifall bei der FDP und der SPD –
Stefan Brangs, SPD: Sehr gut, der Mann! –
Jürgen Gansel, NPD: Lächerlich, der Mann!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden den Antrag der PDS jedoch auch ablehnen; denn der Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom 3. Mai wird in politischen Kreisen nur als neuerlicher Vorstoß von Minister Seehofer gewertet, im gentechnisch eher altmodisch eingestellten Bayern populistisch Punkte zu sammeln im Zusammenhang mit seinen Ambitionen als Stoiber-Nachfolger.

Das würde allerdings auch die derzeitige wissenschaftliche Geisterfahrt des Bundesamtes erklären. Mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen hat das alles nichts zu tun. Mit dem Bescheid 47/2004/4 soll die Abgabe von Saatgut der Linie MON 810 zum Zweck des kommerziellen Anbaus eingeschränkt werden. Die Abgabe wird außerdem von der Vorlage eines Planes des Genehmigungsinhabers zur Beobachtung der Umweltauswirkungen abhängig gemacht. Dieser Bescheid hat allerdings keine Auswirkungen auf die bereits erfolgte Abgabe und

Aussaat von Saatgut der Linie MON 810. Die Begründung für den Erlass nennen nun die Veröffentlichungen, die in den Jahren 2000 bis 2006 erschienen sind und die angeblich neue Erkenntnisse zum Anbau von MON 810 enthalten sollen.

Der überwiegende Teil der etwa zwanzig zitierten Veröffentlichungen ist jedoch vor 2005 erschienen, nur zwei stammen aus dem Jahr 2006. In anderen angegebenen Quellen kommen die Autoren zu völlig anderen Schlüssen als Seehofers Bundesamt. Minister Seehofer bekommt zudem durch seine restriktive Weisung Gegenwind von seinen eigenen Behörden. Zitat aus der „Welt“ vom 27.04.07: „Wie diese Zeitung aus dem Ministerium erfuhr, weigert sich das BVL, diese Weisung zu vollziehen, um möglichen Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden. Auch unabhängige Experten wie der Pflanzenforscher Hans Jörg Jacobsen vom Institut für Pflanzen- und Gentechnik der Uni Hannover halten die jetzt geplanten Einschränkungen für widersinnig.“

In der Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, Drucksache 16/5011, vom 11.04.2007 hat die Bundesregierung gerade erst erklärt: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Sicherheit der in der EU für den Anbau und Transport zugelassenen transgenen Sorten gegeben ist.“

(Beifall bei der FDP)

Diese Antwort der Bundesregierung steht damit im Widerspruch zum derzeitigen Vorgehen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit MON 810. Dass die Linke-Fraktion bei diesem Chaos gleich anspringt, um daraus politisch Kapital zu schlagen, ist schon nachvollziehbar.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Liebe Frau Altmann, ich nehme Ihnen persönlich die Angst vor Gentechnik ja ab, aber glauben Sie mir, nicht jeder, der zwei oder drei Meter vorausschauen kann, kann auch wirklich fern sehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind allerdings auch an einer Klärung der Sachverhalte interessiert. Die FDP-Bundestagsfraktion hat deshalb am 23. Mai zu diesen Vorgängen eine Kleine Anfrage gestellt, um beispielsweise zu klären, warum der Bescheid nicht schon 2006 erlassen wurde, wenn doch angeblich solch große Risiken dargestellt werden können.

Ein Anbau- und Vermarktungsstopp von Genmais, wie ebenfalls von Greenpeace gefordert, kann durch die angeführten Studien unserer Meinung nach nicht begründet werden. Mit den Greenpeace-Studien wie auch mit dem vorliegenden Antrag werden nur Verunsicherungen und Ängste geschürt. Die Studie von Greenpeace zu MON 810 mag durchaus sorgfältig durchgeführt worden sein. Ihre Ergebnisse sind jedoch für die Verwendung von MON 810 als Futter- oder Nutzpflanze nicht von Belang. Wie schon die Bundesregierung zuvor festgestellt

hat, ist das Bt-Toxin für Säugetiere nicht giftig. Die in den Untersuchungen festgestellte Schwankungsbreite von Bt-Toxin in den Blättern von Maispflanzen ist lediglich hinsichtlich der Resistenzbildung beim Maiszünsler von Bedeutung. Es sollte dabei auch im Interesse der Pflanzen und Züchter liegen, dass der Anbau von Bt-Mais nicht nur zur Resistenzbildung führt. Dabei können Sie noch etwas lernen, Herr Porsch; hören Sie zu!

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Ich bin gerade dabei!)

Mais hat außer dem Maiszünsler keine weiteren Fressfeinde – im Gegensatz zu der Linken-Fraktion. Die Naturverträglichkeit des Bt-Mais-Anbaus ist bereits 2005 in einer breiten Studie zum Monitoring zum Bt-Mais umfassend nachgewiesen worden. Der Anbau von Bt-Mais ist jedenfalls naturverträglicher als die Bekämpfung des Maiszünslers mit Mitteln des chemischen Pflanzenschutzes. Kollege Schmidt hat es ausdrücklich begründet, dass diese eigentlich verboten sind.

Gleichzeitig ist Bt-Mais, insbesondere in den Befallsgebieten des Maiszünslers, gesünder als herkömmlich gezüchteter Mais, weil er weniger Pilzgifte enthält. Diese Pilzgifte wirken im Gegensatz zum Bt-Toxin krebserregend. Sie stellen also wirklich eine Gefahr für Säugetiere und damit für uns Menschen dar.

Seit 1987 fördert das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Vorhaben der biologischen Sicherheitsforschung. Allein 8 Millionen Euro pro Jahr werden für diese Forschung zur Verfügung gestellt. Die Garantie auf absolute Gentechnikfreiheit kann sowieso niemand mehr geben. Es gibt diese Züchtungsmethode und sie wird vielfach angewendet: in der weltweiten Landwirtschaft seit mehr als zehn Jahren auf inzwischen über 100 Millionen Hektar ohne bekannte, nachgewiesene Schäden.

Allerdings gab es Schäden im Zusammenhang mit Gentechnik, wenn man zum Beispiel das beliebte Spiel der „Feldbefreiungen“ und der Kämpfe rund um Genmaisfelder auch bei uns in Sachsen sieht. Wenn man die Zahlen von 2004 bis 2006 bei ungefähr 30 Aktionen in Deutschland zusammenrechnet, konnte der Schaden bei diesen „Feldbefreiungen“ auf 2,5 Millionen Euro beziffert werden. Ein Beispiel dafür ist dieses beliebte Netzwerk „Gendreck weg!“ usw. Wir in Sachsen hatten in Golzern unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Die EU-rechtlichen Vorstellungen zur Gentechnik haben die Koexistenz des Anbaus von Pflanzen der unterschiedlichsten Züchtungsmethoden zum Ziel. Koexistenz kann organisiert werden, wenn dies gewollt ist. Dafür sind faire Bedingungen und Toleranz erforderlich. Da es in Deutschland möglich ist, die Koexistenz zum Beispiel zwischen dem Anbau von Doppel-Null-Raps und dem Anbau von Eruca-säurehaltigem Raps zu organisieren, sollte der Anbau von Bt-Mais in Koexistenz zum Anbau von herkömmlich gezüchtetem Mais überhaupt kein

Problem sein – es sei denn, es gibt ein politisches Interesse daran, dies unbedingt zum Problem machen zu wollen.

Wir, die Fraktion der Liberalen, setzen uns ein für Wissen, Forschung und für Arbeitsplätze.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Wir haben keine Angst vorm Fortschritt, ob beim Genmais oder beim Brückenbau. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die GRÜNEN spricht der Abg. Weichert; bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Linksfraktion.PDS zählt auf ein Moratorium beim Anbau der Genmaissorte MON 810. Im Kern stehen damit einmal mehr grundsätzliche Fragen der Agrarpolitik auf der Tagesordnung, die da heißen: Welche Art von Landwirtschaft wollen wir hier in Sachsen haben, welche Form der Bewirtschaftung unserer Äcker wollen wir fördern, was ist gut für die Natur, für Böden, Wasser und Luft, welche Art von Nahrungsmittelerzeugung beschert uns gesunde Produkte und wie erhalten wir die Vielfalt des Lebens?

Meine Damen und Herren! Der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut ist für uns und die große Mehrheit der sächsischen Bevölkerung eine Risikotechnologie mit vielfältigen Folgen, die derzeit niemand abschätzen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Dagegen hat sich die Landesregierung in diesen Fragen festgelegt. Für sie ist die grüne Gentechnik eine Innovationstechnologie, die Anspruch auf gleichberechtigte Förderung hat. Die Staatsregierung glaubt immer noch an das gleichberechtigte Miteinander von verschiedenen Anbauformen. Ich fürchte, selbst wissenschaftliche Erkenntnisse werden die Regierung nicht dazu bewegen, von diesem Glauben Abstand zu nehmen. Wie wir wissen, ist aber Glauben eben die Kompensation von Nichtwissen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Glauben heißt nichts wissen!)

– Genau!

Meine Damen und Herren! Mit Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, BVL, vom 27. April wird der Firma Monsanto, in Deutschland der weitere Verkauf der einzigen derzeit zugelassenen und auf dem Markt verfügbaren Gentechnikmaissorte MON 810 bis zum Vorliegen eines Beobachtungsplanes untersagt. Neue wissenschaftliche Informationen, so das BVL, „geben berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON 810 eine Gefahr für

die Umwelt darstellt“. Der Bescheid, der sofort vollziehbar ist, kommt allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem das Saatgut für den diesjährigen Anbau längst bei seinen Kunden ist. Folgt daraus auch ein Anbauverbot?

Der Verbotsbescheid des Bundesamtes, der in keiner Pressemitteilung oder anderweitigen Form öffentlich gemacht wurde, bezieht sich ausschließlich auf das sogenannte Umweltmoratorium, also die Nachbeobachtung des Gentechnikanbaus. Ein Moratoriumplan ist nach der EU-Richtlinie zur Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und nach dem deutschen Gentechnikgesetz vorgeschrieben, wurde aber von Monsanto bisher nicht vorgelegt.

Eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, die schädliche Auswirkungen des in MON 810 enthaltenen Bt-Toxins auf Nichtzielorganismen nachweisen, also zum Beispiel auf Schmetterlinge und Insekten, die sich von Maiszünslerlarven ernähren, oder auf Bodenorganismen, die das Gift der Pflanzen aufnehmen, geben laut Bundesamt Anlass zur Sorge. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer eingehenderen Überwachung, als es bisher der Fall ist. Die Behörde hat von Monsanto verlangt, einen Moratoriumplan mit acht Prüfpunkten vorzulegen. Unter Punkt e) wird verlangt, „langfristige und großflächige Wirkungen auf die Biodiversität zu beobachten“. Im Umkehrschluss können wir aus dieser Auflage schließen, dass das Saatgut MON 810 bisher schon großflächig auch hier in Sachsen in Verkehr gebracht wurde, ohne dass die langfristigen und großflächigen Wirkungen auf die Biodiversität bekannt oder untersucht wurden. Will sagen, die Böden, das Wasser, die Schmetterlinge und die Bienen wurden und werden als Versuchskaninchen eines Agrarkonzerns missbraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Erst einmal in Verkehr bringen und dann schauen, was passiert – die in Berlin regierende Koalition wird das nun zur Maxime des Handelns machen. Das legt jedenfalls der Entwurf des neuen Gentechnikgesetzes aus dem Hause Seehofer nahe. Der Entwurf wird einen weitreichenden Schutz für die Produzenten und die Landwirte bieten, die gentechnisch veränderte Organismen erzeugen und in den Verkehr bringen. Auf der Strecke bleiben Natur und Umwelt und all jene Landwirte, die sich an den Großversuchen einer naiven Innovationsgläubigkeit nicht beteiligen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich erwarte von Herrn Staatsminister Tillich keinerlei politische Aktivität in Richtung des Schutzes von Unbeteiligten. Es werden Toxine, also Gifte, in Umlauf gebracht, die ein Ziel haben, nämlich den Maiszünsler. Erste Kollateralopfer sind die Bienen. Wer sonst noch so alles auf der Strecke bleibt, wissen wir nicht, aber das ist ja das Schöne an den Innovationen – der Ausgang des Experiments ist offen, es gibt immer Überraschungen. Nur eines ist gewiss: Die Saatgutfirmen werden gut daran verdienen.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich an solchen globalen Experimenten nicht beteiligen. Gentechnik kommt mit uns nicht auf die Äcker und damit auch nicht auf den Tisch.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer wünscht von den Fraktionen noch zu reden? – Die Linksfraktion.PDS.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Im März wird Staatsminister Tillich in der Presse auf die Frage, ob er den Anbau von Genkartoffeln befürworte, wie folgt zitiert: „Ich empfehle keinem Landwirt mit ruhigem Gewissen den Anbau, da die Haftungsrisiken schwer kalkulierbar sind.“ Im Juni erweitern Sie, Herr Staatsminister, Ihre Bedenken laut Presseberichten um den Genmais. Recht haben Sie, Herr Staatsminister! Auch ein Staatsminister kann ab und zu recht haben.

Allerdings gehe ich noch weiter. Nicht nur Haftungsfragen sind ungeklärt. Vor allem sind die langfristigen Risiken für die Natur nur unzureichend untersucht, und, Herr Schmidt, Sie haben es selbst gesagt, wir stehen am Anfang einer Entwicklung. Ich sage, wir stehen am Anfang eines ungewissen Experiments. Da die Wirkungen auf die Umwelt daher generell unkalkulierbar sind und dies alle gentechnisch veränderten Organismen in offenen Systemen betrifft, lehnen wir die grüne Gentechnik in offenen Systemen ab.

Aus ebendiesen Gründen schlagen wir heute den vorliegenden Antrag zum Anbau-Moratorium für im speziellen Fall Genmais der Linie MON 810 vor. Allerdings, Herr Staatsminister, steht Ihre Einsicht im Widerspruch zu den Zustimmungen Ihres Hauses zu Freisetzungsversuchen mit gentechnisch veränderten Kartoffeln in Nerchau, zu Freisetzungsversuchen mit gentechnisch verändertem Mais der Firmen Monsanto und Pioneer in Raßlitz, Uebigau und Grauschwitz. Diese Ihre Einsicht steht im Widerspruch zu der laxen Aufgabenwahrnehmung im Naturschutz, das heißt, zu der Verpflichtung, für alle infrage kommenden Standorte des kommerziellen Anbaus – darum geht es, das betone ich noch einmal – von Genmais der Linie MON 810 eine FFH-Verträglichkeitsprüfung abzusichern.

Der Einschätzung, wie diese Aufgabe in Sachsen erfüllt wurde, will ich Folgendes vorwegschicken: Nach dem Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom 27. April 2007 an Monsanto Europe darf dieses Unternehmen Saatgut von gentechnisch verändertem Mais der Linie MON 810 erst wieder an landwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland verkaufen, wenn es dem Bundesamt einen Plan zur Beobachtung der Umweltauswirkungen vorgelegt hat. Das ist heute schon mehrfach angesprochen worden.

Landwirtschaftlichen Unternehmen, die künftig Mais der Linie MON 810 anbauen wollen, steht nach diesem Plan zur Beobachtung der Umweltauswirkungen einiges bevor. Prüfpunkte zur Vermeidung von Gefährdungen der Schutzziele Artenschutz, Bodenschutz und Biodiversität sollen insbesondere sein:

1. die Ausbreitung keimfähiger Maiskörner in der Umwelt, Verluste bei Ernte, Transport und Verarbeitung;
2. die Ausbreitung des Bt-Toxins in der Umwelt, beispielsweise über Pollen, Silage oder Pflanzenreste im Boden, Verbleib des Bt-Toxins im Boden auf den Anbauflächen und in betroffenen Lebensräumen in der Umgebung der Anbauflächen.
3. die Auswirkungen auf Nichtzielorganismen, also andere Organismen als den Maiszünsler, auf den Anbauflächen und in betroffenen Lebensräumen in der Umgebung der Anbauflächen,
4. die langfristigen und großflächigen Wirkungen auf die biologische Vielfalt und
5. der Verbleib von Transgenen in Organismen und Umweltmedien.

Ich stelle fest: Diese Prüfpunkte sind weitaus umfangreicher als die vorläufigen Prüfhinweise, die das Umweltministerium am 9. März 2007 betreffs des Anbaus gentechnisch veränderter Nutzpflanzen in oder in der Nähe von Natura-2000-Gebieten als Erlass an die drei Regierungspräsidien gerichtet hat und die diese an die Landratsämter weitergeleitet haben. Dort wird ausschließlich auf Schmetterlingsarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie als Prüfpunkte verwiesen. Bereits mit dieser Aufgabe sind die Landratsämter als zuständige Naturschutzbehörde zumeist fachlich überfordert.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört!)

Nach dem, was bisher an FFH-Verträglichkeitsprüfungen der Anbaustandorte von Genmais in den Landkreisen Kamenz, Delitzsch, Torgau-Oschatz, Riesa-Großenhain und Meißen bekannt ist, komme ich nicht umhin festzustellen: Das Umweltministerium schuf sich mit dem Erlass ein Alibi und die unteren Naturschutzbehörden sind auf sich allein gestellt.

Anders ausgedrückt: Sie sollen die Kohlen aus dem Feuer holen und Entscheidungen für unsere ökologisch sensibelsten Gebiete treffen; für Gebiete, die als letzte Refugien für ohnehin besonders bedrohte Arten von existenzieller Bedeutung sind, und Entscheidungen, zu denen sich weder der Umweltfachbereich des RP Dresden noch das LfUG vollumfänglich in der Lage sehen, und zwar wegen fehlender wissenschaftlicher Erkenntnisse. Hier wird Russisch-Roulett mit der Artenvielfalt gespielt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Deshalb erwarte ich von Ihnen, Herr Staatsminister Tillich, dass Sie den Erlass qualifizieren. Die unteren

Naturschutzbehörden der Landkreise benötigen eine fundierte Handlungsanleitung für die Abschätzung der Erheblichkeit des Anbaus von Mais der Linie MON 810 in Bezug auf Schutz und Entwicklungsziele von Natura-2000-Gebieten. Die unteren Naturschutzbehörden müssen wissen, wie sie im Falle der Anordnung von Maßnahmen gegen die Genmais anbauenden Agrarbetriebe, etwa dem Unterpflügen, mit Schadensersatzansprüchen umzugehen haben. Ansonsten scheuen sie derartige Anordnungen.

Die Wahrheit ist doch: Wenn nicht das Aktionsbündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft, wenn nicht die Grüne Liga und der NABU in Sachsen so hartnäckig gedrängt hätten, wären so gut wie keine FFH-Verträglichkeitsprüfungen eingeleitet worden. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Herr Staatsminister, sich selbst einen Überblick zu verschaffen, wie es tatsächlich um die FFH-Verträglichkeitsprüfungen steht. Diese liegen für die infrage kommenden Anbaustandorte eben nicht vor. Da frage ich mich schon, Herr Staatsminister Tillich: Wollen Sie allen Ernstes ein EU-Vertragsverletzungsverfahren riskieren?

Deshalb bekräftige ich noch einmal, was meine Kollegin Altmann bereits angeführt hat: Auch wenn Monsanto ein Beobachtungsprogramm vorgelegt hat, bestehen die Probleme weiter, weil die wissenschaftlichen Grundlagen über die Beobachtungsmodalitäten fehlen. Sie sollen mit dem besagten Bundesforschungsprogramm erst geschaffen werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es zu unseren Vorschlägen keine vernünftigen Alternativen.

Danke schön.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Jawohl! – Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf vonseiten der Fraktionen? – Das sieht nicht so aus. Herr Minister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bei einer so komplexen Materie sollten wir zunächst einmal Ruhe bewahren und Hysterie vermeiden. Wir brauchen bei einem so emotionsgeladenen und strittigen Thema wie der grünen Gentechnik mehr Sachlichkeit und Besonnenheit. Ich bedanke mich bei den Rednern der Koalition und bei Tino Günther von der FDP, dass sie diese auch so an den Tag gelegt haben. Auch Frau Altmann war insofern noch „zu ertragen“; aber was Frau Kagelmann sowie die NPD hier geboten haben, ist zumindest Grund, den Appell für viel mehr Sachlichkeit und Besonnenheit zu wiederholen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Denn solche Anträge, Herr Porsch, wie der der PDS und der der NPD helfen weder den Verbrauchern noch den Landwirten. Wir brauchen vor allem Rechtssicherheit. Rechtssicherheit bedeutet nach meiner Auffassung aber

nicht, gleich die große Keule zu schwingen, zu verbieten und unterpflügen zu lassen. Nach Ansicht der Staatsregierung wird Rechtssicherheit vor allem dadurch erreicht, dass im Rahmen der EU-rechtlichen und nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Basis belastbarer Daten sowie unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

Das tun wir natürlicherweise in allen anderen Branchen, und das fordere ich auch für die grüne Gentechnik und die davon betroffenen Landwirte; denn der derzeitige Anbau von MON 810 steht – hören Sie zu! – im Einklang mit dem aktuell geltenden EU-Recht.

Dabei werde ich nicht zulassen, dass Sie, meine Damen und Herren von der PDS und von der NPD, gerade unsere Landwirte in eine Schmutzedecke stellen.

(Zurufe von der Linksfraktion.PDS)

Mit Ihren populistischen Forderungen schüren Sie Ängste und schaffen in unverantwortlicher Weise ein Klima der Verunsicherung bei Verbrauchern, Landwirten und Saat-zuchtunternehmen. Ich werde es nicht hinnehmen, meine Damen und Herren von der GRÜNE-Fraktion und von der PDS, dass unsere Landwirte zum Spielball einer ideologisch begründeten Politik

(Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Wer tut das denn?)

oder eines Aktionismus werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es in einem Rechtsstaat für inakzeptabel, dass Landwirte, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen und dies nach geltendem Recht getan haben, drangsaliert und teilweise sogar bedroht werden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Das machen Sie gerade mit unserer Fraktion!)

– Herr Porsch – das gilt auch für Herrn Gerstenberg und für Herrn Weichert –: Die Zeit, dass Menschen wegen anderer Meinungen drangsaliert und bedroht werden, die, glaubte ich, meine Damen und Herren von den GRÜNEN und von der PDS, ist seit 1989 in unserem Lande vorbei.

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Das haben Sie gerade
mit uns gemacht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Bitte schön, Frau Altmann.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Minister Tillich, ich gehe erst einmal davon aus, dass Sie mir aufmerksam zugehört haben.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Das habe ich.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Okay. Haben Sie dann gehört, dass ich ganz ausdrücklich gesagt habe, dass die Landwirte, die diesen Mais angebaut haben, dies im guten Vertrauen – und damit völlig rechtmäßig – auf geltendes Recht getan haben und dass ich Sie zum Schluss meiner Rede aufgefordert habe, genau diese Landwirte jetzt vor dem zugegebenermaßen sehr wirren Bescheid des BVL bzw. vor dessen Folgen zu schützen; dass das genau Ihre Verantwortung ist? Geben Sie mir recht, dass ich das gesagt habe?

Geben Sie mir auch recht, dass damit alle Vorwürfe, die Sie gerade gegen mich und gegen meine Kollegin Kathrin Kagelmann erhoben haben, völlig haltlos sind?

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Also, Frau Altmann: Ich habe Ihnen zugehört, ich habe Sie auch ausdrücklich gelobt, habe aber gleichzeitig gesagt, dass Frau Kagelmann mich in dem bestärkt hat, was ich gerade ausgeführt habe.

(Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:
Frau Kagelmann hat zu den
FFH-Richtlinien gesprochen!)

– Lesen Sie ihre Rede durch!

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Gerstenberg?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Bitte, Herr Gerstenberg.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Staatsminister, würden Sie mir bitte erläutern, mit welchen Worten oder Taten ich ganz persönlich oder auch mein Kollege Michael Weichert durch unsere Ablehnung von Genmais-anbau Landwirte bedroht und drangsaliert hätten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich hatte Sie gebeten, mir zuzuhören. Wenn Sie das Protokoll nachlesen, werden Sie feststellen, dass ich Sie gebeten habe, mir zuzuhören.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:
Da ist eine Entschuldigung fällig! –
Weitere Zurufe – Starke Unruhe)

– Lesen Sie nach!

Meine Damen und Herren von der PDS und von der NPD: Ist Ihnen denn überhaupt bewusst, dass Sie mit Ihrer Politik nicht nur Landwirte und Verbraucher verunsichern, sondern auch die Forschung sowie mittelständische Unternehmen aus unserem Land treiben?

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Ach du meine Güte!)

– Ja, Herr Porsch, hören Sie bitte zu. Wenn sich Deutschland, wenn sich Europa von der Gentechnik abschottet, weltweit aber trotzdem genveränderte Organismen in steigender Menge vermehrt, angebaut und gehandelt werden, dann tun wir unseren Unternehmen überhaupt keinen Gefallen; denn diese werden bei der Entwicklung neuer Technologien behindert und genveränderte Produkte erreichen trotzdem unsere Märkte. Viel besser wäre es, Forschung und Anbau nach unseren Regularien zu betreiben.

Außerdem erreichen Sie das, was Sie selbst immer beklagen: die zunehmende Monopolisierung der Saatzucht und damit wachsende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen außereuropäischen Konzernen.

Meine Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion! In Ihrem Antrag fordern Sie ein Moratorium für den Anbau von Mais der Sorte MON 810. Sie begründen dies vor allem mit den Ergebnissen von Forschungsarbeiten der Biologischen Forschungsanstalt für Landwirtschaft. Warum eigentlich nur mit diesen Forschungsarbeiten? Es gibt eine Vielzahl von Forschungsarbeiten in diesem Bereich. Aber, meine Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS, Sie hätten die Studien sorgfältiger lesen und auswerten müssen. In keiner der von der Forschungsanstalt durchgeführten Studien werden Aussagen getroffen, die gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sprechen. Im Übrigen hat auch die Bundesregierung erst Mitte April dieses Jahres in einer Antwort auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion deutlich gemacht, dass „die Sicherheit der in der EU für den Anbau und den Import zugelassenen transgenen Sorten gegeben ist“.

(Elke Altmann, Linksfraktion.PDS,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Den von meinen Vorrednern mehrfach zitierten Bescheid des BVL an die Firma Monsanto vom 27. April muss man sorgfältig lesen und interpretieren, –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich würde gern erst einmal fortfahren und Frau Altmann trotzdem noch die Gelegenheit zu einer Frage geben, weil ich gerade mitten im Satz war.

Den von meinen Vorrednern mehrfach zitierten Bescheid des BVL an die Firma Monsanto vom 27. April muss man sorgfältig lesen und interpretieren, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. In dem Bescheid wird unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass bereits in Verkehr gebrachtes Saatgut nicht von dem Bescheid erfasst ist, bereits angebaute Pflanzen nicht untergepflügt werden müssen, die Vorlage eines Monitoring-Planes durch die Firma Monsanto genügt, um das Verbot des In-Verkehr-Bringens von MON 810-Saatgut wieder aufheben zu können. Das BVL sieht also lediglich die Notwendigkeit einer eingehenden Beobachtung, um Risiken rechtzeitig

erkennen zu können. Würden von dem Saatgut wirklich akute Gefahren ausgehen, hätte das BVL andere Maßnahmen ergriffen, als einen Monitoring-Plan für neu abzugebendes Saatgut zu fordern, zum Beispiel das Unterpflügen angeordnet oder die Vernichtung der Ernte verlangt. Das ist aber nicht Bestandteil des Bescheides.

Mit dem Bescheid des BVL wird im Grunde nur ohnehin geltendes EU-Recht umgesetzt. Nach der EU-Richtlinie 2001/18/EG ist eine Neuzulassung technisch veränderter Pflanzen über den Oktober 2007 hinaus erst nach Vorlage eines Monitoring-Plans durch den In-Verkehr-Bringer möglich. Das haben Sie auch gesagt, Frau Altmann. Damit sollen potenzielle Gefahren frühzeitig erkannt werden. Das heißt aber nicht, und das ist der entscheidende Unterschied, dass Gefahren vorhanden sind.

Der Ball liegt nun in Brüssel. Es ist jetzt die Aufgabe der EU-Kommission, nach einem europarechtlich vorgeschriebenen Verfahren darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Auflagen die Zulassung von MON 810 verlängert wird und ob das durch das BVL angeordnete Verbot des In-Verkehr-Bringens von MON-810-Saatgut mit EU-Recht konform ist und aufrecht erhalten werden kann. Richtig ist, dass nach EU-Recht eine Genehmigung nur dann zu erteilen ist, wenn keine Gefahren für Mensch und Umwelt zu erwarten sind. Die Staatsregierung hat keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die für die Zulassung zuständigen Behörden der EU und der Mitgliedsstaaten dabei nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht erfüllen und mögliche Risiken für Menschen und Umwelt umfassend prüfen. Herr Weichert, das ist in Abweichung zu Ihrer Rede keine Gefälligkeit an Monsanto, das heißt, hier wird vorher aufmerksam und umfassend bewertet und geprüft.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Tillich, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Bitte schön.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Inzwischen zweifle ich doch etwas daran, dass Sie mir aufmerksam zugehört haben. Haben Sie gehört, dass ich mich in meiner Rede mitnichten auf Forschungsvorhaben und Studien bezogen habe, deren Ergebnisse schon vorliegen, sondern dass ich mich ausdrücklich – –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte die Frage stellen.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Geben Sie mir recht, dass ich mich ausschließlich auf ein Forschungsprogramm bezogen habe, welches von 2006 bis 2010 laufen wird, und wir diese Ergebnisse gern abwarten möchten und damit unter anderem unseren Antrag begründen?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Altmann, da liegt ein kleines Missverständnis vor. Womöglich habe ich Sie zu Ihrer

Rede angesprochen, ich meinte aber die Begründung Ihres Antrages, denn darin beziehen Sie sich eindeutig auf dieses Forschungsgutachten. Lesen Sie bitte in Ihrer Begründung nach.

(Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:
Ich weiß genau, dass es nicht so ist!)

Also, ich möchte fortfahren und komme auf den letzten Satz zurück, den ich vorher gesagt habe: dass wir davon ausgehen, dass die EU-Kommission nach bestem Wissen und Gewissen die möglichen Risiken für Mensch und Umwelt umfassend prüft. Deswegen sieht die Staatsregierung vor diesem Hintergrund derzeit keinen Grund dafür, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die europaweite Zulassung von MON 810 nicht verlängert wird. Gleiches gilt für das geforderte Aussetzen des Anbaus von gentechnisch verändertem Mais, zumal ein solches Moratorium nicht im Einklang mit geltendem EU-Recht stünde. Eine Anordnung zum Unterpflügen von bereits angebautem MON 810 bzw. das Vernichten von bereits verkauftem Saatgut wäre aus Sicht der Staatsregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt unverhältnismäßig und nicht mit belastbaren Fakten zu begründen. Wir halten uns an geltendes Recht, selbst wenn das nicht von allen Fraktionen in diesem Hohen Hause geteilt wird.

Selbstverständlich ist die Zulässigkeit des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen neu zu bewerten, sobald belastbare Erkenntnisse vorliegen, die auf Gefährdungen von Mensch und Umwelt hinweisen; denn der Schutz von Mensch und Umwelt – das hat auch Kollege Schmidt gesagt – hat beim Einsatz der Gentechnik oberste Priorität. Daher werden wir aus Vorsorgegründen die weitere Entwicklung der grünen Gentechnik stetig prüfen, aber es darf nicht dazu kommen, dass jegliche Innovation mit Hinweis auf den Vorsorgegrundsatz von vornherein unmöglich gemacht wird. Das hilft weder den Verbrauchern noch unseren Unternehmen im Freistaat Sachsen. Wir leben auf keiner Insel. Schon jetzt führt die Europäische Union aus den USA, Argentinien und Brasilien jährlich 35 bis 40 Millionen Tonnen Soja und Sojarahstoffe ein.

(Jürgen Gansel, NPD: Das muss
man aber nicht gut finden!)

– Hören Sie zu, Herr Gansel. In Argentinien und den USA werden gentechnisch veränderte und herkömmliche Sojabohnen nicht getrennt, sodass die in den Futtermitteln eingesetzten Sojabohnen durchaus gentechnisch verändert sein können. Es könnte sogar sein, dass der Kollege Weichert in seiner Gaststätte in Leipzig Steaks anbietet, die mit diesen Futtermitteln produziert worden sind.

(Heiterkeit des Abg. Michael Weichert, GRÜNE –
Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS,
steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Später!

Damit werden Fleisch, Milch und Eier indirekt unter Verwendung gentechnisch veränderter Pflanzen produziert. Das ist die Realität, die wir mittlerweile weltweit haben, meine Damen und Herren von der Opposition. GVO sind schon jetzt in Europa präsent. Daher ist es besser, das Ruder selbst in der Hand zu behalten und die Entwicklung mitzubestimmen. Der dem Sächsischen Landtag vorliegende Antrag zur Gentechnik ist dabei in keiner Weise hilfreich.

Frau Kagelmann, Sie haben noch eine Frage?

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS: Danke schön, Herr Staatsminister. – Ich grüble immer noch, was Sie an meinem Beitrag so sehr aufgeregt hat und was da schlecht verständlich sein soll. Nach § 22 Sächsisches Naturschutzgesetz müssen für Projekte wie die Ausbringung von MON 810 die Auswirkungen auf die Schutzziele von Natura 2000-Gebieten ausdrücklich untersucht und überprüft werden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte die Frage stellen.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS: Geben Sie mir recht, dass die unteren Naturschutzbehörden mit der Überprüfung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf Schutzgebiete völlig überfordert sind und dass sie sich schon an das Regierungspräsidium Dresden bzw. das LfUG um Amtshilfe gewandt haben? Wissen Sie darüber Bescheid?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich habe Ihre dazu schon gestellten Kleinen Anfragen umfassend beantwortet. Ich weiß, dass sich die eine oder andere untere Naturschutzbehörde an uns gewandt hat. Ich weiß auch, dass die Erlasslage meiner Naturschutzabteilung an die unteren Naturschutzbehörden in dieser Angelegenheit klar ist.

Jetzt wollte ich noch auf einige wenige Bemerkungen, die in der Debatte gefallen sind, zu sprechen kommen. Erstens. Frau Altmann, Sie haben richtig gesagt, dass die Zulassung für MON 810 im Oktober 2007 ausläuft. Davon aber nicht betroffen ist der Anbau im Frühjahr dieses Jahres gewesen, das heißt, dieser hat unter rechtlich zulässigen Bedingungen stattgefunden. Das will ich nur noch einmal verdeutlichen.

Zweitens haben Sie in einem anderen Zusammenhang von einem vorliegenden Verstoß gesprochen und mich aufgefordert, aktiv zu werden, bzw. kommt das in dem Antrag vor. Das kann ich nicht tun. Das heißt, ich kann nur als Landesbehörde aktiv werden, wenn es diesen Verstoß aktuell gibt. Danach kann ich das in meiner Zuständigkeit als Landesbehörde untersagen.

Frau Altmann, es tut mir leid, wenn ich Sie mit Herrn Müller verwechselt habe. Aber er hat das zumindest gefordert.

Sie haben das Augsburger Urteil zitiert. Frau Altmann, ich möchte zumindest wissen, – –

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Das Hannah-Arendt-Institut!)

– Frau Dr. Runge, ich möchte doch Frau Altmann zumindest die Frage stellen.

– warum Sie einzig und allein das Augsburger Urteil aufführen, sowohl in der Begründung wie auch in der Rede, glaube ich. Ich bin vorsichtig. Warum zitieren Sie eigentlich nicht das Urteil des Leipziger Gerichts und das von Frankfurt/Oder? Sie müssten dann zumindest zugeben, dass Ihre Argumentation, die Sie hier vorgebracht haben, zusammenbricht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin meinen beiden Vorrednern von der Koalition – sowohl Herrn Thomas Schmidt als auch Frau Deicke und anderen Rednern, die gesprochen haben – sehr dankbar. Sie haben angesprochen, dass einerseits das BLV festgestellt hat, dass von MON 810 keine neue Gefahr ausgeht. Das hat nämlich die Bundesregierung in Beantwortung der Kleinen Anfrage getan und anschließend diesen Bescheid gefertigt. Er ist auch für uns keine glückliche Regelung und bringt uns zusätzliche Unsicherheiten. Darauf bezieht sich auch Frau Kagelmann in ihren einleitenden Sätzen.

Ich habe schon immer gesagt: Solange es keine gesicherte gesetzliche Grundlage gibt, die dem Landwirt zusichert, dass er nicht der Einzige ist, der tatsächlich das Risiko dieser neuen Technologie für sich selbst trägt, nämlich die Haftung, kann ich keinem Landwirt empfehlen, MON 810 anzubauen. Dass der Bescheid die Verwirrung noch vergrößert hat, ist zusätzlicher Anlass zu sagen, dass das mindestens in der Frage, wenn dieser Bescheid des BLV vorliegt, gleichwohl zutrifft.

Herr Müller, ich habe erst gedacht, ich antworte nicht auf das, was Sie hier vorgetragen haben. Aber ich glaube, die NPD-Fraktion hat nicht am PISA-Test im Freistaat Sachsen teilgenommen. Ich habe im Handbuch der Landtagsabgeordneten gelesen, Sie sind Arzt. Da müssten Sie zumindest die 8. Klasse Biologie auch absolviert haben. Da müssten Sie gelernt haben, dass jede Züchtung ein Eingriff in die Genetik der Organismen ist.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Es gibt
natürliche und unnatürliche Eingriffe! –
Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Von daher, glaube ich, brauchen Sie uns als CDU darüber nicht zu belehren. Und Sie wissen ganz genau – Herr Gansel, reden Sie über die Sachen, von denen Sie etwas verstehen – –

(Lachen bei den Fraktionen)

Wenn Sie den Unterschied zwischen Züchtung und –

(Jürgen Gansel, NPD: Manipulation!)

– nicht Manipulation – Genforschung nicht kennen, dann lassen Sie sich von Ihrem Kollegen Müller erklären, wo der Unterschied liegt. Das wird er Ihnen erklären können, glaube ich zumindest.

Zu Herrn Weichert habe ich schon in einem Satz etwas gesagt. Ich glaube, dass Sie sich auch als guten Europäer bezeichnen. Deswegen glaube ich auch, dass Sie das akzeptieren, was die Europäische Kommission als Verfahren vorsieht, um die Zulässigkeit von genveränderten Organismen in Europa zu regeln. Ich will Sie daran erinnern, dass jede neue Technologie Risiken in sich birgt. Keiner von den GRÜNEN-Fraktionen, ob in Landtagen, im Bundestag oder im Europäischen Parlament, hat, weil es immer wieder Flugzeugabstürze gibt, bisher die Einstellung des Flugverkehrs verlangt, weil diese Technologie noch nicht zu 100 % sicher ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle dem Landtag, die eingereichten Anträge abzulehnen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort hat die Linksfraktion.PDS. Bitte, Frau Altmann.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stehe vor einer sehr schwierigen Aufgabe, in drei Minuten dieses Durcheinander geradezurücken, was ich jetzt in den letzten Redebeiträgen gehört habe. Ich versuche, es zu schaffen.

Zuerst zu Ihnen, Herr Schmidt, zu dem Vorwurf, der erste Punkt unseres Antrages würde sich gegenseitig widersprechen. Sie wissen doch ganz genau – ich gehe jedenfalls davon aus, und wenn nicht, dann sage ich Ihnen das jetzt –, dass mit dem Wort: „des Anbaus von gentechnisch verändertem Mais der Linie MON 810“ der kommerzielle Anbau gemeint ist. Diese Linie ist seit – das habe ich heute auch schon gesagt – 1998 für den kommerziellen Anbau und das In-Verkehr-Bringen zugelassen. Das genau wollen wir mit dem Moratorium verhindern, nicht mehr und nicht weniger. Ich gehe davon aus, da das einfach so ist und man es weiß, wenn man sich auskennt, ist Herr Tillich auf diesen Punkt gar nicht mehr eingegangen. Versuchsanbau und andere solche Dinge können davon nicht erfasst sein. Wir heben genau auf das ab, was in dem Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit steht.

Der erste Punkt betrifft das, was wir von der Staatsregierung wollen, was sie gegenüber dem Bund im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung direkt machen soll.

Der zweite Punkt unseres Antrages beschreibt einfach noch einmal die Landesebene. Auch dafür gibt es gesetzliche Grundlagen, die genau das zulassen, was im zweiten Punkt steht.

Zum dritten Punkt, Herr Schmidt: Die Risiken müssen erst einmal herausgearbeitet werden, ehe die Landwirte sie kennen und sich dann für oder gegen den Anbau von grüner Gentechnik auf ihren Feldern entscheiden können.

Zum Bt-Toxin, das der Mais bildet: Es ist richtig, dass es im Ökolandbau in viel geringeren Dosen und auch in einem völlig anderen Anwendungsverfahren angewandt wird. Das ist überhaupt nicht vergleichbar. Das Problem bei dem Bt-Mais ist, dass dieses Toxin im Boden über einen langen Zeitraum gebunden ist und sich mit jedem Anbau von Mais anreichert. Das ist genau das Problem in dem Fall.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ja, wenn die Zeit angehalten wird.

Dr. Liane Deicke, SPD: Frau Altmann, Sie haben im Punkt 2 erwähnt, dass die fachgesetzlich vorgeschriebene Beteiligung auf gesetzlichen Grundlagen beruht, die Sie dann auch in der Begründung in Ihrem Änderungsantrag anführen. In der Begründung des Änderungsantrags zu diesem Punkt 2 haben Sie die gesetzlichen Grundlagen angeführt. Können Sie mir erklären, wie der Zusammenhang zwischen den gesetzlichen Grundlagen und der fachgesetzlichen Beteiligung ist? Ich sehe da überhaupt keinen Zusammenhang.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Dazu habe ich mir, Frau Deicke, die Einbringung unseres Änderungsantrages vorbehalten. Das werde ich dabei gern sagen. Das sind zwei verschiedene Ebenen. Der Punkt 2 in unserem Ursprungsantrag hat andere gesetzliche Grundlagen als die Ergänzung durch unseren Änderungsantrag, auf die wir uns dann beziehen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich gehe gern bei der Einbringung des Änderungsantrages darauf ein.

Das mit dem Toxin haben wir geklärt.

Als Letztes ist mir noch ein Wort wichtig zu dem immer wiederkehrenden Argument: Wenn wir nichts tun, dann tun es andere, und es wird ja schon so viel Genmais in der Welt angebaut. Ja, das ist richtig, aber das ist in Amerika und in Kanada, in Europa vergleichsweise wenig, in Deutschland noch weniger. Genau dort wollen wir versuchen, die Grenze zu ziehen.

Genau in Amerika und Kanada zeigen sich jetzt schon ganz deutlich die negativen Folgen, wo sogar der wirtschaftliche Vorteil ins Gegenteil verkehrt wird. Warum müssen wir die gleichen Fehler machen?

Das andere kann ich nachher noch bei der Einbringung des Änderungsantrages sagen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich rufe den Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS auf. Frau Altmann, Sie können gleich wieder nach vorn kommen. Es handelt sich um die Drucksache 4/8947, Neufassung des gesamten Antrages.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Sie unseren Änderungsantrag gesehen haben, werden Sie festgestellt haben, er ersetzt im Prinzip unseren Ursprungsantrag. Er ist einfach noch um den Punkt 4 erweitert.

Den Punkt 4 wollen wir ganz einfach für den Fall, dass keine der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen unter den Punkten 1 bis 3 greift. Dort wollen wir, dass die Staatsregierung von ihrem Recht Gebrauch macht, und zwar von den gesetzlichen Möglichkeiten, die im letzten Abschnitt der Begründung stehen, § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Durchführung von Verordnungen usw. usw., Gentechnikdurchführungsgesetz und § 26 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik, Gentechnikgesetz. Dort wird detailliert beschrieben, in welchen Fällen auch eine Landesbehörde gegen bestehende Genehmigungen vorgehen kann. Wenn zum Beispiel im ersten Fall eine Genehmigung ruht, kann das Staatsministerium vorgehen, oder wenn das Staatsministerium der Meinung ist, dass mit der Genehmigung und anderer Rechtsprechung die Sicherheit und das Allgemeinwohl im eigenen Land eben gefährdet sind. Es gibt diese Möglichkeit, dort einzugreifen.

Das ist eigentlich schon alles, was unseren Änderungsantrag betrifft.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Es gibt noch eine Zwischenfrage zum Änderungsantrag.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ja.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Deicke, bitte.

Dr. Liane Deicke, SPD: Frau Altmann, ist Ihnen bewusst, dass Sie jetzt bei der Begründung, insbesondere bei der Zitierung der gesetzlichen Grundlagen, eigentlich nur die Hälfte gesagt haben und noch ergänzen müssten, dass es um Anordnungen im Einzelfall geht und die Befugnisse nur dann herrschen, überhaupt nur wahrgenommen werden können, wenn es sich um einen Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften handelt?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften ist eine von mehreren Möglichkeiten, die in diesem § 4 Abs. 2 geregelt ist; auch dann, wenn eine Zulassung oder eine Genehmigung ruht oder teilweise ausgesetzt ist. Genau das steht im § 4 Abs. 2 drin, und genau darauf stellen wir in dem Fall ab.

Es ist so. Wir können noch einmal gemeinsam hinterher hineinschauen: teilweises Ruhen, Aussetzen oder Genehmigung unter ganz bestimmten Bedingungen. Das ist jetzt genau der Fall.

So, jetzt noch einmal zu unserem – –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ja.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Abg. Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, CDU: An diesem Mikrofon stellt man immer die Frage: Geben Sie mir recht, dass ich gesagt habe und dass Sie auch gesagt haben, dass der Anbau von gvo-BTO-Mais MON 810, der in diesem Jahr erfolgt ist, auf gesetzlicher Grundlage erfolgt ist?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ja.

Stanislaw Tillich, CDU: Liegt damit ein Verstoß vor?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Nein.

Stanislaw Tillich, CDU: Okay?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Tillich, das ist einfach ein Missverständnis. Das zeigt mir, dass Sie unseren gesamten Antrag offensichtlich nicht verstanden haben.

(Widerspruch und Gelächter bei der CDU)

Es ist einfach so: Unser Antrag geht in die Zukunft. Ich habe bisher in meiner Rede mit keinem Wort gesagt, dass wir das, was 2007 bisher ausgebracht und auch genehmigt worden ist, in irgendeiner Weise anzweifeln. Wir fordern ja noch nicht einmal, dass das untergepflügt wird, was jetzt wächst, weil es von diesem Bescheid nicht erfasst wird.

Unser Antrag bezieht sich auf Anträge auf Neuzulassungen in Zukunft.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Das wollen wir in dem Zeitraum bis 2010.

Herr Tillich, da kann ich auch gleich noch einmal auf Sie zurückkommen. Ich nutze einfach die Zeit. Lesen Sie sich unseren Antrag, lesen Sie sich unsere Begründung durch.

(Allgemeine Unruhe im Saal)

Dort wird beide Male auf das noch laufende Forschungsprogramm Bezug genommen und in keinem Fall auf eines, das schon abgeschlossen ist.

Was ist jetzt noch übrig geblieben? – Ach so, diese Wahlfreiheit,

(Anhaltende Unruhe im Saal)

die Landwirte und Verbraucher sozusagen haben sollen, ob sie GVO anbauen, ob wir GVO essen oder nicht. Bitte ein bisschen Ruhe!

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren! Wie sollen Verbraucher die Wahlfreiheit haben zwischen GVO, ökologisch produzierten Lebensmitteln oder herkömmlich produzierten, wenn in mehreren Jahren, in absehbarer Zeit, wie in Kanada und in den USA zum Teil schon geschehen, ökologische Landwirtschaft und auch konventionelle Landwirtschaft

aufgrund dessen, dass sich GVO so weit und zum Teil auch unkontrolliert ausgebreitet haben, diese Wahlfreiheit einfach wegfällt? Wir wollen die Wahlfreiheit sichern und wir wollen erst einmal, dass alle möglichen Anbauverfahren und dann auch die Wahlfreiheit für die Verbraucher einfach gegeben ist. Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Schluss kommen.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ich sage Ihnen ein letztes Mal: Nicht mehr und nicht weniger wollen wir zurzeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer möchte zum Änderungsantrag sprechen? – Ich sehe niemanden. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Drucksache 4/8947. Wer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Frau Altmann, Sie werden bestimmt Ihrem eigenen Antrag noch zustimmen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer ganzen Reihe von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der NPD-Fraktion in der Drucksache 4/8965 auf. Herr Dr. Müller, ich bitte um Einbringung.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Inhaltlich, denke ich, ist der Antrag ja eingebracht. Die verbalen Attacken des Staatsministers gegen meine Person und Leute aus meiner Fraktion, aber

auch gegen Frau Kagelmann und Herrn Gerstenberg zeigen eigentlich die tiefe Verunsicherung des Staatsministers selbst. Dies spricht dafür,

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte den Antrag einbringen!

Dr. Johannes Müller, NPD: dass man diesem Antrag zustimmen sollte. – Danke.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer möchte zum Änderungsantrag sprechen? – Niemand. Dann rufe ich jetzt diesen Änderungsantrag der NPD in der Drucksache 4/8965 auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Stimmen dafür ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt die Drucksache 4/8809 auf, den Ursprungsantrag, und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. Das ist Ihr Antrag! –

(Heiterkeit)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

(Allgemeine Unruhe im Saal)

Meine Damen und Herren, wir haben noch drei Tagesordnungspunkte zu bewältigen, dann haben wir es geschafft. Ich würde jetzt gern mit dem Punkt 5 fortsetzen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

Eintreten des Freistaates Sachsen für den Erhalt einer unabhängigen kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere für den Verbleib der Stadtwerke unter kommunaler Kontrolle und für den Schutz der für die Stadtwerke getätigten kommunalen Investitionen

Drucksache 4/8843, Antrag der Fraktion der NPD

Es spricht zuerst die Einreicherin, danach CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn sie das wünscht.

Ich erteile nun Herrn Abg. Delle, NPD-Fraktion, das Wort.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag möchten wir erreichen, dass der Freistaat Sachsen sich entschiedener als bisher für den Erhalt einer unabhängigen kommunalen Daseinsvorsorge einsetzt. Es geht uns insbesondere um den Verbleib der Stadtwerke unter kommunaler Kontrolle und um den Schutz der hierfür getätigten kommunalen Investitionen.

Wenn unter den Abgeordneten der Altparteien jemand sein sollte, der sich jenseits aller politischen Voreingenommenheit hierzu eine objektive Meinung bilden möchte, dann empfehle ich ihr bzw. ihm, sich zunächst zwei Fragen zu stellen:

Erstens die Frage, ob sie bzw. er eine möglichst unabhängige Daseinsvorsorge in den Bereichen Wasser, Abwasser, Energie und Verkehr überhaupt für erhaltens- oder erstrebenswert hält.

Zweitens die Frage, ob diese kommunale Daseinsvorsorge heute gefährdet ist, ob also ein entsprechender Handlungsbedarf besteht.

Wir als NPD-Fraktion bejahen für unseren Teil beide Fragen, was ich hier zur Begründung unseres Antrages kurz erläutern werde.

Die Infrastruktur zur Bereitstellung der Grundleistungen eines Gemeinwesens, also der Energie-, Wasser- und Verkehrsinfrastruktur, muss nach unserer Überzeugung unter allen Umständen unter kommunaler Kontrolle bleiben, denn sie ist aus verschiedenen Gründen ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Selbstbestimmung.

Sie bietet erstens Sicherheit gegen Ausbeutung, Misswirtschaft und wirtschaftliche Erpressung. Das ist gerade in Zeiten von internationalen Heuschrecken ein unschätzbarer Wert. Des Weiteren bietet sie auf lokaler Ebene versorgungspolitischen Gestaltungsspielraum, was angesichts der Vorteile einer dezentralen und nachhaltigen Lösung für die Versorgungssicherheit und die Umwelt ebenfalls von größter Bedeutung ist.

Außerdem stellt die kommunale Kontrolle über die Energie-, Wasser- und Verkehrsinfrastruktur die regionale Wirtschaft. Im Gegensatz zu den Konzernen sind die Kommunen bestrebt, Bau-, Instandsetzungs- und Serviceaufträge vorwiegend an heimische Betriebe zu vergeben. Schließlich sorgen sie dafür, dass Löhne und Gewinne weitestgehend in der Region bleiben und nicht in die wirtschaftlichen Ballungsräume bzw. in die internationalen Kapitalmärkte abwandern. Sie trägt damit zur sozio-ökonomischen Integrität der Gemeinden und letztlich zum Gemeinschafts- und Identitätsgefühl ihrer Menschen bei.

Schon aus diesen Gründen ist es für uns gar keine Frage, dass die genannten Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleiben müssen. Es ist aber auch eine unabdingbare Voraussetzung für die grundgesetzlich geforderte Selbstverwaltung. Die typischen Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie Wasser- und Energieversorgung, sind nach höchststrichterlicher Rechtsprechung verfassungsmäßig garantierte Vorrechte der kommunalen Gebietskörperschaften, Rechte, die nicht einfach durch das sogenannte EU-Wettbewerbsrecht ausgehebelt werden dürfen.

In welchem Maße müssen wir diese Aushebelung befürchten und wie weit besteht Handlungsbedarf? Dies ist die zweite Kardinalfrage, die unserem Antrag zugrunde liegt. Wir wissen, dass die Großkonzerne und ihre politischen Hilfsorgane – allen voran die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof – die wirtschaftlichen Handlungsspielräume der Kommunen dramatisch einschränken. Wir wissen, dass infolge dieser Politik vollendete Tatsachen geschaffen werden und sich entsprechende Rechtsauffassungen breitmachen, nach denen die sozial und demokratisch ausgerichtete kommunale Daseinsvorsorge geradezu systemwidrig sei und deswegen dem internationalen Wettbewerb, das heißt im Klartext der Herrschaft von internationalen Großkonzernen, zu weichen habe.

So vertrat zum Beispiel der Justiziar der Berliner Gasversorgungs AG kürzlich in einer Stellungnahme die Auffassung, dass – ich zitiere – „der leitungsgebundenen Energieversorgung der Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge entzogen ist, weil im Einflussbereich des Wettbe-

werbs eine kommunale Zuständigkeit nicht mehr benötigt wird“.

(Gitta Schüller, NPD: Pfui!)

Gerade die eben genannte Berliner Gasversorgungs AG ist ein besonders abschreckendes Beispiel für den totalen kommunalen Ausverkauf, der mit dieser Entwicklung einhergeht. Die ehemals städtische Gasversorgungsgesellschaft wurde im Jahre 1998 vom Land Berlin an die französische Strom- und Gasversorgungsgesellschaft Gaz de France und an das Stromversorgungsunternehmen Vattenfall Europe Berlin verschachert. Dies war kurz zuvor durch den Kauf der traditionsreichen Berliner Städtischen Elektrizitätswerke durch den schwedischen Vattenfallkonzern entstanden. Exemplarischer kann man meines Erachtens den extremen Handlungsbedarf auf diesem Gebiet gar nicht aufzeigen, denn diese Berliner Entwicklung ist typisch für Deutschland.

Meine Damen und Herren! Durch die angekündigte Anreizregulierungsverordnung der Bundesregierung sollen demnächst die Entgelte für die Nutzung der kommunalen Energienetze radikal gekürzt werden, sodass diese nicht mehr kostendeckend betrieben werden können. Dass dies viele Kommunen mit ihrer bekannten schlechten Finanzlage nicht durchstehen können oder manchmal auch nicht wollen, kann sich jeder an seinen Fingern abzählen.

Gegen die Anreizregulierungsverordnung haben im vergangenen Monat über 80 prominente Vertreter der kommunalen Energiewirtschaft, darunter die Oberbürgermeister der Städte Chemnitz, Plauen und Zittau, mit bewegenden Worten protestiert. Sie appellieren an die Ministerpräsidenten der Länder, die Verordnung im Bundesrat zu verhindern. Für den Fall, dass sie in Kraft tritt, sagen sie Folgendes voraus – ich zitiere –: „Dann müssten wir Kommunen uns fragen, ob sich dieses Netzgeschäft für die Kommunen noch rentiert. Sollen wir kommunale Infrastrukturen an internationale Hedgefonds oder die großen Energiekonzerne verkaufen? Langfristig wäre dadurch die Unabhängigkeit vieler dezentraler Energieversorger bedroht.“

Die NPD-Fraktion schließt sich diesem Appell vollinhaltlich an und gibt ihn an den Sächsischen Landtag mit der Bitte weiter, die Staatsregierung zum Handeln im Bundesrat aufzufordern.

Das Argument, dass hiervon auch die Energiekonzerne profitieren würden, lasse ich, meine Damen und Herren, nicht gelten, denn so flexibel ist der zuständige Gesetzgeber allemal, dass er zwischen Stadtwerken und Megakonzerne rechtlich unterscheiden kann. Sollte die EU etwas dagegen haben, müssten wir so frei sein, ihr die verfassungsrechtliche Lage in Deutschland klarzumachen. Auch das aktuelle sächsische Beispiel, nämlich die beschlossene Teilprivatisierung der Leipziger Stadtwerke, ist nicht zuletzt eine Konsequenz der angekündigten Anreizregulierungsverordnung. Der Gewinn der Leipziger Stadtwerke, der im Jahre 2006 bei stolzen 54 Millionen Euro vor

Steuern lag, also ungefähr in derselben Größenordnung wie die Kreditermächtigung der Stadt, wird durch die Verordnung stark zusammenschmelzen.

Vor diesem Hintergrund ist es rein haushaltstechnisch gesehen durchaus verständlich, dass die Stadtoberen mehr Interesse am Verkaufserlös als am ungeteilten Gewinn haben; schließlich hat die Stadt fast eine Milliarde Euro Schulden.

Meine Damen und Herren! Gerade das Eintreten auf Bundesebene gegen die Anreizregulierungsverordnung ist ein sehr gutes Beispiel für die Möglichkeiten des Freistaates, sich gegen die von der EU ausgehende Liberalisierungs-, Kommerzialisierungs- und Globalisierungspolitik einzusetzen. Genau dies muss er in der Tat auch tun, wenn seine Bekenntnisse zur kommunalen Selbstverwaltung nicht als Lippenbekenntnisse aufgefasst werden sollen.

Meine Damen und Herren! Die neoliberale Politik der EU duldet keine kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen oder sonstigen wirtschaftlichen Nischen, die sich den Globalisierungskräften und dem Zugriff des internationalen Kapitals ganz oder teilweise entziehen könnten. Dieses einmal realistisch und mutig zur Kenntnis zu nehmen und daraus die notwendigen politischen Folgerungen zu ziehen, ist der einzige Weg, kommunale Selbstverwaltung und somit die regionale Vielfalt in Deutschland zu erhalten. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage die CDU-Fraktion, ob sie sprechen möchte. – Für die Koalition spricht die Abg. Frau Weihmert.

Margit Weihmert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leistungen der Daseinsvorsorge zählen zum Kernbestand des deutschen Rechts- und Gesellschaftssystems. Sie werden traditionell von den Städten, Gemeinden und Landkreisen erbracht. Dafür gibt es keinen feststehenden Katalog. Hierzu zählen sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Dienstleistungen. Im Freistaat wie auch in Deutschland bestehen besondere Pflichten zur Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land. Diese sind in Sachsen wie in Deutschland durch die kommunale Selbstverwaltung und andere Gesetze, welche die Organisation der Erbringung dieser Leistung betreffen, rechtlich abgesichert.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht neu, dass die NPD die demokratischen Kräfte dieses Hauses, die Bundesebene oder die Europäische Union bezichtigt, den Menschen ihre fundamentalen Grundlagen oder Rechte nehmen zu wollen. In diesen Kontext gehört auch der heutige Antrag, der in seiner Begründung die deutliche Sprache Ihres vollkommen falschen Weltbildes spricht. Ihnen geht es auch in diesem Antrag mitnichten um die Menschen.

Eben wurde es wieder deutlich ausgeführt. Es geht um Ihre europafeindliche Gesinnung.

Lassen Sie mich etwas zur kommunalen Daseinsvorsorge sagen. Die Kommunen haben ein Recht auf die Eigenbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Dabei sind die Kommunen frei, diese Aufgaben, zum Beispiel Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung, durch eigene unternehmerische Tätigkeit wahrzunehmen oder ganz bzw. teilweise ein privates Unternehmen damit zu beauftragen. Diese Wahlfreiheit ist ein wichtiger Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Die Liberalisierung einzelner Sektoren dieser Daseinsvorsorge muss immer eine Einzelfallentscheidung bleiben, und sie ist es auch, wie Beispiele in Deutschland zeigen.

Wichtig ist und bleibt dabei, dass die Kommunen weiter für die Aufgaben der Daseinsvorsorge verantwortlich bleiben und sich ihren Einfluss auf Grundsatzentscheidungen erhalten. Dabei ist natürlich das hohe Qualitätsniveau von Dienstleistungen zu beachten, das wir in Deutschland gewohnt sind, und auch der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu den Dienstleistungen sowie die Erschwinglichkeit dieser Leistungen für den Einzelnen. Traditionell ist es so, dass bei diesen Richtlinien und der in Rede stehenden Richtlinie die Praxis der einzelnen EU-Staaten berücksichtigt werden muss. Es ist nicht neu, dass im Rahmen der EU gemeinsam um Richtlinien und Regelungen gerungen wird. Auch das ist ein ganz normales demokratisches Verfahren – wie auch gemeinsam um die Formulierung der Anreizregulierungsverordnung gerungen wird.

Eines ist allerdings klar: Weder der Antrag der NPD noch die oberflächliche Botschaft, die wir soeben gehört haben, geben die Antwort auf die künftigen Herausforderungen der Daseinsvorsorge, die gemeinsam gelöst werden müssen. Ich bin mir sicher, dass dies im Kontext gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU auch zu lösen ist.

(Jürgen Gansel, NPD: Amen!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion hat niemanden gemeldet, die FDP ebenfalls nicht. Deshalb spricht jetzt für die Fraktion der GRÜNEN Herr Abg. Weichert.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Stadtrat meiner Heimatstadt Leipzig muss ich an dieser Stelle zum wiederholten Male zur Kenntnis nehmen, dass es der NPD-Landtagsfraktion anscheinend an landespolitischer Kompetenz mangelt und dass sie ersatzweise Anträge stellt, die eindeutig in den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung gehören.

(Beifall der Abg. Margit Weihmert, SPD)

Daher empfehle ich der Antragstellerin zunächst die Anschaffung eines Grundgesetzes. Darin ist nämlich in

Artikel 28 Abs. 2 die kommunale Selbstverwaltung geregelt. Das kann man sich auch herunterladen.

In Ihrer Antragsbegründung schreiben Sie, dass die NPD-Fraktion die Entwicklung in Leipzig – ich zitiere – „für prinzipiell unvereinbar mit der kommunalen Selbstbestimmung und letztlich auch mit dem Demokratiedanken hält“. Herr Apfel, Herr Delle, mir kommen die Tränen – aber vor Lachen.

(Leichte Heiterkeit bei den GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS)

Nicht nur, dass Sie sich erdreisten, einen ganz normalen Prozess der städtischen Politik hier zum Thema im Landtag zu machen. Angesichts Ihres Desinteresses an den Abläufen in der Demokratie ist das auch nicht verwunderlich.

(Alexander Delle, NPD: Sie machen das auch gerade mit der Waldschlösschenbrücke!)

Nein, Sie schwingen sich hier auch noch zum Gralshüter der kommunalen Selbstbestimmung und der Demokratie auf. Da kann man eher unsere Lausitzer Wölfe als Schafhirten anlernen, als Sie zum Wächter über das Grundgesetz zu machen.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und der FDP)

Zu dem hier angesprochenen Themenkreis habe ich mich selbst geäußert, wohlgemerkt: als Stadtrat.

Meine Damen und Herren! Die Tatsache der Ausschreibung als solche und die Steuerung des Prozesses der Teilprivatisierung ist allein Angelegenheit der demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter der Leipziger Bürgerschaft, und als deren Vertreter sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Auf die Ratschläge der NPD-Landtagsfraktion können wir – nicht nur in Leipzig – gut und gerne verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Stadt Leipzig war eine der Kommunen, die nach 1990 gegen den Einigungsvertrag geklagt und eine Vereinbarung mit den Energieversorgern erreicht haben. Das heißt, wir haben uns das Recht, eigene Stadtwerke zu gründen und zu betreiben, selbst erkämpft. Wir haben danach die Stadtwerke Leipzig gegründet und bereits zweimal teilprivatisiert. Beide Male haben wir die Anteile von RWE wieder zurückgekauft, und ich darf Ihnen hier versichern: Die Stadt Leipzig hat in beiden Fällen kein schlechtes Geschäft damit gemacht.

Warum erzähle ich das hier? All das – die Wiedergründung der Stadtwerke, den zweifachen Verkauf und den zweifachen Rückkauf – haben wir in Leipzig allein hinbekommen. Die Hilfe der NPD haben wir dazu nicht gebraucht.

(Beifall der Abg. Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS, und Sven Morlok, FDP)

Auch wenn wir im Leipziger Rat über das Ob und das Wie der Teilveräußerung nicht einer Meinung sind, darf ich Ihnen eines versichern: In der Ablehnung der Einmischung durch die NPD sind wir uns über Fraktionsgrenzen hinweg einig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und der FDP – Jürgen Gansel, NPD: Das glauben wir Ihnen!)

Sie unterstellen in Ihrem Antrag ein Bestreben der Kommunen, unabhängige kommunale Strukturen zu erhalten oder wiederherzustellen. Leider haben Sie uns nicht verraten, auf welchen Tatsachen diese Behauptung beruht. Die Erfahrungen, die die Kommunen in der Zusammenarbeit mit privaten Partnern gemacht haben oder machen, sind durchaus unterschiedlich. Dies hier über einen Kamm zu scheren ist sachlich völlig unbegründet. Dazu braucht es keine von Ihnen verlangte Gesetzesinitiative oder Finanzhilfen des Landes. Den Stadtwerken des Landes geht es – bis auf einige Ausnahmen – ganz gut. Sie haben ja selbst die Gewinne aufgeführt, die wir in Leipzig mit den Stadtwerken machen.

Die Stadtwerke in Leipzig sind ein gut aufgestelltes Unternehmen. Auch dies haben wir in Leipzig aus eigener Kraft geschafft. Bedarf an Hilfe durch Sie hatten wir weder in der Vergangenheit, und auch für die Zukunft schließe ich aus, dass wir Ihre Unterstützung brauchen.

(Alexander Delle, NPD: Das haben wir verstanden!)

Ich fasse zusammen:

Erstens. Dieser Antrag gehört nicht in den Landtag.

Zweitens. Die NPD will sich als Wahrer des Selbstbestimmungsrechtes der Kommunen aufspielen. Das taugt noch nicht einmal als schlechter Witz.

Drittens. Ihren Versuch, die Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Leipziger Stadtwerke zu nutzen, um einen Streit der demokratischen Parteien hier im Landtag oder auch im Stadtrat von Leipzig zu entfachen, können Sie getrost als gescheitert ansehen.

Viertens. Die deutsche und auch die europäische Geschichte lehren uns: Sogenannte nationale Parteien haben noch in keinem einzigen Fall das Selbstbestimmungsrecht von Kommunen gewahrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur in Deutschland bis 1945 galt, dass der Wille des Führers über dem Recht steht. Ihre Bezüge auf das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen sind daher nur scheinheilig.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Fünftens. Auch Ihre europafeindliche Haltung, die in diesem Antrag wieder einmal zum Ausdruck kommt, hat

in der Realität keine Basis. Die Bevorzugung von Gesellschaften, die sich mehrheitlich in kommunalem Eigentum befinden, wird integraler Bestandteil des europäischen Wettbewerbsrechts werden. Die EU setzt hier ein Zeichen für die kommunale Daseinsvorsorge.

Meine Damen und Herren! Weder formal noch inhaltlich kann dem Antrag der NPD entsprochen werden. Er ist einfach nur grottenschlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD,
der FDP und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Von der Staatsregierung wünscht niemand zu sprechen. Dann frage ich, ob es aus den Fraktionen noch Redebedarf gibt. – Herr Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den etablierten Blockparteien – einschließlich der Pseudosozialisten von der PDS, die sich wieder einmal der Diskussion entziehen, wenn es um Bürgerinteressen geht – vertritt die NPD die Auffassung, dass Infrastrukturbereiche von existenzieller Bedeutung für unser Volk unter nationalstaatlicher und demokratischer Kontrolle verbleiben und dorthin zurückgeführt werden müssen. Das gilt für die Energie- und Wasserwirtschaft wie auch für den Nahverkehr im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Es gilt aber grundsätzlich auch für alle Energieversorgungsnetze, für zentrale Energieversorgungsanlagen und Verbindungen der Trink- und Abwasserwirtschaft, für Straßen, Schienen und Wasserwege sowie für das Postwesen und die festen Einrichtungen der Fernmeldeeinrichtungen.

Diese Forderung gilt umso mehr, da immer deutlicher wird, dass am Ende die Abhängigkeit vom internationalen Kapital als einzige realistische Alternative zur demokratischen, staatlichen oder kommunalen Kontrolle infrage kommt, und fremden Geldvögten wollen wir unsere existenziellen Lebensgrundlagen nicht freiwillig unterwerfen, meine Damen und Herren. Wir sind vor allem dagegen, dass man unter der fadenscheinigen Berufung auf irgendeine momentane Konjunkturlage die demokratische Kontrolle über die Grundlagen eines selbstbestimmten nationalen Lebens aufgibt, sei es auf kommunaler, regionaler oder nationalstaatlicher Ebene, und zwar auch dann, wenn dadurch die Kilowattstunde vorübergehend etwas billiger werden könnte; denn Konjunkturen sind per Definition unbeständig und nicht planbar, während im Gegensatz dazu Nachhaltigkeit und Planungssicherheit das Fundament unserer existenziellen Lebensgrundlagen bilden sollten.

Auf mittlere Sicht werden Weltwirtschaft und Weltpolitik von extremer Energieknappheit geprägt sein, und wer dann nicht durch eigenständige, dezentrale und demokratisch kontrollierte Strukturen vorgesorgt hat, der wird von den Konzernen wie eine Weihnachtsgans ausgenommen. Davor, meine Damen und Herren, möchten wir unser Volk bewahren.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass die bisherige Liberalisierung des Strommarktes keineswegs die Strompreise in Deutschland gesenkt hat. Ganz im Gegenteil: Seit Beginn der Liberalisierung im Jahre 1998, also seit der ersten von der EU erzwungenen Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, müssen die privaten Haushalte sogar über ein Viertel mehr für ihre Stromrechnung bezahlen. Deswegen sind wir vor allem gegen die Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Stadtwerken; denn dies bedeutet nichts anderes als die Privatisierung von Gewinnen und die Kommunalisierung von Verlusten.

In Zittau beispielsweise gehen 47,73 % des Gewinnes an die städtische Beteiligungs GmbH und 52,27 % an private Gesellschafter. Diesen ist aber laut Vertrag ein Gewinn von 863 320 Euro garantiert. Fällt der Gesamtgewinn niedriger aus, muss die Stadt Geld aus dem Haushalt zuschießen, das heißt, sie macht Verlust.

(Jürgen Gansel, NPD: Knebelverträge!)

Wenn andererseits, wie bei den Leipziger Stadtwerken, ein kräftiger Gewinn zu verzeichnen ist, 54 Millionen Euro vor Steuern, ist es ein Diebstahl am Bürger, wenn dieses Geld zu 50 %, wie bei der vorgesehenen Teilprivatisierung, in die internationalen Kapitalmärkte fließen soll; denn die Stadtwerke sind von den Leipziger Bürgern bezahlt worden und gehören somit ihnen.

Wenn die erhobenen Gebühren so angesetzt werden, dass ein Reingewinn entsteht, so handelt es sich dabei im Prinzip – bis auf Abschreibungen und die betriebsnotwendige Verzinsung des Kapitals – um nichts anderes als eine Steuer. Wird diese zur Querfinanzierung anderer wichtiger kommunaler Vorhaben verwendet, bleibt die entsprechende Kaufkraft in der Stadt und sichert städtische Arbeitsplätze. Wird sie hingegen in den internationalen Kapitalkreislauf geleitet, bedeutet dies für die Stadt einen ständigen Aderlass an Kauf- und Investitionskraft.

Was die Leipziger Stadtwerke betrifft, will ich noch Folgendes feststellen: Wir sind gegen jede Form von Privatisierung der Stadtwerke und bedauern, dass von den angeblichen Privatisierungsgegnern im Stadtrat, vor allem auch von der Linksfraktion.PDS, so wenig Widerstand geleistet wird.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Nachdem die Teilprivatisierung nun aber leider beschlossen ist, sollte zumindest an dem anvisierten Bieterkonsortium von Verbundnetz Gas AG und Sachsen LB festgehalten werden, denn diese Unternehmen haben beide wenigstens ihren Stammsitz in Leipzig und haben beide eine starke kommunale Verankerung. Doch selbst diese Lösung scheint gefährdet, da der LVV-Vorsitzende Hans-Joachim Klein nicht nur Mitglied der Ausschreibungskommission, sondern auch noch Mitglied des Aufsichtsrats der VNG ist. Damit ist Herr Klein einerseits Vertreter des Bieters, andererseits Vorstandsvorsitzender der Holding, der die zu verkaufenden Stadtwerkeanteile

gehören, und zu allem Überfluss noch Mitglied des Gremiums, das die Angebote bewerten soll.

Meine Damen und Herren, will man so ganz bewusst den Einspruch der EU-Kommission provozieren, oder wird hier nur ein weiterer Pferdefuß der inzwischen ruchbar gewordenen Leipziger Korruptionsgesellschaft sichtbar? Beide Möglichkeiten sind in hohem Maße beunruhigend, und genau deshalb bitten wir um Ihre Unterstützung zu unserem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es den Wunsch, darauf zu erwidern? – Dann die NPD-Fraktion zum Schlusswort.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Nein, kein Schlusswort, Frau Präsidentin.)

– Kein Schlusswort. Und Herr Müller?

(Dr. Johannes Müller, NPD: Ein Geschäftsordnungsantrag nach – –)

– Moment! – Bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Ein Geschäftsordnungsantrag nach § 83 Abs. 1 der Geschäftsordnung: Feststellung der Beschlussfähigkeit.

(Holger Apfel, NPD: Und Schotten schließen!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer zu mir und unterbreche für einige Minuten.

(Unterbrechung von 18:27 bis 18:29 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Wir können in der Beratung fortfahren.

(Holger Apfel, NPD: Wie viele sind es denn?)

– Ich habe soeben 65 gezählt.

(Jürgen Gansel, NPD: Es sind aber „Kollegen“ nachgekommen!)

Es sind aber inzwischen mehr.

(Holger Apfel, NPD: 65 von 124!)

Wir können in der Beratung fortfahren. Ich hatte die NPD gefragt; ein Schlusswort war nicht gewünscht. Wir waren kurz vor der Abstimmung. Also stelle ich die Drucksache 4/8343 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen, Stimmen dafür. Der Antrag ist dennoch mehrheitlich abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt 5 kann beendet werden.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich sage es nicht gern, aber ein bisschen ernst sollten Sie sich auch nehmen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 6

Sächsische Bundesfernstraßenprojekte vorfinanzieren

Drucksache 4/8830, Antrag der Fraktion der FDP

Hierzu können selbstverständlich die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die einreichende Fraktion der FDP. Danach die Fraktionen in der gewohnten Reihenfolge. – Bitte, Herr Morlok, Sie haben das Wort.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Alles betonieren, ist gut gegen Unkraut!)

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind konfrontiert mit erheblichen Mittelkürzungen des Bundes für den Bau von Bundesfernstraßen. Wichtige Verkehrsinfrastrukturschwerpunkte in Sachsen bleiben daher auf der Strecke. Herr Prof. Bolick, Sie haben bereits vor einigen Wochen dazu Stellung genommen. Sie haben gesagt – ich zitiere –: „Minister Tiefensee lässt Sachsen bei den Verkehrsprojekten im Regen stehen.“ Richtig, Ihre Aussage. Des Weiteren haben Sie gesagt: „Herr Tiefensee koppelt den Osten von der Entwicklung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ab.“

Wiederum richtig, Herr Prof. Bolick. Nur reicht es nicht, Herr Prof. Bolick, die Situation zu beklagen. Wir als gewählte Abgeordnete sind aufgerufen, die Probleme zu

lösen. Beklagen allein ist viel zu wenig, ist vollkommen unzureichend.

(Beifall bei der FDP)

Insgesamt sind von der aktuellen Mittelkürzung sieben Projekte betroffen, sieben Projekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von 122 Millionen Euro, sieben Projekte, für die der Baubeginn im Jahr 2007 geplant war und die aufgrund der Mittelkürzung von Herrn Tiefensee nun auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben sind. Ich will die Projekte nicht im Einzelnen aufzählen, ich will nur ein paar Beispiele nennen:

Es handelt sich zum einen um die B 96, Westtangente Bautzen. Hiermit soll die Stadt Bautzen dringend von dem Schwerlastverkehr durch die Stadt entlastet werden.

Weiteres Beispiel ist die B 98, Ortsumgehung in Bischofswerda. Hier haben wir das Problem, dass es zwei Eisenbahnunterführungen mit einer relativ geringen Höhe gibt mit der Folge, dass Lkws dort nicht durchfahren können und diese dann in die Wohngebiete in den Nachbarorten ausweichen. Das ist ein untragbarer Zustand. Ich

weiß nicht, ob der Kollege Brangs noch im Hause ist. Ich sehe ihn nicht mehr. Sonst hätte er uns darüber auch informieren können, denn der Kollege Brangs engagiert sich in der Bürgerinitiative, die sich vor Ort für diese Ortsumgehung in Bischofswerda einsetzt. Das heißt, ich gehe davon aus, dass zumindest die SPD-Fraktion unserem Antrag zustimmen wird.

(Beifall bei der FDP)

Weiteres Beispiel ist die B 169. Hier geht es um den Bau der Verbindung von Riesa bis zur Autobahn. Da sind eigentlich zwei Bauabschnitte sehr dringlich. Wir hatten jetzt den zweiten Bauabschnitt in der Finanzierung, der aufgrund der Mittelkürzung herausgeflogen ist. Aber eigentlich ist der dritte Bauabschnitt viel wichtiger. Ich muss, weil einige Bürgerinnen und Bürger aus der Gegend hier sind, auch sagen: Es ist verwunderlich, dass auf Initiative des damaligen lokalen CDU-Abgeordneten und ehemaligen Oberbürgermeisters von Riesa der zweite Bauabschnitt, der letztlich über die grüne Wiese und durch Wälder verläuft, vor dem dritten Bauabschnitt gebaut wird, von dem, weil diese Streckenführung durch die Städte, durch die Dörfer hindurch geht, die Bevölkerung betroffen ist. Aber es ist wieder typische CDU-Kirchturmpolitik, die zu solchen Ergebnissen führt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Straßeninfrastrukturprogramme bewirken zum einen eine Entlastung der Anwohner von Lärm, sie bewirken zum anderen eine Reduzierung von Schadstoffen und sie schaffen die Infrastruktur für die Wirtschaft.

Zu den einzelnen Punkten: Wenn Sie sich einmal vorstellen – ich bin vor Ort gewesen –, was passiert, wenn die Lkws in den Städten und Gemeinden durch enge, kurvenreiche Straßen fahren und die dort wohnende Bevölkerung dem Lärm ausgesetzt ist: Die Brummis, die da im Stau stehen und in den Kommunen, in den Dörfern abbremsten und anfahren müssen, haben eine sehr, sehr hohe Schadstoffemission. Ich habe vernommen, dass wir in diesem Hohen Hause schon des Öfteren über das Thema Umweltschutz, über das Thema Schadstoffminimierung, über das Thema Feinstaub diskutiert haben. Ich möchte nicht wissen, wenn wir an der Kreuzung der B 169 zur B 6 in Seehausen eine Messstelle aufstellen würden, welche Feinstaubbelastung wir hätten. Angesichts der gültigen Regeln wäre vermutlich irgendwann nach zwei Monaten eine Sperrung dieser Verbindung sowieso notwendig. Hier ist eine erhebliche Umweltbelastung vorhanden, der wir Rechnung tragen müssen.

Die Infrastrukturprojekte sind auch wichtig für die Wirtschaft. Wir haben in diesem Hause schon des Öfteren über Unternehmensansiedlungen im ländlichen Raum diskutiert, wir haben auch schon darüber diskutiert, wie schwer es ist, gerade im ländlichen Raum Unternehmen anzusiedeln – im Gegensatz zu den drei Großstädten Dresden, Chemnitz, Leipzig. Wenn wir hier eine Ansiedlung haben wollen, dann müssen wir auch die entsprechende Ver-

kehrsinfrastruktur schaffen, sonst gehen die Unternehmen nicht dorthin.

(Beifall bei der FDP)

Letztendlich hat das Prof. Bolick in seiner Pressemitteilung bereits dargestellt. Von daher verwundert mich angesichts meiner Feststellung die große Aufregung bei der CDU. Ich kann nur einmal empfehlen, dass Sie sich fraktionsintern zusammensetzen und informieren, bevor Sie sich hier so aufregen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass wir momentan eine positive wirtschaftliche Entwicklung haben. Der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident haben heute Morgen in der Regierungserklärung auch darauf hingewiesen. Investitionsentscheidungen von Unternehmen fallen gerade in Aufschwungszeiten und nicht in Abschwungszeiten. Wir haben momentan eine Aufschwungszeit. Deswegen ist es so wichtig, dass wir jetzt, da Unternehmen über Investitionen, über Standortverlagerungen oder Neueröffnungen von Unternehmenssitzen, von Fabrikationsanlagen nachdenken, das Signal setzen, diese Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern. Deswegen ist es jetzt notwendig und nicht später.

Herr Jurk, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie in einer Antwort auf meine Kleine Anfrage erklären, Vorfinanzierung ginge nicht, da die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen fehlen. Sie, die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD, haben in diesem Hause noch die Mehrheit. Sie haben die Möglichkeit, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, wenn Sie es wirklich wollen.

(Beifall bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat heute Morgen – ich habe die Worte noch im Ohr – in seiner Regierungserklärung vollmundig gesagt: Wir werden die Infrastrukturlücken schließen. Das waren die Worte des Ministerpräsidenten von heute Morgen. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, Sie können sich noch daran erinnern und handeln entsprechend dieser Vorgabe des Ministerpräsidenten, den Sie gewählt haben und unterstützen.

Aber anstatt tatsächlich zu handeln, Herr Jurk, reden Sie sich mit Hindernissen heraus, zu deren Beseitigung Sie selbst in der Lage wären.

(Staatsminister Thomas Jurk: Nein!)

Das ist eine Verhöhnung der betroffenen Bürger und Unternehmen. Ich kann Sie nur bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus: Setzen Sie dem ein Ende und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die CDU-Fraktion Herr Prof. Bolick, bitte.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus an dieser Stelle schon des Öfteren festgestellt, dass Sachsen spitze ist. Das trifft ganz besonders auf unseren Straßenbau zu.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Herr Morlok, ich hatte anfangs eine gewisse Sympathie für Ihren Antrag. Aber nachdem ich Ihren Vortrag gehört habe, muss ich doch erst einmal auf diesen eingehen.

Wir haben schon ein Vierteljahr früher mit unserer Pressemitteilung die Fahne in der Sache hochgezogen. Ich konnte feststellen, dass dadurch einige auf der Bundesebene und vom Bundestag aufgewacht sind. Die wussten das vorher nämlich gar nicht. Da sind Sie schon ein bisschen spät dran, aber werfen uns vor, dass wir Populismus betreiben.

(Zurufe von der FDP: Was?)

Wir machen in Sachsen keine Kirchturmpolitik, sondern Leuchtturmpolitik. Sachsen ist insgesamt ein Leuchtturm. Wir jammern nicht, sondern haben in Sachsen mittlerweile die bestausgebaute Verkehrsinfrastruktur der neuen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das können Sie uns auch nicht zerreden.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Im Rahmen einer vorausschauenden Verkehrspolitik hat die CDU schon frühzeitig die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung in Sachsen geplant, die wichtigen Verkehrsachsen definiert und mittlerweile im Wesentlichen gebaut.

Wir hatten in Sachsen immer die notwendigen Mittel in unseren Haushalt eingestellt, um die Planungen zu realisieren. Wir haben in Sachsen die eingestellten Mittel immer verbauen können, aber auch Vorlaufplanungen gehabt, um Bundesmittel, die vor allem andere neue Bundesländer nicht verbauen konnten, hier in Sachsen einzusetzen. Deshalb sind wir weit gekommen. Das ist möglicherweise eine Ursache dafür, dass der Bund sagt: Denen können wir jetzt einmal etwas streichen. Damit sind wir natürlich überhaupt nicht einverstanden. Wir haben nicht gejamert, sondern die entsprechenden Signale gesetzt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der FDP)

Die Entwicklung in Sachsen darf uns natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, wer eigentlich für die Bundesstraßen zuständig ist. Das ist nämlich der Bund. Wenn wir auch den Kommunalstraßenbau, den Staatsstraßenbau, den Bundesstraßenbau immer als eine Einheit gesehen und Leistungen erbracht haben, die andere nicht erreichten, so regelt § 5 des Bundesfernstraßengesetzes eindeu-

tig, dass der Bund der Träger der Straßenbaulast für die Bundesfernstraßen ist. Dabei muss es auch bleiben, Herr Morlok.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Sachsen eine schnelle und zielgerichtete Entwicklung des Straßennetzes im Interesse unserer Bürger und Unternehmen zu jedem Zeitpunkt positiv befördert und vorangetrieben hat, darf nicht verkannt werden, dass der Bund die Verantwortung trägt und ein gutes und den aktuellen Bedingungen entsprechendes Netz anzubieten hat. Bundesautobahnen und Fernverkehrsstraßen hat er zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten. Das ist eine Tatsache, die natürlich besonders in den neuen Bundesländern eine wesentliche Rolle spielt.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist eine Voraussetzung für Arbeitsplätze. Das weiß jeder. Das wusste natürlich die CDU hier in diesem Hause als Erste. Herr Morlok, wir haben viele Jahre Straßen gebaut, da gab es die FDP-Fraktion in diesem Hause überhaupt nicht.

Seit Beginn dieses Jahres fällt jedoch ein Wermutstropfen in unsere Entwicklung. Deshalb ist es gut, dass wir wieder einmal darüber sprechen. Im März hatte ich nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Bundeshaushalt für das Jahr 2007 und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes für Sachsen Mittelkürzungen von 40 % gegenüber der bisherigen Mittelplanung vorsehen. Im Bereich des Neubaus der Bundesfernstraßen steht uns sogar nur noch ein Drittel zur Verfügung. Das ist eine klare Absage an Sachsen und die übrigen neuen Bundesländer. Die sind nämlich auch von Kürzungen betroffen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Das ist unerhört!)

Das schadet der Entwicklung unserer Wirtschaft und gefährdet somit die Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, was das zuständige Bundesministerium, welches auch für die Aufgaben der vorrangigen Entwicklung der neuen Bundesländer Verantwortung trägt, dazu bewegt, eine solche Mittelkürzung zu veranlassen.

(Zuruf des Abg.
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS)

Mit seinem Wechsel nach Berlin hat Minister Tiefensee offensichtlich die Sympathie für den Osten und speziell für Sachsen etwas verloren. Sachsen ist von den Maßnahmen stark betroffen. Auch die Autobahn A 72 ist davon berührt und wird nicht in vollem Umfang finanziert. Wir hoffen trotzdem, dass wir dort weiterkommen. Die Region Südwestsachsen hat damit große Probleme. Die Anbindung nach Leipzig ist schon viele Jahre überfällig und wird sich weiter verzögern. Die Automobilindustrie, Porsche und BMW, und die Zulieferer aus Südwestsachsen können ein Lied von den Problemen singen. Besonders trifft es auch die Dresdner und Lausitzer Region, weil hier mit über 100 Millionen Euro an gekürzten Mitteln ein wesentlicher Schwerpunkt gesetzt wurde.

Über die Relationen in Sachsen will ich hier nicht diskutieren und spekulieren. Das soll man an anderer Stelle tun.

(Zuruf von der FDP: Wo denn?)

Trotz aller Probleme kann es allerdings nicht angehen – so wie im Antrag der FDP vorgesehen –, dass sich Sachsen auf den Weg macht und die Bundesregierung aus der Verantwortung entlässt, indem wir uns bereit erklärt haben, Maßnahmen vorzufinanzieren, welche der Bund nicht vorfinanzieren und finanzieren will.

Der Freistaat benötigt seine eingestellten Mittel für Maßnahmen im Staats- und kommunalen Straßenbau. Hierfür hat der Freistaat die Zuständigkeit und die Verantwortung. Diese muss und wird er wahrnehmen. Die Bundesländer haben erhebliche strukturelle Nachteile, die es zu beheben gilt. Herrn Minister Tiefensee möchten wir von hier aus noch einmal eindringlich auffordern, sich an den Osten zu erinnern; denn die gute Verkehrsanbindung der Stadt Leipzig, die für Sachsen sicher vorbildlich ist, hat ihm möglicherweise den Blick für den Rest unseres Landes nicht geschärft.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung den Aufbau Ost auch in den kommenden Jahren in dem Maße unterstützt, wie es unser Land braucht. Wir fordern – das haben wir schon vor längerer Zeit mit unserem Minister abgesprochen –, dass unser Ministerium seine Aufgaben macht, beim Bund entsprechend vorstellig wird und Druck ausübt. Ich denke, dass wir irgendwann die jetzt gestrichenen Mittel wieder zur Verfügung haben werden.

So wichtig uns der weitere Ausbau unserer Bundesstraßen auch ist, so lehnen wir, die CDU-Fraktion, die von der FDP angedachte Vorfinanzierung doch ab, weil in Anbetracht des erheblichen Risikos die Rückerstattung nicht gesichert ist und letztendlich die Finanzierungskosten auf den Haushalt des Freistaates schlagen würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich rufe die Linksfraktion.PDS auf. Frau Dr. Runge, bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der FDP-Antrag zielt darauf ab, die angekündigte Mittelkürzung des Bundes für die Bundesfernstraßenprojekte in Sachsen durch Vorfinanzierung im Freistaat Sachsen aufzufangen.

Ich würde Ihnen von der FDP, vor allem Herrn Morlok, empfehlen, zunächst einmal in die Projektliste des Investitionsrahmenplanes des Bundes zu schauen. Dort wird klar, dass selbst für die Projekte, die in diesem Rahmenplan enthalten sind, kein automatischer Rechtsanspruch der Länder besteht. Das ist der erste Punkt.

(Torsten Herbst, FDP: Das geht in die Hose!)

Zweiter Punkt. Die Realisierung der einzelnen Verkehrsprojekte steht natürlich unter dem Finanzierungsvorbe-

halt, was letztlich im Bundestag mit dem jährlichen Haushaltsplan beschlossen wird.

Drittens – Herr Morlok, das ist für mich kurios – ist die elementare Voraussetzung, damit überhaupt ein Projekt in die Finanzierung aufgenommen und begonnen werden kann, dass ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss vorliegen muss.

Jetzt kommt es: Von den von Ihnen benannten sieben Bundesfernstraßenprojekten sind fünf in der Planfeststellung noch nicht abgeschlossen – in der Liste hätten Sie es sehen müssen –, sondern lediglich die ersten beiden, nämlich die Westtangente Bautzen und Bischofswerda.

(Marko Schiemann, CDU: Jawohl!)

In diesem Zusammenhang ist es berechtigt, von hier, vom Landtag aus, den Verkehrsminister von Sachsen aufzufordern, dass zumindest für diese beiden Straßenprojekte die Finanzierung durch den Bund gesichert wird. In dieser Frage werden wir Sie, Herr Jurk, auch unterstützen.

Eine weitere Frage, die Herr Bolick aufgeworfen hat, ist, dass Sachsen durch die Bundesregierung so sträflich vernachlässigt würde. Dem ist so einfach nicht zuzustimmen, weil Sachsen für den Straßenbau in den letzten Jahren, vor allem zwischen 2003 und 2006, über 360 Millionen Euro mehr erhalten hat, als dem Land zugestanden hätte.

(Zuruf von der FDP: Zu Recht!)

Es ist völlig klar, dass es diesbezüglich Begehrlichkeiten aus allen Bundesländern gibt und dass man in einem einigermaßen gerechten Verfahren darüber entscheiden muss. Wenn für so viele Straßenprojekte noch nicht einmal die Planfeststellung abgeschlossen worden ist – noch nicht einmal die Voraussetzung für den Bau erreicht worden ist –, muss man Mittelkürzungen in Kauf nehmen.

Letztlich wundert es mich sehr, dass im Antrag der FDP nicht ein einziges Schienenverkehrsprojekt genannt worden ist, das ebenfalls des Weiterbaus, des Beginns etc. harret.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Als Beispiel nenne ich das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit, die Streckenverbindung Leipzig–Dresden, die dritte Baustufe Riesa–Dresden–Neustadt, die nicht in der Projektliste der Bundesregierung enthalten ist. Ich nenne auch das wichtige Projekt, das – wie ich denke – alle Verkehrspolitiker aller Fraktionen jetzt mit Nachdruck von der Bundesregierung und von der Bahn AG fordern: die Elektrifizierung der Strecke Reichenbach–Hof.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Wenn es gelingt, dies zeitnah umzusetzen, würde die Zuganbindung von Südwestsachsen unglaublich gewinnen.

Nun hat die Deutsche Bahn ein Investitionsprogramm für Sachsen angekündigt. Das ist zu begrüßen. Hierbei geht es allerdings lediglich um Instandhaltung und kleinere

Erneuerungen. Man muss sich einmal überlegen: Die Zugstrecke Berlin–Dresden erreicht noch nicht einmal die Fahrzeit, wie sie schon vor dem Krieg existiert hat. Die Bahn hat lediglich angekündigt, Erneuerungsarbeiten im Gleisbau und an den Weichen in einigen Bahnhöfen vorzunehmen. Ich denke, dass wir, was die Zuganbindung Dresden–Berlin angeht, mehr politischen Druck ausüben müssen, damit tatsächlich in absehbarer Zeit eine günstigere Zugverbindung entstehen kann.

Verehrte FDP-Kollegen, aus den genannten Gründen, die ich soeben vorgetragen habe, können wir Ihrem Antrag leider nicht zustimmen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Wirtschafts- und Verkehrsminister Jurk mit Tiefensee bezüglich der planfestgestellten Bundesfernstraßenprojekte mit Nachdruck verhandelt, um tatsächlich den Beginn des Baus zu beschleunigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion; Frau Dr. Raatz, bitte.

Dr. Simone Raatz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meiner Vorrednerin, Frau Runge, in vielem zustimmen. Ich bin auch sicher, dass unser Verkehrsminister das Seinige tun wird, um möglichst viele Infrastrukturprojekte zu finanzieren und auf der Bundesebene das eine oder andere zu bewirken.

Der FDP-Antrag, den wir heute behandeln, nämlich sächsische Bundesfernstraßenprojekte vorzufinanzieren, hat noch ein paar andere Aspekte als nur den Aspekt, unseren Wirtschaftsminister aufzufordern, sich als sächsischer Verkehrsminister gegenüber Herrn Tiefensee starkzumachen.

Sie, Herr Morlok, sprechen – das haben Sie heute deutlich gemacht – von erheblichen Kürzungen. Ich habe immer darauf gewartet, welche Kürzungen Sie denn benennen werden; denn man kann zu diesen Kürzungen, so wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben, nichts Konkretes aussagen. Sie haben von sieben Projekten gesprochen. Es wurde Ihnen gerade nachgewiesen, dass fünf davon noch nicht einmal fertig geplant sind, geschweige denn, dass das Baurecht besteht. Damit sind diese Projekte hier in dem Sinne gar nicht zu besprechen.

Zwei Projekte sind erwähnt worden. Da ist es sicherlich möglich, sobald Geld da ist, auch Baurecht herzustellen und mit dem Bau zu beginnen.

Ich denke, man muss hier einiges erst einmal sortieren. Deshalb würde ich Ihnen gern einmal verschiedene Sachverhalte näherbringen. Denn wenn Sie sagen, Bundesmittel seien erheblich gekürzt worden, dann müssten Sie ja auch sagen, wo, wie viel Prozent in diesem Jahr, oder wurde gerade das, was auch Frau Dr. Runge angesprochen hat, im Investitionsrahmenplan gekürzt? Ein fachlicher Hintergrund wäre schon einmal nicht schlecht.

Da ist zunächst einmal wichtig zu sehen, was der Bundesverkehrswegeplan aussagt. Es ist ein Maßnahmenplan, das wissen wir. Gerade wir haben in der Vergangenheit viel über den Bundesverkehrswegeplan philosophiert. Wir haben in der vergangenen Legislatur gesagt, das ist ein Märchenbuch, und gehofft, dass dieser Bundesverkehrswegeplan ab 2003 etwas besser gestaltet wird.

Aber leider – das muss man sagen – ist auch der jetzige Bundesverkehrswegeplan nicht die sichere Grundlage, um zu sagen, all die Projekte, die darin enthalten sind, werden auch finanziert. Die, die sich damit beschäftigen, wissen das. Deswegen muss ich meinem lieben, werten Kollegen Herrn Bolick widersprechen, wenn er, genauso wie die FDP, immer in das gleiche Horn tutet und erzählt, der Bund will uns abhängen, der Bund kürzt gerade in Sachsen. Ich glaube, das entbehrt der Realität. Da muss man auch einmal die Augen aufmachen. Sie haben es dann in Nebensätzen formuliert, dass wir in Sachsen spitze sind. Und warum sind wir spitze? – Weil uns der Bund nämlich nicht abgehängt hat, weil wir schon – das muss man ganz ehrlich sagen – für unsere Infrastrukturmaßnahmen auch erhebliche Mittel bekommen haben.

Herr Morlok, der Bundesverkehrswegeplan ist gültig von 2003 bis 2015. Hier sind die Projekte entsprechend der Prioritäten der Länder eingeordnet in Vordringlichen und Weiteren Bedarf. Die Länderquote von Sachsen beträgt 5,5 %. Der Anteil der Einwohner in Sachsen liegt etwas unter 5 %. Das heißt, dass unsere Länderquote sogar etwas höher ist als der Anteil, der uns zustehen würde.

Die Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan niedergeschrieben sind, finden sich im Investitionsrahmenplan wieder. Früher nannte man ihn Fünfjahresplan. Darin enthalten sind die Projekte, die zum Beispiel zwischen 2006 und 2010 gebaut werden könnten. Hier werden die Projekte eingestellt, von denen man annimmt, dass die Planung bis spätestens 2010 abgeschlossen ist, dann Baurecht besteht und die finanzielle Grundlage für den Bau gelegt werden kann. Es heißt aber bis 2010 und nicht bis 2007. Bis dahin können Sie sich erst einmal bemühen, dass die Projekte, die Sie in Ihrem Antrag genannt haben, mit einer entsprechenden Planungsgrundlage versehen sind. Das sollten Sie machen, und dann können Sie Ihre Projekte, wie gesagt, vorne dranstellen.

Man muss in diesem Zusammenhang sagen, dass der Bau der Projekte in der entsprechenden Reihenfolge zwischen 2006 und 2010 geschieht, so wie der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Das heißt, wer zuerst Baurecht hat, hat auch die Möglichkeit, die Projekte zu finanzieren. Im Investitionsrahmenplan liegt der Länderanteil von Sachsen bei 5,1 %. Das ist nicht schlecht. Nun müssen wir sehen, was wir daraus machen. Die jährliche Mittelzuweisung hat zeitlich festgelegte Schwerpunktfinanzierungen zu berücksichtigen. Ich denke, dass Ihnen das auch klar ist.

Sachsen hat Sondermittel von 15 Millionen Euro vom Bund erhalten. Also neben den Dingen, die Sie hier erwähnt haben, gibt es Sondermittel aus dem Aufbauhilfe-

fonds, nämlich für die Ortsumgehung Flöha, die B 173, die Ortsumgehung Döbeln, erster Bauabschnitt. Das sind Maßnahmen, die mit zusätzlichen Mitteln gebaut werden können. Ich denke, dass das erst einmal nicht schlecht ist.

Jetzt haben Sie eine Vorfinanzierung gefordert. Wenn man Ihre Pressemitteilung liest, wollen Sie die Vorfinanzierung hauptsächlich aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer vornehmen. Doch Sie wollen damit zunächst einen Schuldenabbau tätigen. Das wird auch von der CDU und von uns so vertreten.

Als Zweites wollen Sie den Pensionsfonds aufstocken. Da wissen wir, dass es dabei um einen dreistelligen Millionenbetrag geht.

Als Drittes wollen Sie Familienfreundlichkeit. Das heißt zum Beispiel, dass Sie sich ein kostenfreies Vorschuljahr auf die Fahne geschrieben haben. Das unterstützen wir als SPD, weil das eigentlich unsere Forderung ist. Wenn Sie da mit uns Hand in Hand gehen, begrüßen wir das.

Erst an vierter Stelle kommt nach Ihrer Prioritätenliste die Vorfinanzierung von Straßenbauprojekten. Ich frage mich, was nach den drei vorherigen Forderungen, die ich genannt habe, noch für die Vorfinanzierung der Straßenbauprojekte übrig bleibt. Allzu viel kann das nicht sein. Sie könnten vielleicht noch einmal darauf eingehen, was Ihnen vorschwebt, welche Summe wir theoretisch einsetzen sollten, um die Vorfinanzierung sinnvoll zu gestalten.

Das Zweite ist, dass natürlich viele Wünsche existieren. Sie haben in Ihrem Antrag viele Wünsche für Infrastrukturmaßnahmen aufgeschrieben. Ich könnte Ihnen viele Maßnahmen aus meinem Wahlkreis nennen, bei denen auch Baurecht besteht oder Baurecht bald hergestellt werden wird. Ich nenne nur einmal die Ortsumgehung Freiberg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, die Mopsfledermaus werden wir auch noch besiegen.

Jeder Abgeordnete, der hier sitzt, könnte Projekte benennen, von denen er denkt, es wäre schön, wenn das vorfinanziert würde. Aber nicht nur wir hier in Sachsen können das; das können auch die anderen Bundesländer. Wenn es danach ginge, dass jeder sagt, wir finanzieren einmal vor, Bund, finanziere dann bitte nach, in diesem oder im nächsten Jahr, bräuchten wir keinen Bundesverkehrswegeplan und keinen Investitionsrahmenplan mehr. Dann setzte sich nämlich das Bundesland durch, das am finanzstärksten ist. Da bin ich mir nicht sicher, ob wir das immer sind, dass die Sachsen am finanzstärksten sind. Denn die, die das meiste Geld haben, werden auch am ehesten in die Vorfinanzierung gehen.

Dann stellte sich sicherlich auch die Frage, wenn wir das so tun würden, was der Länderfinanzausgleich eigentlich noch für einen Sinn hat. Da muss ich schon sagen, dass ich auch Nordrhein-Westfalen verstehen würde. Wenn man zum Beispiel auf der Autobahn nach Mühlheim fährt, kommt einem ja das Grausen. Da verstehe ich dann auch die Leute, die dort wohnen und sagen, ihr in Sachsen habt

aber ganz schön vorgelegt, jetzt sind wir auch einmal dran! Wenn wir dann noch in Vorfinanzierung gehen, dann „Gute Nacht“. Ist dann der Länderfinanzausgleich eigentlich noch sinnvoll?

Das Dritte ist ein rechtliches Problem. Sie sind ja meiner Meinung nach ein Jurist – nicht? Da hätten Sie sich vielleicht mit einem Ihrer Juristen –

(Staatsminister Thomas Jurk, CDU:
Herr Martens ist gegangen!)

– Ach, Herr Martens ist gegangen.

– noch einmal auseinandersetzen können. Auf jeden Fall ist schon am 15. Dezember 1999 eine entsprechende Anfrage im Bundestag von einem CDU-Abgeordneten gestellt worden: „Inwieweit ist eine Vorfinanzierung durch die Länder für die Bundesfernstraßen möglich und wie kann die Rückzahlung aussehen?“. Darauf wurde geantwortet: „Eine Vorfinanzierung von in der Baulast des Bundes stehenden Maßnahmen an Bundesfernstraßen durch die Länder ist aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und sonstige Bundesstraßen des Fernverkehrs) werden nach Artikel 90 Abs. 2 Grundgesetz von den Ländern im Auftrag des Bundes verwaltet. Für diese von der Verfassung vorgegebene Verwaltungsart schreibt Artikel 104a Abs. 2 Grundgesetz vor, dass der Bund die Ausgaben für Bau und Unterhaltung von Bundesfernstraßen zu tragen hat, wohingegen die Länder lediglich für die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungsausgaben aufzukommen haben. Diese strikten Zuständigkeitsregelungen über die Aufgaben- und Finanzverantwortung ist kein dispositives, sondern durch Bund, Länder und Kommunen strikt zu beachtendes Recht.“

Das wird noch weiter ausgeführt. Ich denke aber, das macht deutlich, dass dies auch von rechtlicher Seite nicht möglich ist. Mein Kollege Herr Prof. Bolick hat auch ausgeführt, dass wir den Bund aus der Verantwortung herausnehmen würden und es nicht sicher sei, selbst wenn die Vorfinanzierung hier getätigt würde, ob wir das Geld jemals wiedersehen.

Aus diesem Grund und auch, weil die FDP-Fraktion selbst nicht weiß, was sie eigentlich finanzieren möchte, lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD erhält das Wort. Herr Abg. Despang, bitte.

René Despang, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung gleich vorab: Wir wollen doch beim vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion bitte die Kirche im Dorf lassen. Es ist wirklich zu dick aufgetragen, wie es hier im Antragstext der Fall ist, wenn Sie von einer Kürzung der Bundesmittel für den Fernstraßenbau sprechen. Tatsache ist lediglich, dass Sachsen in den letzten Jahren vom Bund mehr Mittel für den Bau von Verkehrswegen erhalten hat, als dem Freistaat eigentlich

zustanden, und dass solche Zuflüsse zu gegebener Zeit auch wieder versiegen. Geld, das nicht da ist, kann auch nicht ausgegeben werden. Das dazu.

Zum Antrag selbst. Nach aktueller Steuerschätzung hat der Freistaat Sachsen in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich Steuermehreinnahmen in Höhe von über 1 Milliarde Euro zu erwarten. Ziel des vorliegenden Antrages ist es, einen Teil dieser Steuereinnahmen für die Vorfinanzierung von baureifen Straßenbaumaßnahmen einzusetzen. Dem wird die NPD-Fraktion zustimmen. Es wäre doch widersinnig, wenn einzelne Teilstücke von bereits fertiggestellten Fernstraßen nicht zügig gebaut werden könnten, weil damit die Funktion der gesamten jeweiligen Fernverbindung beeinträchtigt würde. Außerdem darf die Fertigstellung wichtiger Ortsumgehungen nicht weiter hinausgezögert werden, und zwar sowohl im Interesse der betroffenen Anwohner als auch im Interesse der Allgemeinheit.

Ein Paradebeispiel dafür ist die B 169 zwischen Riesa und der A14. Im Bundesverkehrswegeplan wurde diese Bundesstraße nicht ohne Grund als Vordringlicher Bedarf eingestuft, weil das hohe Verkehrsaufkommen in den Ortsdurchfahrten zu einer erheblichen Belastung für die Anwohner führt. Getan hat sich aber nichts. Nachdem Teile der B 169 nun wieder nicht in den aktuellen Investitionsrahmenplan des Bundes eingeordnet wurden und die Finanzierung auch für den zweiten Bauabschnitt ungeklärt ist, muss jetzt der Freistaat handeln. Hier wäre es doch nur recht und billig, wenn der Bau nunmehr so rasch wie möglich durch eine Vorfinanzierung aus Landesmitteln realisiert würde.

Ein weiteres Problemprojekt, bei dem der Freistaat mit einer sinnvollen Vorfinanzierung in die Bresche springen könnte, ist die Ortsumfahrung von Pirna, die B 172. Schon seit den Neunzigerjahren ist diese Ortsumfahrung im Bundesverkehrswegeplan als vordringlich eingestuft. Inzwischen ist dieser Streckenabschnitt sogar ein Autobahnzubringer – Grund genug also, auch dieses Projekt endlich zu Ende zu bringen und damit zu einer spürbaren Entlastung der Verkehrs- und Abgassituation in Pirna beizutragen.

Ich denke, meine Damen und Herren, das sind wir den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die nun schon lange genug mit dem unschönen Zustand leben müssen. Auch in diesem Fall kann die NPD-Fraktion im Übrigen nicht erkennen, dass einer entsprechenden Vorfinanzierung verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstünden. Da sich durch Vorfinanzierung aus Landesmitteln natürlich nicht automatisch ein Anspruch auf zukünftige Bundesmittel ergibt, ist auch ein verfassungswidriger Vorgriff auf zukünftige Haushalte für uns nicht zu erkennen.

Das Risiko einer längerfristigen Vorfinanzierung aus Landesmitteln sollte der Freistaat im Interesse der Anwohner eingehen. Wir werden dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Fraktion GRÜNE, Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die selbsternannte Partei der Marktwirtschaft, die FDP, fordert die Staatsregierung auf, sich für die Rückgängigmachung der Kürzung staatlicher Mittel einzusetzen. Das ist die schlichte Botschaft ihres Antrages; nötigenfalls – so die Marktwirtschaftler – solle die Staatsregierung doch die erforderlichen Mittel bereitstellen. Natürlich geht es dabei nur um Straßenbauprojekte, und es geht um Mittel in Höhe von 121,9 Millionen Euro, die aus angekündigten Steuermehreinnahmen finanziert werden sollen, sagt die Steuersenkungspartei FDP.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört!)

Wie gut es doch ist, dass wir so hohe Steuern haben, liebe Freie Demokraten!

Seit Jahren gibt der Staat mehr Geld aus, als er einnimmt. Trotz der prognostizierten Mehreinnahmen leistet sich der Bund noch immer ein strukturelles Defizit, das zunächst ausgeglichen werden muss. Das sind auch die Hintergründe für die Mittelkürzung bei Bundesfernstraßenprojekten, die wir begrüßen. Immerhin werden auch 2007 noch insgesamt 246,1 Millionen Euro für Bundesfernstraßen in Sachsen ausgegeben. Dabei ist die Straßendichte der überörtlichen Straßen in Sachsen mit 0,7 Kilometern je Quadratkilometer höher als im Bundesdurchschnitt und viel höher als im Wirtschaftswunderland Bayern.

Wie die Staatsregierung, nimmt auch die FDP einen eindimensionalen Zusammenhang zwischen Straßenbau und Wirtschaftswachstum an. Das ist das Denken des 20. Jahrhunderts, über das wir nun doch langsam hinauskommen müssten. Tatsächlich mehrten sich auch in der Wirtschaft die Stimmen, die von den Mythen des Segenreichtums von Verkehrsbauten abrücken. – Herr Prof. Bolick hat heute wieder das Hohelied gesungen; seine Reden sind an der Stelle auch immer austauschbar.

Der Gemeinschaftsausschuss der sächsischen Wirtschaft gab im Herbst zu Protokoll – Zitat: „Zur Infrastrukturförderung, denke ich, ist die Position der Wirtschaft bekannt. Wir gehen von einer guten Ausstattung im Freistaat Sachsen aus.“

Ein Vertreter des Fachbereiches Strukturökonomik im Institut für Wirtschaftsforschung Halle wurde ganz deutlich – Zitat: „Wir plädieren insbesondere dafür, die Mittel nicht nur im Bereich Förderung der Investitionstätigkeit, sondern auch die Mittel im Bereich Infrastruktur zu reduzieren, hin zu dem EFRE-Schwerpunkt Innovation, Wissenschaft, Forschung und Bildung.“ Ich würde diesen Satz nicht nur in Bezug auf die EFRE-Mittel jederzeit unterschreiben.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt im Zuge der Klimadebatte muss die gegenwärtige Umweltunverträglichkeit des Verkehrssektors neu auf den Prüfstand gestellt werden. Immerhin macht der Straßenverkehr etwa ein Viertel des CO₂-Aufkommens in Sachsen aus. Aus meiner Sicht ist die Antwort auf die zweifellos vorhandenen Belastungen der Bevölkerung durch Staus und Lärmbelastungen eben nicht der schlichte Neubau von Straßen. Wir müssen vielmehr Instrumente finden, um die Transportintensität zu verringern. Dazu gehört, die Anreize zur Suburbanisierung zu reduzieren, die es heute immer noch gibt und wozu ich im weitesten Sinne eben auch den Bau von Umgehungsstraßen zähle. Alternativen bestehen etwa im Falle des Neubaus der B 178, aber auch bei den anderen im FDP-Antrag erwähnten Projekten. – Ich war schon sehr verwundert, dass die PDS auch die B 178 unterstützt, denn ich kann mich noch an ganz andere Reden der Kollegin Simon erinnern; aber vielleicht war es auch nicht abgestimmt.

Lassen Sie uns also, wenn wir über Mobilität sprechen, auch über nachhaltige Siedlungsentwicklung sprechen. Wir brauchen eine Kombination aus technikorientierten, verkehrslenkenden und planerischen Maßnahmen, um die zahlreichen ungelösten Probleme des Straßenverkehrs in den Griff zu bekommen. Dazu gehört die systematische Korrektur verkehrserzeugender Subventionen und Förderpolitiken als ein erster, schnell greifender Schritt zur Verkehrsvermeidung.

Ich empfehle vor allem der antragstellenden FDP-Fraktion – jetzt habe ich die Aufmerksamkeit von Herrn Morlok, vielen Dank –, einmal in das Sondergutachten „Straßenverkehr und Umwelt“ des Sachverständigenrates für Umweltfragen hineinzuschauen. Ich glaube, der Sanierungsbedarf bei bestehenden Verkehrswegen, auch bei Bundesstraßen ist groß genug. Das hat wohl auch Herr Tiefensee erkannt, der am 9. Mai mitteilen ließ, dass in den kommenden Jahren rund 25 Milliarden Euro investiert werden sollen, allein um den Substanzverlust des bestehenden Schienen- und Straßennetzes zu stoppen. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung – aber nicht Ihr Antrag. Der FDP-Antrag ist ökologisch und ökonomisch unsinnig und wird deshalb von meiner Fraktion selbstverständlich abgelehnt werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Frau Dr. Runge und Frau Dr. Raatz, Sie hätten einfach mal versuchen sollen, die hier im Hause zugänglichen Unterlagen zu lesen, dann hätten Sie heute nicht so am Thema vorbeigeredet.

(Dr. Simone Raatz, SPD:
Das war genau beim Thema!)

Sie fragten, wie wir auf die Idee kämen, dass es sich hier um eine Kürzung handle. Herr Staatsminister Jurk hat Herrn Bolick im April auf die Anfrage, wie hoch die Kürzungen 2007 insgesamt seien, geantwortet – ich zitiere: „Gegenüber den Ist-Ausgaben der Bundesfernstraßen in Sachsen im Jahr 2006 wurden die Vorgaben des Bundes für das Jahr 2007 um rund 40 % abgesenkt.“ – Aussage Minister Jurk, also bitte, das ist nicht die Aussage von irgendjemandem von der FDP; das ist die Aussage Ihres Parteivorsitzenden und Ministers; darauf kann man ja wohl vertrauen, oder nicht?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wenn Sie fragen, wie wir zu unseren Projekten kommen – wir kommen genau zu den Projekten, die uns Herr Minister Jurk genannt hat, die genau durch diese Kürzung nicht finanzierbar sind. Das sind genau diese Projekte, die nicht die FDP oder irgendwer aufgeschrieben hat, sondern Ihr Minister.

(Margit Wehnert, SPD: Er ist auch Ihr Minister!)

Selbstverständlich gehen wir nicht davon aus, dass, wenn ich eine Vorfinanzierung mit dem Bund mache, wenn ich eine Vereinbarung abschließe, ich auch eine Sicherheit über den Mittelrückfluss habe. Wenn ich auch kein Jurist bin, so bin ich inzwischen so bewandert zu wissen, dass man solche Sachen nicht per Handschlag macht, sondern eher per schriftliche Vereinbarung.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Das
hat verfassungsrechtliche Gründe!)

– Ich komme noch dazu, warten Sie mal ab!

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Sie sollten nicht dazwischenrufen mit Ihrem Scheinwissen, weil Sie ja nachher das Problem haben werden, dass Sie erkennen müssen, dass Sie falsch liegen – genauso falsch wie Frau Dr. Runge und – ihr aufgesessen – Frau Dr. Raatz mit der Frage der Planfeststellung.

Es wurde hier in den Raum gestellt, es wären nur zwei planfestgestellt. Das ist einfach nicht wahr. Im April erklärte der bekannte Minister Jurk, dass von diesen genannten sieben fünf planfestgestellt sind. – Herr Jurk, bitte korrigieren Sie mich, wenn ich etwas Falsches sage. – Auf eine entsprechende Nachfrage haben Sie erklärt, dass die Planfeststellungsbeschlüsse für die anderen beiden Projekte noch im Jahr 2007 zu erwarten sind und dass 2008 mit dem Bau begonnen werden kann. Das ist doch so, oder nicht? Haben Sie es nicht geschrieben? Das ist doch wirklich die Aussage, das sind doch die Fakten. Da können Sie nicht einfach behaupten, es stimme nicht.

Hinsichtlich der Vorfinanzierung habe ich persönlich von Minister Tiefensee die Aussage erhalten,

(Oh-Rufe von der CDU)

unter Zeugen die Aussage erhalten – das ist vier Wochen her –,

(Oh-Rufe von der CDU)

dass der Bund die Vorfinanzierung nicht sehr gern sieht

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Im Rathaus?)

– nein, in Berlin –, aber man im Einzelfall durchaus darüber reden kann.

(Johannes Lichdi, GRÜNE, meldet
sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich weiß sehr wohl, dass durch die Pressesprecherin des Hauses von Herrn Tiefensee eine andere Aussage gemacht worden ist, aber ich gehe davon aus, dass dem Minister in diesem Fall mehr Glauben zu schenken ist als der Sprecherin.

Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie – –

(Beifall bei der FDP)

Es tut mir leid, ich wollte den Punkt noch abwarten, da war die Rede zu Ende.

Das war ein Redebeitrag der FDP-Fraktion. Gibt es von den anderen Fraktionen noch Redebedarf? – Das kann ich momentan nicht erkennen. Dann frage ich Herrn Staatsminister Jurk. – Bitte, Sie haben das Wort.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Forderungen an das Land, es möge vordringliche Neubauprojekte bei Bundesstraßen in Sachsen vorfinanzieren, weil sie ansonsten nicht begonnen werden könnten, sind auf jeden Fall populär. Der Abg. Morlok hat eine solche Forderung über die Presse relativ gut verkauft, aber Pressemitteilungen nach dem Motto „Wünsch dir was“ sind schnell geschrieben; praktische Politik muss sich mit der Wirklichkeit beschäftigen.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsminister Dr. Horst Metz
und Geert Mackenroth)

Ich darf feststellen, dass wir im vergangenen Jahr sehr erfreuliche Abschlüsse von Baumaßnahmen in Sachsen verzeichnen konnten, wenn ich beispielsweise an die A 38 im Süden von Leipzig denke, die vollständig fertiggestellt wurde,

(Beifall der Abg. Jutta Schmidt, CDU)

auch an die so dringend erforderliche A 17, die zur Entlastung der Anwohner an der B 170 geführt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir konnten uns in diesem Jahr bereits darüber freuen, dass die Ortsunterführung der B 6, der Schottenbergtunnel in Meißen, fertiggestellt wurde und vor Kurzem die Ortsumgehung der B 6 in Bennewitz. Wir freuen uns auch darüber, dass die sehnlichst in der Region gewünschte Maßnahme der Ortsumgehung Marienberg der B 174 zum Abschluss gebracht werden kann.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

In Sachsen wird also gebaut und wir können uns freuen, dass wir mit diesen Maßnahmen die Bevölkerung vom Verkehr entlasten und gleichzeitig der Wirtschaft Angebote machen können, zügig voranzukommen, ohne die Ortsdurchfahrten nutzen zu müssen.

Mit dem zweiten Bauabschnitt der B 169 zwischen Riesa und Seerhausen haben Sie, sehr geehrter Herr Morlok, eine sicher wichtige Maßnahme für den Raum Riesa/Großenhain benannt.

Über die Verkehrsverhältnisse in und um Bischofswerda bin ich sehr gut unterrichtet. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Die Notwendigkeit der Ortsumgehung der B 98 ist unbestritten. Deshalb verstehe ich nur allzu gut den Wunsch der Anwohner, schnellstmöglich Entlastung vom Schwerlastverkehr zu erfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor der Abstimmung sollten wir uns jedoch fragen, welches erstens die intelligenten Möglichkeiten sind, die erfreulicherweise für 2007 und 2008 zu erwartenden Steuermehreinnahmen beim Freistaat zu verwenden. Die Vorfinanzierung einzelner Bundesfernstraßenprojekte ist keine dieser Möglichkeiten. Was ich mir vorstellen kann, – –

(Holger Zastrow, FDP:
Aber SAB, Schloss Wackerbarth!)

– Hören Sie doch zu, Herr Zastrow, Sie sind ja so aufgeregt!

Was ich mir vorstellen kann – und das möchte ich ganz klar von der Forderung in Ihrem Antrag abgrenzen –, ist eine kurzfristige Zwischenfinanzierung von Bundesmitteln über den Wechsel eines Haushaltsjahres hinweg, auch „SWING“ genannt. Eine solche Zwischenfinanzierung bietet die Gewähr, die Aufträge besonders bei laufenden Maßnahmen so zu steuern, dass die vom Bund zusätzlich in Aussicht gestellten Mittel von Sachsen abgenommen werden können, auch wenn sie der Bund leider erst häufig kurz vor Weihnachten bereitstellt. Sie wissen, wie man dann noch Straßen bauen kann.

Die grundsätzliche Anerkennung eines Mehrbedarfs für 2007 von 30 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist als Ermächtigung nicht hinreichend, zulasten dieser Mittel bereits Bauaufträge zu erteilen. Genau diese Lücke soll durch eine Zwischenfinanzierung des Freistaates überbrückt werden. Das ist eine in meinen Augen sehr sinnvolle Sache, weil damit erreicht wird, dass Sachsen auch bei der Verteilung von zusätzlichen Bundesmitteln mitreden kann. Eine damit mögliche zügige Abfinanzierung der laufenden Projekte erhöht in jedem Fall die Chance, im Jahr 2008 mit neuen Projekten, so wie sie unter anderem in der Liste genannt wurden, beginnen zu können. Bei einer Vorfinanzierung der von Ihnen genannten Projekte, sehr verehrter Herr Morlok, beträgt der Zinsverlust bei Baukosten von rund 120 Millionen Euro nach aktuellen Zinsen schon in einem Jahr rund 5 Millionen Euro.

Sehr verehrte Damen und Herren! Zweitens sollten wir uns fragen, ob das, was dieser Antrag will, zum gewünschten Ziel führt. Ist er klug? Ich frage mich, ob wir mit einem solchen Antrag das richtige Signal aus Sachsen an den Bundesverkehrsminister in Berlin senden. Ich meine, nein.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Linksfraktion.PDS)

Wenn Sachsen in Vorleistung geht, lässt gleichzeitig der Druck an den Bund nach, seinen originären Aufgaben und Verpflichtungen, für den Bau von neuen Ortsumgehungen in Sachsen zu sorgen, nachzukommen.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Auch wäre das im Hinblick auf die immer wieder aufflackernde Diskussion um die Notwendigkeit des Solidarpaktes II kontraproduktiv.

Sie sehen also, meine sehr verehrten Herren von der FDP-Fraktion, nicht alles, was populär scheint, ist es wert, weiterverfolgt zu werden.

Unbedingt berücksichtigt werden muss, da bin ich der Abg. Frau Dr. Raatz sehr dankbar, die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage ausdrücklich, da greifen Sie mit einer Änderung der Sächsischen Haushaltsordnung wahrhaftig viel, viel zu kurz. Deshalb ist vielleicht der Kollege Martens gegangen, weil er es hätte erklären können. Klar ist, bei den Bundesfernstraßen gibt es – zum Glück – eine strikte Zuständigkeitsregelung über die Aufgaben- und Finanzverantwortung. Das ist ein Verfassungsgebot, an dem Bund, Länder und Kommunen nicht vorbeikommen. Die weitere Diskussion zur Vorfinanzierung bei Einzelprojekten führt in eine Sackgasse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie können versichert sein, dass ich als Verkehrsminister des Freistaates Sachsen weiterhin alles unternehmen werde, damit zusätzliche Gelder für so dringend notwendige Ortsumgehungen an Bundesstraßen und Autobahnen nach Sachsen fließen.

Ich danke für die Unterstützung, die ich bei vielen Rednern heute vernommen habe. Ich hoffe mit Ihnen gemeinsam, dass wir erfolgreich sein mögen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS,
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich bitte die FDP-Fraktion zum Schlusswort. Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben gezeigt, Herr Minister Jurk, dass Sie finanzpolitisch noch etwas Lernbedarf haben, denn die Vorfinanzierung ist finanztechnisch im Interesse des Freistaates. Sie haben heute vom Ministerpräsidenten gehört, dass die fetten Jahre langsam vorbei sind und die entsprechenden Einnahmen in den Folgejahren sowohl absolut als auch pro Kopf sinken werden.

Wenn ich also in einem Jahr, in dem ich relativ viel Geld habe, etwas gebe und in einem Jahr, in dem verhältnismäßig wenig Geld zur Verfügung steht, etwas zurückbekomme, ist es sogar sinnvoll, weil ich in den Jahren mehr Geld habe, in denen momentan nach der jetzigen Zahlung weniger zur Verfügung steht. Der Antrag ist sehr wohl durchdacht und finanzpolitisch sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sven Morlok, FDP: Gern.

Dr. Simone Raatz, SPD: Weil Sie gerade davon reden, dass es finanzpolitisch sinnvoll ist, frage ich Sie: Wie viel würde es den Freistaat an Mitteln kosten, die er nicht vom Bund zurückbekommen würde, wenn er mit 100 Millionen Euro in Vorfinanzierung ginge?

Sven Morlok, FDP: Frau Kollegin Dr. Raatz, wenn Sie Ihrem Minister zugehört hätten, wäre Ihnen die Zahl bekannt, denn er hat sie in seinem Statement genannt. Er hat von einem Zinsverlust von 5 Millionen Euro im Jahr gesprochen. Das kann man so ungefähr errechnen. Ich bin der Letzte, der die Zahl des Ministers anzweifelt.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Simone Raatz, SPD: Ich möchte noch eine Frage stellen. Würden Sie das als finanzpolitisch sinnvoll einschätzen?

Sven Morlok, FDP: Dazu komme ich gerade. Ich bitte die Uhr anzuhalten, weil ich eine Zwischenfrage der Kollegin Raatz beantworte, damit das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird. Es wurde ganz klar eine Zwischenfrage gestellt.

Ich halte das natürlich für sinnvoll. Zinsen sind zusätzliche Ausgaben des Freistaates, aber wir müssen sehen, was wir dafür bekommen. Wenn es uns gelingt, durch diese Vorziehung von vordringlichen Infrastrukturmaßnahmen Unternehmensansiedlungen im Freistaat zu befördern, die sonst nicht stattfinden würden, – –

(Widerspruch bei der CDU und der SPD)

Natürlich gibt es einen Zusammenhang von Unternehmensansiedlungen und Infrastrukturprojekten.

(Beifall bei der FDP)

Ohne die Investitionen des Freistaates in die Infrastruktur, in die Fernstraßen und die Flughäfen hätten wir hier keine Chipfabriken in Dresden. Wir hätten kein BMW in Leipzig. Wir hätten auch kein Porsche in Leipzig. DHL wäre auch nicht hier.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich besteht hier ein Gesamtzusammenhang zwischen vorhandener Infrastruktur und Unternehmensansiedlung.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Sven Morlok, FDP: Ich möchte erst einmal die eine beantworten, ehe ich die andere zulasse.

Die entsprechenden Arbeitsplätze führen zu Steuermehreinnahmen und entlasten die Sozialkassen, und deshalb wären die 5 Millionen Euro jährlicher Zinsaufwand für den Freistaat und die Bürgerinnen und Bürger gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die nächste Zwischenfrage gestatten Sie? – Bitte, Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Kollege Morlok, ich bin schon sehr erstaunt über Ihre Voodoo-Economics, die Sie hier zum Besten geben. Ist Ihnen bekannt, dass bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt werden muss und dass in diese Kosten-Nutzen-Rechnung auch schon erhoffte, nach unserer Meinung zu hoch angesetzte, aber auf jeden Fall wird es abgeschätzt, Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplatzeffekte integriert sind? Das heißt, die Rechnung, die Sie jetzt aufmachen, wir könnten irgendwelche Unternehmen anziehen und damit die Zinsverluste von 5 Millionen Euro wettmachen, halte ich für, gelinde gesagt, nicht haltbar. Ist Ihnen bekannt, dass zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan eine solche Rechnung schon stattzufinden hat?

Sven Morlok, FDP: Kollege Lichdi, das ist mir selbstverständlich bekannt. Aber ich muss auch hier wieder konstatieren, dass Sie einfach mehr zuhören sollten, als Fragen zu stellen. Dann würden sich manche Fragen erübrigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich hatte gerade in meiner Rede ausgeführt, dass wir momentan eine relativ gute wirtschaftliche Situation, eine gute Konjunktur in Deutschland haben. Und wenn Sie hier von Voodoo-Economics reden, dann denke ich, dass Sie mir zustimmen werden, dass ein Unternehmer eine Ansiedlungs-, eine Expansions- oder eine Investitionsentscheidung im Zweifel eher trifft, wenn es einem wirtschaftlich gut geht, als dann, wenn es einem wirtschaftlich schlecht geht. Ich denke, das ist auch bei Ihnen so. Wenn es bei Ihnen nicht so wäre, dann würde ich an Ihrem wirtschaftlichen Sachverstand zweifeln müssen. In guten Jahren investiert der Unternehmer, in schlechteren muss er etwas knapper die Mittel zusammenhalten. Ich habe dargestellt, dass man in guten Jahren, in denen Unternehmensentscheidungen gefällt werden, Voraussetzungen schafft, damit man für die Ansiedlung attraktiv wird. Das ist der entscheidende Punkt. Es nützt doch nichts, wenn wir in zwei, drei oder vier Jahren eine etwas schlechtere wirtschaftliche Situation haben, die Entscheidungen in den Unternehmen gefallen sind, nämlich außerhalb von Sachsen, nicht im ländlichen Raum, wo wir sie dringend

benötigen, und wir dann die Finanzmittel für den Ausbau der Bundesfernstraßen haben. Dann, liebe Kollegen, haben wir alle nichts gekonnt.

Es ist wichtig, diese Finanzmittel bereitzustellen, damit wir jetzt die entsprechenden Signale an die Wirtschaft senden können.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt einen weiteren Wunsch, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Gestatten Sie? – Bitte, Frau Günther-Schmidt.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Morlok, habe ich Ihre Aussagen richtig verstanden, dass Sie davon ausgehen, dass eine neu gebaute Straße, die beispielsweise 100 neue Arbeitsplätze bringen soll, mehr Arbeitsplätze bringen wird, nur dadurch, dass sie teurer durch diese zusätzlichen Zinsaufwendungen finanziert wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sven Morlok, FDP: Sie bringt in dem Sinne keine zusätzlichen Arbeitsplätze,

(Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Danke!)

aber, Frau Kollegin, Sie verstehen Wirtschaft nicht. Sie bringt diese Arbeitsplätze früher, weil die Infrastruktur-entscheidungen früher getroffen werden können. Wir haben die Unternehmensansiedlung früher. Wir haben die Gewerbesteuer-einnahmen früher. Wir haben die Einnahmen aus der Einkommensteuer früher.

(Unruhe bei den Fraktionen)

Wir haben früher weniger Arbeitslose. Wir entlasten die Sozialkassen. Genau das ist der Effekt. Da müssen Sie doch bereit sein, einfach anzuerkennen, dass das so ist.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Zum Schaden aller nächsten Generationen! –
Glocke der Präsidentin)

Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie von den GRÜNEN hergehen und sagen können, es ist mir egal, wenn die Bürgerinnen und Bürger noch fünf Jahre den Schadstoffbelastungen ausgesetzt sind. Allein die Tatsache, dass wir die Anwohner fünf Jahre früher von den Schadstoffbelastungen entlasten, müsste Grund für Sie sein, unserem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Nach diesem temperamentvollen Schlusspurt zum Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 4/8830 kommen wir zur Abstimmung. Wer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ohne Stimmenthaltung mit einer großen Anzahl von Stimmen dafür ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Am Mikrofon 1 gibt es eine Wortmeldung. Frau Abg. Simon.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Um unnötige Verwirrungen vor Ort nicht zuzulassen, bitte ich darum, mein Abstimmungsverhalten erklären zu dürfen.

Ich habe definitiv gegen diesen Antrag gestimmt, weil ich, um auch Herrn Lichdi seinen Seelenfrieden zu geben, immer noch und ehrlichen Herzens der Meinung bin, dass dieser hier genannte Bauabschnitt 3.1 über Obercunnersdorf–Löbau durch den Ausbau einer vorhandenen Straße

deutlich besser zu klären wäre als durch einen Neubau einer B 178.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Das war die Erklärung zum Abstimmungsverhalten. Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 6 schließen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Sozialarbeiter im Berufsvorbereitungsjahr

Drucksache 4/8828, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die Fraktion GRÜNE, danach CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, NPD, FDP und die Staatsregierung.

Frau Abg. Günther-Schmidt, bitte, Sie haben das Wort.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zu einem ideologisch völlig unbelasteten Thema, der Schulpolitik.

(Heiterkeit bei der Linksfraktion.PDS)

Das Sächsische Schulgesetz legt in § 8 Abs. 3 fest, dass Jugendliche ohne Lehrstelle beim Absolvieren eines Berufsvorbereitungsjahres, des sogenannten BVJ, durch Sozialpädagogen zu betreuen sind. Die Betreuung durch Sozialpädagogen wurde vom Landtag beschlossen, weil oft nicht nur schulische Defizite den Beginn einer betrieblichen Erstausbildung verhindern. Die Einstellung der Sozialarbeiter liegt im Verantwortungsbereich der Kommunen und der Freistaat fördert die notwendigen Personalkosten bis zu 90 %.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU)

– Herr Colditz, das finde ich auch klasse. Dennoch sind in Sachsen lediglich 14,65 Sozialarbeiter für 64 berufsbildende Schulen eingestellt. Das geht unter anderem aus einer Antwort auf meine Kleine Anfrage, Drucksache 4/7417, hervor.

Meine Damen und Herren! Das Berufsvorbereitungsjahr ist eine berufliche Schulart, die als einjährige vollzeitschulische Maßnahme geführt wird. Sie ist in erster Linie für berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Auszubildendenverhältnis oder Arbeitsplatz vorgesehen. Die Schülerinnen und Schüler können hier ihre Allgemeinbildung erweitern und sollen beim Erwerb von Schlüsselqualifikationen gefördert werden. Sie können am Ende des Berufsvorbereitungsjahres über eine Zusatzprüfung einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand erwerben. Eine Anrechnung auf eine anschließende Ausbildung ist grundsätzlich nicht vorgesehen.

Wie stiefmütterlich das Berufsvorbereitungsjahr in Sachsen behandelt wird, zeigt auch einmal wieder der Blick auf die entsprechende Seite des Kultusministeriums. Hier wird in schlechtem Deutsch nicht viel mehr dargestellt als: „Schülerinnen und Schüler im BVJ erwerben berufliche Orientierung in zwei Berufsbereichen.“ Darüber könnte man ja noch hinwegsehen, wenn die Praxis im Berufsvorbereitungsjahr besser wäre. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Warum wurde überhaupt die Notwendigkeit gesehen, für Schüler im Berufsvorbereitungsjahr eine sozialpädagogische Betreuung zu sichern? Im Antrag der SPD-Fraktion in der Drucksache 3/10638 aus der vergangenen Legislaturperiode heißt es wörtlich: „Die Staatsregierung wird aufgefordert zu sichern, dass an berufsbildenden Schulen im BVJ und BGJ zumindest ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung steht.“

In der Begründung heißt es dann: „Mit dem Wegfall entsprechender Förderung durch die Arbeitsämter besteht dringender Handlungsbedarf für das Land, welches für die Schulen zuständig ist. Angesichts der Tatsache, dass insbesondere im BVJ Jugendliche zusammengefasst sind, die in einer hohen Rate nicht nur Lern-, sondern auch Verhaltens- und Entwicklungsprobleme aufweisen, ist eine sozialpädagogische Unterstützung der Schülerinnen und Schüler wie auch der Schule dringend geboten.“

(Allgemeine Unruhe im Saal)

Für die Sächsische Staatsregierung hatte der damalige Kultusminister Rößler Stellung genommen. Darin bezweifelt er zunächst die Notwendigkeit einer

(Glocke der Präsidentin)

sozialpädagogischen Betreuung im Berufsgrundbildungsjahr. Darüber kann man ja durchaus geteilter Meinung sein. Ich finde jedenfalls, dass Schulsozialarbeiter an jede Schule gehören.

(Beifall der Abg.
Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS)

Aber dann schreibt Herr Rößler – Zitat –: „Die Notwendigkeit einer sozialpädagogischen Begleitung von Schülern im BVJ wurde von der Sächsischen Staatsregierung längst erkannt. Sie ist auch in das Zweite Gesetz zur Umsetzung des besseren Schulkonzepts vom 19. Februar 2004 eingeflossen, welches § 8 Abs. 3 Schulgesetz entsprechend ergänzt.“ Ob und in welchem Umfang gegebenenfalls die sozialpädagogische Betreuung im BVJ unterstützt werden könne, hänge zunächst von den Spielräumen ab, die der Doppelhaushalt des Freistaates bietet. Soweit ich es verstehe, sind die Spielräume im Doppelhaushalt des Freistaates jedes Mal geschaffen worden.

Herr Rößler ergänzt – auch Zitat –: „Für die Frage der Finanzierung der sozialpädagogischen Betreuung kommt aber nicht allein der Freistaat in Betracht. Unabhängig von den neuen Bestimmungen im § 8 Schulgesetz ist grundsätzlich der Träger der öffentlichen Jugendhilfe aufgerufen, Schulsozialarbeit zu leisten.“

So richtig – so gut. In einem Änderungsantrag zum SPD-Antrag machte die CDU-Fraktion dann noch einmal deutlich – Zitat –, „dass Jugendliche gemäß § 8 Abs. 3 Satz 2 Sächsisches Schulgesetz im Berufsvorbereitungsjahr sozialpädagogisch betreut werden“.

Hier heißt es dann in der Begründung: „Die generelle Notwendigkeit der sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr besteht. Deshalb wurde eine entsprechende Regelung im Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Umsetzung des besseren Schulkonzepts in das Sächsische Schulgesetz aufgenommen. Die Umsetzung dieser Regelung ist selbstverständlich zu sichern.“

Das ist der Punkt, um den wir heute streiten werden. Das wurde beschlossen und verkündet im Juni des Jahres 2004.

Meine Damen und Herren, dann sollte ja alles klar sein. Es besteht eine ganz große Koalition, die sich darin einig ist, dass eine Umsetzung der Regelung, dass Schüler im Berufsvorbereitungsjahr sozialpädagogisch zu betreuen sind, selbstverständlich zu sichern ist. SPD, CDU, GRÜNE und der ehemalige Kultusminister sagen alle dasselbe. Ich glaube, dass auch der jetzige Kultusminister Bestandteil dieser Koalition sein könnte.

Allerdings meinte Herr Flath, als ich diese Frage im Schulausschuss gestellt habe, es wäre zu prüfen, ob man mit einem kooperativen Vorgehen nicht einen besseren Erfolg erzielen könne, als die Umsetzung des Gesetzes gegenüber einem Partner von oben durchzudrücken. Der Kultusminister möchte erst einmal Anpassungs- oder Auffassungsdifferenzen, die es etwa mit dem Städte- und Gemeindetag gibt, ausräumen.

(Staatsminister Steffen Flath: Ganz richtig!)

– Herr Flath, Sie hatten drei Jahre Zeit, das umzusetzen, zu diskutieren und Überzeugungsarbeit zu leisten. Ihre Aufgabe ist es einzig und allein, die Umsetzung des Schulgesetzes sicherzustellen. Und hier haben Sie versagt.

(Beifall der Abg.)

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE,
und Horst Wehner, Linksfraktion.PDS)

Sie haben es bis heute nicht geschafft. Es hat Sie vielleicht auch nicht sonderlich interessiert. Ich sage es Ihnen ganz offen: Ein Minister, der nicht die Kraft oder das Interesse hat, das geltende Recht umzusetzen, gehört eigentlich nicht auf die Regierungsbank.

(Oh-Rufe von der CDU)

Stellen Sie sich einmal die Frage, was Ihre Arbeitsverweigerung – und ich halte es wirklich für ein schwerwiegendes Problem – für die betroffenen Jugendlichen bedeutet. Ich höre Sie immer darüber klagen, welche Probleme auf uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Bezug auf künftig fehlende Fachkräfte zukommen. Können Sie sich vorstellen, dass Sie zumindest einen Teil dieses Problems lösen, wenn Sie Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr entsprechend betreuen würden, sodass diese tatsächlich die Gelegenheit zum Erwerb einer Schlüsselqualifikation erhalten?

Mit dieser Verzögerungstaktik, Herr Flath, rauben Sie den Jugendlichen einen Teil ihrer Zukunft. Das ist verantwortungslos.

Aber lassen Sie uns einmal darüber hinaus überlegen, woran es denn noch liegen könnte, dass Sozialarbeiter nicht in entsprechender Größenordnung bereitgestellt werden. Meiner Meinung nach können drei Ebenen vermutet werden.

Da wäre zum einen die finanzielle Ebene. Es könnte sein, die Kommune als Träger ist entweder nicht bereit oder nicht in der Lage, die 10 % Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Meiner Meinung nach haben die Schulträger hier überhaupt keinen Interpretationsspielraum. Es handelt sich nämlich nicht um eine Kannbestimmung, sondern um eine verpflichtende Regelung.

Die zweite Ebene ist eine schulorganisatorische. Möglicherweise sehen die jeweiligen Schulen keine Möglichkeit, Sozialpädagogen in die Arbeit der Schule zu integrieren. Hier wäre die Frage zu stellen, was an einer solchen Schule falsch läuft und wie sie durch das Kultusministerium schulorganisatorisch unterstützt werden müsste, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Das betrifft auch die dritte, die inhaltliche Ebene. Es mag Schulleiter geben, die meinen, eine schulpädagogische Begleitung sei gar nicht notwendig und bringe nur Unruhe in das Lehrerkollegium oder schade sogar dem Ruf der Schule.

Gleich, welche Gründe dazu führen, dass nicht an allen berufsbildenden Schulen Sozialarbeiter tätig sind, wie es das Gesetz vorsieht – aus Sicht meiner Fraktion ist die Situation, dass seit drei Jahren in Sachsen geltendes Recht bewusst gebrochen wird, nicht länger hinzunehmen. Es ist aus juristischen Erwägungen nicht haltbar, aber es ist vor allem nicht haltbar, weil damit die Situation der betroffe-

nen jungen Menschen, die einen Anspruch auf diese Betreuung haben, weiter verschlechtert wird.

Eine weitere Verzögerung, das Führen weiterer netter Gespräche ist für uns nicht hinnehmbar. Die Staatsregierung ist in der Verantwortung, geltendes Recht umzusetzen, und sie hat auch die Mittel dazu. Ich erwarte, dass das Kultusministerium unverzüglich rechtsaufsichtlich tätig wird. Wir werden, so bedauerlich das ist, nämlich auch im kommenden Jahr wieder Schülerinnen und Schüler haben, die das Berufsvorbereitungsjahr absolvieren werden. Um deren Anspruch auf sozialpädagogische Betreuung ab Herbst zu sichern, müssen wir jetzt die Weichen stellen. Wenn es gar nicht anders geht, müssen Schulsozialarbeiter eben direkt beim Freistaat wie die Lehrer angestellt werden.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Ihre eigenen Anträge aus der vergangenen Legislaturperiode ernst nehmen wollen, stimmen Sie unserem Antrag zu. Er ist inhaltlich vollkommen deckungsgleich mit dem, was Sie selbst vor drei Jahren beschlossen haben, und fordert nichts weiter als dessen Umsetzung.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die CDU-Fraktion möchte erwidern. Herr Abg. Rohwer.

Lars Rohwer, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sächsische Landtag hat mit dem letzten Haushaltsgesetz die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt. Nach unserer Auffassung sind die Kommunen ebenso wie die Staatsregierung in der Pflicht, das Gesetz umzusetzen.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Dazu braucht es aus unserer Sicht keinen Antrag der Fraktion GRÜNE. Insofern gebe ich auch den Rest meiner Rede zu Protokoll.

(Beifall bei der CDU, der SPD und
des Abg. Alexander Delle, NPD)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:
Das war die schwächste Kür! –
Zuruf von der CDU: Das war sehr gut!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion.PDS erhält das Wort. Frau Falken, bitte.

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rohwer, ich hatte schon erwartet, dass Sie sich als Vorsitzender des Schulausschusses zu diesem Thema hier ausführlich äußern, etwas darstellen und nicht wirklich kneifen, wie Sie es jetzt getan haben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN – Rolf Seidel, CDU:
Sie können es ja nachlesen!)

Vorab möchte ich ganz klar darstellen, dass wir, die Linksfraktion.PDS, diesen Antrag der GRÜNEN voll unterstützen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bereits im November 2004, als die Novellierung des neuen Schulgesetzes gerade frisch war, mit unserem Antrag darauf hingewiesen haben, dass hier eine große Lücke entsteht und wir es für wichtig und notwendig halten, dass die Sozialarbeiter in den Berufsschulzentren für das Berufsvorbereitungsjahr zur Verfügung gestellt werden.

Ich freue mich, Herr Colditz, wenn ich in der „Freien Presse“ lese und es stimmen sollte, dass Sie dieses Problem im Schulausschuss lösen wollen. Ich nehme Sie beim Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Genau das ist auch unser Ansatz. Allerdings, Herr Colditz, hätte ich mir gewünscht, dass wir diese Problematik bereits im November 2004 gelöst hätten. Wir hatten damals dazu einen Antrag gestellt. Leider ist nichts passiert.

Nun zur konkreten Situation. Im Schuljahr 2002/2003 gab es in Sachsen 30 Sozialarbeiter. Damals gab es diese verbindliche Festlegung im Schulgesetz noch nicht. Heute haben wir 14,65 Vollzeitstellen. Meine Kollegin Frau Günther-Schmidt hat es gerade genannt. Muss ich daraus schlussfolgern, dass der Freistaat ohne verbindliche Regelung im Schulgesetz besser aufgestellt war als mit einer verbindlichen Regelung? Das kann ja wohl nicht sein. Herr Kultusminister, hier macht Ihr Ministerium etwas falsch.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2004 das Schulgesetz, 2005 die Förderrichtlinie und 2007 14,65 Vollzeitstellen. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD – hierzu spreche ich speziell Herrn Dulig an –, dass das nicht im Interesse des Koalitionspartners sein kann. Nach der eben erwähnten Pressemitteilung, glaube ich, müssen Sie sich, Herr Dulig, den Schuh anziehen, weil wir als Parlament in der Pflicht sind, den Minister zu kontrollieren.

Lassen Sie mich ein paar Zahlen nennen. Im Schuljahr 2006/2007, also in diesem Schuljahr, in dem wir uns jetzt befinden, haben wir laut Statistik 3 841 Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr. Wenn ich richtig rechne, dann kommen auf einen Sozialpädagogen 256 Schülerinnen und Schüler. Wir wissen, dass es nicht so ist, aber selbst wenn es so wäre, wäre es eine unglaubliche Größe.

Die Förderrichtlinie wurde am 4. November 2005 festgelegt; das heißt, die Schulen selbst sind nicht in der Lage, einen Antrag zu stellen, sondern sie müssen immer über ihren Schulträger gehen. Wir wissen, dass die Vertreter

des Städte- und Gemeindetages deutlich geäußert haben, dass für dieses Aufgabenfeld, wenn es so verbindlich im Schulgesetz steht, der Freistaat und nicht die Kommune verantwortlich ist.

Aus der Kleinen Anfrage von Frau Günther-Schmidt – sie selbst hat sie erwähnt – geht hervor, dass gerade die großen Städte wie Leipzig, Dresden und Chemnitz, in denen wir Brennpunkte im Berufsvorbereitungsjahr haben, keine Sozialarbeiter und Sozialpädagogen an den Berufsschulzentren haben. Im Übrigen möchte ich unterstreichen: Auch die Linksfraktion.PDS ist der Auffassung, dass Sozialpädagogen nicht nur an Berufsschulen, sondern an alle Schulen im Freistaat Sachsen gehören. Aber dazu gibt es im Schulgesetz leider noch keine verbindliche Regelung.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Ich fordere den Staatsminister auf, seine Fachaufsicht voll wahrzunehmen und endlich dafür zu sorgen, dass das, was im Gesetz steht und was dieser Landtag beschlossen hat, umgesetzt wird. Wir fordern die Einstellung von Sozialpädagogen an Berufsschulen, und zwar nicht nur für ein Jahr, wie es zurzeit der Fall ist – denn die Förderung gilt immer nur für ein Jahr –, sondern wir fordern eine unbefristete Einstellung von Sozialpädagogen. Ein Beschäftigter – egal, wo er beschäftigt ist – hat, wenn er unbefristet beschäftigt ist, ganz andere Möglichkeiten, sich an einer Schule zu integrieren.

(Beifall der Abg. Astrid Günther-Schmidt,
GRÜNE)

Herr Rohwer, Sie hätten es nachrechnen sollen, denn die Zahlen im Haushalt muss ich Ihnen schon um die Ohren hauen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Verbal!)

– Ja. – Im Haushalt – ich habe es mir noch einmal angeschaut – sind 2 Millionen Euro für Sozialpädagogen eingestellt. Dafür könnte man 46 Sozialpädagogen einstellen. Das würde zwar immer noch bedeuten, dass ein Sozialpädagoge 83 Schülerinnen und Schüler zu betreuen hat, aber ich glaube, dass das nicht realistisch ist.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Gleich, ich möchte den Gedanken gern noch zu Ende führen. – Herr Rohwer, Sie wissen, dass diese Titelgruppe deckungsfähig ist mit der Titelgruppe 73 – Ganztagsangebote – und dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wenn man das voll ausschöpfen würde, dann haben wir nicht 30 Millionen Euro für die Ganztagsangebote, sondern nur noch 28 Millionen Euro. Ich gehe also davon aus – Sie offensichtlich auch –, dass das Kultusministerium von vornherein weiß und berücksichtigt, dass die Mittel sowohl für die Ganztagsangebote als auch für die Sozialpädagogen nicht ausgeschöpft werden, und demzufolge

kann man diese schnell deckungsgleich machen. Schon in der Haushaltsdiskussion haben wir das angemahnt.

Wir sind der Auffassung, wenn die Mittel eingestellt sind, dann müssen sie auch ausgeschöpft werden. Wenn das nicht durch die betroffenen Personen passiert, dann ist der Freistaat, insbesondere das Kultusministerium, verpflichtet, dafür zu sorgen.

(Beifall der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Ja.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Rohwer, Sie können Ihre Frage stellen.

Lars Rohwer, CDU: Frau Falken, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich eine inhaltliche Rede zu Protokoll gegeben habe, um im Thema voranzukommen?

(Zurufe von der Linksfraktion.PDS)

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Herr Rohwer, wenn Sie in diesem Thema vorankommen wollen, hätte ich erwartet, dass Sie mit uns diskutieren und sich damit auseinandersetzen, möglicherweise auch in der zweiten Runde, wie Sie es sogar angekündigt haben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Herr Rohwer, gerade Sie haben sich bei der Abgabe Ihrer Rede auf den Haushalt bezogen, und demzufolge halte ich es für legitim, dass ich mich dazu äußere.

Wir fordern das Kultusministerium auf, umgehend und nicht in einer der nächsten Schulausschusssitzungen dafür zu sorgen, dass Sozialpädagogen an jedem Berufsschulzentrum, und zwar in Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Schule, eingestellt werden, zur Not auch, wenn es die Kommunen nicht leisten können oder wollen, über den Freistaat als klassische Einstellungen wie im Lehrerberreich.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und der
Abg. Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort; Herr Abg. Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die rechtliche Situation zur Finanzierung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Berufsvorbereitungsjahr ist klar: Die Kommunen müssen einen Antrag stellen, der Freistaat finanziert Personalkosten zu 90 %. Mir ist nicht bekannt, dass dies seitens der Kommunen beklagt oder dagegen geklagt wurde.

Das SMK engagiert sich sehr und wird auch weiterhin im Gespräch mit den Trägern bleiben.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Das ist ganz was Neues!)

Das eigentliche Problem, über das wir hier sprechen sollten, ist kein rechtliches, sondern ein gesellschaftliches und ein politisches. Wir sollten in erster Linie über die individuelle Lebenssituation der jungen Menschen sprechen, die ein Berufsvorbereitungsjahr absolvieren, über ihre spezifische Situation, die nicht nur, aber sehr viel mit den Erfahrungen zu tun hat, die die jungen Menschen im Vorfeld der Schule und in der Gesellschaft gemacht haben.

Ziel des Berufsvorbereitungsjahres ist es, junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, bei der Berufswahl zu unterstützen und zu motivieren, eine Ausbildung zu absolvieren. Die meisten jungen Menschen kommen in das Berufsvorbereitungsjahr bereits mit negativen Erfahrungen und einem Gefühl, das sich mit dem Wort „übrig geblieben“ beschreiben ließe. Übrig geblieben fühlen sich diese jungen Menschen in doppelter Hinsicht, und zwar zum einen, weil sie sich aus unterschiedlichen Beweggründen in einer Phase befinden, in der sie weder eine schulische noch eine berufliche Ausbildung absolvieren oder weil sie nicht unmittelbar an die schulische Phase mit einer beruflichen Ausbildung anknüpfen können; zum anderen haben diese jungen Menschen meistens keinen oder nur einen sehr schlechten Schulabschluss.

Daraus resultieren die Erfahrung und das Gefühl, versagt zu haben. Für diese jungen Menschen hält die Gesellschaft keine Anerkennung bereit. Entsprechend demotiviert und frustriert gehen die meisten jungen Menschen in ein Berufsvorbereitungsjahr, und das kann man ihnen auch nicht vorwerfen.

Mit den Maßnahmen zur Berufsvorbereitung versucht man dann, die verkorkste Entwicklung vieler Jahre im Schnelldurchlauf halbwegs zu richten. Es liegt nicht an den vielen engagierten Projekten, dass genau das häufig scheitert. Die Ansprüche berücksichtigen zu wenig die Lebenssituation und den Lebensblick der Schülerinnen und Schüler. Vorher ist eben zu viel schiefgelaufen.

Genau das ist mein Kritikpunkt. Im Vorfeld muss in den Schulen die immer noch vorherrschende Defizitorientierung beendet werden. Jede Schülerin und jeder Schüler muss in die Lage versetzt werden, sich in der Lebenswelt zurechtzufinden und einen guten Schulabschluss zu machen. Wenn dies nicht geschieht, dann ist die tägliche Misserfolgserfahrung vorprogrammiert und die jungen Menschen erhalten keine Chance, ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln. Auf ihre individuellen Bildungsbedürfnisse wird nicht eingegangen und das Gefühl, versagt zu haben, abgehängt zu sein und nicht den Anforderungen zu entsprechen, reproduziert sich täglich. Zudem kommen diese jungen Menschen häufig aus bildungsfernen Elternhäusern, sodass auch auf dieser Ebene kaum Lebens- und Lernperspektiven und Anregungen eröffnet werden oder werden können.

Eigentlich könnte Schule dem entgegenwirken; denn genau hier ist der Ort, an dem junge Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – erfahren sollten, dass Bildung Spaß macht, dass sie entsprechend ihren individuellen Voraussetzungen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zu entdecken und zu entwickeln – eine Schule, die über eine andere Lernkultur die teilweise aus dem Elternhaus mitgebrachten Demotivationen auszugleichen hilft.

Sozialpädagogische Betreuung ist gerade und insbesondere im Berufsvorbereitungsjahr äußerst notwendig und dringend geboten. Die Lösung des eigentlichen Problems müsste jedoch viel früher ansetzen.

(Zuruf des Abg. Thomas Colditz, CDU)

– Ich freue mich, dass mich Thomas Colditz auf dem Weg „Mehr Gemeinschaftsschulen in Sachsen“ unterstützen wird, dann ist ja schon einmal der erste Teil meiner Rede von Erfolg gekrönt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen uns natürlich trotzdem für das, was im Gesetz verankert ist, einsetzen: dass die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen vom Schulträger eingestellt werden. Ich fordere daher das SMK auf – ich bin mir sicher, dass genau daran gearbeitet wird –, Sorge für die notwendige Umsetzung zu tragen.

Den Antrag der GRÜNEN brauchen wir dazu jedoch nicht.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Widerspruch bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion erhält das Wort; Frau Schüßler, bitte.

Gitta Schüßler, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Schulgesetz für den Freistaat Sachsen steht wörtlich in § 8 Abs. 3 Satz 2: „Jugendliche im BVJ sind sozialpädagogisch zu betreuen.“ – Mehr nicht.

Die GRÜNEN möchten nun mit ihrem Antrag eine flächendeckende Betreuung erreichen. Offensichtlich ist aber der Bedarf an den beruflichen Schulzentren dafür überhaupt nicht vorhanden, sonst würden bei 90-prozentiger Förderung wohl mehr Anträge gestellt werden. Nun ist ja der Hang der GRÜNEN, überall Sozialpädagogen etablieren zu wollen, sozusagen als grüne Wunderwaffe, allgemein bekannt. Ich frage mich manchmal, wie die menschliche Evolution überhaupt ohne den Einsatz von Sozialpädagogen stattfinden konnte.

(Beifall des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Wie begründen nun die GRÜNEN ihre Forderung nach diesem flächendeckenden Einsatz? – Eigentlich überhaupt nicht, wenn man von dem Halbsatz: „... weil oft nicht nur schulische Defizite den Beginn einer Ausbildung verhindern“ einmal absieht. Den BVJlern werden also flächen-

deckend massive Defizite unterstellt, die natürlich von Sozialpädagogen behoben werden könnten. Anscheinend gehen die GRÜNEN immer noch davon aus, dass eine umfassende sozialpädagogische Betreuung Lehrstellen schaffen könnte, Arbeitsplätze sowieso, und überhaupt die Welt ein besserer Ort wäre, wenn nur genug sozialpädagogische Betreuung vorhanden wäre.

Meine Damen und Herren! Die NPD-Fraktion sieht das etwas anders, und offensichtlich hat auch die Staatsregierung gewisse Bedenken, wenn sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage in der Drucksache 4/7417 schreibt, dass – Zitat – „... Schulträger, Schulleitung und Lehrerkollegium von der Tätigkeit der sozialpädagogischen Fachkraft inhaltlich überzeugt sein müssen, damit eine Integration dieser Fachkraft in den Schulbetrieb möglich ist“. Übrigens steht dies auch im Einklang mit dem Berufsbildungsgesetz. Darin wird unmissverständlich dargelegt, wer durch umfassende sozialpädagogische Betreuung und Unterstützung begleitet werden soll. Da ist nämlich die Rede von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Personen. Den Jugendlichen pauschal zu unterstellen, entweder lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt zu sein, halten wir doch für ziemlich an den Haaren herbeigezogen.

(Kathrin Kagelmann, Linksfraktion.PDS:
Das macht doch gar keiner!)

Wenn überhaupt, dann müsste der Antrag für die sozialpädagogische Betreuung auf kommunaler Ebene eingebracht werden. In diesem Hohen Hause ist er für uns fehl am Platz. Es liegt, wie gesagt, im Ermessen der Schulträger, ob sie die Fördermittel beantragen. Wenn dies nicht geschieht, ist offensichtlich der Bedarf, die nicht nur schulischen Defizite, nicht gegeben.

Nun soll also die Schul- und Rechtsaufsicht eingeschaltet werden, um Stellen zu schaffen, die nicht benötigt werden – da von den Schulträgern, wie bereits gesagt, nicht angefordert. Sollen die Jugendlichen dann zwangsverpflichtet werden, einen Sozialpädagogen aufzusuchen? – Ich denke, das will das Gesetz nicht, das wollen die Schulträger nicht und bei den Jugendlichen wird dies erst recht auf Ablehnung stoßen – genau wie bei meiner Fraktion.

Wir werden den Antrag ablehnen, denn wir halten ihn für überflüssig.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abg. Herbst.

(Beifall bei der NPD)

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn die Stunde schon fortgeschritten ist, erleben wir eine sehr eigenartige Debatte. Die NPD bezweifelt gleich mal, dass Sozialpädagogen notwendig sind. Das habe ich von anderer Stelle noch nie gehört. Die CDU schweigt laut und hat eigent-

lich gar nichts dazu zu sagen, und bei Martin Dulig hatte ich den Eindruck, ihm sind in seine Rede ein paar Seiten einer ganz anderen Rede hineingerutscht. Er hat jedenfalls ziemlich am Thema vorbeigeredet.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Tino Günther, FDP, und Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS)

Wenn ein Bürger gegen ein Gesetz verstößt, wird er in der Regel bestraft. Wenn das Schulgesetz hinsichtlich der sozialpädagogischen Betreuung nicht eingehalten wird, bleibt dies offenbar folgenlos. Das ist ein Widerspruch, und hier muss man sich zu Recht fragen: Welchen Wert hat eigentlich ein Gesetz? Hat es bindenden oder eher empfehlenden Charakter? Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Formulierung im Schulgesetz keine Empfehlung ist, sondern bindenden Charakter hat, auch wenn man vom Handeln der Staatsregierung manchmal den gegenteiligen Eindruck hat. Die Staatsregierung lobt ein Förderprogramm aus, schiebt ansonsten den Schwarzen Peter den Kommunen zu, und dabei bleibt es dann.

Wenn beim Thema Rechtsaufsicht – dafür gibt es, denke ich, auch in anderen Bereichen eine ganze Menge von Fällen – der Staat und die Regierungspräsidien gegenüber den Kommunen so großzügig wären wie in diesem Fall – ich glaube, die Kommunen würden sich häufig freuen. Leidtragende dieses inkonsequenten Handelns sind am Ende jedoch die Jugendlichen; denn ohne qualifizierte sozialpädagogische Betreuung ist die Anfälligkeit gefährdeter Jugendlicher gegenüber Problemen – wie Rechtsextremismus, Gewalt und Auseinandersetzungen sowie Problemen mit dem Elternhaus – zweifellos deutlich höher.

Das Problem ist in der Tat nicht neu, es wird schon seit Jahren diskutiert, und außer dem Wunsch, es zu lösen, bin ich einmal gespannt, was die Staatsregierung konkret sagt, bis wann es eine Lösung geben wird. Oder sehen die Regierungsfractionen im Schulgesetz nur eine Beruhigungsspielle mit Placebowirkung? Ich hoffe, dies ist nicht der Fall. Gesetze sind dazu da, dass sie eingehalten werden.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken,
Linksfraktion.PDS)

Ansonsten kann man sich, denke ich, hier die Verabschiedung sparen. Dann brauchten wir als Parlament auch keine hitzigen Debatten zu führen. Ich glaube, den Betroffenen hilft es auch wenig, wenn wir den Schwarzen Peter noch dreimal im Verlaufe des nächsten Jahres hin- und herschieben. Hier geht es darum, eine Lösung zu finden.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN thematisiert in der Tat ein Defizit, und wir werden diesem Antrag zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es aus den Fraktionen heraus noch Redewünsche? – Das kann ich

nicht erkennen; dann, Herr Staatsminister Flath, sind wir gespannt. Sie haben das Wort.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau gespannte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Natürlich gebe ich meine Rede nicht zu Protokoll, Frau Abg. Günther-Schmidt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und der Staatsregierung)

Es ist interessant, man bekommt einmal so und einmal so Beifall, wenn ich es recht verfolgt habe. So ist überhaupt mein Eindruck, Frau Abg. Günther-Schmidt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Das war der einzige Beifall, den Sie bekommen haben!)

– Sie hatten wohl auch geklatscht, Herr Abg. Hahn?

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ein bisschen!)

– Das sollten wir schon mal im Protokoll festhalten.

Zunächst zu der Arbeitsverweigerung, die Sie mir vorwerfen: Ich bin heute seit 08:15 Uhr hier im Sächsischen Landtag, und wir haben es jetzt kurz nach 20:00 Uhr. Ich fasse dies hier weder als Vergnügen noch als Freizeit auf, sondern es ist Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Frau Abgeordnete, es geschieht durchaus zu Recht, dass Sie mich auffordern, darauf zu dringen, dass das Schulgesetz umgesetzt wird. Wenn ich einmal an meine zweieinhalb Jahre Amtszeit denke, so habe ich die meiste Zeit – übrigens einschließlich des heutigen Tages – damit verbracht, das sächsische Schulnetz anzupassen, damit es der Rechtslage im Schulgesetz entspricht. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie mich dabei zumindest insofern unterstützt hätten, als Sie Verständnis dafür gezeigt hätten, dass dies sehr, sehr schwierige Anpassungsmaßnahmen waren.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten kann ich mich auch nicht erinnern, dass die Presse in Sachsen allzu großes Verständnis dafür eingebracht hat, auch nicht Frau Strietzel. Ich blättere mittlerweile in der „Freien Presse“ einfach weiter, wenn ich „Frau Strietzel“ lese, denn außer Hohn und Spott habe ich von dieser Dame noch nichts gelesen. Sie hat nicht einmal bei der Schulnetsache etwa Verständnis dafür geäußert, dass ich lediglich ein Sächsisches Schulgesetz umsetze.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Ja, natürlich.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Flath, würden Sie mir bitte erklären, warum Sie die Einstellung von Schulsozialarbeitern nicht mit der gleichen Konsequenz und Nachdrücklichkeit betreiben wie die Durchsetzung der Schulnetzplanung?

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE,
und bei der Linksfraktion.PDS)

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Abgeordnete, ich war noch bei den Vorbemerkungen. Ich hatte lediglich damit begonnen, dass ich Ihnen in der Rechtsauffassung beipflichte. Das ist auch die Rechtsauffassung der Staatsregierung. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, Frau Abgeordnete, dass wir ein besonderes Problem in den kreisfreien Städten haben – und dort auch wieder bei den größten, in Dresden, in Leipzig und in Chemnitz. Dort ist es besonders schwierig, weil nun ausgerechnet der Sächsische Städte- und Gemeindetag auch noch der Rechtsauffassung dieser drei kreisfreien Städte folgt, dass, wie Frau Abg. Falken es schon vorgeschlagen hat, der Freistaat Sachsen die Sozialpädagogen einstellen solle.

Diese Auffassung teilen wir eben nicht. Aus diesem Grund haben wir auch ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, das immerhin eine 90-prozentige Förderung beinhaltet. Ich werde mit meinem Haus weiter daran arbeiten und appelliere auch heute wieder an die Schulträger, von dieser Fördermöglichkeit Gebrauch zu machen. Denn es ist unbestritten, dass diese Arbeit notwendig ist. Deshalb steht es auch im Sächsischen Schulgesetz. Ich habe im Übrigen auch noch keinen Schulleiter getroffen – und ich habe inzwischen einige Berufsschulzentren besucht –, der etwa davon abgeraten hätte. Ganz im Gegenteil, es wurde immer geäußert, dass es zur Unterstützung der Arbeit an den Berufsschulzentren wichtig wäre, eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen zur Verfügung zu haben. Alles unbestritten. Lediglich der Weg der Durchsetzung wird unterschiedlich gesehen.

Dort bleibe ich bei meiner Auffassung, die ich im Ausschuss geäußert habe. Ich setze auf Kooperation und ich will Ihnen auch erklären, warum das so wichtig ist. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden das über die Aufsicht durchdrücken. Wie soll das dann in der Praxis funktionieren? Der Schulleiter wie alle Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsschulen sind Angestellte des Freistaates und die Schulträger sind die Landkreise und die kreisfreien Städte. Für ein gutes Gelingen der Arbeit ist eine Kooperation zwischen Berufsschule und Träger täglich notwendig. Genau in diesem Verhältnis steht auch eine Sozialpädagogin oder ein Sozialpädagoge. Man stelle sich einmal vor, wie belastet ein solches Arbeitsverhältnis vom ersten Tag an wäre, wenn wir das durchdrücken.

Ich will überhaupt nicht ausschließen, dass es eines Tages vielleicht doch notwendig sein könnte. Aber es ist doch, glaube ich, einleuchtend, zunächst darauf zu setzen, diese Unterschiede in der Rechtsauffassung mit dem Städte- und Gemeindetag auszuräumen – und dazu sind wir in Gesprächen –, denn dann würden sich auch die Möglichkeiten in den drei kreisfreien Städten wesentlich verbessern, und anschließend den Appell zu verstärken, mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten gemeinsam zu diesen Anstellungen zu kommen, damit auch diese zwei Millionen Euro, die wir im Haushalt eingeplant haben,

tatsächlich gut eingesetzt werden. Deshalb: Von der Auffassung her durchaus Übereinstimmung, Frau Abgeordnete, aber der Weg der Kooperation erscheint mir nach wie vor der erfolgversprechendere.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Fraktion der GRÜNEN hat noch die Möglichkeit, das Schlusswort zu halten. Frau Günther-Schmidt.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierung muss die im Landtag beschlossenen Gesetze umsetzen und offenbar muss der Landtag auch kontrollieren, ob die Regierung das schafft. Das machen wir heute. Offenbar funktioniert es nicht.

Ich erkenne wohl an, Herr Flath, dass Sie sehr deutlich formuliert haben, dass Sie ein Problem erkannt haben. Leider haben Sie auch formuliert, dass Sie bei Ihrer Auffassung bleiben. Da hat dann der Kollege Colditz ein Problem. Ich hätte ihm heute gern zugehört, anstatt von Herrn Lars Rohwer nichts zum Lesen zu bekommen. Das wäre vielleicht ergiebiger gewesen. Deshalb muss ich auf die eben schon zitierte „Freie Presse“ ausweichen. Herr Colditz – ich zitiere –, Sie haben gesagt: „Das Gesetz gilt.“ Sehr schön, sehr richtig. Sie haben ebenfalls gesagt, Sie würden das Problem lösen und im Ausschuss beraten. Wir kommen darauf zurück. Das Beste, was Herr Colditz gesagt hat, jedenfalls was heute zitiert wurde, ist: Der jetzige Zustand ist ein Ärgernis. Es folgen Schritte. – Ich will hoffen, dass Sie nicht deswegen heute das Wort nicht erteilt bekamen.

(Widerspruch bei der CDU – Staatsminister
Steffen Flath: Reizen Sie Herrn Colditz nicht!)

– Ich reize Herrn Colditz nicht. – Wir kommen also gemeinsam darauf zurück, denn Sie haben gemerkt, dass wir im Ausschuss bisher nicht richtig weitergekommen sind. Ich verspreche Ihnen hier: Wenn es nicht in absehbarer Zeit eine Lösung gibt, die tatsächlich überzeugend ist, werden wir einen Schulgesetzentwurf einbringen, der die Anstellung der Schulpädagogen beim Land vorsieht.

Diesen werden Sie auch wieder ablehnen, aber Sie werden ein Problem bekommen, weil Sie in der Öffentlichkeit nämlich als diejenigen dastehen, die mit den schwächsten Schülern überhaupt nicht umgehen wollen. Sie haben sie bereits in der Mittelschule oder in der Förderschule auf das Abstellgleis gestellt und fahren damit konsequent in den beruflichen Schulen fort.

Martin Dulig – jetzt ist er leider nicht mehr da, jedenfalls sehe ich ihn nicht – hat es wieder geschafft, mit schönen Worten das Thema großräumig zu umkreisen und das eigentliche Problem nicht anzusprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Er hat uns wieder aufgefordert, endlich zu einer neuen Lernkultur überzugehen. Ich fordere heute einmal, dass er zu einer neuen politischen Kultur übergehen möge. Das würde uns vielleicht weiterhelfen.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Um es abschließend auf den Punkt zu bringen: Es geht hier um die schwächsten Schüler; diejenigen Schüler, die nicht nur Lernprobleme haben – ich habe selbst mal im Berufsvorbereitungsjahr unterrichtet und ich habe mich am vergangenen Montag noch mit einer Kollegin unterhalten –, sondern sie haben Drogenprobleme, sie haben Schwierigkeiten mit ihren Eltern. Es ist wirklich absolut verwerflich, sie in diesem Ausmaß hängen zu lassen. Ich nehme Sie beim Wort. Sie müssen hier etwas tun und keine leisen Schritte schreiten.

Ich bitte dennoch um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 4/8828 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Bei einer größeren Anzahl von Stimmen dafür ist dem Antrag dennoch nicht zugestimmt worden.

Erklärung zu Protokoll

Lars Rohwer, CDU: Ob der Zweck tatsächlich die Mittel heiligt, ist so eine strittige Frage – dass die Mittel den Zweck verfehlen können, eine Binsenweisheit. Und da meine ich nicht die Sache mit den Kanonenkugeln und den Spatzen.

Ihr Ansinnen, liebe Angehörige der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist nachvollziehbar. Doch auf dem Weg, den Sie mit Ihrem Antrag gehen, reißen Sie in meinen Augen hinter sich so manches Grundsätzliche ein.

Sie möchten eine flächendeckende sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr. Das ist recht und billig und damit stimmen Sie mit der Mehrheit dieses Hauses prinzipiell überein, denn eine solche Betreuung ist ja im § 8 Abs. 3 Sächsisches Schulgesetz vorgesehen. Schulsozialarbeit gilt heute als ein bedeutendes Angebotssegment moderner Jugendhilfe, da sie im Alltag der Jugendlichen präsent ist und damit die Chance besteht, sich unmittelbar an der Lebenswelt der Jugendlichen zu orientieren. Das war vor wenigen Jahrzehnten noch nicht so. Immerhin ist sie längst Gegenstand

der Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland (§ 13 KJHG).

Der Freistaat Sachsen stellt jährlich 2 Millionen Euro für Personalkosten im Bereich der Schulsozialarbeit im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) zur Verfügung. Dies entspricht in etwa 46 Vollzeitstellen in diesem und im nächsten Jahr, bei denen der Freistaat 90 % der Kosten übernimmt.

Sie möchten, dass die Sächsische Staatsregierung dieses Gesetz flächendeckend umsetzt. Das bedeutet, dass Sie die bisherige Verfahrensweise – nämlich die anteilige Erstattung der Kosten für einen sozialpädagogischen Betreuer auf Antrag der Schulträger, also der Kommunen – für nicht geeignet erachten.

Wo liegt denn das Problem? Viele Kommunen stellen keinen Antrag. Es gibt derzeit nur knapp 15 Vollzeitstellen an insgesamt 15 Berufsschulzentren. Der Städte- und Gemeindetag ist nicht bereit, die verbleibenden 10 % der Personalkosten zu übernehmen. Dieser Umstand ist wirklich wenig erfreulich, da bin ich ganz Ihrer Meinung. Wir sind uns – so nehme ich an – einig darüber, was die Sozialarbeit im BVJ zu leisten vermag. Das Selbstbild der betreffenden Jugendlichen ist oft von Defizitzuschreibungen geprägt, und für die Sozialarbeit gilt es, Optionen zu öffnen, um Potenziale begleitend entwickeln oder stärken zu können.

Die Frage ist nun. Ist ein „energisches Durchgreifen“ der Regierung in dieser Situation angemessen? Soll der

Freistaat per Fach- bzw. Rechtsaufsicht die Einstellung von sozialpädagogischen Betreuern durchsetzen? Dies widerspräche der grundsätzlichen Zuständigkeitsregelung: Die Entscheidungskompetenz in Bezug auf das Lehrpersonal liegt beim Freistaat, die Zuständigkeit in Bezug auf die Sachausstattung sowie sogenanntes sonstiges schulisches Personal liegt bei der Kommune. Mit einer wie von Ihnen vorgeschlagenen Vorgehensweise würde dieses Prinzip eingerissen werden.

Der Sächsische Landtag hat mit dem letzten Haushaltsgesetz die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kommunen sind ebenso wie die Staatsregierung in der Pflicht, das Gesetz umzusetzen. Weil wir die Kompetenz der Kommunen erhalten wissen wollen, stimmen wir, die CDU-Fraktion, gegen diesen Antrag.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Der Tagesordnungspunkt 7 ist beendet und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Tagesordnung der 81. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 82. Sitzung auf morgen, Freitag, den 8. Juni, 10:00 Uhr, festgelegt. Einladung und Tagesordnung liegen Ihnen bereits vor.

Ich schließe die 81. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

(Schluss der Sitzung: 20:14 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488